

CDU

**19. Bundesparteitag
Saarbrücken**

4.- 5. Oktober 1971

Niederschrift



19. BUNDESPARTEITAG DER CDU

Verlag: Union Betriebs GmbH, Bonn
Redaktion: CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Bonn
Druck: Druckerei der Saar-Zeitung, 6630 Saarlouis, Kleiner Markt 4
Herausgeber: Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle, Bonn, Nassestraße 2

**19. Bundesparteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands**

Niederschrift

Saarbrücken, 4.-5. Okt. 1971

19. CDU-Bundesparteitag in der Saarlandhalle zu Saarbrücken

Montag, 4. Oktober 1971

1. Plenarsitzung, Beginn 9.30 Uhr

Dr. h. c. Kurt Georg Kiesinger: Meine Damen und Herren, ich eröffne den 19. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union und heiße Sie alle, Freunde und Gäste, herzlich willkommen.

(Beifall)

Als ersten Akt dieses Parteitages haben wir die Wahl des Präsidiums des Parteitages vorzunehmen. Der Bundesvorstand schlägt Ihnen als Tagungspräsidenten den Vorsitzenden des gastgebenden Landesverbandes, unseren Parteifreund, den Ministerpräsidenten Dr. Franz Josef Röder, vor.

(Beifall)

Sie sind mit diesem Vorschlag einverstanden? — Das ist der Fall. Als weitere Mitglieder des Parteitagspräsidiums schlägt Ihnen der Bundesvorstand vor: Herrn Ministerpräsidenten Dr. Hans Filbinger,

(Beifall)

Herrn Franz Amrehn,

(Beifall)

Frau Ruth Beckmann,

(Beifall)

Herrn Siegfried Dübel,

(Beifall)

Herrn Minister Dr. Heinrich Geißler,

(Beifall)

Herrn Landtagspräsidenten Dr. Helmut Lemke,

(Beifall)

Herrn Adolf Müller, Remscheid,

(Beifall)

Herrn Dr. Ernst Müller-Hermann,

(Beifall)

Herrn Anton Pfeifer,

(Beifall)

Herrn Dr. Günter Rinsche,

(Beifall)

Herrn Dietrich Rollmann,

(Beifall)

und Herrn Rudolf Seiters.

(Beifall)

Sind Sie mit diesen Vorschlägen einverstanden? —

Das ist der Fall. Der Parteitag hat damit das Präsidium dieses Parteitages gewählt.

Ich bitte unseren Freund Dr. Röder und die übrigen Mitglieder des Präsidiums, ihres Amtes zu walten.

Präsident Dr. Franz Josef Röder: Meine Damen und Herren! Ich darf die Mitglieder des Präsidiums bitten, hier oben am Tisch Platz zu nehmen, und ich darf Sie alle im Saal ebenfalls bitten, Platz zu nehmen, damit der Parteitag beginnen kann.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie dem Präsidium zum Ausdruck gebracht haben. Angesichts der begrenzten Zeit, die uns für die Erörterung von Sachfragen und zur Durchführung der Wahlen zur Verfügung steht, bitte ich sehr um Ihre freundliche Unterstützung.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, wollen wir aller Parteifreunde gedenken, die seit dem letzten Parteitag verstorben sind.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen)

Lassen Sie mich dabei eines Mannes namentlich gedenken, der die Züge der Christlich Demokratischen Union in Deutschland wesentlich mitbestimmt hat: Josef Hermann Dufhues. Er starb am 26. März 1971 im Alter von 63 Jahren an den Folgen einer tropischen Virusinfektion. Seit dem Jahre 1956, als unser Freund Dufhues auf dem Parteitag in Stuttgart, wie sich viele von uns erinnern, sich in einer bedeutenden Rede für die Erweiterung des Bundesvorstandes eingesetzt hat, ist er eine der herausragenden Persönlichkeiten auf allen Parteitagen und in der Führung der CDU geblieben. Sein Ansehen in der Partei, das in seiner politischen Umsicht und in seiner menschlichen Integrität begründet war, führte dazu, daß er im Jahre 1962 zum Geschäftsführenden Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union gewählt wurde. Nur seine angegriffene Gesundheit hat ihn daran gehindert, daß er weiter in der aktiven Führung der Partei tätig sein konnte. Wir werden nicht vergessen, was er für unsere Partei und für den Wiederaufbau Deutschlands geleistet hat. —

Sie haben sich von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen. —

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein)

Dr. Helmut Lemke, Tagungspräsidium: Ich erteile dem CDU-Landesvorsitzenden Saar, Herrn Ministerpräsident Dr. Röder, das Wort.

Dr. Franz Josef Röder: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen in meiner Eigenschaft als Ministerpräsident des Saarlandes und als Vorsitzender der CDU Saar ein herzliches Wort des Grußes und des Willkommens sage. Sie sind hier an der äußersten Westgrenze unseres Vaterlandes in einem Land, das in vorderster Linie das Schicksal dieser Grenze ertragen mußte. Vor genau hundert Jahren war hier die Schlacht an den Spicherer Höhen, und in den letzten fünfzig Jahren haben zwei verheerende Kriege zwischen Deutschland und Frankreich Land und Menschen an der Saar unübersehbaren Schaden zugefügt. Vieles ist daher in diesem militärischen Aufmarsch- und Kampfgebiet unterblieben — ich denke an moderne Verkehrswege, an die industrielle und wirtschaftliche Erschließung, an kulturelle und soziale Einrichtungen im weitesten Sinne — was anderswo selbstverständlich war. Unsere Wirtschaft hat in den letzten vierzig Jahren viermal ihren politischen Standort wechseln müssen, was es nirgendwo anders in Europa in diesem Ausmaß gegeben hat.

Nirgendwo anders konnte daher auch die endgültige deutsch-französische Aussöhnung dankbarer empfunden werden als hier an der Saar. Hier waren die Menschen am unmittelbarsten von diesem historischen Vorgang betref-

fen. Für sie ergab sich zum erstenmal die Chance einer friedlichen und gesicherten Zukunft zwischen zwei ausgesöhnten Völkern. Es ist daher eine selbstverständliche Pflicht der Dankbarkeit, wenn der Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union, der zum erstenmal im Saarland unter vielen sichtbaren Zeichen der gewachsenen deutsch-französischen Freundschaft stattfindet, bei dieser Gelegenheit das historische Verdienst ihres ersten Bundesparteivorsitzenden und ersten Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, in Erinnerung ruft.

(Beifall)

Es gehört zu den leuchtenden Zeichen europäischer Nachkriegsgeschichte, daß die französische Regierung den Volksentscheid der saarländischen Bevölkerung vom 23. Oktober 1955 ohne Zögern anerkannt und damit zugleich ein Beispiel dafür gegeben hat, daß die Wiedervereinigung getrennter Gebietsteile unter Beachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einer vertieften Freundschaft zwischen benachbarten Völkern führen kann,

(Beifall)

ein Beispiel, meine Damen und Herren, von dem wir hier an der Saar immer geglaubt haben, daß es auch andernorts Nachahmung finden würde.

Ich freue mich, in diesem Zusammenhang den Vertreter Frankreichs im Saarland, Comte de Latour, unter uns zu sehen und ihn zu begrüßen.

(Beifall)

Wir wissen, daß jede andere aus Ungeduld, Geltungsbedürfnis oder Resignation herbeigeführte Lösung von Grenzfragen den Keim einer unheilvollen Entwicklung in sich trägt. Eine solche Entwicklung, meine Damen und Herren, ist uns hier im Westen glücklicherweise erspart geblieben. Es war daher nur konsequent, daß die Landesregierung unter Nutzung der neugeschaffenen Lage als wesentliches Ziel ihrer Politik ansah und ansieht, mit Hilfe des Bundes die geographische Lage des Saarlandes im Herzen der EWG auf der Grundlage der deutsch-französischen Freundschaft voll wirksam werden zu lassen und auf diesem Wege die im deutsch-französischen Gegensatz erworbenen Nachteile und Schwächen zu beseitigen.

Wenn Sie bei Ihrem Besuch in diesem Lande feststellen, daß wir überall dabei sind, ein Netz von modernsten Verkehrsverbindungen zu schaffen und damit die Standortsituation für unsere Wirtschaft im Vergleich zu anderen konkurrierenden Wirtschaftsräumen zu verbessern, wenn Sie feststellen, daß wir in großem Umfang neue und moderne Industriebetriebe angesiedelt ha-

ben und daß wir unter diesen wirtschaftlichen Voraussetzungen kulturelle Einrichtungen geschaffen haben — um nur einige Beispiele zu nennen: unsere Landesuniversität, unser Theater, unsere Museen, den Saarländischen Rundfunk, das deutsch-französische Gymnasium —, Einrichtungen, die der friedlichen und freundschaftlichen Begegnung der Menschen über die politischen Grenzen dieses Raumes hinweg dienen sollen, so wird unser Bemühen in solchen Zeugnissen für jedermann sichtbar.

Das kleine Gastgeschenk mit dem Titel „Das Saarland heute“, das ich Ihnen zusammen mit einem Erzeugnis unseres Landes habe überreichen lassen, möge Ihnen ebenfalls zeigen, wie weit wir auf diesem Wege fortgeschritten sind.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir Saarländer wissen, daß die Maßnahmen, von denen ich sprach, nur mit Hilfe des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung möglich waren. Da hier die größte Fraktion des Deutschen Bundestages und führende Mitglieder der früheren Bundesregierung anwesend sind, liegt mir sehr daran, das hier zum Ausdruck zu bringen. Es gehört zu der von der SPD systematisch betriebenen Geschichtsklitterung, zu behaupten, wirkungsvolle Maßnahmen für die wirtschaftliche Umstrukturierung dieses Landes seien erst von dem Zeitpunkt an erfolgt, als die SPD an der Regierungsverantwortung in Bonn beteiligt wurde.

Ich brauche hier nicht auszuführen, daß ich bei Konrad Adenauer stets ein offenes Ohr für die Anliegen der Saar gefunden habe. Aber auch unter Ludwig Erhard war das nicht anders, wofür der Hinweis genügen möge, daß es ausschließlich seiner persönlichen Initiative zu danken ist, wenn einer der größten und modernsten Industriebetriebe in unserem Land so rechtzeitig angesiedelt werden konnte, daß er für die weitere Entwicklung bahnbrechend wurde.

(Beifall)

Sie, lieber Professor Erhard, sind hier an der Saar ein gern gesehener Gast, und mancher in Deutschland hat Ihnen angesichts der inzwischen eingetretenen Entwicklung Abbitte geleistet und ist sich Ihrer geschichtlichen Verdienste spät bewußt geworden.

(Anhaltender Beifall)

Es ist richtig, meine Damen und Herren, daß am 11. Februar 1969 ein für die Saar bedeutender Grundsatzbeschuß der Bundesregierung gefaßt wurde, in dem neben anderen wichtigen Maßnahmen auch der Wasseranschluß für das

Saarland beschlossen wurde. Das war zur Zeit der Großen Koalition; niemand wird das bestreiten wollen. Was aber mit Absicht unterschlagen wird, ist die Tatsache, daß dieser Beschluß nicht ohne Überwindung erheblicher Widerstände nur durch die Initiative des damaligen Bundeskanzlers und Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Kurt Georg Kiesinger, zustande gekommen ist.

(Beifall)

Auch das ist hier an der Saar nicht vergessen. Seien auch Sie herzlich willkommen!

Die saarländische Bevölkerung und mit ihr die saarländische Regierung erwarten von der gegenwärtigen Bundesregierung nicht mehr, aber auch nicht weniger, als die früheren Bundesregierungen bereits im Grundsatz beschlossen und getan haben. Wenn die angebahnte Entwicklung auch in Zukunft anhält, wird das Saarland in absehbarer Zeit in der Lage sein, nicht nur seinen eigenen Aufgaben gerecht zu werden, sondern auch einen angemessenen Beitrag im Rahmen der Bundesrepublik und zum Aufbau Europas zu leisten.

Meine Damen und Herren, ich wünsche dem ersten Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union im Saarland einen vollen Erfolg. Mögen alle Teilnehmer trotz aller begründeten unterschiedlichen Auffassungen angesichts der weittragenden Entscheidungen, die zu fällen sind, sich von dem Geist gegenseitiger Achtung bestimmen lassen, der die Christlich Demokratische Union seit ihrer Gründung immer ausgezeichnet hat.

Lassen Sie mich noch ein paar technische Bemerkungen hinzufügen. Ich weiß, daß viele von Ihnen bei Ihrer Unterbringung eine Reihe von Unzulänglichkeiten in Kauf nehmen müssen. Dieser Parteitag ist die größte Veranstaltung in unserem Land seit Kriegsende und stellt ganz besonders hohe organisatorische Anforderungen. Der Landesverband Saar war im guten Einvernehmen mit dem Bundesgeschäftsführer und seinen Mitarbeitern, mit dem Herrn Oberbürgermeister der Landeshauptstadt und seinen Mitarbeitern und dem Geschäftsführer der Saarlandhalle bemüht, alles zu tun, was möglich war. Ich möchte allen Beteiligten von dieser Stelle aus dafür danken und Ihnen gleichzeitig sagen, daß wir Ihnen auch in diesen Tagen bei irgendwelchen Schwierigkeiten zur Verfügung stehen.

Es sollte sich, meine Damen und Herren, auf unserem Parteitag nicht wiederholen, was an selbstverschuldeten, organisatorischen Mängeln bei dem Bundesparteitag der SPD im vergangenen Jahr vor unseren Landtagswahlen hier in Saarbrücken sichtbar geworden ist und was zu unrecht der Landeshauptstadt und dem Land angelastet wurde.

Wir werden, lieber Herr Oberbürgermeister, vielmehr alles Mögliche tun, um das geschädigte Ansehen der Landeshauptstadt durch die CDU in vollem Umfange wiederherzustellen.

(Beifall)

Dr. Helmut Lemke, Tagungspräsidium: Ich danke Ihnen, Herr Dr. Röder, für die Worte der Begrüßung, aber auch für die Gastlichkeit des Saarlandes in jeder Hinsicht, insbesondere auch seitens unserer Parteiorganisation. Und ich danke Ihnen auch im Namen des Parteitages für die für uns alle sichtbaren großen Aufbauleistungen in diesem Lande in Ihrer Regierungszeit.

Ich erteile nunmehr zum Grußwort dem Herrrn Oberbürgermeister Fritz Schuster das Wort zur Begrüßung.

(Beifall)

Oberbürgermeister Fritz Schuster: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Verehrter Herr Bundestagspräsident! Meine Herren Ministerpräsidenten! Meine Damen und Herren! Eine breite internationale Öffentlichkeit blickt heute auf Saarbrücken. Was kann einer Stadt, die es wegen ihrer besonderen geographischen wie geschichtlichen Situation schon immer etwas schwerer hatte, sich im Konzert der großen Wirtschaftsmetropolen zu behaupten, Besseres passieren? Ich darf mich deshalb beim Präsidium der CDU bedanken, daß es diesen wichtigen Parteitag in unsere Stadt einberufen hat. Im Namen des Rates der Stadt und der gesamten Bürgerschaft, besonders aber auch als Parteifreund heiße ich die hohen Gäste, die Delegierten und die internationale Presse auf das herzlichste in Saarbrücken willkommen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Sie sind zu einem Zeitpunkt in diese Stadt gekommen, an dem wir das Jubiläum der 650jährigen Stadtrechtsverleihung begehen konnten. Doch soll das nur historische Reminiszenz sein? Diese Stadt — und das hier herauszustellen ist mir ein Anliegen — ist in eine neue europäische Zukunft aufgebrochen, für die sie durch ihre Lage im europäischen Montan-Dreieck Saar/Lothringen/Luxemburg und durch ihre vielfältigen menschlichen wie wirtschaftlichen Beziehungen über die Grenzen hinweg eine günstige Ausgangsposition besitzt. Dieser Weg von der einstigen Grenzbastion zur Stadt der Begegnung inmitten einer europäischen Lebensgemeinschaft ist markiert durch die deutsch-französische Aussöhnung, für die gerade wir der Politik und den großen Männern dieser Partei zu besonderem Dank verpflichtet sind.

(Beifall)

Vielleicht gibt dieser geschichtliche Hintergrund Ihrem Bundesparteitag eine günstige Atmosphäre.

Und sollten Sie, meine Damen und Herren, über den Tagesablauf hinaus einen Blick auf Land und Leute werfen können, wären wir Saarbrücker schon zufrieden, wenn Sie dabei den Ausspruch Goethes aus „Dichtung und Wahrheit“ bestätigt fänden, den er auf seiner Reise in die Champagne hier getan hat: „Diese kleine Residenz war ein lichter Punkt in einem so felsig-waldigen Lande.“

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Aufenthalt in unserer Stadt!

(Beifall)

Präsident Dr. Franz Josef Röder: Ich danke Ihnen, Herr Oberbürgermeister, für Ihre freundlichen Worte!

Lassen Sie mich nunmehr, meine Damen und Herren, allen Gästen unseres Parteitages *ein herzliches Wort des Grußes entbleten. Wir freuen uns über die Anwesenheit zahlreicher prominenter ausländischer Gäste aus befreundeten europäischen Parteien aus Finnland, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Österreich und der Schweiz.*

(Beifall)

Ihnen allen gilt unser herzlicher Gruß und unser ebenso herzlicher Dank für Ihr Erscheinen. In diesen Gruß und Dank schließe ich ein die anwesenden Repräsentanten der diplomatischen Missionen und konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik.

(Beifall)

Ich erteile nunmehr zu einer Begrüßungsansprache der Baroness Evelyn Emmet of Amberley das Wort.

(Beifall)

Baroness Evelyn Emmet of Amberley: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren und — kann ich so sagen? — meine lieben Freunde!

(Beifall)

Ich freue mich außerordentlich, mit der CDU noch eine Konferenz hier in Saarbrücken mitzumachen und möchte Ihnen sofort die Grüße unseres ersten Ministers, Herrn Heath, und unseres Außenministers Sir Alec Home überbringen.

(Erneuter Beifall)

Ich werde beiden nächste Woche bei unserer Konferenz in Brighton begegnen und kann dann sicher sagen, daß ich guten Mut und einen Willen, die nächste Wahl zu gewinnen, hier vorgefunden habe.

(Beifall)

Wir von unserer Gruppe gleichgesinnter Parteien sind im April in Wien zusammengetroffen, und es ist sehr gut gegangen. Die Norweger haben uns dabei für nächstes Jahr eingeladen, und da hat mich auch Herr Withalm angesprochen und mich gefragt: was sagt Mutti dazu? — Nun, ich habe die Einladung mit Freude angenommen, und danach habe ich gedacht, nicht „Mutti“, sondern „Großmutti“ sollte es heißen, denn ich habe jetzt doch viele Enkelkinder und habe auch, wenn ich herumschaue, — sofern Sie mir das erlauben — hier viele adoptierte Enkelkinder.

(Beifall)

Sie müßten mit den Meinen zusammenkommen. Unsere Jugend muß zusammenarbeiten, um etwas wirklich Konkretes in Europa aufzubauen. Dann können sich die Großmütter und die Großväter zufrieden zurückziehen.

Ich möchte noch die Frauen, die der EFU zugehören, grüßen. In England bin ich jetzt Präsidentin unserer Gruppe, und wir arbeiten als Frauen sehr intensiv für das Verständnis europäischer Probleme. Es ist, glaube ich, sehr wichtig, daß wir die Frauen hier beteiligen, denn sie sind doch, meine Herren, die Hälfte Europas!

(Beifall)

Zum Schluß möchte ich Ihnen alles Gute wünschen und Ihnen für das schöne Willkommen herzlich danken.

(Erneuter Beifall)

Präsident Dr. Franz Josef Röder: Ich danke Ihnen, Lady Emmet, für Ihre guten Wünsche und darf Ihnen sagen, daß wir uns sehr darüber freuen, daß Sie heute wieder an unserem Parteitag teilnehmen, nachdem wir Sie aufgrund Ihrer Erkrankung beim Parteitag in Düsseldorf vermissen mußten.

Meine Damen und Herren! Unser Parteitag erfährt eine hohe Auszeichnung durch die Anwesenheit vieler Gäste aus dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben der Bundesrepublik. Ich bitte um Verständnis, wenn ich auf eine namentliche Begrüßung verzichten muß. — Wir freuen uns über die Anwesenheit von Vertretern der evangelischen und der katholischen Kirche sowie des Zentralrates der Juden in Deutschland.

(Beifall)

Ich begrüße die Vertreter der Gewerkschaften, des Deutschen Beamtenbundes, die Vertreter aller Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, die des Deutschen Sportbundes sowie des Bundes der Vertriebenen.

(Erneuter Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich die Vertreter unserer Bundeswehr.

(Beifall)

Ich begrüße die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände ebenso wie die Vertreter des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, des Bundesverbandes der freien Berufe, des Bundeswehrverbandes und der Organisationen der Kriegsgeschädigten und Kriegshinterbliebenen, des VdK, und des Reichsbundes und sehr herzlich die Vertreter des Deutschen Bauernverbandes.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, dieser Parteitag genießt das bevorzugte Interesse der deutschen Öffentlichkeit. Ich habe daher die Freude, eine große Zahl aus- und inländischer Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen zu begrüßen und ihnen für ihr Erscheinen zu danken.

(Beifall)

Mit ihnen begrüße ich auch die anwesenden Intendanten der ARD, des ZDF und des Deutschlandfunks.

(Beifall)

An dieser Stelle hätte ich gern den Vorsitzenden unserer Schwesterpartei, Franz Josef Strauß, begrüßt. Ich habe aber eben erfahren, daß er infolge schlechter Witterungsbedingungen nicht in Saarbrücken landen konnte. Er ist in Stuttgart gelandet und ist von dort mit dem Auto zu uns unterwegs.

(Beifall)

Er wird heute nachmittag ein Grußwort sprechen.

Ich begrüße sehr herzlich die große Zahl der hier anwesenden und von mir eingeladenen saarländischen Ehrengäste und danke ihnen für ihr Erscheinen.

(Beifall)

Zum Schluß meiner Begrüßung darf ich nun zu uns selbst und unseren Parteifreunden kommen, die an hervorragender Stelle im Bund, in den Ländern oder in unserer Partei tätig sind. Ich begrüße sie mit der gleichen Herzlichkeit wie

die große Zahl der Delegierten und Parteifreunde, die ohne offizielles Amt und entsprechende Würde in Stadt und Land tagaus, tagein sich für die Ziele unserer Partei einsetzen und die an einem Tag wie dem heutigen mit ihren Erfahrungen und Vorstellungen in besonderer Weise zur Geltung kommen sollen.

(Beifall)

Zu unserer großen Gemeinschaft gehören auch die vielen Ehemaligen, deren Interesse an unserer Arbeit wachgebliebenen ist, sowie die Frauen der verstorbenen Parteifreunde, die wir nicht vergessen haben. —

(Beifall)

Ich rufe nun Punkt 4 der Tagesordnung auf: Beschlußfassung über die Tagesordnung.

Der Bundesvorstand hat sich gestern mit der Tagesordnung befaßt. Er schlägt Ihnen vor, nach der Rede des Parteivorsitzenden Kurt Georg Kiesinger keine Aussprache stattfinden zu lassen, sondern zunächst am Nachmittag auch die Berichte des Generalsekretärs und des Bundesschatzmeisters entgegenzunehmen und sich dann reichlich Zeit für eine Aussprache über die drei vorangegangenen Referate zu nehmen, die man nicht auseinanderziehen sollte. Die Aussprache würde dann allerdings nach den vorangegangenen drei Referaten gegliedert sein. Erhebt sich gegen diese Änderung Widerspruch, und wird dazu das Wort gewünscht? — Ich sehe das nicht. Wer mit dieser vom Vorstand vorgeschlagenen Tagesordnung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen — Wer ist dagegen? — Ich sehe niemand. Wer möchte sich der Stimme enthalten? — Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Ich bitte nunmehr, daß Kollege Filbinger das Präsidium übernimmt und die weitere Tagesordnung abwickelt.

Dr. Hans Filbinger, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen zum Tagungsordnungspunkt 5:

Beschlußfassung über die Verfahrensordnung

Der Entwurf der Verfahrensordnung befindet sich in den Mappen der Delegierten. Wird das Wort dazu gewünscht? — Es wird nicht gewünscht.

Dann kommen wir zur Beschlußfassung. Diejenigen, die zustimmen, daß wir uns diese Verfahrensordnung geben, bitte ich um ihr Handzeichen. — Danke sehr. Gegenstimmen? — Keine. Enthaltungen? — Damit hat sich der Parteitag die in den Mappen befindliche Verfahrensordnung gegeben.

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf: Wahl der Antragskommission

Der Bundesvorstand macht Ihnen einen Vorschlag, der sich auf dem Platz jedes Delegierten befindet.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, daß die Antragskommission laut Vorschlag des Vorstandes bestellt wird, den bitte ich um sein Handzeichen. — Danke sehr. Gegenstimmen? — Keine. Enthaltungen? — Danke sehr. Damit ist die Antragskommission so bestellt.

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf: Wahl der Mandatsprüfungskommission

Der Vorschlag des Bundesvorstandes befindet sich auf dem Platz jedes Delegierten. Sind Wortmeldungen zu diesem Vorschlag da? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer zustimmt, wird um sein Handzeichen gebeten. — Danke sehr. Gegenstimmen? — Enthaltungen? — Nicht der Fall. Es ist so beschlossen. Die Mandatsprüfungskommission ist bestellt.

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf: Wahl der Stimmzählkommission

Der Vorschlag des Bundesvorstandes befindet sich ebenfalls auf dem Platz jedes Delegierten. Bestehen Wortmeldungen? — Das ist nicht der Fall.

Zur Abstimmung! Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke sehr. Bestehen Gegenstimmen? — Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? — Damit ist die Stimmzählkommission bestellt.

Wir kommen nun zu Punkt 9 der Tagesordnung: Rede des Parteivorsitzenden Dr. Kurt Georg Kiesinger MdB

Herr Bundesvorsitzender, Sie haben das Wort.

(Beifall)

Dr. Kurt Georg Kiesinger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Ich freue mich, daß dieser Parteitag, auf dem ich zum letztenmal die Ehre habe als Parteivorsitzender zu Ihnen zu sprechen, gerade hier im Saarland stattfindet, in diesem Land, das von uns getrennt war, das zu uns zurückgefunden hat dank des Willens seiner Bevölkerung und der weisen und brüderlichen Respektierung dieses Willens der Bevölkerung durch Frankreich.

(Beifall)

Dies hat, wie Sie, lieber Freund Röder, bereits festgestellt haben, die feste Grundlage für die Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern gelegt. Ich freue mich, daß dieser Parteitag in einem Land stattfindet, in dem wir noch

vor kurzem einen harten Wahlkampf und einen glorreichen Sieg für die Christlich Demokratische Union gewonnen haben,

(Beifall)

in einem Land, dessen Probleme und Sorgen und Nöte wir kennen und dessen Sorgen — auch Sie wissen es, Herr Präsident; ich war dankbar für Ihre Anmerkung — ich als Bundeskanzler stets meine volle Aufmerksamkeit gewidmet habe.

Meine Damen und Herren, dieser Parteitag liegt in der Mitte der Legislaturperiode der Linkskoalition. Die Halbzeitbilanz dieser Koalition — die Spatzen pfeifen es von den Dächern — ist schlecht. Ihre ursprüngliche Mehrheit im Bundestag ist von zwölf auf sechs zusammengeschmolzen. Die Ergebnisse von neun Landtagswahlen haben die Position der Union nicht nur in den Ländern, sondern auch im Bundesrat beträchtlich gestärkt, da nun in vier Ländern die Union nicht mehr durch einen Koalitionspartner belastet ist. In zwei Ländern hat diese Koalition übrigens nur eine Mehrheit von einem Sitz im Parlament. Die FDP ist aus drei Landtagen verschwunden. In Hessen und in Berlin sind wir in großen Sprüngen bis an die 40 Prozent herangekommen. Meinungsumfragen zeigen die Union überall in Führung. Das Urteil der Mehrheit unserer Bevölkerung über die Arbeit der Regierung ist überwiegend negativ. Dies ist kein zu großes Wort, wenn man sagt: Die Bilanz dieser Regierung ist schlecht!

Diese Entwicklung, meine Freunde, kam nicht von ungefähr. In der Innen- wie in der Außenpolitik ist es der SPD nicht gelungen, das zu verwirklichen, was sie sich vorgenommen hatte: in einem einzigen spektakulären Ansturm die Zustimmung der Mehrheit unserer Wähler zu gewinnen, das, was ihr bei der Bundestagswahl im Herbst 1969 versagt geblieben war, die stärkste politische Kraft in Deutschland zu werden. Sie war mit dem großen Versprechen gewaltiger Reformen angetreten und kann dieses Versprechen nun nicht erfüllen. Sie versprach Stabilität und muß zugestehen, daß die Preissteigerungen eine inflatorische Rekordhöhe erreicht haben.

Aus Nordrhein-Westfalen erreicht uns die Nachricht, daß im Vergleich zum selben Monat des letzten Jahres in Arbeitnehmerhaushalten eine Lebenshaltungskostensteigerung von $6\frac{1}{2}$ Prozent zu verzeichnen ist. Für diese Entwicklung trägt die Regierung eindeutig die Verantwortung,

(Beifall)

und zwar durch ihre vor allem im ersten Jahr unentschlossene und widersprüchliche Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie hat es versäumt, nach der Aufwertung ein binnenwirtschaftliches Absicherungsprogramm zu entwerfen und konsequent durchzuführen. Die Folge war Unsicherheit, Vertrauensschwund

allenthalben. Und noch droht uns die Gefahr jener unheilvollen Kombination von Inflation und Rezession, von Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit, die wir aus den bitteren Erfahrungen anderer Länder kennen.

Die Last dieser durch eine sozialistische Regierung verschuldeten Entwicklung trägt vor allem der kleine Mann. Während die Reallohne und Gehälter im monatlichen Durchschnitt von Januar 1970 bis Mitte Juni 1971 gegenüber 1969 um 12,4 Prozent gestiegen sind, mußten sich die Rentner mit 2,9 Prozent begnügen, und das Einkommen der Landwirte ist um 5 Prozent gesunken.

Meine Damen und Herren, so viel zur Bilanz der Innenpolitik dieser Koalition. In der Außenpolitik warf sich diese Regierung mit einer wirklich durch nichts als durch ihr spektakuläres Bedürfnis erzwungenen Hast in eine schlecht vorbereitete, überstürzte Aktion, in Verhandlungen mit einem Partner, dessen überlegene Erfahrung, Härte, Zähigkeit und Macht sie hätte kennen müssen. Das bittere Ergebnis wird von aller Welt als die Anerkennung des status quo in Europa gewertet. Es kann uns nicht verwundern, daß die Sowjetunion diese „Bestätigung der Ergebnisse des großen vaterländischen Krieges“, wie es Herr Breschnew ausgedrückt hat, als ihren seit langem erstrebten großen Erfolg verbucht.

Meine Damen und Herren, wenn es richtig ist, daß die Sowjetunion zur Zeit mit Rücksicht auf ihren großen Konflikt mit China und auf ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine Entlastung auf ihrer Westflanke, eine Verständigung mit dem Westen, auch mit uns, sucht, dann war die Verhandlungssituation günstig und dann hat diese Regierung durch ihre überstürzte Hast und Hektik eine große Verhandlungschance vertan.

(Beifall)

Es ist grotesk, was man manchmal lesen muß. Erst gestern las ich die Darstellung eines bekannten deutschen Schriftstellers und Zeitgeschichtlers zur Haltung der Union zur Ostpolitik dieser Regierung. Er bemerkte dabei, daß er immer die Rückführung der 10 000 Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion für die größte Leistung des „alten Herrn“, Konrad Adenauers, gehalten habe, und er habe diese 10 000, dieses Zugeständnis der Sowjetunion, genauso wie diese Regierung durch Nachgeben erhalten. Meine Damen und Herren, ich war mit dabei; ich saß als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages mit am Verhandlungstisch in Moskau. Ich kann Ihnen sagen: Wir haben dieses Ergebnis, die Freilassung von 10 000 armen Kerlen, die zehn Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg noch hinter Stacheldraht lagen, nicht durch Nachgeben erreicht, sondern dadurch, daß wir zeigten, daß wir gewillt waren,

die Verhandlungen zu unterbrechen und nach Hause zu gehen — nicht durch Nachgeben, sondern durch Festigkeit!

(Anhaltender Beifall)

Die Regierung hätte sich daran ein Beispiel nehmen können, wenn sie dies gewollt hätte.

Meine Damen und Herren, wer hat nicht gestutzt, als der französische Staatspräsident in seiner Pressekonferenz vom 23. September folgenden Satz aussprach! Bedrängt von Journalisten über das deutsch-französische Verhältnis nach der beflissenen Krim-Reise des Bundeskanzlers sagte er:

„Warum sollten wir bösen Blickes auf die Bundesrepublik sehen, wenn sie sich in Richtung der Anerkennung der DDR bewegt, gleichviel, in welche Worte man dies kleidet, da wir uns bis zum heutigen Tag aus Freundschaft zur Bundesrepublik Zurückhaltung auferlegt haben.“

Wie ganz anders klang das einmal. Präsident de Gaulle hat, wie jedermann weiß, zwar immer die Meinung vertreten, daß die Oder-Neisse-Grenze endgültig sei, und ich habe häufig mit ihm darüber gerungen. Aber ebenso entschieden hat dieser bedeutende Mann sowohl im Gespräch unter vier Augen, wie in der Öffentlichkeit, wie in der Sowjetunion selbst die „geschichtswidrige Trennung“ des deutschen Volkes und Landes — das künstliche Gebilde, so sagte er wörtlich, der DDR — verurteilt. Aber vielleicht hätte auch er wie sein Nachfolger angesichts dieses Marsches unserer Bundesregierung auf die Anerkennung nicht deutscher als die Deutschen sein können.

Diese Regierung hat bei ihrer abgehetzten Eskalation der Zugeständnisse nie den ernsthaften Versuch einer Zusammenarbeit mit der Opposition unternommen, obwohl es doch um eine der schwerwiegendsten Entscheidungen der deutschen Geschichte geht.

„Wir brauchen die Opposition nicht“, sagte Herbert Wehner, und „Mehrheit ist Mehrheit“, meinte Herr Brandt. Diese Regierung will es also darauf ankommen lassen, mit einer winzigen Mehrheit im Bundestag, die sie vielleicht nur durch den zufälligen Krankenstand gewinnt, die Ratifizierung der Verträge durchzusetzen.

Und das würde — ich sage es hier mit allem Ernst — verhängnisvolle Folgen haben.

Es geht ja nicht nur um die deutsche Frage, um die Wahrung — die wirkliche, nicht nur die verbale Wahrung — des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen. Das weiß diese Regierung so gut wie wir alle. Nur wirklichkeitsblindes Wunsch-

denken kann übersehen, daß die Politik der Sowjetunion darauf ausgeht, ihren Einfluß über ihren jetzt durch die Politik dieser Regierung gefestigten Besitzstand hinaus allmählich auf ganz Europa auszudehnen. Nichts, gar nichts, hat sich an diesem alten Ziel geändert. Auch die Zukunft Berlins müssen wir leider und selbstverständlich in diesem Zusammenhang sehen.

Die Beratungen des XXIV. Parteitages in Moskau zeigten wieder einmal die politischen Ziele der Sowjetunion eindeutig. Herr Breschnew setzte sich dort dafür ein, die Widersprüche auszunutzen, die sich aus der Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Japan ergeben. Durch bilaterale Kontakte mit den wichtigsten Staaten der Europäischen Gemeinschaft strebt die Sowjetunion eine Art europäisches Rapallo an, das nach wie vor die Aushöhlung der NATO, die allmähliche Trennung Westeuropas von den Vereinigten Staaten und die Verhinderung der politischen Einigung Westeuropas zum Ziele hat, die Aufrechterhaltung eines Zustandes der Ohnmacht in Westeuropa als Vorfeld und künftiges Aktionsfeld der sowjetischen Politik.

Wieder tauchte der Vorschlag der gleichzeitigen Auflösung der Organisation des Warschauer Paktes und der NATO auf. Dabei weiß jedermann, daß das östliche Bündnissystem durch seine bilateralen Pakte zusätzlich zum Warschauer Bündnis im Gegensatz zum Westen doppelt gesichert ist.

Dies alles sind keine geheimen, sondern offen ausgesprochene Zielsetzungen, deren zentrales Anliegen soeben durch den Außenminister der Sowjetunion in seiner Rede vor den Vereinten Nationen wieder formuliert wurde, indem er sagte, all das, was da jetzt vor sich gehe, könne nicht im geringsten den historischen Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus aus der Welt schaffen und die Schärfe des Kampfes zwischen den beiden entgegengesetzten Linien in der Weltpolitik mildern.

Meine Damen und Herren, das ist eine klare Sprache, und mich wundert es immer wieder, daß es so viele Wunschdenker in der westlichen Welt gibt, die diese klare Sprache — obwohl man nichts vor uns verbirgt — nicht verstehen wollen, und daß diejenigen, die auf diese Sprache hinweisen, dann als Friedensstörer oder Kriegstreiber verhöhnt werden. Nicht diejenigen, die auf diese Gefahr verweisen, sind die Kalten Krieger, sondern diejenigen, die in unserer Welt diese Gefahr hervorgerufen haben.

(Beifall)

Diese Sprache der Sowjetunion fordert vom Westen eine klare Antwort. Meine Freunde, wir wollen Frieden und Verständigung. Ich wollte zuerst etwas pathetisch sagen: mit jedem, der guten Willens ist. Ich lasse dieses Pathos und

sage: Wir wollen Frieden und Verständigung mit jedem, dessen Interessenlage und dessen Wille auf eine Verständigung zielt.

Meine Damen und Herren, wir wollen diesen Frieden und diese Verständigung auch unter Opfern, aber unter Opfern, die man einem Volk, auch unserem Volk, zumuten kann.

(Beifall)

Wir werden nicht darauf verzichten, für unsere Landsleute im anderen Teil Deutschlands treuhänderisch zu denken und zu handeln,

(Beifall)

um jenes künftigen Tages willen, an den wir im Gegensatz zu anderen unverbrüchlich glauben und auf den wir hoffen, an dem sie sagen können, was ihr Recht, ihr Menschenrecht, ist, was sie selber wollen und wohin sie wollen.

(Lebhafter Beifall)

Das ist der Kern dessen, was wir „Wiedervereinigung“ nennen.

Man sollte uns im Ausland verstehen und wissen, daß das keine überholte und verstaubte nationalistische Politik ist, die wir da treiben. Meine Freunde, wer in aller Welt, so frage ich Sie, so fragt die ganze Welt, sollte sich um diese 17 Millionen drüben kümmern, wenn nicht wir, denen sie auf das Gewissen gebunden sind!

(Lebhafter Beifall)

„Den Frieden sicherer machen“ heißt eine der Parolen der Regierung. Nun, meine Damen und Herren, neben und wegen der Wahrung des Selbstbestimmungsrechts unseres Volkes ist und bleibt das größte und wichtigste Ziel unserer Politik der Zusammenhalt des westlichen Bündnisses und die nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Einigung Europas.

(Beifall)

Sie ist es, die uns den Frieden sichert und unsere Freiheit schützt. Sie ist auch die unerläßliche Voraussetzung — ich meine Festigung des Bündnisses und die Einigung Europas — für eine Politik der Entspannung nach dem Osten, wenn diese Politik der Entspannung etwas anderes sein soll als ein beständiges Zurückweichen vor dem Druck der Sowjetunion.

Meine Damen und Herren, nach dem Eindruck Herrn Pompidous hat diese Bundesregierung sich zur „Emanzipation“ entschlossen, „um die Hände freizubekommen“; so sagte er wörtlich. Man spitzte die Ohren. Die CDU hat nie

einer Abhängigkeit der Bundesrepublik von den Vereinigten Staaten das Wort geredet, sondern einer Partnerschaft der Europäer mit den Vereinigten Staaten, in welcher die Lebensinteressen aller Partner gesichert sind.

Daß dabei den Vereinigten Staaten eine gewisse führende Rolle zufällt, liegt in der Natur der Dinge. Ich habe es auf dem Berliner Parteitag so gesagt: „Die Vereinigten Staaten sollen in diesem Bündnis führen, aber nicht herrschen“. Zu diesem Wort stehe ich auch heute.

(Beifall)

Meine Freunde, unser Land, die Bundesrepublik Deutschland, muß sich aus vielen Gründen mit größter Behutsamkeit in dieser Welt bewegen, und von Erfurt bis zur Krim haben die neuen Regierenden in Bonn sehr viel an dieser Behutsamkeit fehlen lassen. Nichts wäre gefährlicher, als wenn der Eindruck einer Schaukelpolitik entstünde, die wir treiben, oder einer Politik, die die Hände freizubekommen sucht, um etwa die Rolle des Ersten in Westeuropa zu spielen. Es gab andere, und zwar wiederholt, die diese Rolle des Ersten in Europa zu spielen versuchten.

Wir sind gebrannte Kinder, und deswegen sagen wir: nicht Emanzipation, sondern Integration — und wenn man dieses Wort nicht liebt: Einigung Europas. Das ist das Ziel der deutschen Politik.

(Beifall)

Ich habe gesagt, daß die Bilanz der Halbzeit für diese Regierung schlecht ist. Sie ist es leider darum auch für unser Volk. Es ist — ich sage es mit Bitterkeit — vieles geschehen, was kaum mehr gutzumachen ist. Wo blieben denn jene frühen Beschwichtigungsformeln, durch die die Regierung uns sagte, man wolle doch nichts anerkennen, sondern nur respektieren, nichts festschreiben, sondern nur einen Modus vivendi begründen? Waren es denn nur beschwichtigende Formeln, oder gibt es tatsächlich einen offenen Dissens zwischen dieser Regierung und der Sowjetunion? Wäre die Regierung bei diesen Formeln geblieben, dann wäre sie auf der Bahn früherer gemeinsamer Politik vorangeschritten. Dann hätte es sich um einen wirklichen Gewaltverzicht gehandelt, und dann hätte es auch die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition in diesen Lebensfragen unseres Volkes gegeben.

Ich habe den Bundeskanzler schon nach seiner Regierungserklärung und dann wiederholt nach diesem wirklichen oder vermeintlichen Dissens gefragt. Er hat mir auf diese Frage nie eine Antwort gegeben.

Meine Freunde, das geringe Vertrauen unserer Bevölkerung zu dieser Regierung und das sich immer wiederholende Votum der Wähler zugunsten der Union sind vor allem auf die verfehlte Innenpolitik und die gefährliche Außen-

politik der Regierung zurückzuführen. Aber wir haben auch das Unsere getan. Die Union hat in den vergangenen Jahren die Möglichkeiten, die ihr die Opposition bot, energisch ausgenutzt. Rainer Barzel hat auf dem Mainzer Parteitag den harten Kampf — Sie erinnern sich — für viermal 365 Tage und Nächte angekündigt und gefordert, daß kein Tag verhandelt werde. Nun, ich kann in dieser Stunde nichts Besseres sagen als dies: Rainer Barzel hat in dieser ersten Halbzeit der Legislaturperiode für sich und seine Fraktion der CDU/CSU dieses große Versprechen voll und ganz gehalten.

(Lebhafter Beifall)

Meine Freunde, dafür schulden wir ihm und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU großen Respekt und großen Dank.

Diesen Dank schulden wir aber auch allen führenden Frauen und Männern in unseren Parteigremien. Ich habe ihre Arbeit gesehen und verfolgt und daran teilgenommen. Wir schulden diesen Dank unseren Frauen und Männern in den Landtagen und den Landesregierungen. Hier möchte ich einmal unseren Ministerpräsidenten ein ganz besonderes Wort des Dankes sagen. Diese Arbeit ist nicht nur in den Ländern, sondern heute gerade auch in der zweiten gesetzgebenden Instanz dieses Landes, im Bundesrat, so wichtig geworden, denn dieser Bundesrat kann ein Bollwerk der Union in dieser schweren Situation sein, wenn nur alle von uns dort das Gebot der Stunde erkennen und zusammenhalten.

(Beifall)

Meine Freunde, man will uns weismachen — ich habe ja lange genug und mit Freude dem Bundesrat angehört —, in dieser noblen Länderkammer hätten die niedrigen Streitigkeiten der Parteipolitik nichts zu suchen. Nun, meine Damen und Herren, wir alle wissen: Der Bundesrat ist wie der Bundestag ein Gesetzgebungsorgan des Bundes, und was für den Bundestag gilt, gilt auch für den Bundesrat.

(Beifall)

Ich möchte wissen, was die anderen sagen würden, wenn die Lage umgekehrt wäre — nein, ich möchte es nicht wissen; wir alle wissen es ohnehin!

(Beifall)

Wir sollten solche Argumente nicht allzu ernst nehmen. Es gibt aber leider manche Leute, die sie ernst nehmen. Sogar ein Zeitgeschichtler, der das Grundgesetz nicht genügend gelesen hat, schreibt, daß der Bundesrat sich mit Länderangelegenheiten zu befassen habe. Was soll man da vom dürren Holze denken, wenn solches am grünen geschieht?!

Meine Freunde, wir schulden unserem Generalsekretär Bruno Heck Dank

(Beifall)

und all dem, wofür er verantwortlich war. Ihm, dem Bundesgeschäftsführer und seinen Mitarbeitern schulden wir Dank.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, sie alle — erlauben Sie mir einmal im Hinblick auf die vielen Wünsche und Ansprüche, die Ihnen gegenüber aus der Partei erhoben wurden, dies zu sagen — mußten viel harte und undankbare Arbeit leisten, weil von ihnen ständig immer mehr gefordert wurde und gefordert werden mußte, als es ihnen die zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten erlaubten. Dieser Parteitag soll unter anderem ja auch helfen, darüber nachzudenken, wie wir das in Zukunft besser machen können.

Erlauben Sie mir, ein Wort zu mir selbst und zu dem, was ich in diesen zwei Jahren zu tun versucht habe, zu sagen. Ich habe meine Aufgabe nicht darin gesehen, im Bundestag mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU zu wetteifern. Der Fraktionsvorsitz war sein Feld; diese Arbeit fiel in seine Verantwortung und unter seine Pflicht. Ich habe im Bundestag dann mein Wort gesagt, wenn ich es für nötig hielt. Aber die im Sommer des vergangenen Jahres beginnende Kette der Landtagswahlkämpfe — ich komme eben aus dem zehnten, dem Bremer Wahlkampf zurück — gab dem Parteivorsitzenden die Gelegenheit, sich in hunderten, oft von Tausenden besuchten Versammlungen und Kundgebungen für die Union bei diesen Wahlen einzusetzen.

(Beifall)

Ich mache kein saures Gesicht dazu; die Sache hat mir Spaß gemacht, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich erwarte zuversichtlich, daß uns der nächste Sonntag eine Fortsetzung dieser Erfolge auch in Bremen und im kommenden Frühjahr ebenfalls in Baden-Württemberg, das mir natürlich besonders am Herzen liegt, bringen wird.

(Beifall)

Da ich ein unheilbarer „Hocker“, um mit Theodor Heuss zu sprechen, bin, habe ich bei dieser Gelegenheit auch immer reichlich Chancen gehabt, mich mit unseren Parteifreunden draußen zusammenzusetzen und mir ein Bild von ihnen

zu verschaffen. Sonst komme ich ja mit ihnen fast nur kollektiv zusammen, sehe ihre zustimmenden oder kritischen Mienen. Dort gab es nun engste Tuchfühlung. Wo immer ich war, habe ich ein sehr ermutigendes Bild bekommen. Draußen, sozusagen an der Front, weht ein frischer Wind. Wir alle wissen: Ohne den Einsatz dieser Männer und Frauen, die da draußen an dieser Front für die Union kämpfen, würden wir das große Ziel des Jahres 1973 — es darf natürlich auch früher sein, und wenn die Regierung uns dazu ermutigt, nehmen wir diesen ermutigenden Zuruf gerne auf —

(Beifall)

nicht erreichen.

Dieses Ziel heißt, das zu gewinnen, was uns 1969 um 0,9 Prozent mißriet: die Mehrheit im Bundestag und die Bildung einer neuen Regierung durch die CDU und CSU.

(Beifall)

Meine Freunde, jetzt wird es ernst. Hier ist der Ort, um uns Rechenschaft darüber zu geben, wie steinig der Weg sein wird, der zu diesem Ziele führt. Ich glaube, keiner in diesem Saal bestreitet, daß wir den bisher schwersten Bundestagswahlkampf unserer Geschichte zu führen haben werden. Lassen Sie uns darum gemeinsam überlegen, womit wir konfrontiert sind.

Ich habe schon als Kanzler der Großen Koalition zu spüren bekommen, wie stark das Machtpotential unseres größten politischen Gegners, verglichen mit dem unseren, ist; denn dieses Potential beschränkt sich ja keineswegs auf die Parlamente und die Kabinette. Die Sozialdemokratische Partei hat fast doppelt so viele Mitglieder wie die CDU und die CSU zusammen. Trotz einer stetigen Zunahme an Mitgliedern ist die CDU — leider — eine Wählerpartei geblieben. Die Sozialdemokratische Partei hat einen dem unseren überlegenen, von starker eigener Finanzkraft gesicherten schlagkräftigen Partelapparat, den sie in langen Jahren aufgebaut hat. Sie hat in einer über viele Jahre hin verfolgten, oft rücksichtslosen Personalpolitik ihre Position überall, nicht nur im staatlichen und kommunalen Bereich, überlegen aufgebaut. Jahr um Jahr werden ihr vor allem aus gewissen Sektoren der Hochschulen, nicht zuletzt aus den Pädagogischen Hochschulen, Bundesgenossen zugeführt, die sich durch einen entschiedenen ideologischen Kampfeswillen auszeichnen. Zum erstenmal wird die SPD überdies die gesamten Möglichkeiten des Staatsapparats zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung einsetzen, und sie tut dies mit der ganzen ihr eigenen Unbedenklichkeit. Sie scheut nicht einmal davor zurück, die Presse

unter Druck zu setzen, von der Androhung des Informationsentzugs bis zu dem ominösen Wort des Bundeskanzlers über die Schreibtischtäter.

(Beifall — Vereinzelt Pfui-Rufe)

Und schließlich wird sie durch die Massenorganisation der Gewerkschaften energisch unterstützt. Aber es geht weiter, meine Freunde: Wir sollten auch nicht den großen Vorteil unterschätzen, den die SPD dadurch gewinnt, daß sie zum erstenmal mit einem Kanzler in den Wahlkampf geht. Dazu kommt noch eine weitere Überlegung, und eine sehr wichtige: Je weiter wir uns von der Ausgangssituation der Bundesrepublik entfernen, desto weniger kennen die jungen Wähler die Realitäten dieses Anfangs. Die Kriegsgeneration kannte aus eigener Anschauung die kommunistische Wirklichkeit. Sie erlebte die Notjahre nach dem Krieg und den großartigen Erfolg des Wiederaufbaues. Davon wissen die Jungen nur noch vom Hörensagen. Die großen Erfolge, die unter der politischen Führung der Union, mit Konrad Adenauer als Kanzler — ich begrüße seinen ältesten Sohn, der heute unter uns ist, deswegen besonders herzlich —

(Beifall)

und mit Ludwig Erhard, der meine Verehrung hat, als Wirtschaftsminister,

(Anhaltender Beifall)

die Erfolge, die da von uns errungen wurden, sind dieser jungen Generation nicht mehr eine Errungenschaft schwerster Mühen, sondern ein selbstverständlicher Besitz, ja ein Besitz, der von den radikalen ideologischen Kräften schon wieder angefochten wird, obwohl jeder Erfahrene weiß, daß breiteste Schichten unseres Volkes noch nie eine so große materielle Lebenssicherheit genossen haben wie in jenen Jahren und durch jene Jahre, die durch unsere Politik gestaltet worden sind.

(Beifall)

Unsere alten großen Parolen, mit denen wir in die Kämpfe zogen, mit denen wir unsere Siege errangen, sind verblaßt, eben weil sie erfolgreich waren und weil sie für die Jungen selbstverständlich geworden sind. Und nun werden diesen Jungen von dieser Regierung Rauschgold-, Talmiparolen vorgebracht. Und wer gehört zu diesen Jungen? Nun, es gehören alle zu ihnen, die nach dem Krieg noch in den Kinderschuhen staken, und das will 1973 heißen, alle etwa zwischen 18- und 38jährigen. Das bedeutet etwa 15 Millionen, also mehr als ein Drittel der gesamten Wahlberechtigten.

Und endlich können wir die Augen nicht davor verschließen, daß die allgemeine geistige Situation sehr viel Wasser auf die Mühlen des Gegners lenkt. Der zunehmende Verfall alter Wertvorstellungen und ihrer Wirkungskraft, der Umschlag des Schwundes dieser Wertvorstellungen und Überzeugungen in utopischen Rausch oder ideologischen militanten Dogmatismus kommt natürlich jenen entgegen, die selber Ideologien anzubieten haben. Meine Freunde, Sie werden mich nicht mißverstehen. Ich stelle Ihnen diese Bilanz nicht vor, um Verzagtheit zu erzeugen, ganz im Gegenteil. Ich möchte erreichen, wir müssen erreichen, daß auch der letzte unter uns versteht, um was es geht, daß wir uns keinem leichtfertigen Optimismus überlassen, sondern alle Kräfte anspannen und einspannen, um allen Widrigkeiten zum Trotz den vollen Sieg zu erringen.

(Beifall)

Vieles von dem, was ich als Machtpotential unseres Gegners darstellte, ist nicht neu. Trotzdem ist es der Union bis zu dieser Stunde gelungen, die stärkste politische Kraft in der Bundesrepublik zu bleiben. Das liegt einmal an dem großen Kapital an Vertrauen, welches die Union durch ihre großen Leistungen in unserem Volk behalten hat. Landauf, landab, bekomme ich das in Tausenden von Begegnungen oft rührend zu spüren. Millionen unserer Mitbürger, die täglich auf eine nicht immer uns freundlich gestimmte Presse angewiesen sind, halten uns dennoch die Treue. Dies ist nicht anders zu erklären als durch die Fähigkeit dieser Menschen zu sehen, was wirklich ist, was man besitzt und was wir verlieren könnten. Dieser nüchterne Sinn unserer Mitbürger ist unser stärkster Verbündeter.

Sicherlich spielt der Einsatz unserer Mitarbeit in Dorf, Stadt und Land dabei eine große Rolle. Noch ist es ja so, daß die Mehrheit unseres Volkes, insbesondere auch der größte Teil der Arbeiterschaft, der Faszination der Ideologien noch nicht verfallen ist. Aber es gibt Einbruchgefährden; wir wissen, mehr bei der jüngeren als bei der älteren Generation. Wir sollten daher auch hier den Tag nicht vor dem Abend loben und wachsam bleiben.

Die große Schwäche der Sozialdemokratie ist ihre programmatische Krise, die zugleich eine Krise ihrer Generation ist. Meine Freunde, das Aufkommen starker neomarxistischer Kräfte in einer Partei, welche die marxistische Tradition schon abgestreift zu haben schien, der entschiedenste sozialrevolutionäre Wille dieser Jungsozialisten — von den noch weiter Linken gar nicht zu sprechen —, die mit zunehmendem Erfolg um die Macht in ihrer Partei kämpfen, hat die SPD in eine Krise gestürzt, die sehr viel schwerer ist, als sich nach außen zeigt. Vorgänge wie in München, bei denen dieser Konflikt wie eine Eruption zutage trat, werden sich ohne Zweifel wiederholen, verstärken und vermehren.

Demgegenüber — das zu sagen, ist nun eine große Freude für mich, ohne beschönigen oder beschwichtigen zu müssen — kann die CDU mit Genugtuung feststellen, daß sie bei aller Interessen- und Meinungsvielfalt eine große Volkspartei ist, weder eine programmatische noch eine Generationenkrise kennt.

(Beifall)

Ich kann unseren Freunden von der Jungen Union und auch dem noch kleinen Häuflein des RCDS, das an unseren Hochschulen kämpft!; denn es gehört etwas dazu, sich dazu zu stellen;

(Beifall)

nicht, daß sie mich nicht manchmal geärgert hätten, ich habe meinen Vater auch oft genug geärgert —, in diesem Abschiedswort als Parteivorsitzender von ganzem Herzen dafür danken, daß sie so sind, wie sie sind, und daß sie so kämpfen.

(Beifall)

Wir haben uns mit dem Berliner Programm und seiner Fortschreibung in Düsseldorf ein gemeinsames Fundament geschaffen, und wenn Franz Josef Strauß jetzt da wäre, dann würde ich seinem Wort noch einmal ausdrücklich entgegnetreten, das er in Düsseldorf gebraucht hat: eine Partei brauche keine Programme, sondern fähige Männer. Meine Damen und Herren, die CDU hat ein Programm, dann ist sie die CDU, oder sie hat kein Programm, dann ist sie ein pragmatischer Haufen und nichts mehr.

(Beifall)

Wir brauchen beides. Wir brauchen unser Programm und brauchen unsere fähigen — und wenn Sie wollen — unsere starken Männer. Dieses Fundament werden wir weiterbauen mit jener gegenseitigen Loyalität — und lassen Sie mich das leise hinzufügen — und jener unerläßlichen Disziplin, auf die wir für unsere Existenz und für unseren Sieg angewiesen sind.

(Beifall)

Das gilt natürlich auch für das Verhältnis zu unserer Schwesterpartei, der CSU, die so erfolgreich gekämpft hat unter der Führung unseres Freundes Franz Josef Strauß, der bedauerlicherweise nicht unter uns ist. Der Nebel, der ihn gehindert hat, heute unter uns zu sein, bedeutet keinen politischen Nebel zwischen der CDU und CSU. Hier gibt es klare Sicht und klaren Flug, meine Damen und Herren.

Immer wieder wird von unseren politischen Gegnern der Versuch gemacht, uns prinzipielle programmatische Unterschiede zu unterstellen, indem man Nuancen verzerrt und dramatisiert. Das ist im übrigen gar nicht neu. Aber ich sage Ihnen getrost, daß sich alle täuschen werden, die ihre Hoffnung auf einen solchen Bruderzwist setzen.

(Beifall)

Es wird auch keine sonstigen Schwierigkeiten geben. Meine Damen und Herren, wir werden uns zusammenfinden, loyal wie eh und je, und niemand wird uns auseinanderreden können, wenn wir es nicht selber tun.

(Beifall)

Ich habe von den Ideologien gesprochen. Man hört die Meinung, es findet zur Zeit eine Reideologisierung der Parteien statt. Meine Damen und Herren, Ideologien — das ist unsere feste Überzeugung — verfehlen und vergewaltigen die Wirklichkeit. Mit ihnen kann man daher nur eine verfehlte und gefährliche Politik machen. Sie sind — ich will nicht mißverstanden werden; ich rate niemandem, einfach an ihnen verächtlich vorbeizugehen — oft interessant und regen zur Prüfung der eigenen Position und zu fruchtbaren Auseinandersetzungen an.

Ich habe von Karl Marx viel gelernt, und zwar gerade dort, wo er sich, wie die Geschichte bewiesen hat, geirrt hat. Wir müssen sie zur Kenntnis nehmen, wenn wir uns mit ihr auseinandersetzen wollen, und an dieser Auseinandersetzung kommen wir wahrhaftig nicht vorbei. Aber — das ist entscheidend — niemals dürfen wir es ihnen, den Ideologien und den Ideologen erlauben, den Platz der pragmatischen Politik zu okkupieren.

(Beifall)

Deswegen kann ich nur jeden unserer politischen Freunde davor warnen, angesichts dieser Ideologien, vor allem der kommunistischen, eine Art westliche Gegenideologie oder eine Gegenideologie der CDU zu fordern. Meine Damen und Herren, ich sage das mit ganz großem Ernst: das wäre das Ende der Christlich Demokratischen Union.

Wir treiben praktische und pragmatische Politik, realistische Politik, die sich an einigen großen zentralen Ideen und Wertvorstellungen, vor allem an den Grundsätzen christlicher Verantwortung orientiert. So steht es in unserem Programm, und so soll es stehenbleiben.

(Beifall)

Das Bild der politischen Landschaft, das ich Ihnen entworfen habe, die Schilderung unseres eigenen Kräfte- und Machtpotentials und dasjenige unseres Gegners zwingen uns zu klaren Entschlüssen und entschiedenen Maßnahmen. Unsere Stärke liegt in unserem Programm, in unserer realistischen Politik und in dem großen Vertrauen, das wir im Volk genießen. Wenn wir dieser Politik treu bleiben – lassen Sie mich so sagen: beweglich, aber nicht opportunistisch, prinzipientreu, aber nicht erstarrt, überzeugend und glaubwürdig, so wie bisher auch in Zukunft, vor allem auch für die junge Generation –, dann brauchen uns die billigen Schlagworte des Gegners keine große Sorgen zu machen.

Unsere Schwäche liegt vor allem im organisatorischen Bereich, im Mitgliederstand, im ungenügenden Parteiapparat, in der geringen Finanzkraft, in der Unterlegenheit im Bereich der Einflußpositionen. Meine Freunde, diese Schwäche muß überwunden werden, und das ist eine Herkulesarbeit.

(Beifall)

Die Beratungen dieses Parteitages, seine strukturellen und personellen Entscheidungen müssen dieser Lage Rechnung tragen, und jeder wird nach bestem Wissen und Gewissen in Freundschaft und Aufrichtigkeit seine Entscheidungen treffen müssen. Denn es ist ja zum erstenmal in der Geschichte der CDU, daß sich zwei hervorragende Männer um das Amt des Parteivorsitzenden bewerben. Wir brauchen in den Führungspositionen der CDU die fähigsten Männer und Frauen. Aber – das sage ich Ihnen nach bitteren und sehr leidvollen Erfahrungen – wir brauchen vor allem eine starke, eine sehr starke Partei, wenn wir den Sieg erringen wollen.

(Beifall)

Meine Freunde, mit dieser Überzeugung und Hoffnung wünsche ich unserem Parteitag zu Saarbrücken ein glückliches Ergebnis und einen glücklichen Verlauf. Mit dieser Überzeugung und Hoffnung verabschiede ich mich von Ihnen als Parteivorsitzender und nur als Parteivorsitzender, denn meine Kraft und mein Kampf werden auch in Zukunft der großen Sache der CDU gelten.

(Sehr lebhafter, anhaltender Beifall)

Meine Freunde, ich bin glücklich in diesem Augenblick des mich überwältigenden Dankes aus Ihren Reihen; ich werde noch glücklicher sein, wenn ich dazu beitragen kann, daß dem künftigen Kanzlerkandidaten der Union das gelingt, was mir 1969 versagt blieb: eine Regierung der Union zu bilden und Politik aus Geist und Willen der Union zu treiben. Dieses Land und dieses

Volk, dieses ganze deutsche Volk, hat eine solche Regierung und eine solche Politik wahrlich nötig! Ich danke Ihnen.

(Starker Beifall)

Dr. Hans Filbinger, Tagungspräsidium: Herr Bundesvorsitzender, ich danke Ihnen namens des Parteitags für Ihre weitgespannte, richtungweisende und zupackende Rede. Sie haben es gespürt: der Parteitag ist Ihnen heute wie bei vielen Ihrer früheren meisterlichen Reden gefolgt; Sie haben die volle Zustimmung des Parteitags der Christlich Demokratischen Union gefunden.

Die Christlich Demokratische Union hat Ihnen seit Ihrer unvergessenen Arbeit als Bundestagsabgeordneter und außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages vieles zu danken. Sie dankt Ihnen für die Leistung, die Sie als Bundeskanzler für das deutsche Volk erbracht haben.

(Beifall)

Sie dankt Ihnen ebenso für Ihre Arbeit als Bundesvorsitzender der CDU seit 1967.

(Erneuter Beifall)

Und sie dankt Ihnen nicht zuletzt für Ihren wahrhaft beispiellosen Einsatz bei der letzten Bundestagswahl und bei neun erfolgreichen Landtagswahlen.

(Beifall)

Die Christlich Demokratische Union hat den Wunsch, daß Sie an sichtbarer Stelle auch in Zukunft in ihren Reihen arbeiten und kämpfen, und aus diesem Grunde hat der Vorstand einstimmig beschlossen, Sie als Ehrenvorsitzenden der CDU mit Sitz und Stimme im Präsidium dem Parteitag in Vorschlag zu bringen.

(Lebhafter Beifall)

Wir treten nun in die Abstimmung über den einstimmigen Vorschlag des Bundesvorstandes ein. Wer zustimmt, daß Bundesvorsitzender Dr. Kurt Georg Kiesinger zum Ehrenvorsitzenden ernannt wird, der wird gebeten, das Handzeichen zu geben. — Ich danke Ihnen. Gibt es Gegenstimmen? — Keine. Enthaltungen? — Keine.

(Beifall)

Herr Dr. Kiesinger, Sie sind einstimmig zum Ehrenvorsitzenden der CDU ernannt. Ich gratuliere Ihnen!

(Anhaltender Beifall)

Meine Damen und Herren, ich unterbreche nun die Vormittagssitzung unseres Parteitages. Wir machen eine Pause von fünf Minuten. —

(Unterbrechung von 11.17 Uhr bis 11.26 Uhr)

Franz Amrehn, Tagungspräsidium: Die Sitzung wird wieder aufgenommen.

Meine Damen und Herren, durch den bisherigen Zeitablauf in der Abwicklung der Tagungsordnung bleibt uns noch genügend Raum, vor der Mittagspause einen weiteren Punkt zu erledigen. Ich hoffe, Sie sind damit einverstanden, wenn wir jetzt den Bericht des Generalsekretärs der Partei entgegennehmen.

(Zustimmung)

— Danke sehr. Ich rufe also Punkt 11 der Tagesordnung auf: Bericht des Generalsekretärs Dr. Bruno Heck, MdB.

Ehe er das Wort erhält, darf ich noch folgendes mitteilen. Bisher sind noch keine Stimmblocks und auch noch keine Zettel für Wortmeldungen ausgegeben worden. Die Mandatsprüfung hat noch nicht ganz abgeschlossen werden können. Infolgedessen werden wir Stimmblocks und die Wortmeldezettel unmittelbar nach der Mittagspause ausgeben.

Nun bitte ich aber, wirklich Platz zu nehmen und die Gespräche einzustellen oder, soweit sie fortgesetzt werden sollen, auf dem Flur weiterzureden. Ich bitte, die Türen zu schließen.

Das Wort hat nunmehr Herr Generalsekretär Dr. Bruno Heck.

(Beifall)

Dr. Bruno Heck: Herr Präsident! Verehrte Gäste! Meine Damen und Herren! Ob heute abend Rainer Barzel zum Parteivorsitzenden gewählt wird oder Helmut Kohl, ob Sie morgen Konrad Kraske oder mich zum Generalsekretär bestimmen, wen immer Sie ins Präsidium und in den Vorstand wählen, — von der neuen Führung wird viel erwartet. Aber die Partei wird nicht alles von dieser neuen Führung erwarten können, vor allem das nicht, was die Partei nur als Ganzes zu leisten vermag.

(Beifall)

In diesem Sinne wird die neue Führung so stark sein wie die Ideen, wie das politische Konzept der Union, sie wird so stark sein, wie die Solidarität der verschiedenen Kräfte in der Union dieses Konzept zu repräsentieren und zur Geltung zu bringen vermag.

Meine Damen und Herren, das vergangene Jahr hat der Partei für die Opposition im Bundestag und für die Landtagswahlen viel abverlangt. Doch davon soll heute nicht besonders die Rede sein; hier soll keine Leistungsschau geboten werden. Ich will einen Erfahrungsbericht geben, einen Erfahrungsbericht unter der einen Perspektive, unter der alles entscheidenden Frage: Was ergibt sich daraus für die Bundestagswahlen 1973? Wo sind wir gefordert? Was haben wir die nächsten zwei Jahre zu tun?

Die Union ist nach wie vor die Mehrheitspartei in unserem Land. Immer wieder haben die Koalitionsparteien den Versuch gemacht, den Bundesrat zu erobern. Sie sind von den Wählern unmißverständlich zurückgewiesen worden. Unsere Partei wurde in der Geschichte unseres Landes oft bestätigt. Aber nie ist diese Bestätigung auch in den Ländern so eindeutig ausgefallen wie jetzt. Es ist kein Zweifel: Der Erfolg des Tages steht bei uns.

Aber, meine Damen und Herren, da ist auch die andere Seite. Die SPD steckt Niederlage auf Niederlage ein, und doch scheint ihre relative Stabilität als Partei davon nicht sonderlich erschüttert zu werden. Wir aber, wir quittieren unsere Erfolge mit einem zunehmenden Unbehagen. Ist das wirklich nur Führungskrise? Mangelt es nur am Glauben an die Kraft, mangelt es nur an Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Parteispitze? Oder zweifelt die Partei auch an der Dauer ihres Erfolges? Sind wir unsicher geworden in unserem Selbstverständnis als Christlich Demokratische Union? Hat uns der Bruch von 1969 doch tiefer getroffen, als wir alle gemeint haben? Woher stammt dieses Unbehagen, diese Gereiztheit gegeneinander, diese aggressive Spannung in unseren eigenen Reihen? Das ist die erste Frage, die wir uns heute stellen müssen.

Meine Damen und Herren, wir alle spüren, daß das, was das Jahr 1969 signalisiert hat, noch nicht überwunden ist. Es ist doch so, die Sozialdemokraten sind noch nicht ausgesteuert beim Volk, und wir — wir haben das Vertrauen im Bund noch nicht endgültig zurückgewonnen. Die Umfragen bestätigen, was uns nachdenklich stimmt. Wir liegen in der Meinung der Wähler vorn.

Aber es ist offensichtlich: Dieses Ja der Wähler gilt mehr der Opposition gegen die Regierung Brandt und weniger der Partei, die in dieser Opposition steht.

Im Grenzbereich der Wähler zwischen uns und den Koalitionsparteien ist die Bereitschaft, uns zu folgen, geringer als die Abneigung gegen die hektische Politik der Linkskoalition. Was bedeutet das für uns? Wie kommt das?

Sicher, wir haben uns zu lange als Regierungspartei im Wartestand verstanden und damit gerechnet, daß die Koalition zerbrechen werde; wir hätten uns früher auf vier Jahre Opposition einstellen müssen. Wir haben die Politik der Re-

gierung mit taktischem Geschick und mit Erfolg attackiert und in Frage gestellt. Es ist uns auch gelungen, aus der Ablehnung der SPD einen Vorsprung für uns zu gewinnen.

Um was es aber jetzt geht, ist, diesen Vorsprung aus Ablehnung in einen Vorsprung aus Zustimmung zu verwandeln.

(Beifall)

Meine Parteifreunde, den Widerspruch zur Regierung und unseren eigenen Standpunkt formulieren wir Woche für Woche im Parlament; um Zustimmung müssen wir draußen im Lande werben. Unser wichtigster Wahlhelfer in den vergangenen Landtagswahlen war die Bundesregierung. Ihre Schwäche war unser Gewinn. Aber auf diese Rechnung können wir für 1973 allein nicht setzen. Die Bevölkerung scheint sich an die Inflation zu gewöhnen. Sie könnte auch einmal bereit sein, etwas weniger Inflation als relative Stabilität zu begrüßen. Und in der Ostpolitik wird die Regierung versuchen, den Wählern mit kleiner Münze die großen Sorgen abzukaufen. Über all dem bastelt die SPD am Bilde Brandts herum, um ihn als Vaterfigur, als Staatsmann und Humanisten hochzustilisieren, zur tragischen Symbolfigur der Deutschen, die es auf sich nimmt, den Verzicht auf die politische Freiheit der ganzen Nation als angeblich unerläßlichen Beitrag zum Frieden durchzusetzen. Dies alles geschieht mit überlegenen finanziellen Mitteln, mit einer ungehemmten Mischung von Staat und Partei und mit dem Freibrief eines parteipolitischen Bündnisses, das die Macht so gebraucht, wie sie erworben wurde: gegen die Mehrheit der Bürger!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, darauf müssen wir uns einstellen, wenn wir sichergehen wollen. Deswegen die Frage an uns: Wie sieht das aus, was wir unserem Volk auf 1973 hin anzubieten haben? Unser programmatischer Vorsprung vor der SPD ist eingeebnet. Union der Christen, Wohlstand für alle, Soziale Marktwirtschaft, Ja zum Westen, Ja zur Freiheit der westlichen Demokratie und zu ihrem mächtigen Bündnis — das waren Stichworte der Hoffnungen, das waren Formeln der Übereinstimmung, das war Millionen unmittelbar aus dem Herzen gesprochen.

Daß wir diese Formeln gefunden haben, daß Männer an unserer Spitze gestanden haben, die eine Verkörperung, eine persönliche Bürgschaft jener Leitsätze gewesen sind, das hat uns zur größten deutschen Partei gemacht. Aber heute ist erreicht, für was wir damals die große Hoffnung waren. Heute ist das politische Feld von neuen Hoffnungen erfüllt. Der Wohlstand ist geschaffen; heute geht es darum, seinen Immobilismus aufzulockern, Chancen

neu zu verteilen, neue Ziele zu setzen, im Wettbewerb der Leistungen Humanität zu sichern.

Franz Amrehn, Tagungspräsidium: Ich bitte einen Augenblick um Entschuldigung, Herr Dr. Heck. Ich möchte noch einmal bitten, endgültig die Gesprächsgruppen aufzulösen, die sich insbesondere an den Türen und auf einigen Gängen befinden. Ich hatte gebeten, daß diejenigen, die jetzt unbedingt sprechen müssen, auf die Korridore hinausgehen. Es geht so nicht weiter, daß weiter geplaudert wird.

(Beifall)

Einige Herren lassen sich davon noch immer nicht beeindrucken. Ich bitte die Delegierten in der Nähe solcher Gesprächsgruppen, für den Fall, daß die Gespräche fortgesetzt werden, die Gruppen aufzufordern, die Unterhaltung einzustellen. Wenn ich nach rechts an die Türen schaue, sehe ich mehrere Gruppen, die ihre Gespräche fortsetzen.

Dr. Bruno Heck: In diese Richtung drängen die neuen innenpolitischen Hoffnungen.

Und in der Außenpolitik? Auch da sind neue Erwartungen aufgebrochen: Die Sicherheit mit dem Westen haben wir; nun ist die Sicherheit vor dem Osten und mit dem Osten dran. Versöhnung, Ausgleich, Normalisierung, Annäherung, Wandel, Zusammenarbeit, Friede; Friede auch mit den kommunistischen Staaten, europäische Friedensordnung — im Feld dieser Begriffe liegt irgendwo das verborgene, was einer neuen Sehnsucht in unserem Volk entspricht.

Hier liegen zwar die Gefahren, hier liegen auch die möglichen Mißverständnisse, aber hier liegt vor allem jenes neue große Ziel, das jede deutsche Politik auf lange Sicht im Auge haben muß — einfach deswegen, weil es dem Verlangen nach einem Frieden und nach einer Sicherheit entspricht, die nicht auf dem Gleichgewicht des Schreckens beruhen. Das zu erkennen heißt nicht, die Ungeduld und Hektik der heutigen Ostpolitik zu rechtfertigen, die mit ihren Konzessionen und Vorleistungen am Ende nur bewirken wird, daß aus dem Gleichgewicht des Schreckens ein Übergewicht des Schreckens wird.

(Beifall)

Wir wollen einen Frieden, der frei ist von militärischer und politischer Hegemonie, einen Frieden, der die Gegensätze nicht übertüncht oder unterdrückt, sondern die Chance bietet, sie frei auszutragen. Wir wollen das in einem in Freiheit geeinten Europa.

Das sind die neuen Erwartungen, das sind die Hoffnungen dieses Jahrzehnts, auf die wir unsere politische Antwort geben müssen.

Meine Parteifreunde, unsere historischen Erfolge sind unbestritten, aber sie sind keine Zäune; sie hindern uns nicht, zu neuen Ufern aufzubrechen — im Gegenteil. Wenn wir nicht die Opfer dessen werden wollen, was es nun zu erringen gilt, dann müssen wir es auf dem Fundament tun, das wir in zwei Jahrzehnten geschaffen haben.

(Beifall)

Wir, die Union, haben zweimal in den letzten Jahren in intensivem Bemühen das Alphabet der politischen Sachprobleme durchgenommen. Zweimal ist die Partei dabei in ihrer meinungsbildenden Kraft gefordert worden. Wo stünde die CDU heute, wie sähe dieser Parteitag aus, wenn das Wagnis nicht unternommen worden wäre — schon vor drei Jahren in Berlin —, unsere Partei ihren Weg selbst finden zu lassen, politische Lösungen nicht von oben zu präsentieren, sondern wachsen zu lassen?

Wir sind auf diesem Wege um einiges weiter als die Sozialdemokraten. Für sozialistische Parteien ist die Wählermeinung nicht viel mehr als das Podest formaler Demokratie, von dem aus das angeblich fortschrittliche, das sozialistische Bewußtsein in die Wirklichkeit umgesetzt werden soll. Meine Damen und Herren, täuschen wir uns nicht: der Opportunismus der SPD ist nur für die Wahlen da, für die Macht halten sie ihren Sozialismus bereit!

(Beifall)

Die Selbstherrlichkeit, mit der die Sozialdemokraten mit der Meinung des Wählers und mit der öffentlichen Meinung umspringen, ist wahrhaftig nicht progressiv, sie bedeutet einen Rückschritt hinter das, was in den letzten 20 Jahren in unserem Volk an demokratischem Bewußtsein gewachsen ist.

(Beifall)

Wir weisen es mit leidenschaftlicher Entschiedenheit zurück, ja wir dulden es nicht, daß der Regierungschef unseres Landes die Kritiker seiner Politik als Schreibtischtäter diffamiert!

(Beifall)

Meine Parteifreunde, es wird überhaupt so manches auf Fortschritt hin frisiert, damit man solide und besonnene Arbeit um so leichter als altmodisch und konservativ-reaktionär verketzern kann. Solche Progressivität, solcher Pseudo-Fortschritt können nicht unsere Sache sein. Wir müssen auf die neue Lage eine neue Antwort finden. Progressiv zu werden in der Art, wie die SPD es ist, Parolen nachzusprechen, die an uns wie fremde Kleider aus dem Leihhaus wirken, das entspricht weder dem Selbstverständnis noch der Stärke der Union.

(Beifall)

Dazu muß ich heute einmal zweierlei sagen: Haben diejenigen, die gegen alles und jedes zu Felde ziehen, was im Umfeld unserer Partei „konservativ“ genannt werden kann, wohl schon einmal durchgerechnet, wie viele Sitze wir im Bundestag noch besetzten, wenn der Teil unserer Wähler, die sie konservativ nennen, beiseite geschoben würde? Was heißt das eigentlich: hie konservativ, hie progressiv? Meine Parteifreunde, es ist weder progressiv, das Neue generell für das Richtige und Bessere zu halten, und es ist schon gar nicht konservativ, neue Fragen nicht zur Kenntnis zu nehmen oder sie gar mit alten Vokabeln zu beantworten.

(Beifall)

Diese Partei, unsere Union, kann als große Volkspartei nur Bestand haben, wenn ihre „Konservativen“ fortschrittliche Menschen sind und die „Progressiven“ in dem gewachsenen Boden der Geschichte wurzeln.

(Beifall)

Zum anderen: Ist schon einmal überlegt worden, wie wir Wahlen gewinnen wollen lediglich mit der Versicherung, wir seien auch modern, wir seien auch für alles das, was nachgerade Mode und im Schwange ist? Ist schon einmal bedacht worden, wie wir Wahlen bestehen wollen, wenn man in uns nicht viel mehr oder nicht viel anderes sähe als eine Auch-Partei?

Meine Parteifreunde, wir haben vor 20 Jahren das Fundament gelegt und das Konzept entworfen, nach dem unser Land aufgebaut wurde. Wir tragen von daher keine ideologischen Scheuklappen mit uns herum.

Wir sehen offen in das vor uns liegende Jahrzehnt, und wir sind in der Lage zu bestimmen, aus welchem Geist dieses Jahrzehnt gestaltet werden will. Allerdings sage ich auch dies: Die Partei muß sich die Kraft dafür immer wieder und auch heute zunächst innerlich erkämpfen. Wir dürfen nicht als eine geistige Gemischtwarenhandlung erscheinen, in der es von einem halben Sozialismus bis zu einem halben Kapitalismus alles und nichts gibt.

(Beifall)

Wir müssen uns entscheiden; wir müssen deutlich Ja und deutlich Nein sagen. Sonst werden wir nicht mehr verstanden.

(Beifall)

Ich sehe einige Themen, in denen wir das vage Aneinandervorbei der Meinungen klären müssen, einfach deswegen, weil es häufig als ein Gegeneinander erscheint. Die Frage lautet: Wie verstehen wir den Staat? Wie verstehen

wir die Gesellschaft? Wie verstehen wir das Verhältnis von Staat zu Gesellschaft? Meine Damen und Herren, die Gesellschaft kann die Unterschiede und Gegensätze ihrer Interessen letzten Endes nicht selbst ausgleichen. Die heutige Gesellschaft gilt als besonders aufgeklärt; aber Mord und Totschlag und Brutalität nehmen von Tag zu Tag zu.

Während die politischen Entscheidungen in geradezu penetranter Weise moralisierenden Ansprüchen ausgesetzt sind, wird dem einzelnen das Recht auf hemmungslosen Libertinismus zugesprochen. An dieser asozialen Hemmungslosigkeit, meine Parteifreunde, muß jede Gemeinschaft zugrunde gehen, denn in der Gesellschaft kann nur das an sozialer Kraft wirksam werden, was der einzelne aus seiner personalen Moral an sozialer Verantwortung mit einbringt.

(Beifall)

Der innere Friede kann nur durch einen Staat gewährleistet werden, der im Verhältnis zur Gesellschaft mit eigener Autorität auftreten kann.

(Beifall)

Das ist keine Frage eines Polizeicomputers oder vermehrter Schießübungen. Auch hier sollten wir die grundsätzliche Problematik nicht ins Organisatorische verlagern. Wir sollten uns da nichts einreden lassen. Eine Ordnung, die auf Recht und Gerechtigkeit beruht, ist keine fragwürdige Sache. Wir dürfen nicht zur Abdankung des Staates die Hand reichen, denn an seine Stelle tritt nicht eine neue Freiheit, sondern — wie wir leider schon oft erfahren haben — nur neuer Terror.

(Beifall)

Schließlich zur Frage der Nation. Meine Parteifreunde, ist die Nation nur noch — wie Brandt meint — ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, das die Deutschen in West und Ost miteinander verbinden soll, ein seelischer Ersatz für das verlorenengegebene gemeinsame Vaterland? Oder ist die Nation für uns mehr, ist sie für uns der Ausdruck unserer Freiheit, der Ausdruck einer geschichtlich gewachsenen Gemeinschaft, der wir verpflichtet sind und deren Freiheit wir mitgestalten wollen?

Es ist bequem, die Nation dort, wo sie uns fordert, auf ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zu reduzieren, um dann ein andermal mit dem neuen Selbstbewußtsein einer halbierten Nation doppelt aufzutrumphen. Wenn wir in diesem Wechselspiel die Chancen der Freiheit für die ganze Nation erhalten wollen, müssen wir klären, wie wir zur Nation stehen und was sie uns politisch bedeutet.

Drittens stellt sich, meine Freunde, eine Frage, die uns seit langem beschäftigt, die uns seit langem begleitet und die uns immer begleiten wird. Es ist die Frage: Wie steht es mit dem Selbstverständnis der Christlich Demokratischen Union? Ist „CDU“ für uns nur noch eine Markenbezeichnung, oder bedeutet es noch etwas für uns und für unsere Politik, daß wir uns christlich nennen? Auf diese Frage gibt es keine für alle Zeiten gültige Antwort. Aber das erspart es uns nicht, diese Frage, die immer vor uns stehen wird, immer neu zu beantworten. Solange wir uns christlich nennen, haben wir kein Recht, uns dem zu entziehen, was wir uns damit selbst als Norm und Maß gesetzt haben.

(Beifall)

Meine Parteifreunde, das sind einige grundsätzliche Fragen, die geklärt werden müssen. Im Aktuell-Programmatischen — ich sagte es schon — sind wir längst auf dem richtigen Wege. Wir haben den Übergang geschafft von der Zeit, in der die Union in erster Linie die Partei des Bundeskanzlers sein konnte — und ich füge hinzu: und sein mußte —, zu der Zeit einer selbstbewußten, sich selbst bestimmenden Partei der Mitglieder. Dieser Übergang ist besonnen und bruchlos vollzogen worden. Dieser Übergang ist und bleibt eine Leistung der Partei, von der jeder einzelne von uns auf seine Weise erfahren hat, wieviel Kraft und Fähigkeit zur Umstellung sie erfordert hat. Die Partei, wie sie heute ist, braucht allerdings einiges mehr an interner Toleranz und einiges mehr an interner Solidarität, wenn sie Bestand haben soll.

(Beifall)

Das, meine Freunde, müssen wir alle gemeinsam Tag für Tag selber leisten.

Nun zur Organisation. Was dazu an Daten und Fakten seit dem letzten Parteitag zu berichten ist, liegt Ihnen schriftlich vor. Die Organisationsprobleme unserer Partei werden allerdings erst von ihrer Geschichte her durchsichtig. Unsere Partei ist von unten nach oben gegründet und organisiert worden. Und vieles von dem, was es gebiets- und verwaltungsmäßig an Ungereimtheiten in unserem Land gegeben hat, ist in die Organisationsstruktur der Partei eingegangen. Zur Zeit werden Land für Land Gebiets- und Verwaltungsreformen durchgeführt, um manche dieser Ungereimtheiten, vor allem aber die Unzulänglichkeiten zu beseitigen, die sich aus der Entwicklung unserer Industriegesellschaft ergeben haben. Die Partei wird sich dem mit ihrer Organisation anpassen müssen. Dabei ist, wie ich meine, zweierlei zu berücksichtigen.

Erstens: Wir sollten das, was gewachsen und verwurzelt ist, bei allem Respekt nicht als heilige Kühe behandeln; wir sollten es aber auch ebensowenig leichtfertig auf die Seite schieben.

Zweitens: Unsere Partei muß Zug um Zug mit der staatlichen Gebiets- und Verwaltungsreform so zweckmäßig, so rationell und so ökonomisch wie möglich organisiert werden. Dazu gehört auch, daß die Dienstleistungen der Apparate der Partei auf Bundes-, Landes- und Kreisebene zu einer besseren Arbeitsteilung gebracht werden.

Meine Damen und Herren, ich sage es ganz offen: Zur Zeit gibt es dafür nur eine Summe von Verantwortlichkeiten und im übrigen keine klaren, vor allem keine gemeinsamen Vorstellungen, wie die verschiedenen Ebenen der Partei einander zugeordnet sein sollen. Nur eines scheint mir sicher: Die Partei hat sich in den vergangenen Jahren mehr und mehr von einer Bundespartei zu einem Parteienbund mit angegliederten Vereinigungen von bemerkenswerter Selbständigkeit entwickelt.

(Beifall)

Wir dürfen die Dinge so nicht weiterlaufen lassen; wir müssen ein einheitliches Konzept vom Ortsverband über den Landesverband bis zum Bund erarbeiten und dann klare Verantwortungen schaffen. Die Verantwortungen, die wir heute haben, reichen gerade aus, um Sündenböcke zu ernennen. Eine Handhabe zum Durchgreifen — auch gegenüber Landesverbänden und Vereinigungen — geben sie nicht.

(Beifall)

Klare Verantwortungen zu schaffen, das ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß die Partei überhaupt geführt werden kann.

Auch das Führungsproblem reicht in die Geschichte der Partei zurück. Konrad Adenauer hat nach 1960 die Union praktisch nicht mehr selbst geführt. geraume Zeit war Dufhues zum Regenten bestellt. Dufhues sollte nach Adenauer den Parteivorsitz auch offiziell übernehmen — wir wissen heute, welche Macht es ihm verwehrt hat, dieser Pflicht zu folgen. Nach ihm gab es andere Bewerber, aber Ludwig Erhard hielt es nun für besser, Parteivorsitz und Kanzleramt auch weiterhin zu vereinen.

An seiner Seite stand ein Erster Stellvertretender Vorsitzender sowie ein Geschäftsführendes Präsidialmitglied. Aber auch diese Zuteilung der Aufgaben schien der Partei nicht effizient genug. So wurden 1967 das Amt des Ersten Stellvertreters und des Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes zur Funktion des Generalsekretärs zusammengeschmolzen. Der Vorsitzende erhielt darüber hinaus fünf Stellvertreter, die zusammen mit dem Ehrevorsitzenden, dem Schatzmeister, dem Fraktionsvorsitzenden und dem Bundestagspräsidenten das Präsidium bildeten.

Diese Konstruktion ist bis heute formal die gleiche geblieben; durch den Regierungswechsel von 1969 hat sie jedoch einen völlig neuen Inhalt bekommen. Wir haben Kiesinger in Mainz wiederum zum Parteivorsitzenden gewählt, in erster Linie, weil er die personelle Alternative zu Brandt gewesen ist. Aber der Parteivorsitzende, der bis dahin zugleich Kanzler gewesen war, trat trotzdem — fast zwangsläufig — politisch von Monat zu Monat mehr hinter dem Fraktionsvorsitzenden zurück. Nicht der Parteivorsitzende, sondern der Fraktionsvorsitzende wurde der erste Sprecher der Opposition im Bundestag.

Die Regierung suchte ihrerseits den Fraktionsvorsitzenden als ihren Widerpart. Information und Meinungsaustausch wurden mit ihm, nicht mit dem Parteivorsitzenden gepflogen. Das brachte es mit sich, daß die Fraktionsgremien in ihrer politischen Kompetenz die Parteigremien alsbald überflügelt haben. In dieser Situation ist die Nachfolgefrage für den Parteivorsitzenden und für den Kanzlerkandidaten sehr schnell zum Gegenstand der Bonner Kulissengespräche geworden, und das hat sich dann ausgesprochen abträglich gegen die Parteiführung ausgewirkt.

Das entwickelte sich fast zwangsläufig so und war kaum zu verhindern. Was folgt daraus? Wir stellen fest, daß dieselbe Führungsstruktur das eine Mal etwas taugt, das andere Mal hemmend wirken kann. Entscheidend bleibt es, ob die politische Rolle der führenden Persönlichkeiten mit der Rolle, die ihnen durch die Satzung zugewiesen ist, übereinstimmt. Und das ist seit 1969 für entscheidende Positionen nicht mehr der Fall gewesen. Wir sollten deshalb nicht unsere aktuelle Situation allein zum Gradmesser für die fälligen Entscheidungen machen. Es könnte sonst sein, daß wir eine Führungsstruktur, deren innere Balance wir nun einigermaßen abzuschätzen wissen, durch eine neue ablösen, die sich alsbald wiederum als unzulänglich erweisen wird.

Meine Damen und Herren, der CDU fehlt es nicht an politischer Führung für den Alltag. Auf die Ostpolitik, auf Wirtschaftsfragen, auf Innenpolitik ist von der Union jeweils rasch und von einer eigenen Plattform aus reagiert worden. Die Partei hat in dieser Situation getan, was sie tun mußte und tun konnte: sie hat über die Politik der Fraktion informiert, sie interpretiert und propagiert. Meine Parteifreunde, der CDU haben nicht die politischen Sprecher, der CDU hat die geschlossene Hinwendung der Parteispitze zu ihren inneren Problemen gefehlt.

(Beifall)

Die neue Führung muß diese Entwicklung normalisieren. Wir brauchen starke Landesverbände, aber ihre Stärke darf nicht auf dem Gegensatz zur Bundespartei, sie muß auf dem Zusammenspiel mit ihr beruhen.

(Beifall)

Nun ein Wort zu den Finanzen. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß wir in eine prekäre Lage geraten sind. Gelegentlich wird unsere finanzielle Enge als eine Gefährdung der kommenden Arbeit angesehen. Meine Damen und Herren, die Wahrheit ist anders: in Wahrheit sind wir längst ihr Opfer geworden. Eine Fülle von Plänen mußte zurückgestellt, anderes sogar eingestellt werden. Wenn wir in Zukunft die notwendigen Mittel beschaffen wollen, brauchen wir die ganze Partei, brauchen wir mehr Mitglieder, mehr Beiträge, und vor allem eine viel breitere Basis für unsere Spenden. Es ist auch nicht einzusehen, warum der steuerliche Freibetrag für Spenden an die Parteien angesichts der allgemeinen Einkommens- und Preisentwicklung nicht von 600 DM auf 1200 DM jährlich erhöht werden soll.

(Beifall)

Meine Parteifreunde, es ist wenig, es ist sehr wenig damit gewonnen, daß man den Schatzmeister zum Prügelknaben macht für etwas, was die ganze Partei versäumt hat und was deswegen auch den Einsatz der ganzen Partei erfordert.

(Starker Beifall)

Wie steht es nun mit der Bundesgeschäftsstelle? Es gehört nicht viel Erfahrung dazu, um zu wissen, daß es im politischen Geschäft nicht möglich ist, die Aufgaben säuberlich in politische und administrative zu trennen. Es gibt einen rein administrativen Bereich, es gibt die technischen Zwangsläufigkeiten aus der politischen Arbeit, aber ich halte es weder für zumutbar noch für praktikabel, die Bundesgeschäftsstelle allein darauf zu beschränken. Öffentlichkeitsarbeit, Herausgabe von Publikationen, Rednerdienste, Ausrichtung von Tagungen und Kongressen, Mitgliederwerbung — in all diesen Aufgaben mischt sich Politisches, Sachverstand und Administratives, und das läßt sich nicht auseinanderdividieren.

Die politische Richtung aber — das sage ich mit gleicher Deutlichkeit — kann nicht vom Apparat, sie muß von der Partei und über die gewählten Repräsentanten bestimmt werden. Letzten Endes muß die administrative und die politische Führung der Geschäfte Hand in Hand erfolgen. Daran wird auch diese oder jene künftige Besetzung der Parteispitze nichts ändern. Die Aufgaben bleiben so oder so die gleichen, und darüber will ich jetzt noch kurz sprechen:

1. Wir müssen fürs erste die Finanzen auf allen Ebenen, in den Kreisverbänden, bei den Landesverbänden und bei der Bundespartei, auf drei Säulen solide abstützen. Wir müssen unsere Mitgliederzahl verdoppeln und die Beiträge nicht nur beschließen, sondern auch einziehen.

(Beifall)

Wir müssen etliche 10 000 Spender gewinnen, die uns jährlich wenigstens in der Höhe unterstützen, in der sie ihre Spenden an der Steuer absetzen können. Wir müssen darauf drängen, daß die Mittel, die aus den öffentlichen Haushalten zur Abdeckung der Wahlkampfkosten erstattet werden, laufend den steigenden Kosten angepaßt werden.

2. Dieser Parteitag sollte den Bundesvorstand beauftragen, eine Organisationskommission zu bilden, die zunächst eine Bestandsaufnahme vornehmen und dann Vorschläge ausarbeiten soll, wie die Partei auf allen Ebenen und in ihrem Zusammenwirken bei einer zweckmäßigen Arbeitsteilung organisiert werden soll. Der Vorstand sollte auf dieser Grundlage dem nächsten Parteitag ein entsprechendes Organisationsstatut zur Beschlußfassung vorlegen.

3. Der Vorstand sollte beauftragt werden, eine Grundsatzkommission einzusetzen, deren Aufgabe es sein wird, die genannten grundsätzlichen Fragen zu klären.

4. Der Bundesvorstand und die Landesverbände müssen dafür sorgen, daß die Partei auf der Ebene der Kreis- und Ortsverbände instandgesetzt wird, das offene Forum für die politische Aussprache mit allen Bürgern zu werden, nicht nur über kommunalpolitische Fragen und Probleme, sondern vor allem auch über bundes- und landespolitische Themen von größerer Bedeutung.

(Beifall)

5. Die Partei muß bis zum letzten Mann mobilisiert werden. Die neue Parteispitze wird auch mit Bienenfleiß nichts erreichen, wenn sich ihre Energie nicht bis auf den letzten Mann überträgt.

Meine Parteifreunde, über all dem steht eines: Wir sind eine Volkspartei, eine Partei für unser Volk und nicht für uns selbst. Unsere Aufgabe ist es, unserem Land den Weg zu weisen. Wir dürfen unsere Kräfte nicht dadurch vertun, daß wir nur noch gegenseitig an uns herumnörgeln.

(Beifall)

Die CDU ist die Volkspartei mit klarer Mehrheit in unserem Land. Das muß unser Selbstbewußtsein bestimmen. Wir dürfen uns nicht drücken, wo es gilt, Position zu beziehen. Wir sind im großen demokratischen Spiel unseres Landes nicht Schiedsrichter, wir sind zur Zeit die Gegenmannschaft.

(Beifall)

Ein klares Ja oder ein klares Nein wird uns eher abgenommen als ein geschicktes Vielleicht.

(Beifall)

Die Lage der CDU ist nicht leicht, meine Parteifreunde. Wir haben schon unsere Probleme. Es ist wahrhaftig auch nicht so, als ob das Rennen schon für uns gelaufen wäre. Es hängt alles davon ab, ob wir die Kraft aufbringen, das zu leisten, was jetzt von uns gefordert wird.

Die CDU ist vom Kopf auf die Füße gestellt worden. Nun muß sie beweisen, daß sie als Partei geschlossen marschieren kann.

(Beifall)

Meine Freunde, den nächsten Wahlkampf können wir nur unter der Devise gewinnen: Auf jedes einzelne Mitglied kommt es an. Die Mobilmachung der ganzen Partei — das, meine Parteifreunde, ist es, was von der neuen Führung, ja was von uns allen verlangt wird.

(Anhaltender Beifall)

Franz Amrehn, Tagespräsidium: Meine Freunde, dies ist nicht der Augenblick, um die Leistungen des Generalsekretärs zu würdigen. Aber es ist der Augenblick, um ihm zu danken für den geistigen und moralischen Anspruch seines Berichtes und für die Arbeit, die darin zum Ausdruck gekommen ist.

(Beifall)

Der Bericht wird am Nachmittag mit Gegenstand der allgemeinen Aussprache sein, die nach dem Referat des Bundesschatzmeisters stattfinden wird.

Meine Freunde, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Ich glaube, es hat wenig Sinn, sie kürzer als auf zwei Stunden zu bemessen. Aber wir fangen dann pünktlich nach zwei Stunden mit der zweiten Plenarsitzung um 14.15 Uhr wieder an.

Damit schließe ich die erste Plenarsitzung.

(Schluß der Sitzung: 12.15 Uhr)

Montag, 4. Oktober 1971

II. Plenarsitzung

Beginn 14.15 Uhr

Dr. Ernst Müller-Hermann, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Zunächst begrüße ich in unseren Reihen den Vorsitzenden der Christlich Sozialen Union, Herrn Dr. Franz Josef Strauß.

(Lebhafter Beifall)

Ich begrüße in unseren Reihen ferner den Präsidenten der Europäischen Union Christlicher Demokraten, den früheren Ministerpräsidenten von Italien, Dr. Mariano Rumor.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Herr Rumor wird ein Grußwort an uns richten, und zwar in italienischer Sprache. Die deutsche Übersetzung seines Grußworts wird verteilt werden. — Das Wort hat Herr Präsident Rumor.

(Beifall)

Mariano Rumor: * Es ist mir eine Freude und eine Ehre, Ihnen als Präsident der Europäischen Union der Christlichen Demokraten und des Weltkomitees Christlich Demokratischer Parteien in brüderlicher Verbundenheit die herzlichsten Grüße zu übermitteln.

Wir alle sind in vielen europäischen Ländern und in der Welt eine große Kraft, die ihre Stärke gleichermaßen aus überkommenden Werten wie aus moderner Erkenntnis zieht.

Wir sind die Kraft, die sich an dem ewigen und unveränderlichen Ideal der Menschenwürde begeistert und damit zugleich am Ideal der Freiheit und des Rechts; an menschlicher Solidarität und damit der Gerechtigkeit; am Fortschritt und damit am wahren Frieden zwischen Menschen und Völkern.

So sind wir die Kraft, die ihre gemeinsame Grundlage darin findet, den echten Sinngehalten der Demokratie Ausdruck zu verleihen: im klaren Gegensatz zu den kommunistischen und reaktionären Vorstellungen über die Gesellschaft. Wir gehen aus von der Beseitigung der Ungleichheit, der Gewalt, der Verlet-

* Vorgelegte deutsche Übersetzung der italienischen Ansprache.

zung des Rechts, des Machtmißbrauchs und der Verringerung der politischen und wirtschaftlichen Macht. Nach unserer Vorstellung sind alle Bürger gleich und zugleich verantwortlich für ihr Tun sowie für ihr persönliches Glück. Alle Völker sollen gleichermaßen ihr eigenes Geschick bestimmen und alle gleichermaßen verpflichtet sein, gemeinsam eine freie und friedliche Existenz für alle Bewohner unseres Planeten aufzubauen.

Wir wissen, daß wir dazu aufgerufen sind, diese Forderungen in einem der dramatischsten und entscheidendsten Augenblicke der menschlichen Geschichte zu verwirklichen. Seien wir uns bewußt, daß von den Entscheidungen, die wir in diesen Jahren fällen werden, die Lage der Menschheit für eine lange Zeit abhängen wird.

Jede politische Kraft, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist, kann weder auf Ideen noch auf Mut verzichten, um die politischen Aufgaben entschieden und mit ausgeprägtem Erfolgswillen zu lösen.

Mit diesem Parteitag beginnen Sie einen wichtigen Abschnitt für das künftige Leben und die Arbeit der CDU.

Immerhin haben Sie sich für Ihre Zukunft eine solide Erfolgsbasis mit den hervorragenden Wahlergebnissen geschaffen, die Sie in den verschiedenen Ländern der Bundesrepublik erzielten.

Ohne zu übertreiben läßt sich feststellen, daß die Aussichten für die wählerstärkste Partei Ihres Landes äußerst günstig sind und daß die CDU zusammen mit der CSU mit begründetem Optimismus ihre Rolle von morgen betrachten kann.

Und wir alle sind der Meinung, daß Ihre Befriedigung hierüber legitim ist und nehmen Teil daran; nicht nur wegen unserer natürlichen Verbundenheit, sondern weil wir uns auch bewußt sind, *welch großen Beitrag Sie zur Bestärkung der Christlich Demokratischen Bewegung in Europa leisten und wie bedeutsam der Einfluß ist, der auf die Geschichte des Kontinents und der Welt ausgeübt wird.*

In der Tat kann niemand von uns übersehen, daß wir uns ganz besonders in Europa in einer zwar schwierigen, aber auch entscheidenden und an großen Möglichkeiten reichen Phase befinden. So wird in den nächsten Jahren über die Zukunft eines demokratischen und gemeinsamen Europas entschieden.

Eine Reihe von Zielen liegt vor uns, die wir nur dann erreichen können, wenn wir sie uns mit aller Deutlichkeit vor Augen führen und sie mit Festigkeit und Ausdauer ansteuern.

Wir müssen die nationalistischen Widerstände überwinden, um echte supra-

nationale Einrichtungen zu schaffen, ein europäisches Parlament, das vom Volk gewählt wird, eine europäische Regierung, deren Zuschnitt die Interessen der Gemeinschaft über nationale Wünsche stellt; wir müssen den aus verschiedensten Interessenlagen erwachsenden Partikularismus überwinden, indem wir eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik verfolgen; wir müssen jenen verhängnisvollen Teufelskreis sprengen, der darin besteht, daß Außenpolitik nur Sache des einzelnen Landes ist, und statt dessen zu einer gemeinsamen Politik gelangen, die jeden von uns und uns alle stärkt und damit die Voraussetzungen verbessert, unsere Rolle zu spielen.

Es ist an der Zeit, der Wirklichkeit ins Auge zu sehen. Unsere Beziehungen zu den mit uns befreundeten und verbündeten Amerikanern waren während der Dollarkrise einer harten Prüfung unterworfen. Auch in anderen Bereichen sind Spannungen nicht auszuschließen, wenn es uns nicht gelingt, als ein Partner aufzutreten, der einstimmig spricht und handelt.

Unsere Beziehungen zu Osteuropa werden, trotz der unterschiedlichen kulturellen und politischen Systeme in dem Maße gleichberechtigt und konstruktiv sein, in dem wir durch unser ganzes Verhalten und durch unsere Überzeugung deutlich machen, daß wir den einmal eingeschlagenen Weg weitergehen werden und der Prozeß der europäischen Einigung unwiderruflich ist.

Gerade weil die Vereinigung Europas das Ergebnis sowohl der institutionalen und politischen Strukturen als auch der kulturellen und gesellschaftlichen Modelle ist, muß unser Beitrag mit unseren gemeinsamen Vorstellungen übereinstimmen.

Die institutionale und politische Lösung, die wir verfolgen, ist eine gemeinschaftliche Lösung, sicherlich eine Lösung sui generis, aber letztlich eine föderalistische Lösung.

Das kulturelle und gesellschaftliche Modell ist das einer großen und freien Gesellschaft, in der allen die Verantwortung auferlegt ist, jedem eine gleiche Startchance zu gewährleisten, in der das Wohlergehen sicherlich ein Ziel ist, das zu erreichen unbedingt angestrebt werden soll, in der aber zugleich die dauernden und tiefen Werte unserer Kultur und Geschichte unser schöpferisches Bemühen nähren, immer neue Wege zur Durchdringung der Zeit und ihrer Probleme zu finden; einer Zeit, die uns mit ihrer stürmischen technologischen Entwicklung zwar dauernd mit neuen Möglichkeiten versieht, aber gleichzeitig die Gefahr in sich trägt, unsere geistigen Antriebskräfte verdorren zu lassen.

Diese unsere geistigen Antriebskräfte wie das unserer Zeit eigene Gefühl gebieten es, unser zugleich altes wie junges Europa davor zu warnen, aus Egois-

mus nur sich selbst zu sehen. An uns ist es vielmehr, die Augen zu öffnen für die wichtige Rolle, die Europa bei der Bewältigung der großen, nur durch internationale Zusammenarbeit zu lösenden Aufgaben in einer Welt zukommt, die noch in zwei Blöcke gespalten ist, es aber immer weniger sein wird; ich meine den Kampf gegen die Unterentwicklung, gegen das Elend und den Hunger. Diese Themen sind in diesem, sich dem Ende nähernden Jahrhundert die tiefsten und eigentlichen Gründe der Unsicherheit und Instabilität, die den Frieden zwischen den Völkern gefährden.

Liebe Freunde, dieser Weg Europas hinein in die Welt, hin zum Fortschritt und zum Frieden wurde uns Christdemokraten bereits durch unsere Gründer vorgezeichnet und fand immer bereicherten Ausdruck in unserer entscheidenden Mitwirkung am europäischen Einigungswerk, so beim Kongreß 1948, bei der Gründung der ersten Europäischen Gemeinschaft 1952, bei der Schaffung der EWG 1957.

Unsere Gründer haben uns auch gelehrt, daß wir diesen Weg nicht allein gehen sollen; wir suchen deshalb die Zusammenarbeit und Begegnung mit den großen demokratischen Kräften, die wie wir — wenn auch unter anderen geistigen und traditionellen Vorzeichen — eintreten für Freiheit, Demokratie und ein vereintes Europa.

Es ist an uns, dieses Erbe realistisch zu übernehmen, jedoch nicht ohne Bindung an unsere Ideale und nicht ohne den festen politischen Willen, der die geschichtlichen Ereignisse bewältigt.

Um stark zu sein, müssen wir einig sein, wir müssen entschieden sein, wachsam und stets einen Schritt vor den anderen.

Ich bitte Sie um eine intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit, ich bitte Sie hierum im Namen der Christdemokraten Europas, Latein-Amerikas, Asiens, aller christ-demokratischen Kräfte und jener, die es noch werden.

Ihre loyale und herzliche Zusammenarbeit war für uns immer Bestärkung und Antrieb zugleich.

Die Aufgaben unserer Zeit, einer Zeit, die voll ist von schwerwiegenden Bedrohungen und tiefer Unsicherheit, die aber gleichwohl voller Hoffnung ist, die zur Gewißheit werden kann, wenn wir es nur wollen, verlangen nach noch engerer Zusammenarbeit, mehr denn je selbst auf höchster politischer Ebene und der verstärkten Teilnahme aller unserer Anhänger an der politischen Willensbildung.

Wenn wir uns auch in Details unterscheiden mögen, in den großen Fragen müssen wir einig sein.

Wir sind aufgerufen, eine verbindliche und klare Antwort zu geben auf die großen Fragen unserer Zeit, die uns alle berühren: den Frieden unter den Völkern, den menschlichen Fortschritt, die wahre und echte soziale Gerechtigkeit, die unmöglich ist ohne wahre und echte Freiheit.

Vom Wert unserer Antwort wird unsere Glaubwürdigkeit gegenüber den kommenden Generationen abhängen, jenen, die nicht nur nach Neuem dürstet, sondern nicht minder nach Idealen.

Wie wir unsere Aufgabe erfüllen, wird darüber entscheiden, ob es für uns eine Zukunft gibt oder ein Untergehen in der Schar der Enttäuschten und Egoisten.

Ich bin überzeugt, daß wir gemeinsam in europäischer, ja weltweiter Solidarität die Antwort finden werden, wie sie in unseren fundamentalen Grundsätzen bereits vorgegeben ist.

Für mich hat Ihr Parteitag und Ihre künftige Arbeit bereits diese universelle Größe.

Wenn ich Ihnen daher viel Erfolg wünsche, gilt dieser Wunsch nicht nur Ihnen, sondern uns allen.

Dr. Ernst Müller-Hermann, Tagungspräsidium: Sehr verehrter Herr Präsident und Freund Rumor! Der Bundesparteitag dankt Ihnen für Ihren Besuch und Ihre Ansprache. Ihr Aufruf zu einer intensivierten und vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Christlichen Demokraten in Europa fällt bei uns auf fruchtbaren Boden. Eine abgestimmte Politik der freien Kräfte Europas ist die erste und wichtigste Voraussetzung für alle Bemühungen um einen Ausgleich auch mit dem Osten.

Wenn wir uns auch, wie Sie eben gesagt haben, in Details unterscheiden mögen — in den großen Fragen müssen wir einig sein. Ihr Besuch auf unserem Bundesparteitag ist eine Bestätigung dafür, daß wir uns in der Zusammenarbeit der Christlichen Demokraten auf dem richtigen Wege befinden.

Möge die Europäische Union Christlicher Demokraten unter Ihrer Präsidentschaft weiterhin zum Wohle aller europäischen Völker wirken! Ich danke Ihnen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, nunmehr erteile ich das Wort zu einem Gruß dem Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union, Franz-Josef Strauß.

(Beifall)

Dr. Franz-Josef Strauß: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde und besonders lieber Herr Vorsitzender und Herr Ehrenvorsitzender der Christlich Demokratischen Union! Ich darf Sie um Verständnis dafür bitten, daß es in der Geschichte meiner häufigen Anreisen nach Saarbrücken gelegentlich Schwierigkeiten gegeben hat. Ich erinnere mich, daß ich, als ich zur Gründungsversammlung der Christlich Demokratischen Union im Jahre 1951 in das Saarland kommen wollte, an der Grenze festgehalten und zurückgewiesen worden bin. Dieses ist mir heute nicht passiert,

(Heiterkeit)

aber ich sehe schon eine Überschrift gewisser Sensationsorgane, die etwa heißt: „Dicker Nebel über dem CDU-Parteitag — CDU hat Franz-Josef Strauß die Landung verweigert.“

(Erneute Heiterkeit)

Ich wollte es humorvoll sagen und um Ihre Nachsicht dafür bitten, daß wir heute um halb neun Uhr, über Saarbrücken kreisend, wieder den Rückzug nach Stuttgart angetreten haben, wo ich mich immer sehr sicher und wohl gefühlt habe.

(Heiterkeit und Beifall)

Das Jahr 1971 ist für die Christlich Demokratische Union aus einem besonderen Grunde ein Jahr von besonderer Bedeutung. Es ist für uns beide — CDU und CSU — ein Jahr eines Einschnitts, nämlich der Halbzeit der Legislaturperiode in Bonn, eines Abschnitts nach zwei Jahren sozialistisch pseudo-liberaler Politik,

(Beifall)

die uns Anlaß gibt zu sagen, daß die Meinung von 1969, 20 Jahre CDU/CSU seien zuviel, längst durch die Formel revidiert worden ist: zwei Jahre SPD/FDP sind viel zuviel in unserem Lande.

(Beifall)

Das Jahr 1971 ist für die Christlich Demokratische Union durch die zwei Bundesparteitage gekennzeichnet, von denen der eine durch die Verabschiedung eines grundsätzlichen Programms und eines Sachprogramms gekennzeichnet war, der andere ein wichtiges Datum in der Frage der personellen Entscheidungen noch an diesem Tage setzen wird.

Dieser Einschnitt gibt mir Anlaß, hier besonders einem Mann zu danken, der heute von Ihnen zum Ehrenvorsitzenden der Christlich Demokratischen Union gewählt worden ist und der mit uns, der Restgarde von 1949, damals in der ersten Legislaturperiode im Kampf um die Neuformulierung deutscher Politik

nach dem Zweiten Weltkrieg angetreten ist. Ich meine damit Kurt Georg Kiesinger.

(Beifall)

Ich möchte ihm Dank sagen für seine geistige Leistung, Dank sagen für seinen gewaltigen physischen Einsatz; ich möchte ihm Dank sagen für das Verständnis und für die gute Zusammenarbeit, die seine Haltung gegenüber der CSU immer in besonderem Maße ausgezeichnet hat.

Dieser Dank gilt nicht zuletzt auch seiner, wie man sagen kann, bewundernswerten Tätigkeit, die er während des bayerischen Landtagswahlkampfes im Ringen um einen großen Sieg in meinem engeren Heimatland Bayern an den Tag gelegt hat. Auch dafür ein besonders herzliches Wort des Dankes.

(Beifall)

Damit darf ich den Blick auf die zwei vor uns liegenden Jahre richten. Wir sind in die zweite Hälfte der Legislaturperiode und damit der gemeinsamen Oppositionstätigkeit in Bonn eingetreten. Über das Ziel brauchen wir uns keine Formulierungsschwierigkeiten zu machen. Das Ziel muß heißen, 1973 die Wahlen so gut zu gewinnen, daß auch die Regierungsbildung nicht verloren werden kann.

(Beifall)

Ich habe in den letzten Tagen — aber das ist kein neues Erlebnis, kein neues Daseinsgefühl — einige differenziert-kritische Äußerungen erlebt, und zwar wegen einer Formulierung, die ich hier, trotz aller Kritik, wiederhole. In meinen Augen ist das Jahr 1969 nicht die übliche, normale, auch für uns hinzunehmende Wachablösung zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien. Der Einschnitt 1969 bedeutet in der deutschen Nachkriegspolitik mehr; er ist der Beginn einer Umwälzung unserer Gesellschaftsordnung, wenn wir dem nicht mit dem Stimmzettel ein Ende bereiten können.

(Lebhafter Beifall)

Es hat keinen Sinn zu fragen: Wer trägt daran die Schuld? Darüber müßte man lange sprechen. Ich habe im Laufe der letzten Monate viele gesprochen, die mir entgegengetreten sind und gesagt haben: Wie konnten wir damals Anhänger der törichten Parole werden „20 Jahre CDU/CSU sind zuviel“? In der Zwischenzeit haben wir uns eines Besseren besonnen, und wir werden diesen Fehler nicht mehr wiederholen. Ich hoffe, daß dafür eines Tages die Quittung auf den Tisch gelegt werden kann.

Wenn ich heute ein besonders herzliches Wort des Grußes und des Dankes

und der Bereitschaft zur Zusammenarbeit sage, dann nicht zuletzt deshalb, weil wir in der Ordnung CDU/CSU einer Koalition in der Bundesrepublik gegenüberstehen, deren beide Parteien immer weiter nach links gerückt sind und von denen die eine sich bereits heute dem Sog der Umarmung durch die andere aufgrund ihrer inneren Struktur nicht mehr entziehen kann.

(Beifall)

In der letzten Bundestagssitzung waren Kollege Barzel und ich — in dieser Reihenfolge — Gegenstand heftiger Kritik, nicht zuletzt deshalb, weil Rainer Barzel den Mut gehabt hat zu sagen, daß eine an den Realitäten der Machtpolitik orientierte Politik Gefahr läuft, nicht mehr an den Menschenrechten orientiert zu sein.

(Beifall)

Ich habe mir diese Kritik in meinen folgenden Ausführungen in der Aktuellen Stunde zu eigen gemacht. Ich möchte hier ganz deutlich sagen, weil hier immer wieder ein falscher Zungenschlag unterschoben wird: Zur Debatte steht nicht die Frage der politischen oder demokratischen Gesinnung des jetzigen Bundeskanzlers. Diese Frage stellt sich hier nicht. Die einzige Frage, die sich stellt, ist die, wohin seine Politik in unserem Lande führen wird.

(Beifall)

Die Frage der Einstellung, die Frage der demokratischen Substanz, die Frage der demokratischen Willensbildung — das ist die eine Seite.

Für uns ist interessant: Wohin führt eine Politik, die sich — nach ihrer eigenen Aussage — mehr an den Realitäten der Macht als an den unveräußerlichen Menschenrechten orientiert? Hier liegt die Grenzlinie, wo wir uns leider nicht mehr verstehen.

(Beifall)

Lassen Sie mich auch hier ein zweites Wort sagen. CDU — für die ich hier zu sprechen nicht das Recht habe — und CSU — für die ich zu sprechen das Recht habe — sind und bleiben Parteien der Mitte, der demokratischen Mitte, Parteien mit einer Kraft aus sich selbst heraus. Wir lassen uns nicht deshalb als rechtsradikal oder nationalistisch beschimpfen, weil andere, die jahrzehntelang mit uns dasselbe vertreten haben, nunmehr ihr Koordinatensystem so weit nach links verschoben haben, daß ihnen die früher gemeinsame Position nunmehr als rechts erscheint.

(Lebhafter Beifall)

In diesem Zusammenhang ein weiteres Wort. Wenn ich von dem Beginn

einer Umwälzung der Gesellschaftsordnung gesprochen habe, dann nicht zuletzt deshalb, weil für die Regierenden in Deutschland völlig neue Töne am Horizont auftauchen. Da werden die wenigen Kritiker an der heutigen Regierungspolitik, die es im Bereich unserer Publizistik gibt, des Mißbrauchs der Pressefreiheit beschimpft und beschuldigt und dann gleich mit dem Maulkorb bedroht.

Wir sind es gewohnt gewesen — und wir werden es wieder gewohnt sein —, daß diejenigen, die in der Verantwortung und an der Macht sind, sich ein besonderes Maß an Aufmerksamkeit und Kritik gefallen lassen müssen. Die Kritik ist nicht nur das Recht der Opposition, sie ist auch das Recht der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung. Hier geht es darum, in erster Linie diejenigen unter Kontrolle zu halten, die an der Macht sind, sie in der Ausübung der Macht zu überwachen und sie am Mißbrauch der Macht zu hindern.

(Beifall)

Wenn die Publizistik diese Funktion nicht wahrnimmt, hat sie ihre Aufgabe in einem demokratischen Staat verfehlt.

(Beifall)

Lassen Sie mich ein zweites Wort dazu sagen. In den letzten Tagen ist wieder eine ungute Formulierung durch unser Land gegeistert. Sie ist dann, wenn auch gequälten Herzens, von manchen noch verteidigt worden. Es ist das Wort von den Schreibtischtätern, die in unserem Land durch Verdummung und Hetze ein übles Geschäft betreiben. Ich möchte hier nicht über den Hintergrund des Wortes „Schreibtischtäter“ sprechen und auch nicht davon, von welchem Bereich dieser Begriff bisher allein ausgedrückt worden ist. Wenn in unserem Lande aber solche Ausdrücke gebraucht werden, ist es an der Zeit, hier die Öffentlichkeit zu alarmieren, damit nicht nur solche Entgleisungen, sondern auch die dahinterstehende Geisteshaltung nicht zum Normalzustand der Regierenden werden, solange sie ihre Regierungsgewalt noch legitim ausüben können.

(Lebhafter Beifall)

Die Verteidigung der Demokratie in unserem Lande ist die Angelegenheit aller Demokraten. Sie ist die Aufgabe aller politischen Parteien. Sie ist die Aufgabe der öffentlichen und veröffentlichten Meinung, und sie ist sicherlich auch die Aufgabe aller demokratischen Organisationen. Wenn aber der Bundesvorsitzende der SPD auf dem Kongreß der IG Metall in Wiesbaden den DGB dazu aufruft, ihm in der Rettung der demokratischen Ordnung zu Hilfe zu kommen, liegt hier ein Mißverhältnis zur parlamentarischen Opposition

vor, weil er nämlich diese Opposition dann einer bestimmten Haltung bezichtigt. Bloß wegen ihrer Kritik wird die Opposition nunmehr schon der Sabotage der Regierungspolitik und der Gefährdung der Reform- und Friedenspolitik bezichtigt. Dagegen verwehren wir uns mit aller Eindeutigkeit und Entschlossenheit.

(Beifall)

Erlauben Sie mir ein weiteres Wort. Man hat heute manchmal Grund, die Frage zu stellen: Wie ernst wird unsere Verfassung noch genommen? Es geht nicht um den Text der Verfassung. Der Text der Verfassung gilt juristisch einwandfrei. Der Text der Weimarer Verfassung hat auch noch gegolten, als sie in der Wirklichkeit leider schon längst nicht mehr das Papier wert war, auf dem sie stand. Darum stellt sich heute die Frage, wie ernst heute Grundrechte und Grundfreiheiten genommen werden und ob unsere Gesellschaftsordnung bereit ist, hier mit einer Milde gegenüber den Gegnern der Verfassung — gleichgültig welcher Richtung — endlich Schluß zu machen. Eine Verfassung ist nicht mehr wert als die Bereitschaft ihrer Gesellschaftsordnung, die Grundrechte und Grundwerte dieser Verfassung auch tatsächlich zu verteidigen und sich zu eigen zu machen.

(Beifall)

Es ist eigenartig, daß diejenigen, die heute für einen besonders hemmungslosen Individualismus eintreten und die sich als besondere Demokraten mit spezieller Qualifikation vorkommen, einen fatalen Hang zum Kollektivismus zeigen und ebenfalls zu Gemeinschaftslösungen der Ordnung von morgen, die mit dem überkommenen Freiheitsbegriff nur mehr weniger und immer weniger gemeinsam haben.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang, auch weil es häufig mißdeutet wird, folgendes einmal ganz deutlich sagen. Uns ging es — das ist wohl unsere gemeinsame Auffassung, und ich habe besonderen Grund, das einmal sehr deutlich zu sagen — nie darum, etwa das Gespräch mit dem Osten nicht zustande kommen zu lassen. Uns ging es nie darum, etwa Verhandlungen zu verhindern, sondern im Gegenteil darum, Verhandlungen herbeizuführen, bei denen allein zwei Dinge im Mittelpunkt zu stehen hatten.

Das eine war der bedingungslose Verzicht auf Gewalt von beiden Seiten, und das andere war die Bereitschaft zu einem Zusammenleben mit einer Verbesserung der Zusammenarbeit. Wäre man auf diesem von dem früheren

Bundeskanzler eingeschlagenen und von Kurt Georg Kiesinger in zäher, lautloser, aber ständig gleichsinniger Energie beschrittenen Wege weitergegangen, wäre es um unser Verhältnis zum Osten weniger interpretationsbedürftig und weniger kritisch bestellt, als es trotz aller Lobpreisungen heute der Fall zu sein scheint.

(Beifall)

Man sage uns auch nicht, daß unsere westlichen Verbündeten dieser Politik lauten Beifall spenden. Ich glaube, das ist von Kurt Georg Kiesinger hier schon sehr differenziert behandelt worden. Selbstverständlich wollen unsere westlichen Verbündeten durch deutsche Klagen und Schwierigkeiten nicht etwa in unnötige Gefahren gebracht oder in ihrer eigenen Entfaltungsmöglichkeit wirtschaftlicher Art gehindert werden. Insoweit sind sie völlig damit einverstanden, daß die Deutschen ihnen helfen, gewisse aus dem Kriege überkommene Schwierigkeiten beiseite zu stellen. Man sollte diesen Spielraum aber nicht mit Emanzipation der deutschen Politik nach beiden Seiten hin verwechseln. Hier wird ein Weg beschritten, für den der Beifall immer leiser wird und angesichts dessen das kritische Gespräch und die besorgten Mienen bei der Frage, wohin die Deutschen mit ihrer Politik eigentlich gehen, immer deutlicher zu vernehmen sein wird bzw. zu erkennen sein wird. Wir brauchen eine Vorausberechenbarkeit und eine Durchsichtigkeit der deutschen Politik gerade auch nach der anderen Seite hin, um deren Verständnis wir uns bemühen und mit der wir eine Zusammenarbeit anstreben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den letzten Monaten hat ein Begriff in unserer Wirtschaftspolitik besondere Bedeutung bekommen, der vorher vielen oft dem Wortlaut nach noch nicht bekannt war, nämlich der Begriff des Floatens. Floaten heißt Freigabe, d. h. zum Schwimmen, zum Schweben freigeben. Das bezieht sich auf schwimmende und schwebende Wechselkurse. Ich möchte beinahe sagen, das ganze Unternehmen der Regierungspolitik ist ins Floaten geraten.

(Heiterkeit und Beifall)

Man versucht nun, durch philologische Interpretationen der einen oder anderen Äußerung innerhalb unserer Reihen Mißtrauen oder Zwietracht zu säen. Ich fühle mich gerade wegen gewisser Äußerungen und ihrer Deutungen in vergangener Zeit hier veranlaßt, ein oder zwei Sätze dazu zu sagen. Wir halten die Wechselkursfreigabe, wie sie im Mai von Schiller in letzter Verzweiflung vorgenommen worden ist, für einen Entschluß, der unsere Wirtschaft bereits in größte Bedrängnis gebracht hat und, soweit sie exportorientiert ist, in noch größere Bedrängnis bringen wird, wenn damit nicht in absehbarer Zeit Schluß gemacht wird.

Diese Freigabe der Wechselkurse war ja der Endpunkt einer Entwicklung. Ich will jetzt einmal einen etwas deutlicheren Vergleich wagen. Wer Herrn Schiller für diese Maßnahme lobt, handelt so ähnlich wie jemand, der ein Haus angesteckt hat und der dann den Bewohnern, die die Wahl haben, zu verbrinnen oder aus dem ersten Stock herunterzuspringen, die Empfehlung gibt, hinauszuspringen, und dafür die Lebensrettungsmedaille in Anspruch nehmen will.

(Heiterkeit und Beifall)

Die Tatsache, daß die Versäumnisse und Fehler der Konjunkturpolitik die Bundesbank zu einer Hochzinspolitik gezwungen haben, hat die Dollarflut ins Land gelockt. Die in unserem Land immer leicht entfachbare Aufwertungsdiskussion hat dann im Mai zu einer lawinenartigen Dollarflut geführt, deren man nur mehr durch Wechselkursfreigabe Herr werden zu können glaubte. Während alle anderen ihre Wechselkurse sehr dosiert behandelt haben, haben wir einen Satz erreicht, der das Wort Schillers „aufwerten um 8 minus X Prozent“ als Kennzeichnung eines außerordentlich schwierigen Abenteuers, eines ohnehin pannenreichen Unternehmens erscheinen läßt. Während die anderen noch etwas zuzulegen haben, haben wir schon mehr zugelegt, als wir überhaupt zulegen durften und haben deshalb keinen Spielraum mehr in dieser Richtung.

Das gibt mir Veranlassung, hier zwar nicht weiter im einzelnen über diese Dinge zu sprechen, aber eines deutlich zum Ausdruck zu bringen, auch wenn die heutige Regierung es leugnen wollte. Es ist nun einmal so, daß in weiten Kreisen unserer Wirtschaft, nicht nur bei den Unternehmen, sondern bei allen ihren Teilnehmern eine zunehmende Unruhe, Unsicherheit und Ungewißheit, eine Zukunftsangst Platz greift. Wir hören es in jedem Zusammenhang, gleichgültig bei welchen Plänen, ob es nun um Währungspolitik, Steuerreform oder andere Probleme der Gesellschaftspolitik geht. Hier sind CDU und CSU auch heute noch Säule und Pfeiler der Hoffnung. Wir müssen in unserer kommenden Arbeit alles aufbieten, um der deutschen Öffentlichkeit zu zeigen, daß wir in der Lage sind, diese Hoffnungen zu erfüllen, diese Erwartungen zu rechtfertigen und wieder einen fortschrittlichen reformbedachten, aber ruhigen und sicheren Gang der deutschen Politik im Inneren wie im Äußeren zu gewährleisten.

(Beifall)

Wir müssen aus dieser schrecklichen Hektik herauskommen, in die die deutsche Politik durch kurzatmige Anlage hineingeraten ist.

Lassen Sie mich hier zum Begriff der Oppositionspolitik noch eines sagen, gerade weil man heute immer wieder versucht, das eine oder andere Wort für

sich allein zu deuten. Ich bin kein Freund einer totalen Konfrontation. Es wird eine ganze Reihe von Problemen und Lösungen geben, bei denen auch zwischen den Regierungsparteien und der Opposition in Bonn Gemeinsamkeiten möglich sind.

Wenn ich mich für eine scharfe Konfrontation ausspreche, dann auf den Gebieten, wo grundsätzliche Unterschiede der Wertordnung und der Zielorientierung uns nicht erlauben, zu Kleinigkeiten Beifall zu klatschen, wenn die Kleinigkeiten im Rahmen einer Gesamtpolitik stehen, die nach unserer Auffassung zum Unheil führen muß. Das ist der Unterschied dabei.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte der kommenden Wahl nicht vorausgreifen, aber da ich hernach nur mehr privat meine Wünsche anbringen kann, möchte ich demjenigen, dem die Mehrheit der Stimmen bei der Führung der Bundespartei der CDU gelten wird, auch hier schon von vornherein ein herzliches Wort des Glückwunsches und ein Wort der Bereitschaft zur Zusammenarbeit sagen.

(Beifall)

Ich möchte ihm sagen, daß ich viel Erfahrung habe und deshalb auch viel Mitgefühl habe und viel Hilfsbereitschaft habe für das, was mit Sicherheit kommen wird: daß jeder, der von Ihnen herausgestellt werden wird und jeder, der als Vorsitzender dieser Partei und jeder, der als Führungspersonlichkeit einer gemeinsamen Politik der Union von uns für die Führungsspitze in diesem Staat vorgesehen wird, damit zu rechnen haben muß, daß er einer ganzen Lawine konzentrierter Angriffe einschließlich Diffamierungskampagnen in ungewohntem Ausmaße sicher gegenübersehen wird. Wir brauchen uns gar keinem Zweifel darüber hinzugeben, was von gewisser Seite hier unternommen werden wird, um für das Jahr 1973 eine Ablösung dieser Regierung und ihrer Kräfte zu verhindern.

Und wenn Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, und wir in beiden Unionsparteien den Ernst der Situation und die Stärke der Hilfstruppen für die Fortsetzung der heutigen Politik in Bonn unterschätzen würden, dann gäbe es bei uns ein böses Erwachen nach den nächsten Bundestagswahlen. Und darum sage ich auch heute, daß die CSU — und ich sage es im Namen aller meiner Mitarbeiter und Freunde — mit Ihrem künftigen Vorsitzenden in engster Gemeinschaft zusammenarbeiten wird, nicht nur, um diesen Angriffen zu trotzen — man muß sie abschütteln, wie man etwas Lästiges abschüttelt —, sondern um für die gemeinsamen Notwendigkeiten auch Schritt für Schritt in

die Zukunft hineinzugehen, bis wir wiederum den Platz in der deutschen Politik erreicht haben werden, an dem Politik in Deutschland nach unseren Vorstellungen freiheitlich, modern, reformerisch, aber auf dem Boden der bewährten Grundlagen wieder gestaltet werden kann.

(Starker Beifall)

Wir müssen zusammen denken, um die gemeinsame Politik zu formulieren. Wir müssen zusammen arbeiten, um diese Politik in der Öffentlichkeit verständlich zu machen. Wir müssen zusammen kämpfen, um diese Politik gegen unsere gemeinsamen Gegner durchzusetzen. Dann werden wir auch gemeinsam siegen, und um die Frage geht es heute und um nichts anderes bei diesem Parteitag und dem folgenden.

In diesem Sinne darf ich Ihnen allen einen erfolgreichen Ablauf dieses Parteitags wünschen, einen neuen Start, der dazu führt, daß mit neuer Kraft die Unionsidee in unserem Land als die einzige zukunftsweisende, erfolgreiche und für die Zukunft Stabilität, Sicherheit, Wohlstand und Aufbau garantierende im allgemeinen Bewußtsein trotz allen Hemmnissen und Widrigkeiten erscheint. Das wollen wir gemeinsam betreiben, und dafür bin ich auch hier, um dieses Gelöbnis, um diese Zusage hier vor Ihnen abzugeben.

(Lang anhaltender, starker Beifall)

Dr. Ernst Müller-Hermann, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin sicher, mich zum Sprecher des ganzen Bundesparteitags machen zu dürfen, wenn ich unserem Freunde Franz-Josef Strauß für seine offenen, eindeutigen, unmißverständlichen Worte herzlich danke.

(Beifall)

Die gespannte Aufmerksamkeit hier im Saal und der nachhaltige Beifall sprechen deutlicher als Worte für die enge Verbundenheit zwischen unseren Parteien und zugleich für die hohe persönliche Wertschätzung, die Sie, Franz-Josef Strauß, in unseren Reihen genießen.

(Beifall)

In den vor uns liegenden zwei Jahren wird es noch mehr als bisher auf klare, vorwärtsweisende Sachaussagen ankommen, die von CDU und CSU gemeinsam getragen werden. Ich bin sicher, daß die dynamische Kraft, die von Ihnen, Franz-Josef Strauß, ausstrahlt, ein besonders gewichtiger Faktor sein wird, wenn es darum geht, in einem bestimmt schweren Kampf die Mehrheit des Volkes für die Sache der Union zu gewinnen. CDU und CSU müssen und wer-

(Beifall)

den gerade in dieser kritischen Phase der deutschen Geschichte zusammenstehen und werden von niemandem ausmanövriert werden können. Dafür bürgt auch Ihre heutige klare Rede, für die wir Ihnen nochmals herzlich danken.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, zunächst darf ich noch bekanntgeben: Die Mitglieder der Stimmzählkommission treffen sich um 15.00 Uhr — die Zeit ist schon vorbei — zu einer Vorbesprechung im Fechtsaal; dieser Raum liegt auf gleicher Höhe mit dem Plenum im hinteren Teil des rechten Traktes, von mir aus gesehen. Ich bitte die Damen und Herren, sich sofort dorthin zu begeben.

Ich darf nun den Bericht der Mandatsprüfungskommission bekanntgeben. Die Mandatsprüfungskommission hat festgestellt, daß alle 522 voll stimmberechtigten Delegierten und 50 Delegierte der Exil-CDU, die nach § 28 Abs. 4 des Statuts nicht stimmberechtigt sind, bei Abstimmungen nach § 29 Abs. b, c, e und f des Statuts, anwesend sind. Entsprechend sind Stimmkarten und Stimmzettel-Blocks für Abstimmungen ausgegeben worden. Die Mandatsprüfungskommission stellt fest, daß kein Einpruch gegen die ordnungsgemäße Wahl eines Delegierten vorliegt. Unterschrieben von Herrn André, Vorsitzender.

Wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort und hören den Bericht des Bundes-schatzmeisters Kurt Schmücker.

Dr. h. c. Kurt Schmücker: Herr Vorsitzender, meine lieben Parteifreunde. Nach diesem temperamentvollen politischen Grußwort muß ich nun zu Ihnen über Geld reden. Nun, das Reden wird mir nicht schwerfallen, aber ich bin sicher, das Zuhören wird Ihnen — zumindest zu Beginn — schwerfallen; denn über Geld kann man nur nüchtern sprechen, und Zahlen besagen da mehr als Worte.

Seit einigen Monaten gibt es eine vielfältige, oft widersprüchliche Berichterstattung über die Finanzlage unserer Partei. Diese Berichte haben eine erhebliche Beunruhigung in unsere Reihen hineingetragen und eine umfangreiche Kritik an der Bundespartei, am Bundesvorstand und insbesondere am Bundesschatzmeister ausgelöst.

Es ist mir nicht möglich, in einem kurz zu haltenden Rechenschaftsbericht auch nur auf die wesentlichsten Veröffentlichungen einzugehen. Ich beschränke mich darauf, Ihnen die Daten und Zusammenhänge zu nennen, wie sie sich aus meiner Arbeit und aus den Prüfungsberichten ergeben. Aber die öffentliche Debatte hat nicht nur Nachteile gebracht. Sie hat dafür gesorgt, daß man in unserer Partei sich auch einmal über Finanzen den Kopf zerbricht. Und ich sage gleich zu Beginn: Wenn nicht alle Parteifreunde den Schatzmeistern auf allen Ebenen bei der Mittelbeschaffung helfen, dann wird das erforderliche Ergebnis

nicht erzielt werden können. Hilfe und Unterstützung müssen alle geben, auch diejenigen — gleichgültig, auf welcher Ebene —, die sich in führenden Positionen befinden.

Als ich 1947 noch in der Jungen Union war, begeisterte mich ein Satz von Dr. Bruno Six. Er sagte damals: „Ein richtiger Politiker muß bereit sein, auch dann Plakate zu kleben, wenn er schon Minister sein sollte!“

(Befall)

Ich möchte diesen Satz abwandeln und sagen: Ein richtiger Politiker, gleich, in welcher Position, darf sich nicht zu fein sein, für die Partei betteln zu gehen.

(Befall)

Und wenn er dies partout nicht mag, meine Damen und Herren, dann soll er die Bettelei wenigstens nicht stören.

Der Bundsschatzmeister der CDU, gleichgültig wie er heißt, würde im übrigen froh sein, wenn er die Zuständigkeiten, die ihm in der öffentlichen Debatte allgemein unterstellt werden, tatsächlich auch hätte. Ich hoffe sehr, daß von diesem Parteitag ausgehend eine klare Abgrenzung der Kompetenzen eingeleitet wird.

Doch nun zu den Zahlen. Meine Damen und Herren, die Kasse ist geprüft. Ihre ordnungsmäßige Führung ist durch die entsprechenden Prüfungsvermerke vereidigter Prüfer bestätigt. Aber — und das weiß jeder — wir haben Schulden, wir haben hohe Schulden, und wir haben diese Schulden trotz vermehrter Einnahmen.

Das buchmäßige Vermögen der Bundesgeschäftsstelle betrug am 1. Januar 1968 noch 3½ Millionen DM. Am 31. Dezember 1970 lag eine Überschuldung von rund 5 Millionen DM vor. Das bedeutet also in drei Jahren eine Verschlechterung von etwa 8½ Millionen DM.

Die Ursachen dieser Verschlechterung sind folgende. Erstens: Erhöhte Wahlkampfkosten. Zweitens: Ausgabenerhöhungen durch die allgemeinen Kostensteigerungen und durch die in der Opposition gestiegenen Aufgaben. Die Mehrkosten bis zum 31. Dezember 1970 gegenüber dem 31. Dezember 1967 betragen allein 6,6 Millionen DM. Die in der Bundesgeschäftsstelle entstandenen — nicht gedeckten — direkt erfaßten Wahlkampfkosten und die von mir soeben genannten allgemeinen Kostensteigerungen ergeben zusammen einen Betrag von rund 9,5 Millionen DM.

Um liquide zu bleiben, mußten wir Bankkredite aufnehmen. Es wurde uns ein Plafond von 12 Millionen DM eingeräumt, der zur Zeit ausgeschöpft ist. Bun-

desvorstand und Bundesausschuß haben im Einvernehmen mit den Landesvorsitzenden Beschlüsse gefaßt, wie dieses Defizit abgedeckt werden soll. Die Durchführung dieser Beschlüsse, die ich gleich erläutern werde, werden unsere Bankschulden auf cirka 8 Millionen DM senken.

Ich möchte zunächst aber einmal die Frage beantworten, wie es zu diesem Defizit kommen konnte. Erstens: 1967 war in Braunschweig Dr. Seebohm zum Bundesschatzmeister gewählt worden. Ehe seine Tätigkeit, von der wir alle viel erwartet hatten, richtig anlaufen konnte, starb er knapp vier Monate nach seiner Wahl. Es hat dann ein halbes Jahr gedauert, bis der Bundesausschuß einen vorläufigen Nachfolger bis zum nächsten Parteitag wählte. In dieser zehnmonatigen Vakanz sind viele Fäden abgerissen.

Es hat dann aber noch einmal ein halbes Jahr gedauert, bis die Tätigkeit des Nachfolgers zu den ersten Ergebnissen führen konnte, d. h. also, daß seit Braunschweig fast 1½ Jahre vergingen, ehe sich in der Mittelbeschaffung wieder erste Ergebnisse einstellten. Dieser Zeitverlust und die dadurch entgangenen Einnahmen sind bis heute noch nicht aufgeholt worden.

Dr. Ernst Müller-Hermann, Tagespräsidium: Meine Damen und Herren, ich bitte doch um erhöhte Aufmerksamkeit für den Herrn Bundesschatzmeister. Ich bitte diejenigen, die jetzt unbedingt Gespräche führen müssen, das außerhalb des Saales zu tun.

(Beifall)

Dr. h. c. Kurt Schmücker: Zweitens. Der ordentliche Etat des Bundestagswahlkampfes — auf diese Feststellung lege ich besonderen Wert — ist mit dem Abschluß des Jahres 1969 bis auf einen Rest von 1 Million DM voll bedient worden. Die Sonderaktion gibt es innerhalb unserer Partei und in der Öffentlichkeit eine Vielzahl widersprechender Darstellungen. Richtig ist, daß wir eine Sonderaktion durchgeführt haben und daß sie erhebliche Kosten verursachte. Die Wahlkampfleitung war der Überzeugung, diese Aktion durchführen zu müssen, und sie durfte davon ausgehen — das möchte ich ausdrücklich bestätigen —, daß die Finanzierung gesichert sei. Aber ich bitte Sie um Verständnis dafür, wenn ich mich auf diese Formulierungen hier beschränke.

Drittens: Als unsere Partei trotz des großartigen Wahlergebnisses in die Opposition gedrängt worden war, wurde ihr sehr bald deutlich, wie teuer Parteiarbeit in der Opposition ist. Ich bedauere, sagen zu müssen, dem Bundesvorstand und über ihn den Landesparteien ist die schwierige Finanzlage der Bundespartei offenbar erst 1971 deutlich geworden, obwohl es an rechtzeitigen Warnungen, Hinweisen und Aufforderungen nicht gefehlt hat. Auch der Finanz-

ausschuß, dem alle Länder angehören, hat sich zu diesem Problem rechtzeitig kritisch geäußert.

So wurde schon der Haushalt 1970 mit dem ausdrücklichen Vermerk versehen, daß er nur bei entsprechend hohem Spendeneingang gefahren werden könne. Ich habe in der beschlußfassenden Vorstandssitzung nachdrücklich auf die neuen Schwierigkeiten der Mittelbeschaffung hingewiesen, die nicht zuletzt, meine Damen und Herren, aus dem Parteiengesetz herrühren. Dieses Parteiengesetz macht es selbst denjenigen, die zu größeren Spenden bereit sind, denkbar schwer, wenn nicht gar unmöglich, Geld als Spenden zur Verfügung zu stellen. Im übrigen sind die im Gesetz erlaubten Beträge gemessen an der Geldentwicklung und gemessen an den Aufgaben der Parteien viel zu niedrig angesetzt. Sie bedeuten meines Erachtens eine Deklassierung der politischen Parteien gegenüber anderen Organisationen.

(Beifall)

Der Vorstand beschloß in gemeinsamen Überlegungen mit den Landesvorsitzenden und dem Bundesausschuß Maßnahmen, um zunächst einmal den laufenden Etat 1971 und den Etat 1972 sicherzustellen. Einer dieser Maßnahmen verdanken wir, daß wir heute in Saarbrücken statt in Hamburg tagen. Das hat uns eine Einsparung von 150 000 DM eingebracht.

Hinzu kommen folgende Maßnahmen: Der vorübergehende Verzicht der Landesverbände auf ihren Anteil der Wahlkampfkostenerstattung des Bundes, einmalige Leistungen der Fraktionen des Bundes und der Länder, Übernahme von Publikationskosten und verstärkte Werbetätigkeit für bestimmte Wirtschaftsdienste schaffen einen Ausgleich von insgesamt 1,4 Millionen DM. Der Bundesausschuß beschloß in einer Sitzung am 10. Mai 1971 eine Umlage an die Verbände, die einem Sonderbeitrag von 10 DM je Mitglied entspricht. Das sind 3,5 Millionen DM.

Diesem Parteitag liegt ein Antrag vor, die Abführung des Anteils an den Mitgliedsbeiträgen von bisher 50 Pfennig je Mitglied und Monat auf 1 DM zu erhöhen. Das würde 2,1 Millionen DM erbringen.

Aber wenn Sie alles zusammennehmen, bleibt zum Schluß immer wieder ein Fehlbetrag von 8 Millionen DM. Meine Freunde, das ist kein rechnerischer Zufall. Es ist also die Aufgabe des Bundesschatzmeisters, zunächst einmal diese rund 8 Millionen DM aus dem freien Raum aufzubringen. Darüber hinaus wird er Anstrengungen unternehmen müssen, die Mittel für den Wahlkampf 1973 anzusammeln, einen Wahlkampf, der wohl der härteste und auch der teuerste unserer Parteigeschichte werden wird.

Meine Freunde, ich darf nun einiges zu den Leistungen sagen. Ich habe sehr ausführlich dem Bundesfinanzausschuß am 21. Juli 1971 darüber berichtet. Dieser Bericht ist in gekürzter Form allen Landesvorsitzenden, den Mitgliedern des Bundesvorstandes und den Landesschatzmeistern zugesandt worden. Nur einiges daraus möchte ich in den Rechenschaftsbericht an den Parteitag übernehmen.

Gleich nach meiner Beauftragung 1968 habe ich in Erkenntnis der völlig gewandelten Lage — Spruch des Bundesverfassungsgerichtes, Steuergesetzgebung, Parteiengesetz — in Fortsetzung erster Überlegungen unseres Freundes Seebohm nach neuen Wegen gesucht. Dies war und ist auch heute noch ein mühsames und langwieriges Beginnen. Immerhin haben die letzten drei Jahre gezeigt, daß die eingeschlagenen Wege gangbar sind.

Mit Hilfe dieser neuen Systeme sind von Oktober 1968 bis zum 30. Juni 1971 rund 4 Millionen DM zusätzlich hereingeholt worden. Man wird solche Überlegungen behutsam, aber zielstrebig weiter betreiben müssen. Welche Arbeit hinter dem Ergebnis steckt, wollen Sie bitte daraus ersehen, daß dazu über tausend Einzelkontakte erforderlich waren, von denen ein Viertel — ich möchte sagen: nur ein Viertel — zum positiven Ergebnis führten.

In der bisher üblichen Weise sind im gleichen Zeitraum Spenden von 9,2 Millionen DM hereingeholt worden. Wir hatten mit etwa 24 Millionen DM gerechnet. Aber, meine Freunde, das wissen Sie alle, Spendeneingänge kann niemand erzwingen, selbst dann nicht, wenn man eine feste Zusage bekommen hat. Woran das liegt, darüber kann man den ganzen Abend philosophieren.

Meine Freunde, ich habe aber auch eine angenehme Aufgabe, nämlich hier vor dem Parteitag und im Namen des Parteitags den zahlreichen Spendern zu danken, die in einer hohen Zahl unseren Appellen gefolgt sind.

(Beifall)

Die Summe von 9,2 Millionen DM setzt sich aus 2375 Einzelspenden zusammen, die zum größten Teil geholt werden mußten. Denen, die beim Holen halfen, möchte ich ganz besonders herzlich danken.

(Beifall)

Ich möchte an dieser Stelle wiederholen, daß bei einer Intensivierung unserer Tätigkeit der Mittelbeschaffung die Kräfte des Bundesschatzmeisters — also nur einer Person — allein niemals ausreichen. Wenn nicht sehr viele — ich möchte lieber sagen: wenn nicht alle — mithelfen, wird der ungeheure Finanzbedarf für 1973 nicht gedeckt werden können.

Ein paar Worte möchte ich zu unseren Wirtschaftsbetrieben sagen. Die Leistungen der Wirtschaftsbetriebe sind gestiegen; sie gehören jedoch nicht in diesen Rechenschaftsbericht, sondern in die Aufsichtsgremien der einzelnen Betriebe. Ich bitte aber, diese Arbeit nicht zu übersehen.

Die Einnahmen aus den Anteilen an den Mitgliedsbeiträgen und den Wahlkampfkostenerstattungen gemäß Parteiengesetz sind aus dem durch das Parteiengesetz geforderten Rechenschaftsbericht ersichtlich; ich brauche auch hier nur darauf hinzuweisen.

Lassen Sie mich aber an dieser Stelle noch einige Worte zu der weitverbreiteten Meinung sagen, Parteien müßten sich allein oder zumindest überwiegend aus Mitgliedsbeiträgen finanzieren. Richtig ist, meine Freunde, daß sich das Verhältnis zwischen Mitgliedsbeiträgen und Einnahmen aus anderen Quellen erheblich zugunsten der Mitgliedsbeiträge verbessern muß. Es ist aber eine Utopie, zu glauben, daß eine Partei in Deutschland ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen leben könnte. Ein Beispiel dafür: wir haben 350 000 Mitglieder. Selbst wenn wir es erreichen könnten, 1 Million Mitglieder zu haben, und wenn jedes dieser Mitglieder im Schnitt einen Monatsbeitrag von 5 DM leisten würde, dann hätten wir Einkünfte von 60 Millionen DM im Jahr.

Das ist fürs erste sicherlich eine überraschend hohe Zahl. Aber rechnen Sie diesen Betrag bei einer angenommenen Zahl von 300 Kreisverbänden auf Monate und Kreisverbände um, so stünden jedem Kreisverband monatlich etwas über 15 000 DM zur Verfügung. Das wäre nicht einmal genug, um eine ausreichende Arbeit in einem Kreisverband mit Geschäftsstelle und entsprechendem Apparat kontinuierlich zu finanzieren. Aber alles, was darüber hinausgeht — die Aktivitäten der Landesverbände, der Bundespartei, der Sonderorganisationen usw. —, könnte nicht mehr finanziert werden. Und wenn Sie bei diesem Rechenexempel den angenommenen Monatsbeitrag auf 10 DM erhöhen, kommen Sie auch noch nicht zu einem Ergebnis.

So bleiben alle Parteien — und auch wir — zusätzlich auf andere Einnahmearten als Mitgliedsbeiträge angewiesen. Aber — und das muß ich sofort hinzufügen — wir müssen die Eigenleistungen in Form der Mitgliedsbeiträge wesentlich erhöhen. Der Durchschnitts-Monatsbeitrag steht bei knapp 2,70 DM. Bei einer Mitgliederzahl von rund 350 000 und bei 300 Kreisverbänden ergibt das je Kreisverband nicht mehr als 3200 DM im Monat. Damit kann keine Arbeit geleistet werden.

Ich möchte die Kritiker bitten, sich die eben genannten Zahlen doch noch einmal durch den Kopf gehen zu lassen. Vielleicht werden sie sich dann auf-

raffen, einiges zu tun, um die Öffentlichkeit zu ermuntern, die Parteiarbeit doch auch finanziell stärker zu unterstützen.

Ich möchte aber auch auf das Engagement der Bürger in anderen Demokratien hinweisen. Wenn wir wie die konservative Partei in England über 7 Millionen Mitglieder oder wie die Labour Party über 10 Millionen Mitglieder zählten, dann brauchten wir uns über Finanzfragen nicht so intensiv und nicht so laut zu unterhalten. Allerdings, meine Damen und Herren, haben die Briten und andere Demokratien kein Parteiengesetz deutscher Perfektion; korporative Mitgliedschaften sind in fast allen Ländern selbstverständlich möglich, und man versteht es einfach gar nicht, daß wir Deutschen bis zum letzten alles so reglementieren müssen. Ich kenne kein demokratisches Land, das den Parteien das Leben so erschwert, wie es das unsere tut — und das, obwohl die Parteien einen Verfassungsauftrag haben.

(Beifall)

Meine Freunde, der beliebte Hinweis auf die Sozialdemokraten bringt auch nicht viel ein, denn die Mitgliederzahl der SPD von über 800 000 — wohlge-merkt: einschließlich Bayern — ist zwar höher als unsere Zahl, aber sie würde auch nicht reichen, um eine Vollfinanzierung der Partei aus Mitgliederbeiträgen durchzuführen. Auch die SPD kann ihre Arbeit nur zum geringeren Teil mit Mitgliederbeiträgen finanzieren. Und auf den Beweis der Richtigkeit dieser meiner Behauptung — daß nämlich keine Partei allein durch Beiträge existieren kann — kam es mir im Augenblick an.

Was die SPD in ihrer Finanzierung sicherer macht, ist das beträchtliche Vermögen, das diese Partei besitzt. Sie erhielt mit der Wiedergutmachung, die ich ausdrücklich als voll gerechtfertigt anerkennen möchte, ein Startkapital von 100 Millionen DM. Wir dagegen begannen mit Null. — Das Vermögen der SPD liegt bei 400 Millionen DM. Neueste Nachrichten berichten von der Gründung einer neuen Holding mit einem geplanten Jahresumsatz von 500 Millionen DM. Ich wiederhole: bei uns gibt es kein Vermögen; wir haben erst damit begonnen, ein Vermögen aufzubauen. Und daß es dabei — vor allem was die Liquidität angeht — immer Schwierigkeiten gibt, das weiß jeder, der für sich privat einen solchen Versuch des Vermögensaufbaus begonnen hat.

Damit komme ich zum nächsten Punkt, zum Hausbau. Hier liegt Ihnen ein besonderer Bericht der Baukommission, den der Mainzer Parteitag beschlossen hatte, schriftlich vor. Ich kann mich daher auch hier auf wenige Worte beschränken.

Dieser Bundesvorstand hat bei seinem Amtsantritt für den Hausbau Daten vorgefunden, die ihn zwangen, diesen so und in der Zeit durchzuziehen, wie

es jetzt geschehen ist. Der Mainzer Parteitag hatte einen Sonderbeitrag der Partei für den Hausbau beschlossen. Der Beitrag sollte so hoch sein, daß er mindestens 3 Millionen DM erbringen würde. Es ist für uns kein gutes Zeichen, daß dieser Beschluß nach zwei Jahren erst mit einer Summe von noch nicht 600 000 DM erfüllt worden — und das heißt eben: nicht erfüllt worden — ist.

Die Umlage ist vom Parteitag, also von den Delegierten, beschlossen worden. Und wenn das Ergebnis nun unbefriedigend ist, dann möge man dieses Resultat bitte nicht als Klage gegen die Bundespartei einsetzen. Die Einstimmigkeit des Mainzer Beschlusses sollte außerdem auch jede Debatte über die Richtigkeit dieses Beschlusses ausschließen. Man kann doch schlecht etwas, das einstimmig beschlossen worden ist, hinterher verketzern bzw. die Ausführungen mit zusätzlichen Schwierigkeiten belegen.

Die Bereitstellung der beschlossenen 3 Millionen DM ist einer der wesentlichen Bestandteile der Kalkulation; und auf sie kann nicht verzichtet werden.

Dieses Haus, dessen Mittelteil in diesen Tagen von der Bundesgeschäftsstelle bezogen wird, dient nicht nur einer besseren Unterbringung der Bundesgeschäftsstelle, dient nicht nur der Rationalisierung der Arbeit, sondern ist gleichzeitig der erste bescheidene Anfang einer Vermögensbildung, durch die wir in Krisenzeiten kreditfähig werden. — Im übrigen bezieht die Partei nur einen Teil des Hauses; der Rest geht an Fremdmietler.

Wir haben uns weitere Wege der Finanzierung überlegen müssen, um das ganze Vorhaben rentabler gestalten zu können, und haben zu diesem Zweck eine Kommanditgesellschaft gegründet, die erst ab Mai 1971 mit ihrem Anteil auf den Markt kommen konnte und nicht, wie vorgesehen, schon im Herbst 1970, als ein Absatz noch leichter und schneller möglich gewesen wäre. Ich habe alle Parteistellen über dieses Vorhaben genau unterrichtet, und dabei bin ich auch einer kritischen Einstellung begegnet, die zum Teil doch mit sehr ungerechtfertigten Argumenten arbeitet.

Wir haben kürzlich für diese Kommanditgesellschaft einen Beirat gebildet, in dem auch namhafte Vertreter von Banken sitzen. Dieser Beirat hat sich voll und ganz hinter unser Vorhaben gestellt und wird uns helfen, die Anteile schneller abzusetzen. Bis zum heutigen Tage sind 5 Millionen gezeichnet worden; wir wollen bis zum Ende des Jahres 18 Millionen erreicht haben. Ich bitte Sie, uns dabei, so weit es geht, zu helfen.

Ich möchte aber noch einmal und abschließend zu diesem Punkt sagen: der Mainzer Beschluß über die 3 Millionen muß durchgezogen werden; sonst stimmt die Rechnung nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Ich komme zum Schluß. Über die von mir hier genannten Zahlen liegen Prüfberichte vereidigter Wirtschaftsprüfer vor. Dazu werden die Rechnungsprüfer, die Herren Horten und Blumenfeld, sicher noch einiges sagen wollen.

Nur noch einige Mitteilungen darüber, wohin die Mittel geflossen sind, möchte ich Ihnen geben. Die bisherigen Prüfberichte geben nur Auskunft über die Bundesgeschäftsstelle. Die Bundesgeschäftsstelle allein ist aber nicht die Bundespartei. Leistungen im Interesse der Bundespartei sind auch in einer Weise erfolgt, die ihren Niederschlag nicht in den offiziellen Berichten findet. Die Leistungen an die Bundesgeschäftsstelle und im Auftrag der Bundesgeschäftsstelle und an andere Institutionen auf Bundesebene haben von 1968 bis 1971, also im Berichtszeitraum, zirka 7 Millionen DM betragen. Als Vorleistung auf die zu erwartenden 3 Millionen DM aus Bausteinen sind 1,8 Millionen DM gezahlt worden.

Dienstleistungen der Wirtschaftsbetriebe werden im Etat der Bundesgeschäftsstelle nicht ausgewiesen. Sie betragen für diesen Zeitraum rund 3 Millionen DM.

Die Landesverbände haben aus den Einzelaktionen des Bundesschatzmeisters im gleichen Zeitraum nahezu 3 Millionen DM erhalten. Wenn Sie diese Ergebnisse richtig würdigen wollen, dann dürfen Sie das Geleistete getrost in einen Vergleich zum Geforderten setzen. Aber Sie sollten nicht ausschließlich so verfahren; denn fordern läßt es sich leicht, zahlen ist schon schwieriger. Ich bitte Sie, diese Leistungen auch im Vergleich zu Leistungen früherer Zeit zu sehen.

Aus dem freien Raum ist von 1968, wohlgemerkt Oktober 1968, bis Juni 1971 ein Betrag von 12 Millionen DM hereingeholt worden, nicht gerechnet die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Wahlkampfkostenerstattungsmitteln, nicht gerechnet die gestiegenen Kostenübernahmen seitens der Wirtschaftsbetriebe, nicht gerechnet die Einnahmen aus Bausteinen und Kommanditeinnahmen, sondern nur die Spenden und Leistungen aus dem freien Raum. Das ist genau doppelt so viel wie in den früheren Jahren. Ich weiß, daß es dennoch zu wenig ist im Vergleich zu den notwendigen und von uns mit Hoffnung erwartenden Leistungen.

Wie schwach die innerparteiliche Unterstützung war, verrät die Bausteinaktion. Ich will hier nicht klagen und nicht anklagen, sondern Sie nur herzlich bitten, jetzt mit dafür zu sorgen, daß auch diese Aktion zum Abschluß gebracht wird. Denn wir müssen alle Kräfte anspannen, um den bisher schwierigsten Wahlkampf zu finanzieren. Nicht nur in der politischen Debatte, auch beim Geldsammeln geht es um unseren politischen Auftrag, als CDU die Zukunft unseres Volkes zu sichern.

Ich wiederhole zum x-ten Male: Der Wahlsieg 1973 ist nicht nur eine Frage guter Politik, nicht nur eine Frage guter, überzeugender Argumente und des persönlichen Engagements und der richtigen Führung, sondern auch eine Frage der Parteifinanzen.

Der Finanzausschuß hat Vorschläge erarbeitet. Sie sollten zur Grundlage der Finanzarbeit unserer Partei gemacht werden. Der Erfolg dieser Vorlage steht und fällt aber mit der Bereitschaft aller — auch aller führenden Parteifreunde auf allen Ebenen —, sich an der keineswegs angenehmen Aufgabe der Mittelbeschaffung zu beteiligen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir nach diesem Bericht bitte noch eine persönliche Bemerkung. Ich werde, wie ich meinem Wahlkreis vor einem halben Jahr mitgeteilt habe, 1973 nicht wieder im Bundestag kandidieren. Damit scheidet ich 1973 auf der Bonner Ebene aus der Politik aus. Es ist immer schlecht, im Wahljahr die Pferde zu wechseln. Deshalb möchte ich Sie bitten, schon jetzt, auf diesem Parteitag, einen anderen Schatzmeister zu wählen. Ich weiß sehr wohl, daß die Position des Schatzmeisters das undankbarste Amt ist, das eine Partei zu vergeben hat. Darum möchte ich persönlich auch allen danken, die mir durch Rat und Kritik geholfen haben.

Ein Schatzmeister ist auf die Mithilfe aller angewiesen. Ich biete meinem Nachfolger diese Mithilfe an, insbesondere für die Abwicklung des Hausbaus und die organisatorische Umstellung der Mittelbeschaffung. Die Vorarbeiten sind so weit gediehen, daß angefangen werden kann, wenn der Vorstand die Richtlinien gutheißt. Ihnen allen herzlichen Dank!

(Beifall)

Dr. Ernst Müller-Hermann, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Amt des Schatzmeisters ist eine Bürde. Diese Erfahrung hat wie andere auch Kurt Schmücker machen müssen. Es ist aber sicherlich gut, daß der Bundesschatzmeister heute ein so ganz und gar ungeschminktes Bild der Lage gegeben hat. Ich habe volles Verständnis für ihn und wir alle haben volles Verständnis für ihn, daß er das Unbefriedigende der heutigen Situation so offen beim Namen genannt hat. Aber nur volle Klarheit kann die Voraussetzung dafür sein, daß wir durch gemeinsame Anstrengungen die Finanzen der Partei wieder auf ein gesundes und solides Fundament stellen.

Der Finanzbericht wird ein besonderer Punkt der folgenden Aussprache sein. Ich möchte aber jetzt schon die Gelegenheit nutzen, unserem Freund Kurt

Schmücker den Dank des Parteitags für seine jahrelange, unermüdliche, aufreibende und strapaziöse Arbeit auszusprechen, von der wir wissen und bei der wir überzeugt sind, daß sie stets ganz im Dienst unserer gemeinsamen Sache gestanden hat.

(Bella)

Dr. Helmut Lemke, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur allgemeinen Aussprache über die Rede des Bundesvorsitzenden, den Bericht des Generalsekretärs und den Bericht des Schatzmeisters. Wir wollen die Aussprache gern gliedern, und zwar wollen wir im ersten Teil die politischen und die Fragen der Parteistruktur, im zweiten Teil die Finanzfragen behandeln.

Zunächst hat Herr Dr. Kohl das Wort.

(Bella)

Dr. Helmut Kohl: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin mir über die Zumutung durchaus im klaren, die für jeden von Ihnen darin besteht, daß er seit heute früh, 9.30 Uhr, Rede um Rede anhören muß. Aber: Heute, an diesem Nachmittag, in diesem Saal und in der Geschichte unserer Partei, der Union, ja, auch in der Geschichte der deutschen Parteiendemokratie vollzieht sich eine Art Deutschland-Uraufführung. Zum erstenmal — dies ist ein Ertrag der Demokratie-Diskussion der letzten Jahre, nicht zuletzt aus der jungen Generation in unserem Lande — stehen hier zwei Kandidaten um den Vorsitz, um die Führung unserer Partei nicht gegeneinander, sondern nebeneinander. Meine Damen und Herren, damit haben Sie auch die Qual einer Entscheidung. Ich bin dennoch dafür, daß wir uns zu dieser Qual der Entscheidung auch bekennen. Denn dies zeigt, daß die Union der sebziger Jahre in der Lage ist, die Forderungen nach mehr Demokratie voll zu erfüllen.

Heute steht an die Wahl des Vorsitzenden unserer Partei für die restliche Legislaturperiode, 1971 bis 1973, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Wenn ich das sage, weiß jeder, daß diesem heutigen Treffen der Union ein Treffen der beiden Unionsparteien CDU/CSU folgen wird, die dann gemeinsam den Spitzenkandidaten der Union, den Kanzlerkandidaten, zu benennen haben.

Da auch dies für die Diskussion wichtig ist, darf ich es noch einmal unterstreichend sagen: Es ist für uns in diesem Saal unbestritten, daß der gemeinsame Kandidat von CDU und CSU für das Amt des Bundeskanzlers die Nummer eins der CDU/CSU in Deutschland ist.

Und das heißt für den Fall meiner Wahl — das ist ganz selbstverständlich —, daß ich meine ganze Kraft für den Sieg der Sache und der Mannschaft und da-

mit auch des Spitzenkandidaten der CDU/CSU einsetzen werde, ganz gleich, wer dieser Spitzenkandidat sein wird. Diese selbstverständliche Loyalität sollte hier nur hervorgehoben werden.

Unser Thema heißt: Wir wollen die Wahl gewinnen. In diesem Zusammenhang wird gesagt: Wenn wir die Wahl gewinnen wollen, müssen wir mit einer Stimme sprechen.

Ich sage ja: mit einer Stimme als Partei. Dies heißt, daß, wenn immer wir sprechen, wir eine gemeinsame, als Partei erarbeitete Politik dem Wähler in Deutschland anbieten. Dies verstehe ich unter Einheit der Partei.

(Beifall)

Wir — das heißt die CDU Deutschlands, das heißt die Landesparteien der CDU, das heißt die Kreisparteien der CDU, die Fraktionen im Bund, im Land und auf den Rathäusern — wir wollen gemeinsam mit allen unseren Mitgliedern diese Politik formulieren.

In diesen Tagen — und dies hängt mit unserer Parteigeschichte zusammen — wird oft gesagt: Was wir brauchen, ist jetzt den einen und dazu möglichst noch den starken Mann. Ich fürchte, daß manch einer, der so formuliert — ich sage das so, wie ich es empfinde — häufig diese Formulierung wählt als Ersatz für das eigene Handeln und die eigene Hingabe für die Sache dieser Union.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Diskussion um die Sachfrage, um die richtige Politik schafft jene Einigkeit, die wir erwarten. Ich hebe aus den letzten Wochen nur zwei Problemkreise hervor, die jetzt diskutiert werden müssen, die zwar nichts miteinander zu tun haben, die aber tief auch die Frage der Einigkeit und der Strukturen unserer Partei und die Diskussionsfähigkeit berühren: Ich meine die Frage der Steuerreform sowie die noch fällige Diskussion um den § 218. Das zeigt ganz deutlich, daß diese Union in Deutschland kein Zweckverband für Wahlen ist, kein Wahlverein des 19. Jahrhunderts, daß sie sich entwickelt hat, von der Kanzlerpartei der fünfziger Jahre hin zu einer großen Volkspartei, die auch in der Opposition in der Lage sein wird, Richtlinien der Politik für diese Partei und für den Wahlsieg 1973 zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, wer die Partei so sieht, muß sie auch als eine große Chance anerkennen, die einzelnen Interessen dieser Partei zu koordinieren. Wenn wir nicht begreifen, daß wir zunächst Mitglieder der CDU und dann erst Mitglieder der Sozialausschüsse, des Wirtschaftsrates, der Jungen Union oder sonst irgendeiner wichtigen Vereinigung sind, werden wir an diesem wichtigen

Ziele vorbeileben. Die Union ist mehr als die Addition von Landesverbänden und Vereinigungen, die der Bundespartei gerade soviel Macht und Einfluß gestatten, daß der eigene Einfluß möglichst wenig tangiert wird.

Wer den Bericht des Bundesschatzmeisters hörte, wer hörte, wie es um die Finanzlage der Partei bestellt ist, hat daraus — und auch das spreche ich hier aus, weil es darum geht, in dieser Stunde Klarheit zu gewinnen — den Hinweis entnehmen können, daß wir oft genug auch in diesen wichtigen Fragen der Finanzen nicht jene Solidarität aufbrachten, die unerläßlich ist, wenn diese Union eine Zukunft haben will.

Auftrag unserer Parteien nach dem Grundgesetz ist es, eine schöpferische Konzeption der Politik vorzunehmen. Wir haben das mit dem Berliner Programm und mit der Fortschreibung dieses Programms getan. Aufgabe der Fraktionen im Bund, im Land und in den Gemeinden ist es, diese Zielvorstellungen, auf eine lange Sicht entwickelt, in einer realistischen Form durch pragmatische Politik zu bestätigen. Hier liegt also die große Chance für die Union, daß ihre Mitglieder mithandeln können, daß wir den Schatz der Erfahrungen und der Kenntnisse dieser Mitglieder, die kein Mandat haben, die es oft ja nicht haben wollen, voll sichern und voll nutzen. Hier liegt auch die noch größere Chance für die Union, gerade gegenüber der jungen Generation attraktiv zu werden, weil wir durch diese Diskussion in unseren eigenen Reihen offener und bereiter werden, auch uns selbst zur Disposition zu stellen. Dann werden wir auch in der Lage sein, fernab jener Selbstgerechtigkeit, die auch hier und da gelegentlich bei uns anzutreffen waren, den richtigen Weg zu finden.

(Beifall)

Harte Diskussionen um die Sache sind nie eine Belastung, das Verschweigen eines Dissenses ist es immer. Ich finde, wenn wir diese Wahl 1973 gewinnen wollen und — wie es Franz-Josef Strauß eben richtig gesagt hat — gewinnen müssen, dann müssen wir alles tun, damit alle Mitglieder dieser Union in Deutschland — der CDU und der CSU — und die Millionen unserer treuesten Anhänger diesen Wahlkampf gemeinsam mit den Kandidaten unter Führung der Partei entfesselt führen.

Wenn wir das wollen, müssen wir erreichen, daß das, was die CDU in diesem Wahlkampf — sowohl personell — wie von der Sachbezogenheit her — vertritt, als Einheit steht. Das hat viel zu tun mit Solidarität untereinander. Auch das hat Franz-Josef Strauß gerade angesprochen. Die moralische Statur der Union und die Fähigkeit, anziehend auf viele Wähler zu wirken, hängt nicht nur von der Sachaussage ab, hängt nicht nur von Personen ab; sie hängt auch davon ab, wie wir miteinander umgehen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, hier haben wir — und es war gelegentlich heute zu spüren — einen Nachholbedarf, den wir auch dann decken sollten, wenn wir nicht gerade große Männer der Partei stürmisch verabschieden.

(Erneuter Beifall)

Organisation allein wäre zu wenig. Vieles von dem, was ich eben hier sagte, muß zwar in Organisation übersetzt werden. Ich sprach von der Finanzlage der Partei. Ich sprach aber auch von der Transparenz und von dem Durchsichtigmachen unseres politischen Willens. Wir müssen über unsere Präsenz am Arbeitsplatz, über die Frage der Betriebsgruppenarbeit sprechen, ferner etwa über die Frage, was wir zu tun beabsichtigen, um das, was in den letzten Jahren immer unsere Chance war, nämlich daß die Mehrheit der Frauen in diesem Lande CDU wählte, auch morgen und übermorgen gilt, auch in jener inzwischen auch weit über 10 Millionen angestiegenen Gruppe der Berufstätigen.

Ich sprach kurz von unserem Verhältnis zur jungen Generation. Wir sollen den Jungen nicht mit billigen Parolen nachlaufen, die gerade gängig sind. Wir sollten eine Politik der Prinzipien entwickeln und dafür werben, daß diese prinzipielle Politik die Politik von morgen und damit die Politik der jungen Generation ist.

(Beifall)

Dies gilt für den Bereich aller Gruppen in unserem Land. Kurt Georg Kiesinger hat mit Recht hier den RCDS hervorgehoben. Sie können das Bild verbreitern. Die Union ist vor 25 Jahren mit einem starken Impuls aus den Kirchen getreten. Theologie und das Bild der Kirchen haben sich heute in vielen Punkten verändert. Haben wir das hinreichend zur Kenntnis genommen? Sind wir dort, wo viele von uns auch persönlich die Quelle Ihrer Kraft haben, so präsent, wie das notwendigerweise sein müßte? Haben wir die neuen Gruppen hinreichend begriffen? Ich denke an die leitenden Angestellten, um nur eine von vielen zu nennen. Haben wir begriffen, daß Organisation der siebziger Jahre Management und ein klares Ja auch zum hauptamtlichen Beruf in der Partei mitbedeutet? Ist unsere Haltung hier nicht noch weitgehend in den Gedanken des Wahlvereins beheimatet? Dies alles ist ein Teil der Politik.

Der andere — und hier wird mehr über die Glaubwürdigkeit unserer Politik ausgesagt — ist: Was haben wir im prinzipiellen zu sagen? Sind wir bereit, in diesen nächsten Jahren und insbesondere bewußt bei der Bundestagswahl die Wahlkampfplattform und die Aussage vom Prinzip her, von den Grund-

sätzen her anzugehen? Wir können nicht allein auf das Versagen der anderen hoffen und uns damit eine Chance ausrechnen.

(Beifall)

Die CDU/CSU muß eine überzeugende Alternative anbieten, den Nachweis, daß sie zur Sache und zur Person besser ist. Dies scheint mir auch die beste Antwort auf jene Politik der Reideologisierung zu sein, von der gesprochen worden ist.

Unsere Politik kann es auch im Hinblick auf das Verständnis des „C“ nicht sein, auf ein Schlagwort ein anderes zu setzen. Unser Verständnis muß eine argumentierende, überzeugende Politik sein, die hart in Form und Sache sein darf, deren Kern aber ein klares Argument enthalten muß.

Unser Ehrenvorsitzender sprach von der Wählerverschiebung bis 1973. Über die Hälfte der Wähler des Jahres 1973 werden Nachgeborene sein, d. h. eine Gruppe, die nach dem Zweiten Weltkrieg die entscheidenden Impulse ihres Lebens empfing. Diese Gruppe ist nicht mit Schlagworten zu befriedigen, mit konservativen oder progressiven Worthülsen. Der Inhalt der Politik ist entscheidend.

Es ist entscheidend, ob es uns möglich ist, in diesen Jahren als Partei deutlich zu machen, daß Freiheit und Bindung für diese Christlich Demokratische Union in Deutschland eine Grundlage staatlichen Zusammenlebens sind, daß wir eine Reprivatisierung des Staates oder die Vergesellschaftung unseres Staates nicht mitmachen, daß unser Ja zu diesem freiheitlichen System ein Ja ist zum System der westlichen Demokratien in unserem Sinne, daß daraus die Bindungen etwa zur NATO, zur Hilfe für die Dritte Welt, zur europäischen Integration und unsere kritische Haltung zur Ostpolitik, wie wir sie jetzt erleben, erwachsen.

Dieses Ja zur Freiheit bedeutet ein Ja zur Sozialen Marktwirtschaft, die soziale Gerechtigkeit bedeutet, daß dieser Rechtsstaat seiner sozialen Prägung nach kein bloßer Berechtigungsstaat ist. Es ist ein Ja zur Leistungsgesellschaft.

Wir müssen uns ernsthaft prüfen, ob jener Weg im Bereich der deutschen Bildungspolitik, den auch wir in den letzten Monaten und Jahren zum Teil mitgegangen sind, nämlich dem Gesetz der großen Zahlen zu verfallen und nicht zunächst über die Leistungen, das Opfer und die Anforderungen zu sprechen, der Weg der Union der siebziger Jahre sein kann.

(Beifall)

Wenn wir das sagen, meine Damen und Herren, ist darin enthalten: Das Ja zu mehr Chancengleichheit, das Ja zum Eigentum in seiner Sozialbindung und auch das Ja zu einer vernünftigen Fortschreibung unserer Politik durch Reformen, die jetzt machbar und auch zu finanzieren sind, und vor allem die Erkenntnis, daß auf diesem Weg Opfer zu bringen sind. Ich meine, daß es in den nächsten Jahren das Wichtigste ist, bereit zu sein, von uns und anderen Opfer zu verlangen.

Meine Damen und Herren! Bruno Heck hat auf die Nation und auf unser Verhältnis zur Geschichte hingewiesen. Ich glaube nicht, daß wir es zulassen können, daß in der Diskussion in unseren eigenen Reihen dieses Thema weiterhin so tabuisiert wird, wie das lange genug der Fall war. Wenn wir nicht ein vernünftiges Verhältnis zur jüngsten Geschichte mit all dem, was darin enthalten ist, gewinnen, wenn es eben nicht oder nicht mehr und noch mehr als bisher möglich ist, daß wir zum 20. Juli und zu all dem, was damit angesprochen ist, ein klares und uneingeschränktes Ja sprechen, dann werden wir manche Fragen gerade aus der jungen Generation nicht beantworten können.

Viele der Jungen sehen heute – das ist ihr gutes Recht –, Leistungen des Staates als bare Selbstverständlichkeit an. Wir müssen jetzt eines feststellen: daß die großen und zentralen Hoffnungen unseres Landes, die europäische Einigung und die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands, blasser geworden sind. Der politische Alltag hat uns voll ergriffen.

Man kann sagen: Es fällt uns heute schwer, politische Festtage zu feiern. Aber, meine Damen und Herren, man kann auch sagen: Es fehlt uns weitgehend die Idee vom Ganzen, der Entwurf für ein Leben von morgen. Ich glaube, darin liegt die große Chance der Union als Partei in all ihren Teilen.

Es gibt hier kein Patentrezept, aber wenn wir es gemeinsam erarbeiten und wenn wir zusammenstehen, dann liegt hier die Chance der Union im Bund, in ihrer Bundestagsfraktion, in den Ländern und ihren Landtagsfraktionen und Landesregierungen und in den vielen Rathäusern der Bundesrepublik. Das möchte ich in diesem Amte als Parteivorsitzender, wenn ich Ihre Stimme finde, um ein Stück weiterbringen.

Zum Schluß noch ein persönliches Wort. Die CDU – ich sagte es schon – hat erstmals die Qual und die Chance einer Entscheidung. Ich wende mich – das gilt für das private Leben genauso wie für die Politik – immer gegen den Satz „Alles oder Nichts“.

(Lebhafter Beifall)

Auf den Sonntag folgt zwangsläufig der Werktag. Das gilt auch – und das soll in dieser Stunde mit bedacht werden – für jenen Wahlsonntag im Oktober des Jahres 1973.

Ich möchte hier klar sagen: Wie immer das Ergebnis Ihrer Wahl heute sein wird, meine Haltung zu dieser Partei ändert sich in nichts. Sie ist seit 25 Jahren meine politische Heimat. Ich habe in dieser Union viele Freunde und Kameraden gefunden. Die Partei trug mich in wichtige Ämter und gab mir die Chancen für wichtige Ämter. Das alles führt für mich zu der Überzeugung – es ist nicht nur eine Überlegung –: Dafür bin ich dankbar.

(Anhaltend starker Beifall)

Dr. Helmut Lemke, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Dr. Barzel.

Dr. Rainer Barzel (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Fünf Fragen sind, wenn ich es recht verstehe, Hauptgegenstand der Diskussion, die nüchtern und so zu führen ist, daß wir morgen und übermorgen alle miteinander das Ziel erreichen, das Franz-Josef Strauß hier formuliert hat.

1. Wie sichern wir unser Profil als CDU, also den Vorrang und die stetige Einwirkung der Partei, also ihrer Mitglieder und ihrer Institutionen, auf die praktische Politik?
2. Wie bringen wir die Partei organisatorisch, finanziell und politisch in die optimale Form, und wie können wir diese so halten, daß wir im eigenen Bewußtsein wie in dem der Öffentlichkeit reformerisch bleiben?
3. Wie können die Geschlossenheit und die Integration in der Union, wie die Kampfgemeinschaft mit der CSU verbessert werden?
4. Sollen Parteivorsitz der CDU, Fraktionsvorsitz der CDU/CSU und Oppositionsführer bzw. Kanzlerkandidat zusammengefaßt werden?
5. Welches ist für die kommenden zwei Jahre, für die wir einen Parteivorsitzenden wählen, die Hauptaufgabe?

Alle fünf Fragen halte ich für berechtigt. Ich will sie beantworten – so präzise wie öffentlich möglich, so kurz, wie hier geboten und in der Bereitschaft, weitere Fragen nachher zu beantworten. }

1. Wie sichern wir unser Profil als CDU, also den Vorrang und die stetige Einwirkung der Partei, ihrer Mitglieder und ihrer Institutionen auf die praktische Politik?

Meine Antwort: Vorrang und Mitwirkung der Partei sind gesichert, wenn wir alle uns als Partei begreifen und nicht nur grundsätzlich entschlossen, sondern zu Grundsätzen entschlossen sind.

(Befall)

Dies heißt konkret folgendes. Vorrang und Mitwirkung der Partei sind gesichert:

a) wenn das Programm der Partei — es ist das beste, was wir kennen — aus sagekräftig auch für die praktische Politik ist. Da ist zur Zeit der Fall. Deshalb dazu kein Wort mehr.

b) Wenn die Institutionen der Partei immer wieder kritisch prüfen, ob Geist und Buchstabe des Programms von der praktischen Politik konsequent verfolgt werden, wenn sie regelmäßig tagen, handlungsfähig und entscheidungswillig sind. Das ist zur Zeit überwiegend, aber noch nicht durchgehend der Fall.

c) Wenn der Fluß der Informationen und Meinungen zwischen Bundes-, Landes- und Kreispartei, zwischen den Vereinigungen, zwischen der Basis und der Führung wie auch umgekehrt organisiert und als wesentliche stetige Aufgabe behandelt wird. Das ist nach meinem Eindruck zur Zeit noch nicht voll zufriedenstellend.

d) Wenn die Führenden Zeit für Diskussionen draußen haben. Das kann — ich komme darauf zurück — ohne Hetze verbessert werden. Die Versammlung ist nicht tot. Die Mitbürger wünschen gerade mit denen zu diskutieren, die sie vom Fernsehen und von woanders her besonders kennen.

(Befall)

e) Wenn CDU und CSU eine gemeinsame und für die jeweils nächste Legislaturperiode verbindliche Wahlkampfaussage, also ihr Regierungsprogramm verabschieden, so daß nicht erst — das ist ein Zustand, den ich beklage — die Bundestagsfraktion — so ist es jetzt — oder ein Bundeskanzler — so war es früher — die wegen der unterschiedlichen Programme der beiden in einer Fraktion vereinten Parteien die Kompromisse zu Lasten der Parteiprogramme beider herzustellen gezwungen sind. Wer den Rang der Partei und der Mitglieder fördern will, muß für die Bundespolitik diese gemeinsame Wahlkampfaussage, dieses Regierungsprogramm herbeiführen. Sonst verkürzt er die Mitwirkungsrechte der Institutionen wie der Mitglieder.

(Befall)

Im übrigen: Das beste Programm, die vorzüglichste Organisation und die Erfüllung aller dieser und anderer gleich folgender Punkte nützen wenig,

wenn nicht in der praktischen Politik Parteifreunde tätig sind, die sich nicht scheuen, zuzupacken, d. h. also auch Fehler zu machen und dabei auch Dreck-spritzer von Gegnern abzubekommen.

(Beifall)

Damit wir aber bei dieser Arbeit — ich sehe das Problem sehr wohl — nicht den Gefahren des Tages, der Alltagskompromisse und des Pragmatismus erliegen, müssen wir die kontrollierende Spannung zum Programm wie zu dessen Fortentwicklung auch in der Führung organisieren. Ich komme darauf in gesondertem Zusammenhang.

Meine Freunde, ich komme zu Frage 2: Wie bringen wir die Partei organisatorisch, finanziell und politisch in die optimale Form, und wie können wir diese so halten, daß wir im eigenen Bewußtsein wie in dem der Öffentlichkeit reformerisch bleiben?

Meine Antwort: a) Wir brauchen unter klarer Führung eine arbeitsfähige, homogene, auf konkrete und sichtbare Delegation gestützte Führungsmannschaft mit Mitgliedern aus Partei und Fraktion — dies nicht nur aus Gründen der Organisation der Verantwortung und der Arbeitsteilung, sondern ebenso sehr — sprechen wir dies offen aus —, weil keiner von uns in jeder Frage und an jedem Tage allein gleich gut ist.

(Beifall)

b) Der Bundesvorstand sollte einen Grundsatzausschuß aus fünf Mitgliedern einsetzen. Dieser sollte in engem Kontakt mit der Wissenschaft die für die Politik relevanten neu auftretenden Fragen von der Biologie über die Pädagogik bis zur Waffentechnik rechtzeitig erfassen und dem Vorstand vorschlagen, in welcher Weise und mit welchem Ziel die Partei sich damit befassen soll. Dieser Ausschuß soll sich ferner in besonderer Weise, also noch mehr als alle anderen als beauftragt begreifen, den Grundsätzen unserer Partei, also unserem Programm und der Verwirklichung durch die praktische Politik zu dienen und darauf zu achten. An diesen Ausschuß sollen sich wie selbstverständlich alle Parteimitglieder direkt mit Anregungen wenden können.

(Beifall)

c) Die Wahl des Generalsekretärs und die des Schatzmeisters sind hier wesentlich. Ich will hier auch meine Vorstellungen im Hinblick auf die Personen einbeziehen. Für den Fall meiner Wahl würde ich Ihnen morgen zum Generalsekretär Konrad Kraske vorschlagen,

(vereinzelt Zischen)

einen Mann, den wir alle kennen, meine Freunde,

(Beifall)

erprobt in Partei- und Fraktionsarbeit, einen Mann, den wir als einen Mann des Programms und der absoluten und konsequenten Ehrlichkeit kennen und — das füge ich hinzu — dessen klugen Rat, wenn Sie mich wählen sollten, ich brauche, gerade deshalb, weil er mir häufig widerspricht.

Meine Freunde, ich will auch einen Vorschlag für die Wahl des Schatzmeisters machen, obwohl der Vorsitzende hier nicht ein besonderes Vorschlagsrecht hat. Da dies aber in der Diskussion ist, sollte hier alles offen auf den Tisch kommen. Ich würde Sie bitten, Walter Kiep in dieses schwere und undankbare Amt zu wählen.

(Beifall)

Nachdem Kurt Schmücker, dem auch ich danke, mir gesagt hatte, er werde sich aus dieser Arbeit wenigstens zum überwiegenden Teil zurückziehen, habe ich Walter Kiep gebeten, sich zur Verfügung zu stellen. Er hat sich mit Zustimmung seiner Landespartei und unter der Selbstverständlichkeit der Abwicklung seiner gegenwärtigen Verpflichtungen bereit erklärt, dieses Amt zu übernehmen, wenn er gewählt wird. Er ist dann bereit, andere Ämter abzugeben, um ganz in diesem Amt zu arbeiten. Wir haben die Vorstellung, einen Beirat zu schaffen und in bestimmten Bereichen die Mitwirkung Kurt Schmückers zu erhalten.

d) Unsere Öffentlichkeitsarbeit muß noch verstärkt werden, denn alle gute Politik, meine Freunde, hilft wenig, wenn die Mitglieder nicht merken, daß die Politik gut ist. Aber ohne Geld geht gerade dies nicht, wie wir in dieser Woche im Angesicht der gewaltigen Anzeigen der Bundesregierung haben feststellen müssen.

Letztens: Wir sollten — ich hatte vor, dies hier zu sagen, eigentlich gleich im Anschluß an das, was Strauß hier gesagt hat —, wie ich meine, noch in diesem Jahr zusammen mit der CSU den Kanzlerkandidaten auswählen, dann bald unsere Mannschaft, also den Kern einer kommenden CDU/CSU-Regierung auf einem Kongreß von CDU und CSU präsentieren und später unser Regierungsprogramm, also die Wahlaussage auf eben diese Weise verkünden.

Frage 3: Wie können wir Geschlossenheit und Integration in der Union, wie die Kampfgemeinschaft mit der CSU verbessern? Die Antwort, soweit sie nicht schon erwähnt ist, auch — und ich scheue mich nicht, dies hier aus praktischer Erfahrung vorzutragen —:

a) durch folgende Arbeitsweise — denn nur Vorhaben nützen nichts —: Bundesausschuß und Bundesvorstand sowie die Konferenzen der Landes- und

der Vereinigungsvorsitzenden tagen so regelmäßig wie die der Geschäftsführer. Das Parteipräsidium der CDU sollte montags früh tagen, weil montags im späteren Verlauf des Tages ohnehin der Bundesvorstand ebenso wie die CSU-Landesgruppe zusammentreten, so daß im Laufe dieses einen Tages alle notwendigen Abstimmungen mit der CSU mit besonders sachkundigen Abgeordneten und der Fraktionsführung erfolgen können. Der gleichbleibende Vorsitz könnte die Konsequenz der Bemühungen verstärken. Auf diese Weise zustandegekommene Beschlüsse, Erklärungen usw. würden, so glaube ich, dazu führen — weil niemand übergangen wurde und erst nach Beratung und Diskussion entschieden wurde —, daß wir in der Tat mit einer Stimme sprechen können.

(Beifall)

b) Diese Arbeitsweise schafft — so ergibt eine Analyse meines Terminkalenders; ich bin sicher, für die anderen Kollegen gilt das gleiche — für alle Beteiligten zusätzlich Zeit für die dringende Arbeit draußen. Im übrigen tagt der Bundestag etwa in 22 von 52 Wochen des Jahres. Auch sind, wie Sie unserem Bericht entnehmen, die großen Initiativen der Fraktion eingebracht und die Arbeitsteilung eingespielt.

c) Wir brauchen Kollegialität und Solidarität. Mit anderen Worten: Wir alle müssen als Kollegen, welche dasselbe Engagement auszeichnet, zusammenwirken, Mitglieder und Vorstand, Minister und Stadträte, Abgeordnete und Delegierte. Ich habe nie zu denen gehört, die einer Diskussion auswichen oder eine abweichende Meinung tadelten, solange es keine Diskussion und keine Entscheidung des zuständigen Gremiums gegeben hat. Diese Haltung verlangt die Kollegialität. Nach Diskussion und Entscheidung aber gelten, Gewissensfragen ausgenommen, Solidarität und Disziplin. Nur so werden wir weiterkommen.

(Starker Beifall)

d) Unser Verhältnis zur CSU, die, dessen bin ich sicher, eine eigenständige und eigenwillige Partei ist und bleibt, unser Verhältnis zur CSU muß sich hin und her durch engste Zusammenarbeit auszeichnen. Nur so werden wir eine Mehrheit bekommen. Und vielleicht darf ich es, Franz Josef Strauß, so sagen: Wir haben uns miteinander angewöhnt, von „Schwesterpartei“ zu sprechen, und ich glaube, die Schwester hat an nichts ein größeres Interesse als daran, einen möglichst großen, gesunden und starken Bruder zu haben, meine Damen und meine Herren.

(Beifall)

e) Wir werden im Frühjahr Betriebsratswahlen haben. Auch dies gehört hierher. Wir sind, wie Sie alle wissen, gegen die Parteipolitisierung im Betrieb.

Aber wir werden unsere Freunde, die dort arbeiten, nicht im Stich lassen dürfen. Sie haben einen Anspruch darauf, daß wir ihnen in diesem Kampf helfen.

(Beifall)

Frage 4: Sollen Parteivorsitz der CDU, Fraktionsvorsitz der CDU/CSU und Oppositionsführer bzw. Kanzlerkandidat zusammengefaßt werden? Meine Antwort wird Sie kaum überraschen. Sie lautet: Ja!, und sie bleibt so, auch wenn Sie sich für eine andere Person entscheiden, wie natürlich mein leidenschaftliches Engagement für diese Politik, für die ich nun so lange hier stehe. Warum, meine Freunde, bin ich dieser Meinung?

a) Wir können uns einfallen lassen, was noch keiner gedacht hat, und doch wird man uns fragen, zu Hause und draußen, wichtige Gesprächspartner, die für uns entscheidend sind, man wird uns fragen: Wer ist eure Nummer eins? Und das kann nur einer sein.

b) Alle Erfahrungen im Bereich der Freundschaft, im Bereich der Kollegialität, im Bereich der Zusammenarbeit lehren, daß nur bei zweifelfrei geklärten Verhältnissen positiver Erfolg eintritt. Ausgeklammerte oder vertagte Fragen führen höchstens zur Schwäche.

(Beifall)

Und ich füge hinzu

c): Nur der Oppositionsführer im Bundestag wird erfolgreich bleiben, der nicht nur seiner Fraktion, sondern auch seiner Partei Autorität und Durchschlagskraft gibt. Schafft man zwei Zentren, eins im Bundestag und eins außerhalb, so halbiert das in dieser Lage die Kraft.

(Beifall)

d) Die Mehrheit der Wähler, so meine ich, wird nur gewinnen, wer zunächst die Mehrheit seiner Partei gewonnen hat.

5. Frage und letzte Frage: Was ist in den zwei Jahren, für die wir heute einen Parteivorsitzenden zu wählen haben, die Hauptaufgabe? Meine Antwort: Wir sind, meine Freunde, weder allein noch als Selbstzweck auf der Welt. Ja wir wissen nicht einmal sicher, wie die letzten Tage deutlich gemacht haben, wann die nächste Bundestagswahl sein wird. Was uns betrifft, so sind wir täglich zu Neuwahlen bereit.

(Starker Beifall)

Die gegenwärtige deutsche Politik — davon wird morgen im Bericht der Fraktion mehr zu sagen sein — fordert uns auch deshalb heraus, weil sie in wesent-

lichen Punkten das Gegenteil unseres Programmes tut und weil sie manches von dem ruiniert, was wir auch an Reformen geschaffen haben. Diese Herausforderung müssen wir annehmen, annehmen auf die Weise, welche die parlamentarische Demokratie verlangt: durch Kampf. Und Kampf für unser Programm und Kampf gegen die Koalition sind in der gegenwärtigen Lage ein und dieselbe Sache.

(Anhaltend starker Beifall)

Dr. Helmut Lemke, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das Wort hat nun Herr Dr. Schröder.

Dr. Gerhard Schröder:

(Mit Beifall begrüßt)

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich glaube, wir alle hier in dieser Halle fühlen, daß dies einer der wichtigsten und wahrscheinlich entscheidungsreichsten Parteitage ist, die wir je gehabt haben.

Das erklärt sich aus drei Gründen. Das erklärt sich aus der Situation, in der wir stehen, die heute schon mehrfach sehr beredt geschildert worden ist. Das erklärt sich aus der Aufgabe, die vor uns liegt, und es erklärt sich nicht zuletzt daraus, daß unsere Gedanken, ob wir das wollen oder nicht, im Kern auf 1973 ausgerichtet sind.

Vor uns steht die Frage: Von wem und wie soll die Christlich Demokratische Union geführt werden? Meine lieben Freunde, zum erstenmal in unserer zwar noch jungen, aber doch schon relativ langen Parteigeschichte bietet es sich nicht an, dem Bundeskanzler das Amt zu offerieren. Und selbst als dieser von uns gestellt wurde, hat die Partei, wie Sie sich alle erinnern, zur Einrichtung des Geschäftsführenden Vorsitzenden gegriffen.

Heute morgen haben wir alle unseres verstorbenen Freundes Dufhues gedacht. Wir würden glücklich sein, hätten wir ihn heute unter uns. Das aber bestätigt, was ich sage, daß auch in einer Zeit, in der wir den Bundeskanzler gestellt haben, der Geschäftsführende Vorsitzende letztlich der Weg war, unter dessen Zeichen man die Partei gestellt hat.

Ich erwähne das jetzt nicht, um das Gute oder Nichtgute, das Mögliche oder Nichtmögliche dieser Lösung zu diskutieren, sondern ich möchte nur sagen, heute, meine lieben Freunde, sind wir in einer anderen Lage. Ich möchte in dieser anderen Lage eine ganz klare Aussage machen. Ich bin nicht dafür,

daß wir eine Personalunion mit anderen Spitzenämtern der Unionsparteien vornehmen.

(Beifall)

Ich halte diesen Weg oder, würden wir diesen Weg gehen, ich hielte diesen Weg der Ämterhäufung für unzweckmäßig, ja nicht nur unzweckmäßig, sondern für schädlich.

(Beifall)

Wenn wir, meine lieben Parteifreunde, es fertigbekommen wollen — und wir haben es heute noch keineswegs fertigbekommen —, die ganze Partei zu mobilisieren — wir wissen, daß das notwendig ist; das ist heute morgen in den Ansprachen gesagt worden —, dann kann das nur dadurch geschehen, daß sich jemand dieser Aufgabe, der Mobilisierung der ganzen Partei mit größter Intensität widmen kann.

Auch die beste Delegation — uns ist geschildert worden, was man nicht alles durch Delegation erreichen kann — ist nicht in der Lage, diese Intensität für die Partei — ich spreche hier nur von der Partei — herzustellen. Die Partei — Sie haben das heute morgen in sehr sorgenvollen Referaten wahrscheinlich nicht überhört — hat schwierige strukturelle, organisatorische, nicht zuletzt sehr schwierige finanzielle Probleme zu lösen. Diese Probleme müssen gelöst werden, denn sie stellen auf dem Bild, das wir für die ganze Nation darstellen, zur Zeit einen, wenn nicht häßlichen, so doch sehr unzulänglichen Fleck dar.

Was spricht nun gegen eine Trennung der Ämter? Im Grunde wird gesagt, es spräche die Gefahr der Rivalität durch Institutionen dagegen. Meine lieben Freunde, ich weigere mich, das zu glauben.

(Beifall)

Ich habe aus eigenem Erleben in der Christlich Demokratischen Union die Erfahrung gemacht, daß Vertrauen und Loyalität viel größer sind, als das gelegentlich angenommen wird. Wie wären unsere großen Erfolge in den vorausgegangenen neun Landtagswahlen zu erklären, wenn nicht durch Vertrauen und Loyalität in Verbindung mit einer vernünftigen Arbeitsteilung, die alle unsere führenden Politiker auf den rechten Platz im richtigen Augenblick gebracht haben?

Ich sage noch einmal, wenn wir durch Institutionen Rivalität hervorriefen, dann wäre das eine schlechte Hoffnung für die Zukunft.

Das, was wir brauchen, meine Damen und Herren, meine lieben Parteifreunde, ist eine vernünftige, funktionsgerechte Arbeitsteilung. 1973 — niemand von

uns sollte etwas anderes annehmen — steht uns nicht einfach ein 50prozentiger oder über 50prozentiger Sieg ins Haus. Wir werden diesen Sieg, auf den ich hoffe, 1973 nur dann erkämpfen können, wenn wir alle Funktionen so gut wie nur möglich besetzen. Wenn wir dann jeden Tag offen, intensiv, kameradschaftlich zusammenarbeiten — so und nicht anders werden wir es 1973 schaffen.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Helmut Lemke, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dübel, Exil-CDU.

Siegfried Dübel: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Erlauben Sie mir, auch im Namen meiner engeren politischen Freunde von der Exil-CDU, einige kurze Bemerkungen zu den Themen der Ostpolitik, die heute im Referat des Parteivorsitzenden, aber auch in dem Bericht von Dr. Heck angeklungen sind. Wir repräsentieren hier den mitteldeutschen Gründungsbereich der Christlich Demokratischen Union. Deshalb wollen wir in diesem Augenblick harten politischen Ringens um die Ost- und Deutschlandpolitik, in dem Augenblick einer politischen Konfrontation, die wir nicht gesucht haben, sondern in die wir hineingeworfen sind durch eine 180prozentige Drehung und Wendung der neuen Regierungspolitik, vor dem Parteitag, vor der Führung der Christlich Demokratischen Union und der Bundestagsfraktion herzlichen Dank sagen.

Wir möchten danken dafür, daß sich die Partei und die Bundestagsfraktion immer wieder für die Menschen in Mitteldeutschland eingesetzt haben.

(Beifall)

Wir möchten danken dafür, daß sie immer wieder und unüberhörbar deutlich gemacht haben: auch für die Landsleute zwischen Elbe und Oder muß bei all dem, was heute in der Ostpolitik verhandelt wird, eine gründliche Verbesserung ihrer Lage herauskommen.

(Beifall)

Wir danken nicht zuletzt dafür — der Bundesparteivorsitzende hat das in seinem Referat heute wieder deutlich gemacht —, daß die CDU — ich muß beinahe sagen — als einzige Partei in der Bundesrepublik das Ziel einer wirklich fortschrittlichen emanzipatorischen Politik nicht aus den Augen verloren hat, nämlich die Selbstbestimmung für alle Deutschen wiederherzustellen und zu erstreben.

Entspannung ist nicht möglich, solange die Menschen gewaltsam voneinander ferngehalten werden. Normalisierung ist nicht gegeben, solange nicht jenes

Maß an sachlichen Beziehungen in allen Lebensbereichen von Kultur und Wissenschaft bis zum Sport gesichert wird.

Meine Freunde, erlauben Sie mir einen kurzen Hinweis auf ein Faktum. Für die Olympiade 1972 in München sind vom Internationalen Olympischen Komitee 1,2 Millionen Karten für das Ausland vorgesehen. Für Mitteldeutschland waren 100 000 Karten reserviert. Am Ende des vergangenen Jahres hatte das Nationale Olympische Komitee Mitteldeutschlands 13 000 Karten abgefordert, und wir lesen nun im amtlichen Bulletin der Bundesregierung vom 23. Juni 1971, daß nur 2000 Menschen aus Mitteldeutschland zu den Olympischen Spielen nach München kommen können.

Meine Damen und Herren! Das ist eine Selbstdarstellung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands nach einer 26jährigen kommunistischen Erziehung insbesondere der jungen Generation, daß man es wagt, gerade 2000 jungen Menschen zu gestatten, zu einem Sportfest vorübergehend in die Bundesrepublik zu kommen! Das ist mehr als eine der Meinungsumfragen, die heute bei uns so beliebt sind; das ist schon fast eine von der SED unfreiwillig veranstaltete Volksabstimmung.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Freunde, es wird keine Entspannung geben, wenn nicht jenes Maß an innerer Kommunikation, das zwischen zivilisierten Bereichen in der Welt üblich ist und das innerhalb eines Volkes selbstverständlich sein muß, zwischen den beiden Teilen Deutschlands hergestellt wird.

Niemand, so glaube ich, meine Freunde, bejaht die Aussöhnung mit den Völkern Osteuropas mehr als die Demokraten in Mitteldeutschland und als diejenigen, die aus Mitteldeutschland vertrieben wurden und hier ihre Politik für die mitteldeutschen Menschen tun müssen. Aber eine Aussöhnung mit den Völkern hat zur Voraussetzung, daß die Kommunikation nicht beschränkt bleibt auf aufgezwungene Funktionäre; vielmehr müssen die Völker selbst ein Mindestmaß an politischer Artikulation besitzen.

Unsere Bitte, meine Freunde, an den neuen Vorsitzenden, an den Vorstand und auch wieder an die Fraktion: Bleiben Sie in der deutschlandpolitischen Grundhaltung fest, die Sie bisher eingenommen haben!

(Beifall)

Sie entspricht der Tatsache, daß sich die CDU vom Gründungstage an als die Christlich Demokratische Union Deutschlands verstanden hat.

(Beifall)

Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Das Wort hat nun Herr Lorenz aus Berlin.

Peter Lorenz: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Gestatten Sie mir einige Worte zur Lage meiner Heimatstadt Berlin, die ja seit dem letzten Bundesparteitag wieder einmal deutlich im Mittelpunkt der internationalen Politik gestanden hat. Vor uns haben sich noch vor einem Jahr drohend die sowjetischen und kommunistischen Forderungen nach einer weitgehenden Trennung vom freien Teil Deutschlands erhoben. Wenn es nach dem kommunistischen Willen gegangen wäre, dann dürften die Delegierten der Berliner CDU heute hier nicht mitwirken. Wenn es nach dem sowjetischen Willen gegangen wäre, dürften wir nicht länger ein Teil der CDU Deutschlands sein; kein Berliner dürfte mehr einer Organisation der Bundesrepublik angehören; kein Berliner dürfte mehr bei Kongressen, Ausstellungen und Messen im Ausland im Verband mit der Bundesrepublik auftreten.

Wir wissen alle, daß diese Bestrebungen nicht zuletzt dank der Haltung unserer westlichen Verbündeten abgewehrt werden konnten. Aber, liebe Freunde, die Westmächte sind nicht deutscher gewesen als die Deutschen selbst, und der Verzicht der Bundesregierung Brandt/Scheel auf Teile der Bundespräsenz hat deshalb Eingang in das Rahmenabkommen der Vier Mächte über Berlin gefunden.

Dadurch wird nun erstmals in einem internationalen, völkerrechtlich verbindlichen Abkommen die ungleiche politische Lage der beiden Teile der gespaltenen alten Reichshauptstadt festgehalten. Während die sogenannte DDR den Ostteil der Stadt unbeanstandet als ihre Hauptstadt bezeichnen kann, während dort nicht nur alle Ministerien ihren Sitz haben, sondern auch die Volksarmee marschiert, ist die Tätigkeit von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung im Westen der Stadt eingeschränkt worden, und die Bundesversammlung soll gar nicht mehr nach Berlin kommen dürfen.

Die Anerkennung zweier deutscher Staaten auf deutschem Boden durch die Bundesregierung und der Moskauer Vertrag haben bewirkt, woran auch die Westalliierten bei ihren Beratungen über Berlin nicht vorbeigehen konnten: das Ziel, die beiden Teile Deutschlands durch freie Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes mit Berlin als Hauptstadt einmal wieder zusammenzufügen, ist von der SPD und der FDP durch ihre Politik praktisch aufgegeben worden. Man spricht auch dort nicht mehr von dem selbstverständlichen Recht unserer Landsleute in West und Ost, die Gesellschaftsordnung, in der sie leben wollen, selbst zu wählen.

Für meine Heimatstadt schafft das neue Probleme. Ich sage Ihnen allen, besonders aber der Bundestagsfraktion und dem Bundesvorstand, unseren herz-

lichen Dank für die ausgezeichnete Zusammenarbeit während der Verhandlungen um Berlin. Wir haben die Hoffnung, daß diese Zusammenarbeit in gleicher Weise auch bis zum Abschluß des gesamten Berlin-Abkommens fortgesetzt werden wird. Manche Gefahr konnte dadurch von unserer Stadt abgewendet werden, daß die CDU/CSU mit Nachdruck auf der Zusammengehörigkeit Berlins mit dem freien Teil Deutschlands bestanden hat.

Die Aufwertung der DDR bis hin zur allgemeinen internationalen Anerkennung, die nun auch schon gelegentlich von unseren engsten Verbündeten in Aussicht gestellt wird, wird zur Folge haben, daß die Angriffe der Kommunisten gegen unsere freie Gesellschaftsordnung nun in verstärktem Maße in vielen Ländern und auf internationaler Ebene geführt werden. Die Vertreter des SED-Regimes werden dabei nicht müde werden, überall in der Welt den Namen „Berlin“ mit der Hauptstadt der DDR zu verbinden. Sie werden alle Anstrengungen unternehmen, um die geographische Lage Berlins dazu auszunutzen, auch im internationalen Handel und Verkehr auf die Dauer Vorteile für sich selbst herauszuholen.

Es wird daher nunmehr verstärkter Anstrengungen und der besonderen Solidarität aller Deutschen bedürfen, weiterhin in unserem Lande und in der Welt deutlich zu machen, daß in Berlin und von Berlin aus nicht nur die Stimme der kommunistischen Diktatur, sondern auch weiterhin die Stimme der freien Deutschen unüberhörbar ertönt.

(Beifall)

Solange die CDU und die CSU noch nicht in der Lage sind, dieses politische Ziel verantwortlich als Träger der Bundesregierung und als Mehrheit im Deutschen Bundestag – wie hoffentlich ab 1973 – zu verfolgen, bitte ich namens *meiner Berliner Freunde Sie alle – den Bundesparteitag, den Bundesvorstand, die Landesverbände, die Fraktionen in den Landtagen –*, alles zu tun, um durch Ihr Verhalten und, nachdem die SPD die demonstrative Bundespräsenz aufgeben will, durch demonstrative CDU/CSU-Präsenz in Berlin unseren entschlossenen Willen zum Ausdruck zu bringen, daß jedenfalls wir die Selbstbestimmung aller Deutschen nicht aufgegeben haben

(Beifall)

und daß für uns Berlin nicht Hauptstadt eines kommunistischen deutschen Teilstaates bleiben, sondern eines Tages wieder die freie Hauptstadt eines freien Deutschland werden soll.

(Beifall)

Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Langguth vom RCDS-Bundesvorstand das Wort.

Gerd Langguth: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Ehrenvorsitzender Kurt Georg Kiesinger hat vorhin darauf hingewiesen, daß es in unserer Partei keinen echten Generationskonflikt gebe. Das trifft zumindest dann zu, wenn man den Anteil der jungen Generation in den anderen Parteien sieht, wenn man sieht, wie sehr z. B. der Sozialdemokratische Hochschulbund — das ist ganz klar — von der DKP programmiert wird. Es wird von unserer Seite als ein echter Skandal angesehen, wenn z. B. in der vorletzten Nummer des sozialdemokratischen „Vorwärts“ letztlich eine Koalition an den Hochschulen zwischen dem kommunistischen Spartakus und dem SHB als ehrenwerter angesehen wird denn eine derzeit aus politischen Gründen nicht durchführbare Koalition zwischen RCDS und SHB.

Ich habe das hier deswegen genannt, um auf die Situation und das Verhältnis zwischen junger Generation und den übrigen Anhängern der Parteien hinzuweisen, weil innerhalb der Hochschulen feststellbar ist, daß sich die einzige antiautoritäre Protestbewegung immer mehr in einem doktrinär-kommunistischen Sinne kanalisieren läßt.

Wir müssen uns — deswegen komme ich auf den Rechenschaftsbericht von Herrn Dr. Kiesinger zurück — ganz klar die Frage stellen, wie es kommen konnte, daß breite Kreise der jungen Generation sich so sehr in ein Aktionsbündnis mit der radikalen Linken bringen lassen. Wir müssen uns fragen, weshalb es die CDU nicht verstanden hat, sich der jungen Generation in den zurückliegenden Jahren verständlicher zu machen. Wir müssen innerhalb der CDU Konsequenzen daraus ziehen. Die Konsequenzen können nicht heißen, daß man krampfhaft irgendwelche linken Formen übernimmt. Die Konsequenzen können nur heißen, eine selbstlose Politik zu machen, aber nicht eine Politik, die stärker als bisher die geistigen Grundlagen der CDU offenlegt. Das scheint besonders wichtig zu sein, weil es nur dann möglich ist, die junge Generation verstärkt zu gewinnen. Wir brauchen eine stärkere offensive Politik vor allem auch an den Hochschulen.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen und darauf hinweisen, daß gerade der RCDS in seinen Bemühungen an der Hochschule, gerade im Bereich der Assistentenschaft und der Professorenschaft im Kampf um eine vernünftige Hochschulreform, im Kampf gegen den Spartakus alleingelassen wird.

Herr Generalsekretär Heck hat in der Beilage zu seinem Rechenschaftsbericht darauf hingewiesen, daß es notwendig wäre, CDU-Hochschulgruppen aufzubauen. Das ist etwas, das von uns ausdrücklich begrüßt wird, nämlich des-

wegen, damit auch Professoren, Assistenten und Studenten gemeinsam an den Hochschulen Politik machen. Ich sage: eine gemeinsame Politik, keine Politik gegeneinander.

Ruth Beckmann: Tagungspräsidium: Das Wort hat nun Herr Dichgans aus dem Rheinland.

Dr. Hans Dichgans: Frau Vorsitzende! Liebe Parteifreunde! In der Frage, ob sich die CDU eine oder zwei Führungsspitzen geben soll, gibt es in diesem Saal offenbar Meinungsverschiedenheiten. Wir sollten alle die Meinungen des anderen respektieren. Jeder von uns. Wir alle sollten aber insbesondere die Meinung des Parteitages respektieren. Ich hätte es begrüßt, wenn sich die beiden Kandidaten etwas deutlicher in diesem Sinne erklärt hätten. Aber das Bekenntnis zum freundschaftlichen Zusammenhalten hindert uns nicht daran, hier Meinungen zu äußern. Ich möchte Ihnen zu der Frage „eine oder zwei Parteispitzen?“ drei Überlegungen unterbreiten.

Erstens. Die Frage wird zum Problem, wenn zwei gute Persönlichkeiten – ich will auch das Adjektiv „starke“ nicht vermeiden, als Gegensatz zu „schwach“ – für eine Position in Betracht kommen. Erfreulicherweise ist das der Fall. Zwei gute Persönlichkeiten zu einer vollen Übereinstimmung zu bringen, ist ziemlich schwierig. Es erfordert erfahrungsgemäß einen hohen Aufwand an Zeit und Energie. Das Ergebnis ist oft ein Kompromiß, hinter dem keiner von beiden mit vollem Herzen steht, ein Kompromiß, der dann den Kampfeifer der Beteiligten schwächt.

Nuancen in der Kommentierung eines solchen Kompromisses kommen in der Presse sehr leicht unter die Schlagzeile „Meinungsverschiedenheiten der Führungsspitze“. Wir kennen das doch: Der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie und der Präsident des Deutschen Industrie- und Handeltages sprechen beide im Namen der Wirtschaft, sagen aber nicht immer das gleiche. Es gibt Beispiele, die uns noch näher liegen. In der gestrigen Konferenz der rheinisch-westfälischen Delegierten wurde auf gewisse Nuancen zwischen Äußerungen der CDU einerseits und der CSU andererseits hingewiesen, Nuancen, die völlig legitim sind. Aber wir, die CDU, müssen uns die Frage stellen: Ist es wirklich zweckmäßig, daß wir die CDU mit Inneren Spannungen in der Parteispitze belasten? Ich glaube im Gegenteil, der Bundeskanzler sollte bei all seinen Aktionen nicht nur die Aspekte der Fraktion, sondern daneben, gleichgewichtig die Aspekte der Partei in Betracht ziehen, für die er selbst unmittelbar verantwortlich sein sollte.

Meine Parteifreunde, wenn ich Ihnen von einer Teilung der Parteispitze abrate, tue ich es auch aus zwanzigjähriger beruflicher Erfahrung im Bereich der

Organisationsberatung, wo ich als Hauptgeschäftsführer tätig bin. Eine gespaltene Organisation scheint mir einfach eine schlechte Organisation zu sein.

(Beifall)

Die zweite Überlegung. Die Gruppen, die sich nachdrücklich für eine Spaltung der Spitze einsetzen, haben in mehreren Fällen deutlich erklärt, daß sie gleichwohl für den Kanzlerkandidaten Rainer Barzel eintreten. Ich frage nun die Parteifreunde: Wenn der Kanzlerkandidat Rainer Barzel heute hier eine Niederlage erfährt, schwächen wir damit nicht seine Kraft im politischen Raum? Das wollen die Autoren dieser Aktion gewiß nicht. Aber es kommt nicht auf den Willen, sondern auf die Wirkung an. Ich glaube, wenn hier der Parteitag zum Ausdruck bringt, daß er seinem eigenen Kanzlerkandidaten nur begrenzt vertraut, so muß das auch die Wahl-Aussichten der CDU schwächen.

Die dritte und letzte Überlegung. Wenn man zwei Kandidaten hat, die man beide mit Recht für gute Kandidaten hält, dann darf man sich um die Entscheidung nicht dadurch herumdrücken, daß man den Posten kurzerhand doppelt besetzt und die Entscheidung, die man selbst vermeidet, auf eine innere Auseinandersetzung zweier Persönlichkeiten verlagert. Unsere Wähler betrachten die CDU mit Recht als eine Einheit. Sie muß deshalb, meine ich, innerhalb und außerhalb des Parlaments auch einheitlich geführt werden.

(Beifall)

Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, im Saal scheinenden Unklarheiten darüber zu bestehen, was jetzt diskutiert wird. Wir haben die Themen Ostpolitik und Finanzen zurückgestellt. Jetzt können Fragen der Führungsstruktur diskutiert werden. Ich bitte, entsprechende Wortmeldungen einzureichen.

Als nächster hat Herr Blank aus dem Rheinland das Wort.

Theo Blank: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Bevor ich auf das Thema über Trennung oder Vereinigung beider Spitzenämter zu sprechen komme, gestatten Sie mir eine Bemerkung.

Es befremdet mich eigentlich, wie wenig wirkliche innerparteiliche Demokratie hier praktiziert wird, wenn ich mir im Augenblick den Radau und die mangelnde Präsenz in diesem Gremium ansehe.

(Beifall)

Ich habe volles Verständnis dafür, daß die Redner, die nach Herrn Kohl und Herrn Barzel auftreten, nicht mehr die gleiche Attraktion haben wie sie. Aber

ich meine, es wäre doch ein gutes Zeichen, wenn Sie die Argumente, die ich vortrage, wenigstens anhören, wenn Sie ihnen vielleicht auch nicht folgen wollen. Ich halte es nicht für richtig, daß hier im Augenblick ein allgemeiner Aufbruch stattfindet.

Zum Thema selber. Wer immer sich für die Trennung der Ämter des Bundesparteivorsitzenden und des Kanzlerkandidaten ausspricht, hat sich zuallererst mit dem Argument auseinanderzusetzen, daß es bisher zum bewährten politischen Stil der CDU gehört hat, beide Ämter in einer Hand zu vereinigen, und daß die CDU mit dieser Marschroute nicht schlecht gefahren ist.

In der Tat kann sich sicherlich niemand von Ihnen mehr vorstellen, daß eine politische Persönlichkeit wie Konrad Adenauer nicht zugleich Parteivorsitzender und Kanzlerpräsident der Union gewesen wäre. Dennoch läßt sich dieses Argument leicht widerlegen. Wer nämlich zur Begründung seiner Forderung nach Verbindung beider Spitzenämter auf die ungebrochene Tradition der CDU verweist, der übersieht, daß — von 1949, als es noch keinen Bundeskanzler gab, abgesehen — die CDU noch nie vor der Situation stand, im Wahlkampf einen Kanzlerkandidaten präsentieren zu müssen, der nicht unmittelbar zuvor die Richtlinien der Politik bestimmt und sich über die Massenmedien ein bestimmtes positives Image erwerben können.

Daß ein gewählter Bundeskanzler auch der Vorsitzende der seine Regierung tragenden Partei oder Parteien sein soll, mag vielleicht ein berechtigtes Anliegen sein; das will ich nicht untersuchen. Vorerst dreht es sich aber um die Frage, den Mann — oder vielleicht auch die Frau — zu finden, der in der Lage sein könnte, uns in die Regierungsverantwortung zurückzubringen.

Wenn wir so weit sind, dann bietet uns der Parteitag 1973 Gelegenheit genug, unter anderen Voraussetzungen die Frage nach der Trennung oder Vereinigung beider Ämter erneut zu überlegen und zu beantworten.

Wissenschaftliche Untersuchungen und Wahlanalysen in den letzten Jahren haben immer mehr der Erkenntnis Bahn gebrochen, daß weniger die Attraktion einer einzelnen Persönlichkeit als vielmehr die Präsentation einer gediegenen Mannschaft den Wähler für eine bestimmte Partei einzunehmen geeignet ist. Wie sonst wäre es zu erklären, daß die SPD 1969 trotz der erheblichen Popularität, der erheblichen überlegenden Popularität unseres verehrten Ehrenvorsitzenden relativ an Stimmen gewinnen konnte. Die SPD verdankt ihren relativen Wahlsieg, soweit Personalien überhaupt eine Rolle spielen, ihrer damals akzeptabel erscheinenden Mannschaft. Nur so ist es zu erklären, daß sie zu einem umgekehrten Wahlergebnis gekommen ist, jedenfalls umgekehrt zur mangelnden Faszination ihres Spitzenkandidaten.

Wenn wir uns diese Einsichten zunutze machen, dann vermag ich nicht einzusehen, wieso die Trennung der Ämter des Parteivorsitzenden und des Kanzlerkandidaten der CDU zum Nachteil gereichen sollte. In einer Zeit, wo das „teamwork“ allgemein hoch geschätzt wird, kann es für eine politische Partei unmöglich zum Schaden gereichen, daß sie für verantwortliche Führungspositionen mehr als nur einen Mann anzubieten hat.

(Beifall)

Nach dem Mißerfolg des Wahlslogans „Auf den Kanzler kommt es an“ sollten wir uns dieses Mal nicht scheuen, endlich mehr als nur einen Mann anzubieten. Wenn höchste Repräsentanten — und Herr Barzel hat das eben auch getan — der CDU gegen die Ämtertrennung ins Feld führen, sie sei die Institutionalisierung der Zwietracht, so, meine ich, ließe sich das leicht widerlegen. Es dreht sich meines Erachtens, Herr Dr. Barzel, nicht darum, daß hier irgendeine Lösung institutionalisiert werden sollte, sondern es dreht sich allein darum, daß wir eine praktische Entscheidung im Lichte der augenblicklichen Erkenntnisse, im Lichte der augenblicklichen Politik und Notwendigkeiten treffen.

Wenn Sie von Institutionalisierung sprechen, dann rücken Sie diese praktische Frage aus durchsichtigen Gründen in die Nähe einer politischen Grundsatzentscheidung.

Ferner muß ich dem aus trauriger Erfahrung entgegenhalten, daß auch die Personalunion keinesfalls die Gewähr dafür ist, daß Rivalität, Zwietracht und Neid ausgeschlossen sind. Wir haben in der CDU trotz langjähriger Ämterkoppelung leidvolle Erfahrungen machen müssen, wie diese Partei teilweise in Personaldiskussionen zerstritten war. Wenn schon der Ehrgeiz der Obenstehenden — und das erscheint mir natürlich — oft genug die Kooperation beeinträchtigt, dann wird doch durch eine klare Aufteilung der Spitzenfunktionen ihr Geltungstrieb besser und für die Partei und den Staat nützlicher kanalisiert als durch die nur zum Neid stimulierende Machthäufung in einer Hand.

(Beifall)

Wenn Sie, Herr Dr. Barzel, die Solidarität dieser Partei ansprechen, dann wundert es mich, daß Sie dabei die Loyalität außer acht lassen. Ich meine, es müßte für Persönlichkeiten, die hier anstehen, Bundesvorsitzender zu werden, auch eine Möglichkeit geben, daß sie loyal mit anderen zusammenarbeiten.

(Beifall und Zischen)

Sie selber haben gesagt: Erst wird diskutiert und dann wird entschieden. Dann halten auch Sie sich daran: Diskutieren Sie, entscheiden Sie mit uns und hal-

ten Sie sich dann an die Beschlüsse. Dann ist es unnötig, daß einer alles machen muß. Die Partei kann auch mit einer Stimme sprechen, ohne daß nur ein Mann sie repräsentiert.

(Beifall)

Zur Begründung der Ämtertrennung darf meines Erachtens auch nicht übersehen werden, daß unser Bundeskanzler zu seiner Wahl auch die Stimmen der CSU braucht. Unter diesem Aspekt erscheint es mir geradezu anmaßend, generell zu fordern, daß der Vorsitzende der CDU auch zugleich der Kanzlerkandidat sein müsse. Das heißt doch nichts anderes, als unserer Schwesterpartei für immer und generell das Recht abzusprechen, den Kanzler aus ihren Reihen zu stellen.

(Beifall)

Machen wir mit der Solidarität mit der CSU ernst — ohne sie sehe ich keine Möglichkeit, noch einmal an die Macht in diesem Staat zurückzukommen —, dann muß es auch jedem CSU-Mann möglich sein, hier Kanzlerkandidat zu werden. Oder als welchen Loyalitätsbeweis würden wir es ansehen, wenn Herr Strauß apodiktisch darauf bestünde, der einzigmögliche Kanzlerkandidat könne nur der Vorsitzende der CSU sein!

Ich möchte abschließend noch darauf hinweisen, daß sich die Ämter des Parteivorsitzenden und des Kanzlerkandidaten in gewisser Weise natürlich ergänzen, teilweise aber auch hemmen. Wer auch immer im Kandidaten-Roulette hier zur Diskussion steht, auch für den hat der Tag nur 24 Stunden. Ich habe das Gefühl, daß die Meisterung der überaus schwierigen Aufgabe, die Partei politisch, personell, finanziell auf den nächsten entscheidenden Bundestagswahlkampf 1973 vorzubereiten, mehr ist und mehr sein muß als ein „half-time-job,“ den man neben anderen Verpflichtungen noch übernehmen kann. Wahrscheinlich stünde die CDU heute besser da, würde finanziell nicht in den Kinderschuhen stecken, würde finanziell nicht ein solches Debakel aufweisen, wenn wir uns daran gewöhnt hätten, den Parteivorsitz nicht als bloße Draufgabe an die Kanzlerschaft anzusehen.

(Beifall)

Gerade unter dem Aspekt, 1973 gewinnen zu müssen, verbietet sich für mich die Vereinigung beider Ämter in einer Person. Das heißt nicht, daß ich gegen einen Kandidaten bin. Das heißt, ich bin für eine Konzeption. Wenn es einen Kandidaten gibt, der nur eine Konzeption als die für ihn tragbare hält — gut, dann ist er nicht der für mich tragbare Kandidat. Ich bin nicht dafür, daß wir hier schmutzige Wäsche waschen. Aber ich bin dafür, daß wir ganz klar sagen: Zur Solidarität gehört auch die Loyalität. Verzeihen Sie, Herr Dr. Barzel, Sie

haben nicht gesagt, daß Sie auch unter einem anderen Parteivorsitzenden zur Mitarbeit bereit wären. Wären sie das, dann wären Sie für mich auch wählbar.

(Beifall)

Ich sage hier zum Schluß: Es gibt sicherlich Gründe für beides — für mich Gründe genug, daß die CDU sich an die alte Soldatenweisheit hält: Getrennt marschieren und vereint schlagen.

(Beifall)

Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Herr Blank, ein besonderes Dankeschön an Sie, daß Sie den Frauen auch Führungsqualitäten zutrauen. Das ist keine so alltägliche Meinung.

(Beifall)

Als nächster hat Herr Köppler aus dem Rheinland das Wort.

Heinrich Köppler: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich hoffe nicht, daß es Ihnen lästig wird, wenn Sie hintereinander mehrfach aus dem Rheinland zu der Frage, die ja wohl die entscheidende Frage unserer heutigen Tagesordnung ist, angesprochen werden. Ich glaube, wir sollten die Entscheidung, die heute von uns verlangt wird und die wir heute treffen müssen, ohne Spitzen und ohne unterschwellige Sottisen miteinander diskutieren.

(Beifall)

Wir haben das in den letzten Wochen und Monaten draußen in unseren Kreisverbänden getan; wir haben es in den Landesverbänden, in den Vereinigungen getan. Ich glaube, inzwischen hat sich für jeden, der diese Diskussion über die optimale Führungsstruktur unserer Partei ernst geführt hat, doch eines herausgestellt, daß es Gründe für die eine und Gründe für die andere Lösung gibt.

Wir sollten jetzt hier nicht so tun, als ginge es darum, eine Diskussion erst hier zu beginnen, die eigentlich heute abgeschlossen werden soll, nachdem wir sie lange geführt haben.

(Lebhafter Beifall)

Ich hätte mich auch nicht zu Wort gemeldet, wenn nicht einige Sachargumente zu diesem Thema gebracht worden wären, die meines Erachtens eine Antwort und auch eine Entgegnung verlangen. Ich glaube, wir stehen vor der Wahl, nicht, ob wir einen Mann herausstellen, der alles tun soll, sondern ob wir

einen an die Spitze eines Teams stellen wollen, oder ob wir vier Spitzen institutionalisieren wollen.

(Beifall)

Das ist die Alternative, vor der dieser Parteitag steht.

Ich kann aus meiner Erfahrung heraus nur sagen: Ich warne davor, es den Inhabern der vier Spitzenfunktionen, die wir mit Freunden aus unseren Reihen besetzen, zu überlassen, wie sie die notwendige Koordination und manchmal auch Subordination unter sich ausmachen. Ich glaube, wir würden sie überfordern, wenn wir das von ihnen erwarteten.

Im übrigen frage ich mich: Sollen wir eigentlich unseren Parteivorsitzenden, den wir heute zu wählen haben, so verstehen und so definieren, daß er zwar alle Vollmachten für die Partei hat, aber nicht auch alle Vollmachten für die Formulierung der Politik dieser Partei, soweit Gremien einem Vorsitzenden Vollmachten geben können? Ich meine damit folgendes: Wenn ich manches Argument, das hier für die Verteilung der Funktionen vorgebracht worden ist, überdenke, so meine ich, daß wir leicht in die Gefahr geraten, den Vorsitzenden unserer Partei in eine Position zweiten Ranges zu versetzen.

Es ist die Rede davon gewesen, daß wir heute morgen sorgenvolle Referate gehört haben. Ich glaube, nicht nur die Referate waren mit Recht sorgenvoll, sondern auch die Lage, die es zu klären gibt, ist sorgenvoll. Aber ich frage alle, die das in der Argumentation vorgebracht haben: Wie war denn die Struktur, in der diese Situation entstanden ist?

Ich meine, wir sollten ein Wort in der weiteren Diskussion vermeiden, ein Wort, das ein wenig mit seinem eigenen Beigeschmack spekuliert: das Wort von der „Ämterhäufung“. Es geht doch nicht darum, daß hier irgend jemandem Gelegenheit gegeben werden soll, Ämter und Würden auf sich zu häufen, sondern es geht darum, daß die optimale Führungsstruktur zu Lasten eines Mannes gefunden werden soll, dem wir alle helfen müssen, wenn er die Aufgabe, deren Erfüllung wir von ihm erwarten, bewältigen soll.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang ist wiederholt von der Solidarität die Rede gewesen. Ich glaube, Solidarität ist eine selbstverständliche Voraussetzung für jeden Wahlausgang, den dieser Parteitag bestimmen wird. Solidarität brauchen wir in jedem Falle. Solidarität können wir von beiden Freunden, die sich dem Parteitag für diese Wahl zur Verfügung gestellt haben, erwarten. Wir kennen sie beide lange genug; wir wissen, daß sie solidarisch sind und mit dieser

Partei solidarsch sind. Ich glaube, wir sollten Fragen in dieser Richtung an die Kandidaten in Zukunft unterlassen.

(Lebhafter Beifall)

Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Bevor ich das Wort an Herrn Biedenkopf aus Westfalen weitergebe, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß hier eine Reihe von Wortmeldungen vorliegen. Ich bitte die Redner, doch sehr straff zu sprechen.

Das Wort hat nun Herr Biedenkopf aus Westfalen.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Meine Damen und Herren! Wir haben hier eine Struktur- und eine Personaldebatte. Die Delegierten sollen Strukturprobleme entscheiden, welche die Führungspitze der Partei betreffen, und sie sollen eine Personalentscheidung treffen. Ich würde mich gern auf die Strukturfrage beschränken.

Beide Kandidaten, zwischen denen wir zu entscheiden haben, sind trotz unterschiedlicher Temperamente so hervorragend, daß sich die CDU nur beglückwünschen kann, daß sie zwei Männer dieser Qualität hat, zwischen denen sie wählen kann.

(Beifall)

Aber eine Trennung der Personalfrage und der Strukturfrage ist nicht möglich; denn beide Kandidaten stehen nicht nur für eine unterschiedliche Struktur der Parteispitze, mehr noch — mir scheint, darauf müssen wir in unserer Diskussion hinweisen —, sie kandidieren im Ergebnis für zwei verschiedene Ämter. Für Rainer Barzel ist — das hat die Diskussion in der Vergangenheit — auch mit ihm selbst deutlich gemacht — der Parteivorsitz die essentielle Voraussetzung für die Kanzlerkandidatur, und der Parteivorsitz ist die nach seiner Auffassung notwendige Vorentscheidung dafür, daß die Kanzlerkandidatur durch das gemeinsame Auswahlgremium gesichert ist. Nur so ist das Junktim zu verstehen, daß Rainer Barzel in diesem Zusammenhang aufgestellt hat, und das nicht ein persönliches, sondern ein strukturelles und konzeptionelles Junktim ist.

Für Helmut Kohl dagegen geht es ausschließlich um den Parteivorsitz. Ich gehe jedenfalls in meinen Bemerkungen davon aus, daß er nicht die Absicht hat, ein weiteres Amt in der Zeit zu suchen, die hier zur Diskussion steht, und das ist — darauf muß nachhaltig hingewiesen werden — die nächste Legislaturperiode unserer Partei.

Diese Vermischung von Struktur- und Personalfrage bringt uns Delegierte in eine sehr schwierige Lage. Viele Delegierte wollen einen Kanzlerkandidaten

Rainer Barzel — sie sind von seiner Arbeit überzeugt —, und sie wollen einen Parteivorsitzenden Helmut Kohl, weil sie ihn für den besseren Parteivorsitzenden halten.

(Beifall)

Aus dieser Vermischung zweier unterschiedlicher Zielsetzungen, die in einer Entscheidung nicht rational entschieden werden kann, ergibt sich für viele Delegierte, mich eingeschlossen, das Gefühl, daß wir zu einer Personalentscheidung aufgefordert werden, die wir durch persönliche Gründe allein nicht fassen können, und daß wir zu einer Strukturentscheidung aufgefordert werden, deren Gesichtspunkten wir nicht voll Rechnung tragen können.

Mir scheint es wichtig, meine Damen und Herren, darauf hinzuweisen, daß diese Vermischung zum einen auf die ungeklärte Frage der Auswahl eines Kanzlerkandidaten zurückzuführen ist. Es bestehen unterschiedliche Vorstellungen, auch andere, als jene, die Rainer Barzel hier vorhin vorgetragen hat. So ist Herr Höcherl in der letzten Woche in einem Interview der Auffassung gewesen, daß erst ein gemeinsames Wahlprogramm erstellt werden muß und dann ein gemeinsamer Kanzlerkandidat gewählt werden kann.

Aber das Dilemma ist auch — verzeihen Sie, wenn ich das in aller Offenheit sage — auf die nach meiner Auffassung unzureichende Vorbereitung dieser Strukturdiskussion durch den amtierenden Vorstand unserer Partei zurückzuführen.

(Beifall)

Wir werden hier als Delegierte mit Strukturfragen beschäftigt, ohne daß uns wirklich klar gesagt wird, welche wesentlichen Gesichtspunkte der Bundesvorstand selbst sieht. Ich hätte es als eine Aufgabe des Bundesvorstandes angesehen, uns eine solche Belehrung vor dem Parteitag, und zwar rechtzeitig vor dem Parteitag, zu geben.

Die Delegierten müssen also in einem Rahmen entscheiden, der Struktur- und Personalfragen vermischt und damit beides belastet.

Ich möchte Sie auffordern, bei diesen Entscheidungen drei Grundsatzfragen zu erwägen und dann eine Abwägung vorzunehmen. Die erste und wichtigste Grundsatzfrage scheint mir zu sein, daß Rainer Barzel die Partei für die nächsten zwei Jahre in erster Linie — das muß so sein, und das hat er auch in seinem Referat zum Ausdruck gebracht — als den Kampfverband, gerichtet auf 1973 zur Wiedererlangung der Kanzlerschaft, sieht. Das heißt, die Partei wird im wesentlichen eine Kanzlerpartei, bis dahin eine Kanzlerkandidatenpartei.

Helmut Kohl ist der Auffassung, daß die Arbeit, die Partei von einer Kanzlerpartei zu einer echten Parteiorganisation zu konsolidieren und fortzuentwickeln, in den nächsten zwei Jahren fortgesetzt werden muß, wenn wir die Wahlen gewinnen wollen.

Wir müssen uns also überlegen — nun kommt eine zusätzliche Komponente in unsere Entscheidung — wie wir die Wahlen besser gewinnen können: wie in der Vergangenheit als Kanzlerpartei oder als eine in der Zukunft schlagkräftige Organisation.

Es ist hier — das möchte ich quasi in einem Nebensatz anmerken — darauf hingewiesen worden, daß Herr Barzel einen Prestigeverlust erlitt, wenn wir gegen seine Strategie entschieden. Ich bin nicht dieser Auffassung.

(Beifall)

Ich bin der Auffassung, daß es einem Kandidaten für das Amt des Parteivorsitzenden zur Ehre gereicht, wenn er bereit ist, eine so wichtige Frage in das Votum der Delegierten zu geben, und wenn er weiter bereit ist, die Delegierten unbeeinflußt, ohne Junktum und ohne den Hinweis auf einen Prestigeverlust entscheiden zu lassen.

(Beifall)

Wir bemühen uns hier um ein Demokratieverständnis, das wir nicht wieder dadurch unterbuttern können, daß wir in die alte Honoratiorenpolitik zurückfallen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, zweitens stellt sich die Frage, ob es hier um die Spaltung der Parteispitze geht. Die Spaltung der Parteispitze steht nicht zur Diskussion. Es ist ganz offen und klar erklärt worden — und ich gehe von der Verbindlichkeit dieser Erklärung aus —, daß unser Wahlkampf eine Nummer 1 braucht. Es ist die Frage, ob wir zur Reorganisation und Fortentwicklung unserer Partei neben diesem Mann einen Parteivorsitzenden haben sollten, der auf ihn zuarbeitet. Darüber diskutieren wir. Daß diese Nummer 1 auf der Bundesebene aktiv werden muß, daß sie dort im Mittelpunkt stehen muß, daß sie die Oppositionsführung gegenüber der jetzigen Regierung in der Hand haben muß, ist unter funktionellen Gesichtspunkten ebenso unbestritten. Was Herr Köppler hinsichtlich der Gefahr der vier Spitzen gesagt hat, halte ich nicht für realistisch.

(Widerspruch)

Der dritte Punkt ist die programmatische Fortentwicklung unserer Partei. In seinem Interview mit Herrn Gaus hat Herr Barzel gesagt, daß er neben sich als Parteivorsitzenden einen Mann haben müsse, der diese programmatische Auf-

gabe in erster Linie übernehme. Er hat uns diesen Mann nicht genannt. Für meine Person ist der vorgeschlagene Generalsekretär zwar ein hervorragender Organisator, aber nicht dieser Mann.

(Beifall)

Die vorgeschlagene Kommission ist in meinen Augen keine Alternative.

Wir müssen somit abwägen. Es gibt keine ganz richtige und keine ganz falsche Entscheidung. Zweifellos werden sich Friktionen ergeben, wenn zwei Männer miteinander zusammenarbeiten müssen. Meine Damen und Herren, wir wissen aber aus der Praxis von Kollegialorganen, daß diese Friktionen auch auftreten, wenn einer führt und die anderen diese Führung nicht voll akzeptieren und deshalb unter Wasser schießen. Die zweite Form der Intrige ist unter Umständen viel gefährlicher als der Zwang, offen zusammenarbeiten zu müssen.

(Beifall)

Hier wird an Loyalität, Disziplin und Kollegialität appelliert. Das ist eine Selbstverständlichkeit für eine Partei, die eine Wahl gewinnen will. Die entscheidende Frage ist für mich, ob die Nachteile, die mit der Ämterkombination in Kauf genommen werden, notwendig in Kauf genommen werden müssen, um die Parteispitze zu integrieren und eine Nummer 1 zu gewährleisten. Ich kann diese Frage nur mit Nein beantworten. Die ganze Diskussion der letzten Jahre an unseren Hochschulen, in unseren Unternehmen und überall, auch die Diskussion über die Mitbestimmung ist darauf gerichtet, daß man in Teamstrukturen zusammenarbeiten muß. Die Sozialausschüsse sind für Parität in den Aufsichtsräten. Sie aber halten es noch nicht einmal für möglich, daß zwei Personen auf ein gemeinsames Ziel hin zusammenarbeiten, wenn einer der beiden als Nummer 1 deklariert ist.

(Beifall und Widerspruch)

Wenn diese Partei die Strukturfrage mit dem Argument beantwortet, daß sie nur so mit einer einheitlichen Stimme sprechen kann, so stellt sie sich damit ein Armutszeugnis aus.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bin der Auffassung, daß Herr Rainer Barzel richtig handelt, wenn er die Ämterkombination anstrebt. Er sucht das höchste Amt mit der größten Machtfülle, das unser Land zu vergeben hat. Er muß so handeln. Die Partei muß aber unabhängig davon fragen, was für sie richtig ist. Ich bin der Auffassung, daß es für diese Partei richtig wäre, eine Nummer 1

zu haben und daneben einen Parteivorsitzenden zu haben, der der Nummer 1 in den nächsten zwei Jahren dient und die Wahl gewinnen hilft.

(Beifall)

Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Das Wort hat nun Herr Weinert aus Niedersachsen. Als nächster spricht Herr Adorno.

Hubertus Weinert: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben hier sehr große Worte gehört. Wir haben auch sehr emotional vorgetragene Begründungen gehört. Gestatten Sie mir deshalb, daß ich etwas mehr in die Realitäten hineingehe. Wenn wir mit dem Blick in die Vergangenheit über die Frage der Ämterzusammenlegung diskutieren, kann man das eigentlich nur tun, wenn wir vergleichbare Zeiten haben. Und diese haben wir nicht, meine Damen und Herren.

Wie sieht es denn heute aus? Wir stehen heute in der Opposition ohne Organisation. Wir haben einen politischen Gegner vor uns, der so zentralistisch geführt ist und mit einer Idee ausgestattet ist, daß wir alles tun müßten, um mit einer geschlossenen scharfen Spitze auftreten zu können. Wie sieht es denn im Bundestag aus? Ich möchte Sie an folgendes erinnern; auch Herr Dr. Kiesinger hat es dankeswerterweise erwähnt. Es war Herbert Wehner, der sich über alle demokratischen Grundsätze hinwegsetzte und gesagt hat: Wir brauchen keine Opposition. Mit diesem Ausspruch hat er einen Machtanspruch gekennzeichnet, der uns allen zu denken geben sollte.

Ich bin der Ansicht, daß dieser Parteitag es daher fertigbringen sollte — bei aller kontroversen Diskussion —, unseren Kolleginnen und Kollegen im Bundestag, an der Spitze dem Fraktionsvorsitzenden, den Dank dafür auszusprechen, daß sie sich bis heute dieser Auseinandersetzung im Bundestag gestellt haben.

(Beifall)

Ich möchte Sie bitten: Bleiben Sie am Ball. Zwingen Sie diese Koalitionsregierung in zunehmendem Maße, ihre wirklichen gesellschaftspolitischen Thesen auf den Tisch zu legen, die hinter den Reformvorschlägen sehr geschickt mit Worten verpackt sind. Behalten Sie die Nerven, wenn im Bundestag polemisch und mit erhöhter Lautstärke debattiert wird. Lassen Sie sich Ihren Blick nicht blenden, und bleiben Sie bei den sachlichen Argumenten. Lassen Sie sich vor allen Dingen nicht degradieren. Lassen Sie nicht zu, daß der Deutsche Bundestag zu einer Abstimmungsmaschinerie mit dem Zweck der flankierenden Absicherung der politischen Maßnahmen der augenblicklichen Koalition degradiert wird. Kontrollieren Sie, wie es unser Verfassungsauftrag ist, diese Regierung nach wie vor so, wie Sie es bis jetzt getan haben.

Ich möchte aber noch ein anderes Element in die Debatte bringen, das die Partei betrifft. Ich wünsche mir, wir verstünden etwas mehr von Taktik. Meine Damen und Herren, wir haben es bei der SPD mit einer Partei zu tun, die fast nur taktisch denkt. Sie bereitet ihre Züge ungefähr so wie ein Schachspieler vor, der Nebenzüge vorschiebt, um dann zum Hauptzug zu kommen. Es wäre deshalb sehr wichtig, daß man sich bei der kommenden Auseinandersetzung im Jahre 1973 auch der taktischen Führungselemente bedient. Wir müssen uns heute schon überlegen, wie unser Gegner wahrscheinlich den Wahlkampf führen wird. Wir müssen jetzt schon vorausschauend Maßnahmen ins Auge fassen und Persönlichkeiten finden, um ihm zu begegnen. Solange wir immer nur auf das, was andere tun, reagieren, werden wir die Richtung nicht selbst bestimmen; wir werden dann höchstens zu korrigieren versuchen.

Sie werden natürlich fragen: Hat sich dieser Delegierte Weinert auch Gedanken über die Frage des Kandidaten gemacht? Selbstverständlich! Ich rechne es auch jedem zu, daß er sich aus eigenem Studium dazu durchgerungen haben wird, wen er heute wählt. Die Entscheidung, wen wir heute wählen, sollte nur von der Eignung des Kandidaten, nicht von den Meriten, die er mitbringt, bestimmt sein. In diesem Zusammenhang möchte ich folgendes sagen: Wenn man die Artikel in der Presse, die regierungsfremd schreibt, verfolgt, stellt man fest, daß alles das, was gegen Herrn Rainer Barzel vorgebracht werden kann, an vorrangiger Stelle gebracht wird. Das bedeutet für mich ganz sachlich und nüchtern, daß man diesen Kandidaten fürchtet. Von daher gesehen gebietet es die taktische Einsicht, ihm das Votum zu geben.

(Beifall)

Es ist weiterhin notwendig, daß der Kandidat, den wir wählen, von seiner Erfahrung und von seiner Person her am besten dafür geeignet sein muß, daß der inzwischen eintretende Vertrauensschwund seit der Krimreise des Bundeskanzlers aufgehoben und eventuell wieder aufgeholt werden kann. Auch unter diesem Gesichtspunkt ergibt sich ganz klar dieses Votum.

Und drittens ein innenpolitischer Aspekt, meine sehr verehrten Damen und Herren: Es geht nicht darum, daß man bei der kommenden Auseinandersetzung den Wahlkampf vielleicht erst 1973 anfängt. Einer hat hier gesagt: Viermal 365 Tage, die Hälfte ist schon vorbei. Wir brauchen eine so dynamische Persönlichkeit, die imstande ist, alle in Betracht kommenden Faktoren so in den Wahlkampf einzusetzen, daß der Geschlossenheit des politischen Gegners eine genauso gleichwertige Geschlossenheit von der CDU/CSU entgegengesetzt werden kann. Nur so verspreche ich mir im Endeffekt, wenn die Organisationen und die Mitglieder bis hinunter zum Kreisverband mitziehen

und sich dieser Auseinandersetzung stellen, daß wir 1973 den Wahlkampf gewinnen werden.

(Beifall)

Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Das Wort hat nun Herr Adorno, und als nächster spricht Herr Schmöle.

Eduard Adorno: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zum erstenmal hat die CDU bei der Wahl ihres Bundesvorsitzenden eine Entscheidung zwischen zwei Kandidaten zu treffen. Beide Kandidaten haben unterschiedliche Auffassungen darüber, wie die Partei geführt werden muß, um die Macht zurückzugewinnen. Leider ist diese Wahl belastet durch die Forderung des Alles oder Nichts, eine Forderung, die uns einem verhängnisvollen Konflikt ausgesetzt hat und eine sachgerechte Entscheidung nicht erleichtert.

Vor uns liegen schwere Aufgaben, in der Fraktion, aber auch in der Partei.

Ist es dann aber richtig, angesichts der Fülle und der Schwere dieser Aufgaben, sie alle nur einem aufzubürden mit der Gefahr, den einen zu überlasten, die Fähigkeiten und Talente des anderen dagegen nicht voll zu nutzen? Können wir ein solches Risiko auf uns nehmen? Die Bundestagswahl des Jahres 1973 ist noch nicht gewonnen, und wir wissen um die Ausweglosigkeit unserer Situation nach einer verlorenen Bundestagswahl. Für den bevorstehenden Kampf müssen daher nicht nur die Fraktion, sondern auch die Partei gerüstet sein.

Daraus folgert aber zwingend, daß wir unsere besten Leute nicht der Gefahr der Überlastung aussetzen, sondern sie zusammenspannen in der Fraktion und in der Partei, um ihre Fähigkeiten optimal zu nutzen. Es geht jetzt nicht mehr um den Anspruch eines einzelnen, es geht nur darum, aus der Opposition, in der wir trotz aller Landtagswahl-Erfolge und trotz einer wirkungsvollen Arbeit im Parlament uns immer noch befinden, wieder herauszukommen. Sicher ist das Parlament ein wichtiger Ort politischer Auseinandersetzungen und politischer Führung, aber er ist es nicht ausschließlich. Die CDU kann sich deshalb nicht nur als Bundestagsfraktion der Öffentlichkeit darstellen, die CDU muß auch als Partei das politische Interesse und vor allem den politischen Willen des einzelnen Bürgers durch ihr Programm und durch ihre Organisation aktivieren. Während die Radikalen links und rechts ihre Aktivität gefährlich steigern, reagiert die politische Mitte in unserem Land ihren politischen Tätigkeitsdrang weitgehend vor dem Fernsehen ab.

Wir müssen also als Partei die politische Mitte in unserem Land mobilisieren. Dazu brauchen wir aber zunächst wieder eine Bundespartei, die mehr ist als

ein Interessenverband, mehr ist als eine Wahlvereinigung. Wir müssen unsere Partei zusammenklammern, um ihr wieder organisatorische Schlagkraft und ein solides finanzielles Fundament zu verschaffen, von der Basis bis zur Spitze.

Eine schwere Aufgabe. Wer will das bestreiten? Und wer will die Augen davor verschließen, daß ein Mann diese Aufgabe neben der schweren Fraktionsarbeit nicht auch noch meistern kann? Setzen wir daher nicht alles auf eine Karte. Laßt uns neben der Fraktion auch die Partei voll zur Geltung bringen. Darin liegen für uns die größeren Chancen, die Wahl 1973 zu gewinnen. Deshalb trete ich für die Ämtertrennung ein, deshalb bin ich für Helmut Kohl.

(Beifall)

Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es liegt eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung vor. Ich darf Herrn Mick bitten.

Josef Mick: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit Wochen und Monaten stehen wir in der Diskussion, die wir jetzt in einer Neuauflage zum 50. oder 100. Mal führen.

(Beifall)

Ich habe außer der programmatischen Erklärung der beiden Kandidaten bisher kein einziges neues Argument gehört.

(Beifall)

Weil ich annehme, daß ich auch bei den kommenden Rednern keine neuen Argumente mehr hören werde, beantrage ich zu der Personaldebatte Schluß der Debatte.

(Lebhafter Beifall)

Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es liegen noch folgende Wortmeldungen vor: Herr Schmöle, Herr Echternach, Herr Zeyer, Herr Semprich, Herr Dr. Geißler, Herr Hardt, Herr von Hassel, Herr Dr. Vogel, Herr Dr. Mahler und Herr Professor Dr. Zeitel. Möchte jemand gegen den Antrag sprechen? — Bitte schön.

Matthias Wissmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Es ist ein erfreuliches Faktum in der Geschichte dieser Partei, daß nicht nur zwei Kandidaten um den Vorsitz der Partei kämpfen, sondern daß dieser Kampf auch offen und nicht hinter den Türen ausgetragen wird.

(Beifall)

Gerade angesichts der Bedeutung dieser offenen Entscheidung meine ich, sollten wir nicht durch Geschäftsordnungsanträge eine notwendige Debatte abwürgen.

(Beifall)

Ich möchte daher gegen den eben vorgetragenen Antrag sprechen.

Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für Schluß der Debatte? — Gegenprobe. — Das zweite ist die Mehrheit.

(Beifall)

Wir fahren also fort. Das Wort hat Herr Schmöle.

Hans Werner Schmöle: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde. Lassen Sie mich bitte vorab eines sagen: Es ist hier verschiedentlich das Wort aufgekommen, daß einer der beiden Kandidaten versuche, in diesem Spiel Alles oder Nichts zu erreichen. Ich meine, daß das nicht weiter zur Debatte stehen kann, denn Herr Dr. Barzel hat hier eindeutig gesagt, daß er dann, wenn der Parteitag heute jemand anders wählt, auch weiterhin der Partei mit aller Leidenschaft und mit allem Engagement zur Verfügung steht, und alle, die ihn kennen, wissen, daß das keine leeren Worte sind, sondern daß das zutrifft.

(Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, viele von uns haben heute dankbar begrüßt, daß Herr Dr. Schröder hier Stellung bezogen hat. Herr Dr. Schröder, wir wären Ihnen genauso dankbar oder vielleicht noch dankbarer gewesen, wenn Sie diese Stellungnahme zu früheren Zeitpunkten in der gleichen Offenheit und Klarheit, beispielsweise auch im Deutschen Bundestag, getroffen hätten,

(Beifall und Bravo-Rufe)

und das um so mehr, Herr Dr. Schröder, als Ihr Wort in der deutschen Öffentlichkeit und auch in unserer Partei zu Recht ein sehr großes Gewicht hat.

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Schröder hat gesagt, daß eine Ämterhäufung schädlich für unsere Partei sei. Liebe Freunde, wir sollten uns auch daran erinnern, daß es hier nicht nur darum geht, vielleicht darüber sachlich zu entscheiden, ob für die Bundespartei eine Ämterhäufung zweckmäßig oder nicht zweckmäßig ist, sondern wir sollten in unsere Überlegungen auch einbeziehen, daß ja in vielen Landesparteien Ämterhäufungen oder Ämterkombinationen angestrebt und auch als sinnvoll betrachtet werden.

(Beifall)

Oder glauben wir etwa nicht, daß beispielsweise die Verbindung der Funktion des Landesvorsitzenden der CDU Rheinland-Pfalz und des Ministerpräsidenten dieses Landes eine sinnvolle Ämterkombination ist?

(Beifall)

Liebe Freunde, ich gehe doch wohl zu Recht davon aus, daß Herr Dr. Kohl dann, wenn er heute gewählt werden würde, auch das Amt des Ministerpräsidenten in Rheinland-Pfalz behielte. Wir glauben, daß dann keiner sagen würde, diese Ämterkombination wäre für unsere Partei schädlich.

(Beifall)

Ich glaube deshalb, liebe Parteiliebe, daß wir mit der Festlegung, ob das Vorstellungen sind, die anmaßend seien, vorsichtiger zu Werke gehen sollten und daß wir in unserer Diskussion mit unseren Kandidaten insgesamt pfleglich umgehen sollten; denn wir brauchen sie alle, morgen und insbesondere 1973.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, lassen Sie mich nur noch zwei Dinge zu dem sagen, was Herr Professor Biedenkopf ausgeführt hat. Er hat sinngemäß gesagt, daß Dr. Barzel die Partei vornehmlich als Kampfverband zur Wiedererlangung der Kanzlerschaft im Jahr 1973 ansehe und auch ansehen müsse und daß Herr Dr. Kohl im Gegensatz dazu die Partei als einen Verband zur Erarbeitung grundsätzlicher Konzeptionen, zur Ermöglichung der Erringung der Mehrheit 1973 ansehe. Ich glaube, meine Freunde, daß man das nicht in solcher Weise sehen darf, weil beides nämlich nicht voneinander zu trennen ist, sondern weil wir beides brauchen. Wir brauchen die Kampfkraft unserer Partei und die Bereitschaft zur Wiedererlangung der Kanzlerschaft, weil das die Frage um Macht oder Nichtmacht in unserem Lande ist, weil wir dann, wenn wir nicht Macht wollten, kein politischer Verband mehr wären und weil wir dazu die politischen grundsätzlichen Aussagen brauchen. Das alles ist, glaube ich, eine politische Binsenwahrheit.

Meine lieben Freunde, Herr Dr. Barzel hat meines Erachtens heute einen sehr guten Vorschlag gemacht, der für unsere Partei sehr großes Gewicht haben könnte. Er hat gesagt, daß er, wenn er zum Vorsitzenden gewählt würde, eine Strukturkommission von fünf Personen zur ständigen Beratung der Zukunftsfragen der politischen Arbeit einberiefe. Ich glaube, daß wir die Chance hätten, mit einem solchen Gremium und mit den vielen führenden intelligenten Mitgliedern unserer Partei in Zusammenarbeit mit einem Führungsmann und einem Führungsteam unseren Standort so zu definieren, daß wir in der Lage sind, die Wahl 1973 zu gewinnen.

Lassen Sie mich auf ein Letztes kommen, Herr Professor Biedenkopf. Sie haben an die Adresse der Sozialausschüsse gesagt, daß sie irgendwo einmal ein paritätisches Modell gefordert hätten, aber heute nicht mehr so sehr an die Solidarität glauben und hier einen Führungsverband sehen. Ich glaube, man sollte das nicht in dieser Form sehen. Es gibt durchaus die gute Möglichkeit — wir haben das in Nordrhein-Westfalen und in vielen anderen Ländern gesehen —, daß man mit einer verantwortlichen Führungsperson ein Team zusammenstellt, das dann gemeinsam arbeitet. Team und verantwortliche Führungsperson widersprechen sich nicht gegenseitig, liebe Freunde.

(Beifall)

Ich meine deshalb, liebe Freunde, wir sollten diese Frage nach Sachlichkeitsgesichtspunkten beraten und beschließen, und wir sollten wissen, daß wir in dieser Entscheidung jemandem eine Last aufbürden, unter der er ungemein schwer zu arbeiten und zu tragen hat. Wir sollten uns darüber alle klar sein und alle verantwortlichen Kräfte unserer Partei, Herrn Dr. Kohl, Herrn Dr. Schröder und Herrn Dr. Barzel, gleichwohl wie es heute ausgehen mag, darum bitten, daß sie ihre Arbeitskraft, ihre Leistung und ihr Ansehen weiterhin in den Dienst unserer Partei stellen. Denn das brauchen wir, wenn wir 1973 diese Regierungskoalition verabschieden wollen.

(Beifall)

Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Echternach aus Hamburg.

Jürgen Echternach (mit Beifall empfangen): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich meine, daß es nicht mehr notwendig ist, sich hier noch zu Wort zu melden, um Gründe für oder gegen den einen oder anderen Kandidaten vorzutragen. Die Gründe, die die Junge Union mit großer Mehrheit veranlaßt haben, Sie zu bitten, Herrn Dr. Kohl zum Parteivorsitzenden zu wählen, sind von Herrn Dr. Biedenkopf noch einmal überzeugend vorgetragen worden.

(Beifall)

Beide Kandidaten haben hier ihre unterschiedlichen Konzeptionen für die Arbeit der Partei deutlich gemacht. Es sind genügend Argumente für die Wahl beider Kandidaten vorgetragen worden. Ich meine, alle Delegierten dieses Parteitages sind Manns genug, sich nunmehr auch zu entscheiden.

Ich glaube aber — dazu zwingt mich die Tatsache, daß wir die Strukturdiskussion zusammen mit der Personaldiskussion führen —, daß es notwendig ist, einige Worte zur Struktur unserer Führungsspitze zu sagen. Der Generalsekre-

tär hat soeben am Ende seiner vierjährigen Amtsperiode ein recht düsteres Bild von dieser Partei gezeichnet. Er hat gemeint, die Fraktionsgremien hätten die Parteigremien in ihrer politischen Kompetenz überflügelt. Er hat erklärt, der CDU habe die geschlossene Hinwendung der Parteispitze zu ihren inneren Problemen gefehlt. Er hat gemeint, es sei notwendig, unsere Finanzen solide abzustützen. Er hat erklärt, die CDU müsse eine Organisationskommission bilden, um eine Bestandsaufnahme vorzunehmen und entsprechende Vorschläge auszuarbeiten. Er hat gemeint, die CDU habe sich in den vergangenen Jahren mehr und mehr von einer Bundespartei zu einem Parteiverband entwickelt.

Meine Damen und Herren, mir geht es nicht darum, irgend jemandem irgendwelche Vorwürfe zu machen; denn die Verantwortlichen haben sich sicherlich nach besten Kräften bemüht. Hier geht es darum, auf die Strukturprobleme hinzuweisen, die bei einer solchen vierjährigen Bilanz deutlich werden.

Nachdem wir vier Jahre lang die Möglichkeit hatten, diese in Braunschweig 1967 geschaffene Institution des Generalsekretärs auszuprobieren, muß ich doch jetzt die Frage stellen, ob sie sich in dieser Form bewährt hat oder ob wir zu einer neuen Struktur der Führungsspitze unserer Partei kommen müssen. Meine Damen und Herren, hat sich nicht gezeigt und zeigt sich nicht auch wieder in dieser Bilanz, die der Generalsekretär uns heute vorgetragen hat, daß ein Mann überfordert ist, wenn er gleichzeitig für die politischen und organisatorischen Probleme in unserer Partei verantwortlich sein soll?

Meine Damen und Herren, wie anders wäre es zu erklären, daß etwa die Bundesorgane dieser Partei in wesentlichen Funktionen nicht funktionieren, daß beispielsweise der Bundesausschuß weitgehend verkümmert ist, der doch Integrationselement zwischen der Spitze der Partei und zwischen den Landesverbänden sein soll, daß beispielsweise die von der Satzung dreimal im Jahr zwingend vorgeschriebenen Gespräche zwischen der Spitze der Partei und den Landesvorsitzenden und den Vereinigungen nicht stattfinden? Ist das nicht ein Ergebnis der Tatsache, daß offenbar ein Mann überfordert ist, wenn er all den unterschiedlichen Funktionen gerecht werden will, die wir dem Generalsekretär vom Statut her aufgebürdet haben? Ist es dann ein Wunder, wenn nachher hier Klage geführt wird, daß etwa die Landesverbände gegenüber der Bundespartei zu selbständig werden? Ist es nicht bedauerlich, daß unsere Bundesfachausschüsse, die doch dem Bundesvorstand regelmäßig zuarbeiten sollen, diesen Parteivortand mit den Vorschlägen und Resolutionen, die sie erarbeiten, praktisch nie erreichen?

Meine Damen und Herren, beide Kandidaten für das Amt des Parteivorsitzenden haben uns eben eindrucksvoll dargelegt, welche Aufgaben auf diese Partei in den nächsten zwei Jahren zukommen. Wir wissen, daß der Parteivor-

sitzende allein gar nicht alles schaffen kann, daß er eine Entlastung braucht, daß er einen Mann neben sich braucht, der ihm politisch zur Seite steht und ihn entlastet. Und er braucht gleichzeitig einen Mann, der die organisatorischen Probleme — nicht nur die innere Reorganisation, sondern vor allem auch die Vorbereitung im Hinblick auf die entscheidende Bundestagswahl 1973 — in Angriff nimmt.

In dieser Situation brauchen wir eine Trennung zwischen der politischen Führung auf der einen Seite und der politischen Exekutive auf der anderen Seite. Wir brauchen deshalb die Trennung der Funktion des Generalsekretärs als eines politischen Mannes von der organisatorischen Spitze der Bundesgeschäftsstelle, die Trennung der Funktionen, die in der Satzung 1967 in Braunschweig zu unserem Schaden leider vermischt worden sind.

Aus diesem Grunde bittet Sie die Junge Union — wir werden einen entsprechenden Antrag gleich einbringen —, noch auf diesem Parteitag und vor der Wahl des Generalsekretärs eine neue Struktur der Spitze unserer Partei dahingehend zu beschließen, daß wir neben den Parteivorsitzenden einen Geschäftsführenden Vorsitzenden stellen, der ein politischer Repräsentant sein soll, und daß wir gleichzeitig die Eigenverantwortlichkeit des Bundesgeschäftsführers für den organisatorischen Teil der Parteiarbeit in der Satzung verankern.

Ich weiß, meine Damen und Herren, daß es für viele Delegierte fast eine Zumutung ist, sich in dieser Situation spontan mit einem solchen Antrag konfrontiert zu sehen. Ich bitte Sie dennoch, ihn an der Sache zu messen, ihn wohlwollend zu prüfen und nicht deswegen abzulehnen, weil er Ihnen erst so spät vorgelegt worden ist.

Lassen Sie mich, da ich das Wort habe, noch auf eine Bemerkung eingehen, die der Parteivorsitzende in seiner Rede eben gemacht hat. Er hat davon gesprochen, daß diese Partei keine Generationskrise, keinen Konflikt mit der jungen Generation hat, und dieses Wort ist richtig. Denn die Junge Union dieser CDU ist Teil der CDU, und sie bekennt sich dazu, auch wenn sie eine eigenständige Funktion hat, die Funktion, eine Brücke zu schlagen zwischen der Partei und der jungen Generation. Aber wenn sie dieser Brückenfunktion gerecht werden soll — und diese Funktion ist um so schwerer zu erfüllen, je weiter etwa die Erwartungen und Vorstellungen der jungen Generation von der Politik der Partei entfernt sind — und wenn diese Funktion schwierig ist — und die letzte Bundestagswahl hat gezeigt, wie schwierig sie für uns ist —, dann, sollte man auch der Jungen Union zugestehen, daß sie dazu Eigenständigkeit und auch Freiheit zur Kritik braucht. Ich bitte Sie dabei, das Vertrauen zur Jungen Union zu haben, daß sie diese Aufgabe auch im Interesse der

Union ausübt. Und ich kann Ihnen versichern, daß wir bei allem, was wir vorgeschlagen haben — auch bei allem, was wir kritisiert haben, und was wir auch in Zukunft kritisieren werden —, immer handeln aus der gemeinsamen Verantwortung, die wir für die Politik dieser Union mittragen.

(Befall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Als nächster spricht Herr Zeyer vom Landesverband Saar.

Werner Zeyer: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich auf einige Aspekte hinweisen, die vielleicht in der Diskussion des heutigen Nachmittags bislang zu kurz gekommen sind. Herr Dr. Kiesinger hat in seiner Rede heute vormittag mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die CDU einen Bundestagswahlkampf zu führen haben wird, der schwerer, viel schwerer sein wird als alle vorausgegangenen. Nur wenn wir die absolute Mehrheit der Mandate erringen, wird das Ziel erreicht sein.

Unsere politischen Gegner werden es sich nicht nur etwas kosten lassen, sondern sie werden sich auch noch manches einfallen lassen, um an der Macht bleiben zu können. Sie werden ihre Pfeile bündelweise abfeuern. Es mag einen Mann ehren, wenn er die Brust hinhält und auch bereit ist, diese Pfeile auf sich zu ziehen. Ob damit aber auch der Partei sehr gedient ist, erscheint zumindest fraglich.

Wir haben den letzten Bundestagswahlkampf mit dem Slogan „Auf den Kanzler kommt es an“ geführt. Natürlich kam es auf den Kanzler an, aber leider nicht auf ihn allein; sonst wäre Herr Brandt heute nicht Bundeskanzler. Herr Dr. Kiesinger hat den zurückliegenden Bundestagswahlkampf mit unerhörtem persönlichen Einsatz geführt; er hat sich sicher mit Bravour geschlagen. Wenn dennoch die bewußten Zehntelprozent bei der Endauszählung fehlten, so deshalb, weil mancher Wähler der SPD als Partei seine Stimme gab, einer Partei, die es 1969 verstanden hatte, sich als solche zu profilieren und sich dadurch eine breite Ausgangsbasis zu schaffen.

Ich meine, die CDU wäre gut beraten, daran zu denken und sich vor allem heute hieran zu erinnern. Denn mit der Wahl des Bundesvorsitzenden wird zugleich der Wahlkampf 1973 eingeläutet. Die Delegierten entscheiden mit der Wahl des Parteivorsitzenden inzidenter über die Grundsatzkonzeption der Wahlkampfführung. Ich denke, die CDU sollte sich eine breite Ausgangsbasis schaffen. Lassen Sie es mich ganz deutlich sagen: Unsere heutige Stimmabgabe für den einen oder den anderen Kandidaten ist kein Votum gegen den jeweils anderen. Beide erfreuen sich größter Wertschätzung, und beide haben sich um die Partei verdient gemacht; und die Partei braucht beide. Beide

sprechen bestimmte Wählerschichten an. Es gibt aber auch Wählergruppen, die nicht von beiden gleichermaßen, wohl aber von dem einen oder von dem anderen allein gewonnen werden können.

Hierin liegt vielleicht die große Chance für die kommende Bundestagswahl. Zehntelprocente können eventuell wiederum entscheidend sein. Wir sollten uns deshalb heute mit der Wahl des Bundesparteivorsitzenden die Ausgangsbasis nicht selbst einengen, sondern diese so breit wie möglich anlegen und so stark wie möglich ausbauen. Diese breite und starke Basis kann aber nur geschaffen werden, wenn sich der heutige Delegiertentag für die Ämtertrennung entscheidet. Aus diesem Grunde gebe ich auch Herrn Dr. Kohl meine Stimme.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Als nächster spricht Herr Semprich aus Schleswig-Holstein.

Kurt Semprich: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Das Wort von der Ämterhäufung in dem Zusammenhang, in dem es hier bisher gebraucht worden ist, ist schon mit dem Hinweis darauf zurückgewiesen worden, daß ein Ministerpräsident schließlich ein Amt hat, das auch — insbesondere in einer Zeit, in der die Bundesratsangelegenheiten von so eminenter Wichtigkeit sind — den ganzen Mann und den ganzen Tag erfordert.

(Vereinzelt Beifall)

Der Erfolg, auf den wir zumarschieren möchten, wird ein Erfolg sein, der von personellen, insbesondere aber auch von organisatorischen Maßnahmen abhängig ist, die nicht alleine an eine Person gebunden sind. Wir haben gewiß ein großes Stück Parteiarbeit vor uns; es gilt, dem Wähler draußen klar zu machen, um was es geht; es gilt, ihn zu mobilisieren. Aber, meine Damen und Herren, der Wähler will nicht wissen, wie wir mit unseren eigenen Parteiangelegenheiten fertig werden. Der Wähler will von uns politische Aussagen haben. Ein Parteivorsitzender kann also nicht ein herausgehobener Generalsekretär sein, sondern er muß die Politik mitgestalten. Er muß — und zwar eindeutig und einfach — politische Aussagen machen.

Das, meine Damen und Herren ist an der Spitze eines Teams wesentlich leichter — wenn nicht sogar überhaupt nur möglich —, als etwa in einem Zweiergespann, wie es hier zur Wahl steht. Das ersetzt auch nicht die von Herrn Dr. Schröder so beschworene Kameradschaft. Meine Damen und Herren, das hat mit gegenseitigem guten Willen gar nichts zu tun. Es ist einfach aus gemachter Erfahrung nicht praktikabel. Daran sollten Sie denken.

Sehen Sie in die Landesverbände hinein, bei denen wir die Einheit dieser beiden Funktionen haben! Schauen Sie zu den anderen Parteien! Ich wage die Frage: Was wäre wohl aus der letzten Regierungsbildung geworden, wenn Herr Brandt und Herr Scheel nicht diese Ämtergewalt gehabt hätten, die sie damals auszeichnete?

Sehen Sie in die anderen demokratischen Länder des Westens! Ich glaube, daß man sich bei diesen Positionen nicht von ungefähr auf einen Mann einigt.

Dr. Barzel, meine Damen und Herren, hat der CDU in der Opposition Profil gegeben, was für eine Oppositionspartei, die so lange Regierungspartei war, nicht leicht gewesen ist. Er hat die Öffentlichkeit damit vertraut gemacht, daß auch die CDU eine konstruktive Opposition leisten kann. Er hat den Willen unserer Partei artikuliert, und er ist dabei, ihn auch weitestgehend zu personifizieren. Dazu sollten wir ihm hier heute mit unserer Entscheidung helfen.

Gesunder Wille zur politische Macht ist nach meiner Überzeugung Voraussetzung für das Echo in unserer Bevölkerung. Die CDU ist immer, auch heute noch, eine Wählerpartei. Der Wähler sieht in erster Linie auch den repräsentierenden Mann, ob wir das wahrhaben wollen oder nicht.

Wenn hier gesagt wird, eine Niederlage von Herrn Barzel heute habe keine Auswirkungen — ob Sie das nun Prestigeverlust oder anders nennen —, dann kann ich nur sagen: Wir sollten uns hüten, diesen Tatbestand zu bagatellisieren.

(Beifall)

Er ist gefährlich. In diese Situation, eine Personaldebatte und eine Strukturdebatte zu führen, haben wir uns selbst hinein gebracht. Wir müssen mit dieser Situation fertig werden. Es ist nach meiner Überzeugung nur logisch, wenn Herr Dr. Barzel für seine Person hier keine Alternative anbieten kann und von uns die Entscheidung erwartet, auf die nicht nur die politische Öffentlichkeit in unserem Volk, sondern große Teile unsers Volkes schauen. Ich bin der Meinung, wir sollten dieser Bevölkerung Dr. Rainer Barzel als den Mann der Spitze präsentieren.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu dem Antrag der Jungen Union sagen, den Herr Echternach hier vorgetragen hat. Ich bin der letzte, der gerade Anträge der Jungen Union hier nicht ernst nehmen würde. Ich meine aber, daß es fast unerträglich ist, in dem Sachstand der Debatte, in der Spannung, in der wir uns befinden, jetzt mit einer Debatte über die Organisation der Parteispitze anzufangen.

(Beifall)

Dazu hätten wir wirklich an anderer Stelle Zeit gehabt. Das hätte man wirklich in den unteren Gliederungen der Parteiorganisation besser vorbesprechen können, als jetzt hier mit einem Patentrezept uns aus dem Dilemma helfen zu wollen. Hier hilft kein Patentrezept, hier hilft nur Bekennen.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ehe ich das Wort weitergebe, möchte ich bekanntgeben, daß die Redaktionskonferenz morgen früh um 8 Uhr im Hotel Berlin tagt.

Das Wort hat Dr. Geißler, Rheinland-Pfalz. Ihm folgt Herr Herbst, Braunschweig.

Dr. Heinrich Geißler: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte zunächst feststellen, daß es gut war, den Antrag unseres Parteifreundes Mick abzulehnen, und daß wir uns entschlossen haben, die Diskussion weiterzuführen. Wir haben eine gute Diskussion gehabt. Wir haben sie bisher in dieser schwierigen Frage so geführt, daß unabhängig vom Ausgang der Wahl unsere gemeinsame Arbeit morgen weitergehen kann. Meine Damen und Herren, ich glaube, daß diese Diskussion die Christlich Demokratische Union ehrt. Es ist das erste Mal in der Parteiengeschichte Deutschlands, daß eine solche Personaldiskussion für alle Bürger offen erkennbar geführt wurde.

(Beifall)

Aber, wir unterhalten uns hier über ein altes Thema, ich möchte sogar fast sagen: ein uraltes Thema. Ich sehe hier viele alte Freunde aus den verschiedenen Landesverbänden, die gestern und heute in und zu dieser Auseinandersetzung ihre private Meinung vertreten haben und hier auch mit guten Gründen — wie bisher schon gehabt — den Gedanken der Personalunion vertreten haben, Parteifreunde, von denen ich aber weiß, daß sie es früher zusammen mit mir bitter beklagt haben, daß der Parteivorsitzende, der damals Kanzler, Regierungschef war, gerade wegen dieser Personalunion seine eigentliche Aufgabe für die Partei nicht voll wahrnehmen konnte. Die Schwächen dieser Partei, die heute morgen noch einmal dargelegt worden sind, resultieren ja gerade aus der fast notwendigen Vernachlässigung der Partei, die eben mit einer Personalunion — gleich, ob mit dem Amt des Regierungschefs oder mit dem des Oppositionsführers — verbunden ist.

Lieber Heinrich Köppler und viele andere, die diese Konzeption, die ich hier gerade dargelegt habe, heute nicht mehr wahrhaben wollen, ich weiß, daß wir uns zu einer anderen Zeit in der Bundestagsfraktion selber in vielen Ge-

sprächen in dieser Analyse alle einig gewesen sind. Soll das heute nicht mehr wahr sein?

(Beifall)

Aus dieser Christlich Demokratischen Union eine Partei zu machen, die über die Aktualität des Tages, auch der großen politischen Tagesfragen, und eines Wahljahres hinaus wirksam bleibt, das wird die Aufgabe des Parteivorsitzenden sein. Diese Aufgabe ist heute morgen als Herkules-Arbeit bezeichnet worden. Wenn wir den bisherigen Zustand der Partei ändern wollen, brauchen wir einen Parteivorsitzenden, der mit der Hauptkraft seiner Arbeit der Partei zur Verfügung steht.

Meine Damen und Herren, wie ich weiß, sind viele von uns mit einem nicht guten Gefühl hierher nach Saarbrücken gekommen, und zwar deswegen, weil die Alternative zu dieser Wahl des Parteivorsitzenden — ich will es offen ansprechen — für viele nicht mehr echt zu sein scheint. Ginge es tatsächlich nur um die Wahl des Parteivorsitzenden, ich glaube, für die meisten wäre dann die Wahlentscheidung leichter, nämlich die Entscheidung für den Kandidaten, der sich für den Parteivorsitz besser eignet.

Ich will es meinem Parteifreund Barzel gegenüber klar und offen aussprechen: Ich habe es von Anfang an sehr bedauert, daß den Delegierten diese Möglichkeit, auf diesem Parteitag den besten Kandidaten unbeschadet aller anderen Rücksichten für diese Partei zu wählen, durch den Anspruch Rainer Barzels auf beide Ämter genommen ist.

(Beifall)

Das gilt vor allem für diejenigen Delegierten, die nicht verstehen können, daß man dieser Partei verwehren will, einen guten Parteivorsitzenden und einen guten Kanzlerkandidaten zu haben. Das muß auch heute noch möglich sein. Vorhin ist vom Parteifreund Schmöle gesagt worden, der Geist der Union verlange — so hat er es sinngemäß gesagt —, daß alle Kandidaten unabhängig vom Ausgang der Wahl auch nach dieser Entscheidung voll der Partei zur Verfügung stehen sollten.

Wir bitten darum, das von jedem Kandidaten erwarten zu können; denn keiner hat sein Mandat allein aus sich, sondern er hat Amt und Aufgabe aus dem Mandat und dem Vertrauen der Parteifreunde.

Die Forderung nach der Ämtertrennung begründet sich aus der Aufgabenstellung einer modernen Partei. Dazu ist hier in diesem Zusammenhang das Notwendige gesagt worden. Diese Aufgabenstellung einer modernen Partei kann auf der Bundesebene — und hier sind qualitative Unterschiede zur

Aufgabenstellung einer auf ein Land begrenzten Partei — weder vom Kanzler noch vom Oppositionsführer auf lange Sicht geleistet werden. Das wissen wir, so glaube ich, aus der Realität der parlamentarischen Arbeit.

Es ist die Binsenwahrheit gesagt worden, die CDU brauche die absolute Mehrheit. Es gibt die zweite Binsenwahrheit, daß die Antwort auf die Frage, ob wir sie bekommen, davon abhängt, ob es uns gelingt die kritische Schicht der Wechselwähler zu gewinnen, das strategische Wählerpotential der aufsteigenden Arbeitnehmer, daß diese Tatsache ferner davon abhängt — und das scheint mir eine ganz entscheidende Frage zu sein —, mit welcher Konzeption die Christlich Demokratische Union der heutigen sozialen Situation begegnet.

Beruhigen wir uns nicht angesichts der Tatsache, daß wir eine ausgebaute soziale Sicherung in unserem Lande haben, daß wir eine gute und fortschrittliche Gesellschafts- und Sozialpolitik in den vergangenen 20 Jahren aufbauen konnten. Die Situation ändert sich rasch. Die Bürger beginnen unsicher zu werden. Die soziale und wirtschaftliche Verflechtung, die technische und technologische Entwicklung führen heute immer mehr dazu, daß die Menschen sich in dieser Gesellschaft mehr und mehr unsicher fühlen, daß sie sich als Objekte der gesellschaftlichen und des wirtschaftlichen Geschehens empfinden und daß sie sich — was gerade von den jungen Bürgern bei uns artikuliert worden ist — heute an anonyme Apparaturen und Mächte ausgeliefert fühlen, daß die Arbeitnehmer ihre Leistungsbereitschaft im Betrieb nicht mehr bestätigt finden, daß wir weltweite Entwicklungen haben mit einer revolutionären Zielsetzung.

Meine Damen und Herren, das führt zu der Forderung für eine moderne Partei, daß wir eine Parteiarbeit leisten müssen, die eine langfristige Konzeption enthält. Das Schicksal dieser Partei hängt ab von dem politischen Bild, den geistigen Inhalten, die die Christlich Demokratische Union den Bürgern in einer modernen Industriegesellschaft bietet; es hängt davon ab, ob die CDU als Partei langfristig unabhängig und dann aber doch wieder rückgekoppelt auf die Tagesfragen der großen Politik in dieser geistigen Auseinandersetzung Position bezieht. Diese langfristige Konzeption — diese Leistungsgesellschaft zu humanisieren, ein Bild der Industriegesellschaft von morgen zu entwerfen, das die Menschen akzeptieren und sie für unsere Arbeit gewinnt, muß die Partei leisten. Sie kann nicht von der Aktualität der Regierung und der Opposition erbracht werden.

Setzen wir daher die Christlich Demokratische Union in dieser wichtigen geistesgeschichtlichen und gesellschaftspolitischen Situation in die Lage, dieses Konzept zu entwickeln. Dazu gehört, daß wir eine Entscheidung treffen,

die garantiert, daß ein Mann ungeteilt mit seiner Hauptkraft diese Aufgabe für die kommenden Jahre übernimmt.

(Beifall)

Slegfried Dübel, Tagungspräsidium: Ich gebe jetzt Herrn Herbst aus Braunschweig das Wort. Anschließend spricht Herr von Hassel, Schleswig-Holstein.

Heiner Herbst: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Es ist hier heute in der Diskussion um den Bundesvorsitzenden immer wieder das Argument gebraucht worden, der Bundesvorsitzende müsse ausschließlich oder in der Hauptsache der Partei zur Verfügung stehen. Dieses Argument ist mit Sicherheit verständlich aus der leidvollen organisatorischen Vergangenheit der Christlich Demokratischen Union.

Ich will nicht das Für und Wider hier noch einmal wiederholen. Ich kann mich aber des Eindrucks nicht erwehren, daß die CDU oder manche unter uns jetzt in die Gefahr geraten, nun eine geistige Nabelschau zu betreiben und den Blick nach innen überzubetonen.

Wir haben hier auch mit Recht gehört, daß es uns darauf ankommt, uns politisch und organisatorisch für die nächste Bundestagswahl zu formieren. Für mich ist es deshalb unausweichlich, daß die Funktion des Bundesvorsitzenden mit seinem Schwerpunkt nach außen in die Öffentlichkeit gerichtet ist. Es ist deshalb für mich nicht überzeugend, wenn hier gefordert wird, der Bundesvorsitzende müsse sich vor allen Dingen um die Finanzen und um die Organisation der Partei kümmern. Herr Geißler, mein Vorredner, hat hier darauf hingewiesen und gesagt, woher rühre denn unsere Schwäche, sie rühre doch daher, daß wir früher diese Kombination der Ämter gehabt haben.

Meine Damen und Herren, auch dieses Argument sticht meiner Auffassung nach nicht. Schauen wir doch einmal zu unserem politischen Gegner. Schauen wir einmal zur SPD. In der SPD ist es auch eine gewisse Tradition, daß die Rolle des Oppositionsführers und Parteiführers und jetzt die Rolle des Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden in einer Hand vereinigt sind. Man wird der SPD alles, nur nicht das zum Vorwurf machen können, daß sie organisatorisch ihren Apparat nicht in Ordnung habe.

Ich will mich kurz fassen. Ich kann nicht beanspruchen, nun die gleiche Aufmerksamkeit zu genießen wie andere potentere Redner vor mir. Aber lassen Sie mich schließlich noch eines sagen. Für mich ist es unausweichlich und eine zwingende sachliche Notwendigkeit, daß der Bundesvorsitzende eine alltägliche hautnahe räumliche und sachliche Verbindung zu den aktuellen Fragen der Bundespolitik hat. Das scheint mir gar nicht anders möglich zu sein.

(Beifall)

Ich bitte meine Worte hier auch nicht als Argument gegen die Person eines Kandidaten zu verstehen. Für mich scheint diese zwingend notwendige Verbindung bei dieser Auswahl, die wir haben, nur in der Person von Rainer Barzel gewährleistet zu sein. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Es spricht jetzt Herr von Hassel, Schleswig-Holstein, anschließend Herr Dr. Vogel, Rheinland-Pfalz.

Kal-Uwe von Hassel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit nur einige wenige Minuten in Anspruch nehmen. Jeder von uns weiß, daß das Thema der Ämterhäufung, der Ämtertrennung ein beliebtes Thema nicht nur dieses Parteitages, sondern gleichermaßen draußen in unseren Kreisen und in unseren Ortsverbänden ist. Hinsichtlich der Ämterhäufung teile ich die Bedenken. Ich habe meinerseits Konsequenzen gezogen und eine Fülle von Ämtern abgebaut, um mich auf wenigens zu konzentrieren.

Das Thema der Ämtertrennung ist populär und einprägsam. Aber man muß wissen, daß die Ämterzusammenfassung für weite Bereiche auch einen ganz großen Vorteil bedeuten kann.

Ich freue mich genau wie der Vorvordner, Dr. Geißler aus Rheinland-Pfalz, daß heute hier, und zwar vier Stunden seit Beginn der Nachmittagssitzung, von Anfang an bis jetzt in voller Besetzung in guter, aufrichtiger und sehr offener Form diskutiert worden ist. Wenn ich in dieser Diskussion meinen Beitrag leiste, so aus der Erfahrung, die ich 13 Jahre als einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden, 15 Jahre im Präsidium und 20 Jahre in einem Landesverband habe sammeln können.

Aus diesen Erfahrungen folgende Bemerkungen: Unsere Entscheidungen auf diesem Parteitag müssen unsere Stellung als heutige Opposition und künftige Regierungspartei stärken. Wir müssen alles unterlassen, was sie schwächen könnten.

Wo aber ist der Ort, an dem unsere Rolle als heutige Oppositionspartei und als künftige Regierungspartei ausgetragen wird? Der Platz, an dem das im besonderen und sichtbar über die Medien für das gesamte deutsche Volk geschieht, ist der Deutsche Bundestag. Hier wird die Rolle der Opposition und die Rolle der CDU und CSU gewertet. Hier kann sie handeln, hier kann sie sich verteidigen, hier kann sie Stellung beziehen, hier kann sie sich, an diesem Platz, im Forum der Nation, mit den anderen Parteien messen.

(Beifall)

Deshalb muß uns alles darauf ankommen, so scheint mir, daß sich hier die höchste konzentrierte Autorität, die eine Stimme für Partei und Bundestagsfraktion ausdrücken kann, daß wir diese Stimme im Deutschen Bundestag haben.

(Beifall)

Ich komme zum dritten Punkt. Schon heute, meine Freunde, gehören die Parteivorsitzenden aller Parteien dem Deutschen Bundestag an. Das sind der Vorsitzende Dr. Kurt Georg Kiesinger, der Vorsitzende Franz-Josef Strauß, der Vorsitzende Brandt und der Vorsitzende Scheel.

An anderer Stelle habe ich, und zwar dieser Tage, in Erinnerung gerufen, daß es gerade die CDU gewesen ist, die die Sozialdemokraten in der Legislaturperiode zwischen 1961 und 1965 im Bundestag wegen Äußerungen kritisierte, die der Parteivorsitzende Willy Brandt außerhalb des Bundestages, dem er nicht angehörte, gemacht hat. Die Sozialdemokraten verbatene sich damals im Bundestag, diese Aussagen ihres Parteivorsitzenden zu kritisieren, da er sich dort nicht verteidigen könne.

Deshalb meine ich, daß diese Zusammenfassung von Parteivorsitz und Fraktionsvorsitz auch aus diesem Grunde richtig ist.

(Beifall)

Für uns kommt ein wesentlicher vierter Gesichtspunkt hinzu. CDU und CSU haben seit 1949 gemeinschaftlich die Politik Konrad Adenauers, Ludwig Erhards und Kurt Georg Kiesingers mitgetragen, sie haben sie mitgestaltet. Den schweren Weg, der vor uns liegt, werden wir mehr denn je nur dann erfolgreich gehen und bestehen können, wenn wir, CDU und CSU, ohne Bruch, ohne gegenseitige Profilneurose, ohne kritische Distanz weiter zusammenhalten und zusammenstehen. Auch dafür gibt es nur einen Ort, nämlich die Gemeinschaftsfraktion und ihre Organe. Hier vollzieht sich die Willensbildung und hier ist der Platz, um die Handlungsgemeinschaft herzustellen.

Meine Freunde, man sagte in diesen Tagen, wenn man eine Ämterkonzentration wolle, verhindere man eine eigenständige Profilierung der CDU. Die Frage lautet: Profilierung gegen wen? Gegen die SPD? — Klar. Gegen die FDP? — Klar. Gegen die CSU? — Ich meine, daß eine bewußte kritische Distanz zur CSU bedeuten würde, daß wir damit — das ist aus den langen Erfahrungen sichtbar geworden — leider nicht den Gedanken der Union der CDU und der CSU fördern, sondern daß dann die Wiege neuer Probleme geschaffen wird, die uns nachher schlecht bekommen werden.

(Beifall)

Deshalb bin ich dafür, daß wir eine erste Autorität haben, die Parteivorsitz und Fraktionsvorsitz in sich vereinigt, gerade in dieser Situation heute.

(Beifall)

Ich habe Verständnis für andere Argumente. Ich möchte demjenigen, der das vielleicht noch einmal in Ruhe durchdenkt und die Gedankengänge nachvollzieht, einiges in Erinnerung bringen. Ich bin 1950/51 in Schleswig-Holstein selber großer Sachverständiger auf dem Gebiet des Stürzens von Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten gewesen. Damals haben wir die Ämtertrennung gehabt — mit dem Ergebnis, daß sie nicht funktionierte. Wir haben beide gebeten zurückzutreten und haben einen Mann berufen. Wenn wir in Schleswig-Holstein, in Norddeutschland, Jahre hindurch in dieser Form eine feste Bastion gebildet haben, so deshalb, weil wir uns auf einen konzentriert haben.

Bitte lesen Sie nach, was in der Zeit Weimars gewesen ist; bitte lesen Sie die Memoiren Brünnings, wie er sich in der Auseinandersetzung mit seinem Parteivorsitzenden verzehrt hat!

Wenn Sie in eine Reihe von Bundesländern hineinschauen, können Sie bei der CDU und auch bei der SPD finden, daß es dort, wo es für diese oder die andere Partei nicht funktioniert, manchmal an dieser Frage gelegen hat. Vielleicht ist das jetzt in Bayern auch der Fall; ich verweise auf den gestrigen Parteitag in Immenstadt.

Dort, wo wir in den Bundesländern die Konzentration herbeigeführt haben, haben wir einen großen Erfolg errungen. Soll ich Sie daran erinnern, mit welchem Schwung die Niedersachsen kämen, als sie konzentrierten, die Hessen, als sie konzentrierten, die Nordrhein-Westfalen, als sie konzentrierten? Wollen Sie aus den Landesverbänden mir einmal sagen, warum Sie das getan haben, wenn nicht aus der Überlegung heraus, daß damit der größere Erfolg erzielt werden kann?

(Lebhafter Beifall)

Daher scheint mir, daß wir gut daran tun, aus der Geschichte unserer Partei in den vergangenen Jahren zu lernen.

Meine Freunde, in Niedersachsen, in Nordrhein-Westfalen und in Hessen hat sich auch gezeigt, daß gerade die Konzentration auf eine Spitze zugleich die programmatische und auch die organisatorische Fortentwicklung der Partei dynamisch gefördert hat.

(Prof. Dr. Burgbacher: Auch in Rheinland-Pfalz?)

Auch in Rheinland-Pfalz.

Für mich — damit möchte ich schließen — besteht gar kein Zweifel daran, daß derjenige, der Vorsitzender wird — wer auch immer es sein mag —, nach der Wahl mit seinem neuen Präsidium eine Arbeitsteilung, eine Aufgabenverteilung, eine Mitverantwortung für jeden im Präsidium festlegen wird, und unter einer Führung wird jeder seine Aufgabe übernehmen können.

(Lebhafter Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Parteifreunde, es liegt eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung vor. Das Wort hat Herr Frerichs vom Landesverband Rheinland.

Dr. Göke Frerichs: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Herr Bundestagspräsident von Hassel hat zur Konzentration aufgerufen. Ich möchte die Redner, die jetzt noch das Wort ergreifen wollen, bitten, sich diese Mahnung selbst zu Herzen zu nehmen. Ich stelle den Antrag auf Schluß der Rednerliste.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Sie haben den Antrag zur Geschäftsordnung gehört. Ich darf die Rednerliste verlesen. Es sprechen noch: Herr Dr. Vogel (Rheinland-Pfalz), Herr Dr. Mahler (Baden-Württemberg), Herr Prof. Dr. Zeitel (Baden-Württemberg), Herr Langguth (RCDS), Herr Dr. Stoltenberg (Schleswig-Holstein), Herr Katzer (Rheinland), Frau Dr. Ingrid Obermüller-Kochs (Baden-Württemberg), Herr Dr. Wörner (Baden-Württemberg) und Frau Dr. Laurien (Rheinland-Pfalz).

(Unruhe)

Stimmt jemand gegen den Antrag auf Schluß der Rednerliste? — Das ist, soweit ich feststelle, nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag zur Geschäftsordnung. Wer für den Antrag auf Schluß der Rednerliste ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Das erste war eindeutig die Mehrheit. Damit ist die Rednerliste geschlossen.

(Beifall)

Ich rufe als nächsten Redner Herrn Dr. Vogel (Rheinland-Pfalz) auf. Anschließend hat Herr Dr. Mahler aus Baden-Württemberg das Wort.

Dr. Bernhard Vogel: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich glaube in der Tat, all die, die mit dem unguuten Gefühl hier nach Saarbrücken gekommen sind, wir hätten zu lange die Auseinandersetzung in dieser Partei auf offenem Markte ausgetragen, müssen heute erkennen, daß dies ein großer Tag der Christlich Demokratischen Union gewesen ist, weil sie fair und

offen die Argumente des Für und Wider hier auf den Tisch gelegt hat, weil sie zum erstenmal diese Entscheidung nicht von anderen Gremien vorwegnehmen ließ, sondern hier dieses Gremium tatsächlich um seine Meinung gefragt hat.

(Vereinzelter Beifall)

Ich glaube, die Diskussion, die wir bisher geführt haben, hat gezeigt, daß man unterschiedlicher Meinung sein kann und trotzdem das gemeinsame Ziel nicht aus den Augen zu verlieren braucht. Ich glaube, wir müssen diese Integration auch über diesen Abend hinaus beweisen, und wir müssen beide Kandidaten in unser Führungskonzept einbinden, den wir brauchen sie beide genauso, wie wir — ganz gleich, was wir nachher beschließen — gemeinsam auf morgen weiterarbeiten müssen.

Meine Damen und Herren, dies muß aber eine Integration in diese Partei sein. Ausschüsse, Beratungsgremien und was es dergleichen mehr gibt, sind gut. Aber eine Partei, die selbstbewußt geführt wird, deren Präsidium und deren Vorstand wirklich führt, ist besser. Deshalb ist es erforderlich, zu einer Arbeitsteilung in den Aufgaben zu kommen, weil auch diese Partei sich artikulieren muß. Wir kennen die Stellungnahmen der Bundestagsfraktion zu den wichtigsten politischen Tagesfragen, zur Wirtschaftspolitik, zur Währungspolitik oder was es sonst sein mag. Meistens kennen wir aber die Stellungnahme dieser Partei gar nicht oder viel zu spät. Sie muß sich in den kommenden Monaten und Jahren auch artikulieren, denn in dieser Artikulation und in der Organisationsstruktur liegt ihre eigentliche Schwäche.

Beides vom Fraktionsvorsitzenden zu verlangen, hieße von ihm zu verlangen, auf beiden Schultern zu tragen. Er ist doch zunächst einmal der Vorsitzende der Fraktion zweier großer Parteien im Bundestag, und er ist doch zunächst einmal die Alternative zur Regierung im Bund — aber nicht zugleich auch derjenige, der für die Partei verbindlich und, wenn es sein muß, auch einmal in einer gewissen Distanz zu dieser oder jener Fraktion sprechen kann. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir spüren den Unterschied, zwischen der Personalunion des Ministerpräsidenten eines Landes und des Parteivorsitzenden und der Personalunion des Fraktionsvorsitzenden im Bundestag und des Parteivorsitzenden.

Das von Herrn von Hassel eben angeführte Argument läßt sich ebenfalls widerlegen. Zu keiner Zeit hat die Christlich Soziale Union eine Personalunion von Parteivorsitzendem und Ministerpräsidenten des Landes Bayern gekannt, und sie ist gut damit gefahren.

Meine Damen und Herren, viele von uns, die wir heute hier sind, haben im

Bundestag mit Rainer Barzel zusammengearbeitet und dabei gute Erfahrungen gemacht.

(Bellauf)

Es ist für uns alle gut, daß er, wie wir aus dieser Arbeit wissen, ein guter Fraktionsvorsitzender ist. Aber gestatten Sie es mir als einem, der ebenso lange oder sogar noch länger mit Helmut Kohl zusammengearbeitet hat, zu sagen, daß man mit ihm Teamarbeit betreiben kann. Wir haben mit ihm Wahlen gewonnen, wie Sie es in Ihren Ländern auch getan haben. Wir sind aber besonders stolz darauf, daß es uns nicht nur gelungen ist, die Wahlen zu gewinnen, sondern auch gelungen ist, zu der Mehrheit der Frauen auch die Mehrheit der Männer und vor allem die Mehrheit der jungen Generation zu gewinnen. Daran sollten wir denken. Man kann die eine oder andere Wahl auch ohne die Jugend gewinnen. Die Zukunft dieser Partei kann man aber auf Dauer eben nicht ohne die Mehrheit der jungen Generation gewinnen.

Meine Damen und Herren, es geht — das ist das Erfreuliche heute abend — letztlich nicht um Personen und ihre Ansprüche und Vorstellungen, sondern es geht um die Sachentscheidung, die diese Partei zu Ende zu diskutieren hat und hoffentlich auch zu Ende diskutiert. Nachdem wir dieser Partei in mühsamem Ringen und mit außergewöhnlichen Anstrengungen auf den letzten Parteitag zu einem Programm verholfen haben, geht es doch jetzt darum, ob diese Partei auch stark genug ist, aus sich heraus einen Vorsitzenden zu wählen und dadurch eine eigenständige Partei zu werden. Ich persönlich bin für Barzel und Kohl. Deshalb muß ich bei der Wahl des Parteivorsitzenden meine Stimme für Helmut Kohl abgeben.

(Bellauf)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich habe folgendes bekanntzugeben: Die Antragskommission trifft sich morgen früh um 8 Uhr im Hotel „Haus Berlin“.

Als nächster hat Herr Dr. Mahler und anschließend Herr Professor Zeitel, beide Landesverband Baden-Württemberg, das Wort.

Dr. Gerhard Mahler: Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Die Ausführungen von Herrn Dr. Barzel über die Bildung einer Führungsmannschaft waren nicht überzeugend. Heute ist die Zeit der Mannschaft, die Zeit des Teams, wobei der Kanzlerkandidat selbstverständlich die Nummer 1 sein muß. Heute ist nicht mehr die Zeit, meine Parteifreunde, alles auf eine Person auszurichten. Dem strebt Herr Dr. Barzel doch im Grunde nach. Das Risiko ist zu groß, alles auf eine Karte, alles auf zwei Augen zu setzen. Nur ein Team ist in der

Lage, das breite gesellschaftspolitische Spektrum der Union auszuschöpfen, die 50%-Schallgrenze 1973 zu erreichen, die Bandbreite zwischen 45 % und 50 % zu gewinnen und vor allem die Stimmen der sozialen Aufsteiger auf die Seite der CDU zu ziehen. Deshalb bin ich für eine Ämtertrennung; deshalb bin ich für Helmut Kohl.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Professor Zeitel das Wort. Anschließend folgt Herr Langguth vom RCDS.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel! Meine Damen und Herren, ich möchte Ihre Zeit nicht ungebührlich in Anspruch nehmen.

(Beifall)

Nach dem Gang der bisherigen Diskussion, die ich wirklich als eine ungewöhnlich fruchtbare Diskussion bezeichnen möchte, liegt mir aber daran, Dank an den amtierenden Generalsekretär abzustatten, der zu dieser Belebung der Diskussion sicher beigetragen hat.

(Beifall)

Zweitens möchte ich zum Ausdruck bringen, daß die Ämtertrennung nicht pauschal behandelt werden kann und daß die Frage einer Ämterverknüpfung auf der Landesebene und auf der Bundesebene verschieden zu beurteilen ist, einfach weil die konzeptionellen Anforderungen und auch die Arbeitsbelastung auf beiden Ebenen verschieden sind.

Drittens möchte ich zum Ausdruck bringen, daß wir, wenn diese Partei noch mehr, als es am heutigen Tage geschehen ist, zu einem politischen Diskussionsforum werden soll – gestatten Sie mir das mit aller Offenheit zu sagen – zu einem ausgewogeneren Verhältnis zwischen Fraktionsarbeit und Parteiarbeit kommen müssen.

(Beifall)

Die letzte Bemerkung, die ich machen möchte, bezieht sich darauf, daß wir, wenn wir die nächsten Wahlen überzeugend gewinnen wollen, zu einer klaren Funktionstrennung aller Personen kommen müssen. Deshalb bin ich für die Ämtertrennung.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Als nächster spricht Herr Langguth vom RCDS, anschließend Herr Dr. Stoltenberg, Schleswig-Holstein.

Gerd Langguth: Meine Damen und Herren, ich will keine Argumente wiederholen, sondern hier einen wesentlichen Aspekt nennen, der uns vom RCDS

bewogen hat, die Kandidatur von Herrn Kohl für das Amt des Parteivorsitzenden zu unterstützen. Es ist das Moment, daß in Rheinland-Pfalz von Ministerpräsident Kohl ein überzeugender Wahlkampf geführt wurde und daß dort die Mehrheit der Jungwähler für die CDU gestimmt hat. Das ist für uns ein wesentliches Argument — ein Argument um das zu betonen, nicht gegen Rainer Barzel, sondern für Helmut Kohl.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, nun hat Herr Dr. Stoltenberg das Wort. Anschließend spricht unser Freund Katzer, Rheinland.

Dr. Gerhard Stoltenberg (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, diese lange Diskussion — in Ihren vielen Beiträgen um die Sache und um die beste Lösung für unsere Union bemüht — hat eines ganz klar gezeigt: Strukturfragen sind auch politische Fragen, Organisationsfragen und die sachliche Bewertung von Personen stehen in einem engen und unlösbaren Zusammenhang. Man kann nicht ein Thema isolieren; so wichtig und nützlich theoretische Analysen über die Strukturform sind — alles gehört zusammen.

(Beifall)

Und ein zweites ist in dieser Diskussion sichtbar geworden: Die Aufgabe für uns stellt sich so, die politische Integration und zugleich die politische Profilierung unserer Partei noch weiter zu verbessern und die Organisation aus ihrem Defizit herauszubringen, das wir immer noch haben, obwohl wir ohne Zweifel in den letzten Jahren auch in der Opposition schon erhebliche Fortschritte in der Festigung und der Verlebendigung unserer Parteiarbeit gemacht haben.

Ich möchte eines hier, gegen Schluß der Debatte, nach den Beiträgen von Rainer Barzel und Helmut Kohl, nach der Rede unseres scheidenden Vorsitzenden, Bundeskanzler Kiesinger, und dem Bericht unseres Generalsekretärs, hervorheben. In dieser Diskussion ist eines deutlich geworden: Nach dieser Debatte kann niemand von politischen Richtungskämpfen in dieser Organisation und auf diesem Parteitag sprechen.

(Lebhafter Beifall)

Hier hat jeder in seiner Sprache gesprochen — und das ist unser gutes Recht, das wir in einer Zeit des Konformismus und des zunehmenden Konformitätsdrucks von den jetzt Regierenden betonen und aufrecht erhalten —, aber alle

von denselben Grundsätzen und Zielvorstellungen her, und alle von dem Willen, ihre Arbeit für die Sache der Union und unseres Landes zu leisten.

Und ein weiteres ist auch ganz klar geworden: Die Aufgabe ist es — und hier sind wir durch manche Traditionen in unserer Partei auch belastet, neben den großen Vorzügen unserer Tradition und Geschichte: Partei und Fraktion, Bundespartei, Landesverbände und -vereinigungen, CDU und CSU organisatorisch wie in ihren führenden Persönlichkeiten so zusammenzuführen, daß wir ohne unnötigen Reibungsverlust für das gemeinsame Ziel erfolgreich arbeiten, das gemeinsame Ziel, das von den beiden Kandidaten wie von Dr. Kiesinger und Dr. Heck heute morgen so klar formuliert ist.

Ich möchte nun, meine Freunde, nach Selbstkritik — und an Selbstkritik haben der Vorsitzende und der Generalsekretär heute morgen nicht gespart; ich beziehe mich als Mitglied des Präsidiums gern in diese Selbstkritik ein — und nach Kritik doch auch eines unterstreichen, was nach meiner Überzeugung in den letzten Jahren an Fortschritten sichtbar geworden ist. Ich glaube, daß wir in diesem Präsidium, das jetzt seine Amtsperiode beendet, einen Schritt voran getan haben in einer für die breitere Öffentlichkeit sichtbaren und auch wirksamen Aufgabenverteilung. Wir haben ja in diesem Präsidium Funktionen delegiert: Hans Katzer für die Gesellschaftspolitik, Helmut Kohl für die Bereiche der Publizistik, die wichtigen Bund-Länder-Fragen, Gerhard Schröder für die Außenpolitik, Frau Dr. Wex für die Probleme der Frauen, der Familie, der Kulturpolitik, ich selbst für die Wirtschafts- und Finanzpolitik, um nur die stellvertretenden Vorsitzenden jetzt beispielhaft zu nennen. Ich glaube, daß wir für die Öffentlichkeit sichtbar einen Anfang gemacht haben, dies auch wirksam in der deutschen Politik zu sein. Dies wird, wie ich weiß, von den jetzt Regierenden manchmal schmerzlicher empfunden, als es selbst in unserem Bewußtsein lebendig ist.

Hier müssen wir weitergehen. Das ist unser Strukturproblem in der Führung über den beispielhaft genannten Kreis hinaus oder diejenigen, die nun diese Ämter wahrnehmen: Dies müssen wir auf eine noch breitere Basis stellen. Und ich sage Ihnen ausdrücklich als meine Meinung — ich unterstreiche damit fast alle Beiträge in dieser sachlich geführten Diskussion — : Jeder der beiden Kandidaten ist qualifiziert, diese Partei zu führen, und ich sehe keinen Schaden für die Partei, unabhängig davon, wer gewählt wird. Jeder aber, meine Freunde, hat natürlich auch andere große Pflichten und Aufgaben, die hier beschrieben sind.

Und deshalb bleibt unabhängig vom Ergebnis dieser Wahl die entscheidende Frage: von wem in welchem Zusammenhang der anderen Aufgaben und Pflichten die politischen Führungs- und Koordinationsaufgaben des Vorsitzen-

den der Union am wirksamsten wahrgenommen werden können. Und hier möchte ich nun nach der Erfahrung der letzten Jahre in Bonn im Präsidium und Vorstand, für eine für mich abgeschlossene Periode auch in der Fraktion und in der Führung, glauben, daß die stärkeren sachlichen Argumente für den parlamentarischen Oppositionsführer, unseren Freund Dr. Rainer Barzel sprechen.

(Lebhafter Beifall)

Ich wollte Ihnen nach vielen Vordiskussionen auch diese Meinung hier freimütig vortragen, nach der ich von vielen gefragt bin. Ich möchte eines hinzufügen: Dieser Parteitag ist mit Recht von vielen gewürdigt worden. Ich glaube, wir können das in einer vorläufigen Bilanz gerade dieser Aussprache tun, auch der Darstellung der beiden Kandidaten, ohne dem Urteil derjenigen vorzugreifen, die als kritische Beobachter dazu eine besondere Berufung haben.

Wir haben schon einen Parteitag gehabt, der sich durch eine breit angelegte demokratische Meinungsbildung nach monatelangen Debatten in allen Kreis- und Landesverbänden auszeichnete. Es war unser Berliner Programm-Parteitag 1968, der ein neues Stilelement in die Union hineinbrachte, das für uns dienlich war. Und ich sage Ihnen noch einmal ausdrücklich, daß die Konzipierung und die Führung dieser Diskussion auf Berlin hin ein besonderes Verdienst unseres Freundes Dr. Bruno Heck war, und daß das in der Parteischichte festgeschrieben bleibt.

(Beifall)

Man muß vielleicht hinzufügen in der kritischen Bilanz, daß es uns 1969 noch nicht gelungen ist, diese neue programmatische Ausprägung, den neuen Stil der Union voll in den Bundestagswahlkampf einzubringen. Aber langfristig hat uns Berlin genützt. Und so haben wir heute wieder einen Parteitag, in dem als Ergebnis einer monatelangen Diskussion und eines intensiven sachbezogenen Ringens in den Kreis- und Landesverbänden diese Diskussion erfolgt. Sorgen wir dafür, daß unabhängig von dem Ausgang wir alle, nicht nur die hier Gewählten, von denen es mit Recht ein jeder erwartet, sondern wir alle diesen neuen Stil offener, freimütiger, partnerschaftlicher Diskussion in der gemeinsamen Vertretung unserer Politik sofort fruchtbar werden lassen, um für 1973 angemessen gerüstet zu sein.

(Starker Beifall)

Dr. Rinsche, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das Wort hat nun unser Freund Hans Katzer.

Hans Katzer:

(Mit Beifall begrüßt)

Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben Parteifreunde! Ich möchte in dieser vorgerückten Stunde nur drei ganze kurze Bemerkungen machen. Ich glaube, es war richtig, daß die Mitglieder des Präsidiums erst die Delegierten haben sprechen lassen und sich zum Schluß erst zur Debatte gemeldet haben. Aber ich glaube, es ist auch für Sie wichtig — und Sie haben ein Recht darauf — zu wissen, wie Ihre stellvertretenden Vorsitzenden in dieser Frage denken. Dazu drei Bemerkungen:

1. Ich glaube, hier ist nicht der Ort, programmatische Beiträge zu liefern.
2. Es gibt viele Gründe und gute Gründe für eine Trennung und für eine Zusammenlegung. Aber in fast allen Ländern — Bayern ausgenommen — haben wir, ob wir Regierung sind oder Opposition, praktisch eine Zusammenlegung der Ämter. Das hat doch seinen Grund. Herr Präsident von Hassel hat vorhin mit Recht darauf hingewiesen. Das sollte dem Praktiker, der die praktische Arbeit zu leisten hat, zu denken geben.
3. Langzeitprogramm und 1973: Wir können kein Langzeitprogramm machen, wenn wir 1973 nicht die Bundestagswahl gewinnen.

(Beifall)

Die Vorentscheidungen werden in den großen Parlamentsschlachten im Deutschen Bundestag getroffen. Es hat doch gar keinen Zweck, wenn hier gesagt wird: Nun, wir sind noch nicht am Ziel, das fällt uns nicht in den Schoß. Sehr wahr. Man muß kämpfen. Aber wo müssen wir kämpfen? Wir müssen kämpfen im Deutschen Bundestag.

(Beifall)

Meine Freunde — lassen Sie mich damit schließen —, das sage ich in allem Freimut: Rainer Barzel hat gezeigt, daß er im Bundestag und draußen kämpfen kann, und wir sollten ihm mit unserem Votum diesen Kampf erleichtern.

(Starker Beifall)

Dr. Rinsche, Tagungspräsidium: Das Wort hat nun Frau Dr. Ingrid Obermüller-Kochs, anschließend Herr Dr. Wörner.

Dr. Ingrid Obermüller-Kochs: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Die sozialistisch-liberale Regierung hat in einem erheblicheren Umfang abgewirtschaftet, als es dem Interesse der Bürger der Bundesrepublik Deutschland

lieb sein kann. Diese Tatsache erlegt unserer Entscheidung heute einen schweren Verantwortungsdruck auf.

Wir haben uns monatelang mit der Frage der Kandidatur des ersten Vorsitzenden unserer Partei auseinandergesetzt, und das war sicherlich gut so. Der Bürger hat aber ein Recht, daß diese Diskussionen auch im Hinblick auf die Kandidatur für das künftige Kanzleramt nun endlich ein Ende finden. Denn wann der Regierungswechsel stattfinden wird, weiß heute niemand. Daß wir uns dafür bereithalten müssen, ist allgemeine Überzeugung dieser Partei.

Ich möchte nicht erleben, wie die politische Situation aussehen wird, wenn wir heute zwar zur Wahl unseres Vorsitzenden schreiten und sie sicherlich in dem einen oder anderen Sinn glücklich beenden, und morgen die Diskussion um die Kandidatur des Kanzlers von neuem beginnt und der Bürger wieder nicht weiß, woran er denn nun eigentlich mit der CDU ist. Was wir tun müssen, ist, heute eine Entscheidung zu fällen, die klarmacht, wer unser Kanzlerkandidat ist.

Was wir dann morgen tun müssen, ist, die Diskussion zu beginnen um die Mannschaft. Dann müssen wir dem Bürger zeigen: hier sind unsere Männer und Frauen, mit denen könnt Ihr rechnen, auf sie könnt Ihr vertrauen. Der Bürger hat ein Recht auf Klarheit.

(Beifall)

Dr. Günter Rinsche, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dr. Wörner.

Dr. Manfred Wörner: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Parteifreunde! Vieles an dem, was Professor Biedenkopf hier vorgetragen hat, ist bestechend. Ich persönlich verhehle gar nicht, daß manches davon auch meiner Meinung entspricht oder besser gesagt, entspräche, wenn wir die Entscheidung, die wir heute zu treffen haben, abstrakt oder im luftleeren Raum treffen müßten.

Aber für mich ist eben die Frage auch nach der Personalunion — das möchte ich meinem Freund Geißler sagen — nicht ein für allemal und in der Theorie zu lösen, sondern es ist jeweils eine Frage nach den Personen und der konkreten Entscheidungssituation, in der sich eine Partei befindet.

(Beifall)

Darum, Herr Professor Biedenkopf, stimmt eines Ihrer Argumente mit Sicherheit nicht, das Argument nämlich, daß wir nur dann, wenn wir uns für Rainer Barzel entschieden, auch gleichzeitig eine Entscheidung über den Kanzlerkandidaten trafen, daß aber im anderen Fall nur eine Entscheidung fiele über den Parteivorsitzenden.

Das ist eben nicht der Fall. Wir mögen es bedauern oder wir mögen es begrüßen, in jedem Fall treffen wir mit der Entscheidung, die wir heute zu fällen haben, eine Vorentscheidung über den Kanzlerkandidaten, ob wir für oder gegen Rainer Barzel stimmen, nur daß wir im einen Fall wissen, für wen wir die Vorentscheidung getroffen haben, das im anderen Fall aber nur vermuten können. Darum wäre ich dafür, daß dann wenigstens die Alternativen klar im Raum ständen.

Denn dies ist die Realität: Nehmen wir einmal an, wir entschieden uns gegen Rainer Barzel. Ich habe keinen Moment Zweifel, daß Helmut Kohl das meint, was er sagt, und damit ernst machen würde, für den Fall loyal zu sein, daß etwa Rainer Barzel dennoch zum Kanzlerkandidaten gewählt würde. Aber da fehlt ein wichtiges Zwischenglied. Es ist nicht die Frage beantwortet, wen der Parteivorsitzende Kohl vorschlagen würde, meine Damen und Herren, und für wen er votieren würde. Das muß doch wenigstens auf den Tisch, ehe die Frage der Loyalität zu untersuchen wäre.

Das müßten wir wissen, ehe wir abstimmen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Deswegen ist es zwar theoretisch sehr schön was uns Kollege Vogel erzählt hat, daß er für Kohl und für Barzel wäre. Nur hat er nicht gesagt, wie das zu verwirklichen wäre, und vor allen Dingen haben das die Hauptbeteiligten hier nicht gesagt. Ich wiederhole darum: Ich weiß mit aller Sicherheit, — Sie wissen das mit mir —, was passieren wird, wenn wir heute Nein sagen zur Wahl Rainer Barzels zum Parteivorsitzenden. Dann haben wir, und zwar auf Monate hinaus, meine Damen und Herren, erneut die leidige Personal- und Führungsdiskussion in unserer Partei auf dem Tisch. Wer das unter dem Gesichtspunkt der Wahlen 1973 verantworten kann, der möge das tun.

Dann haben wir — das mag man auf der einen Seite begrüßen; aber ich glaube, niemand wird das hier im Saal tun —, ob man das will oder nicht, im Bundestag einen Fraktionsvorsitzenden — nehmen wir einmal an, er bleibt es —, der nur noch mit halber Kraft und mit halber Autorität Stellung beziehen kann und der die Opposition dann nicht mehr mit der Schlagkraft vertreten kann, die uns seither in der Öffentlichkeit als CDU eine beachtliche Resonanz gesichert hat.

(Beifall)

Stellen Sie sich — ganz praktisch gesehen — einmal die morgigen Schlagzeilen vor. Stellen Sie sich einmal vor, was dann in der Diskussion zwischen CDU und CSU passieren wird.

Eine Frage hat Herr Professor Biedenkopf — so sehr ich ihn persönlich schätze und wie sehr seine Argumente mir sonst imponieren — leider nicht beantwortet. Die hat er nur vom Tisch gewischt: er sehe diese Realitäten nicht. Wie ist es denn, wenn wir zu Rainer Barzel Nein sagen? Dann haben wir doch mit aller Sicherheit einen Parteivorsitzenden, wir haben mit aller Sicherheit einen anderen Fraktionsvorsitzenden — er mag Rainer Barzel oder anderswie heißen; er wird sicherlich nicht identisch mit dem Parteivorsitzenden sein —, und es besteht sogar die Wahrscheinlichkeit, daß wir einen Dritten — den Kanzlerkandidaten — haben. Außerdem haben wir die respektierliche Person von Franz-Josef Strauß als dem Vorsitzenden der CSU. Meine Damen und Herren, in diesem Fall nützt es gar nichts, abstrakt über Loyalität zu reden. Ich unterstelle jedem ein Höchstmaß an Loyalität. Wer von uns wüßte nicht, daß es — Loyalität hin oder her — echte Reibungsverluste, echte Meinungsverschiedenheiten gäbe. Sie können doch nicht verhindern, daß Äußerungen, die von vier kompetenten und gleichrangigen Personen in der Öffentlichkeit gemacht werden, dann auch wiederum gegeneinander interpretiert werden von Leuten, die uns nicht wohl wollen.

(Befall)

Darum sage ich: Ich sehe angesichts dieser Lage keine Alternative zu Rainer Barzel, so sehr ich auch dem Kollegen Kohl — daß weiß er auch — persönlich vertraue, daß er die Partei führen kann.

Ich sage Ihnen ein Weiteres und damit ein Letztes. Wenn wir uns für Rainer Barzel entscheiden, wissen wir, für wen wir uns entscheiden. Lassen Sie mich eines ganz offen aussprechen, was immer wieder in der Diskussion ist und was auch mich bewegt. Wir wollen das ganz offen zugeben: es ist die Frage, ob man mit Rainer Barzel auch die Bundestagswahlen gewinnen könne. Lassen Sie mich eines vorneweg ausräumen. Keiner von uns glaubt — egal, wie unser Kanzlerkandidat im Jahre 1973 heißen wird, daß man, wie das einmal hier gesagt wurde, einen Bundestagswahlkampf nur auf zwei Augen gründen könne. Wir wissen alle, daß wir mit einer Führungsmannschaft insgesamt stehen und untergehen.

Aber ich gehöre zu denen, die aus genauer Beobachtung dessen, was dieser Mann zum einen in der Integration nach innen — das ist noch nicht angesprochen worden — und zum anderen im kämpferischen Vertreten seiner und unserer Auffassung nach außen geleistet hat, der Überzeugung bin, daß in dem Augenblick mit diesem Mann Wahlen zu gewinnen sind, in dem wir alle wie ein Mann hinter ihm stehen. Das ist die Konsequenz, wenn wir ihn wählen.

(Anhaltender Befall)

Dr. Günter Rinsche, Tagungspräsidium: Das Wort hat Frau Laurien.

Dr. Hanna Renate Laurien: Meine Damen und Herren! Als letzter Redner meine ich, hier erst einmal feststellen zu sollen, daß dieses Bild, das unsere Partei hier heute gegeben hat, ein Bild ist, das in faszinierendem Kontrast zu dem Bild einer verkrusteten SPD steht, die von Team redet, aber es nicht leben kann.

(Beifall)

Wenn das bereits ein Bild für unsere Partei ist, dann, meine Damen und Herren, sollten wir uns darüber klar sein, daß Zusammenarbeit nicht allein von Ämtertrennung oder Ämterzusammenfassung abhängt, sondern daß sie auch von den Personen abhängt und daß damit das, was bisher hier an Für und Wider vom Institutionellen her erörtert worden ist, wohl nicht das Ganze ist. Lassen Sie mich deshalb die folgenden kurzen Gesichtspunkte einstreuen, wobei ich hoffe, so kurz zu sprechen, daß das Bild von der langschwänzenden Frau hier nicht aufkommt.

(Beifall)

Nun also die erste Bemerkung: Der Parteivorsitzende Kohl kann für den Kanzlerkandidaten Barzel mehr tun als der Parteivorsitzende Barzel für den Kanzlerkandidaten Barzel.

(Beifall)

Zweitens. Brüning — der, was klar ist, wenn man seine Memoiren liest, an einem gebrochenen Demokratieverständnis litt — hin oder her: der Vergleich zwischen Landtagsfraktion und Bundestagsfraktion hinkt auf beiden Füßen.

(Vereinzelt Beifall)

Hier ist ein anderer Ansatz der Arbeit, hier ist eine andere Dimension der Arbeit. Dies auszuführen ist die Stunde zu vorgerückt.

Die letzte Bemerkung, meine Damen und Herren: Der Parteivorsitzende der Bundes-CDU hat eine Integrationsaufgabe besonderer Art. Er ist der Sprecher für CDU-Verbände, die in den Ländern in der Opposition und in der Regierung stehen. Er hat damit eine parteiinterne Integrationsaufgabe, für die es wichtig ist, daß er diese Möglichkeit der funktionalen Vielfalt, sich auf die oppositionelle und die regierende CDU einzustellen, besitzt. Wenn Sie vorhin die Frage nach der Offenheit für den Kanzlerkandidaten gestellt haben, dann lassen Sie mich bemerken: diese Frage muß, so selbständig wir bei der Entscheidung über den Parteivorsitzenden sind, zusammen mit der CSU behandelt werden. Hier kann man nicht nur von Schwester oder Bruder — wobei ich heute über die

Bruder-Bilder etwas schmunzeln mußte — reden, sondern hier muß man von der in unserem Staate gebotenen Zusammenarbeit sprechen. Deshalb ist die Frage nach der Kanzlerkandidatur bei einem Parteivorsitzenden Kohl eine Frage an Rainer Barzel.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mein Plädoyer für den Parteivorsitzenden Kohl hiermit schließen: ich lernte ihn in einem Wahlkampf kennen, in dem er sich durch jene Ruhe und durch jene Sachkenntnis auszeichnete, die die sogenannten Randgruppen und die Kerngruppen ansprach. Da ist es dann zu billig, zu sagen: die Frauen sind für Kohl. — Nein, meine Damen und Herren, die Leute, die ein neues CDU-Gefühl wollen, so, wie wir es hier heute darzustellen versucht haben,

(Beifall und Oho-Rufe)

die sagen in diesem Sinne ja zu einem Mann modernen Führungsstils.

(Beifall)

Dr. Günter Rinsche, Tagungspräsidium: Zum Abschluß dieser Debatte hat der Parteivorsitzende Dr. Kiesinger um das Wort gebeten. Herr Dr. Kiesinger!

(Beifall)

Dr. h. c. Kurt Georg Kiesinger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mir lange überlegt, ob ich in dieser Debatte in jenem Schwebezustand, in dem ich mich befinde, noch das Wort ergreifen soll. Denn ich befinde mich, glaube ich, in einer einmaligen Situation. Ich bin Parteivorsitzender und Ehrenvorsitzender der Partei unter aufschiebender Bedingung. Das ist natürlich ein etwas schwieriges Amt.

Ich hätte mir unter anderen Umständen Zurückhaltung auferlegt und nicht mehr das Wort ergriffen. Aber ich bitte Sie, zu begreifen, daß die Situation folgendermaßen liegt. Ich habe mich in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit klar zu diesem Strukturproblem geäußert. Ich habe mich, wie Sie wissen, für die Ämtertrennung ausgesprochen.

(Beifall)

Das hat sicher viele meiner Parteifreunde zum Nachdenken angeregt und sicher auch viele beeinflußt. Und ich möchte unter keinen Umständen hier den Eindruck entstehen lassen, als ob ich nun plötzlich auf diesem Parteitag in dieser Frage meine Meinung geändert hätte. Gerade gewisse Äußerungen, die mir heute nachmittag zugetragen worden sind, und zwar im Zusammenhang mit dem, was ich heute über Rainer Barzel gesagt habe, verpflichten mich dazu.

Deswegen lassen Sie mich nur kurz folgendes sagen. Ich habe mit Aufmerksamkeit die Argumente angehört, und es war so, wie es bei mir selber in diesen vergangenen Wochen und Monaten gewesen ist. Das heißt, es gibt keine Lösung, die perfekt ist. Jede der beiden Lösungen ist mit einem Risiko behaftet. Trotzdem bleibe ich dabei, daß wir, weil wir — ich habe es in meiner Rede heute früh gesagt — die schwächste Stelle bei unserer Partei haben, versuchen, eine Lösung zu finden — es hätte ja auch noch denkbare andere gegeben; Herr Echter nach hat eine angesprochen —, die folgendes bringt:

Erstens. Ich war immer der Meinung, daß es in der gegenwärtigen Lage der Partei gar nicht schlecht ist, wenn verschiedene Männer — oder Männer und Frauen — ihren persönlichen Kredit miteinbringen, wenn sie sich für Führungspositionen der Partei entscheiden. Das ist eine gute Sache, gerade jetzt.

Zweitens. Die Frage von Rainer Barzel — wer ist der Mann Nummer eins? — ist ganz klar zu beantworten. Der Mann Nummer eins der CDU nach der Wahl des Kanzlerkandidaten ist der Kanzlerkandidat.

(Vereinzelt Beifall)

Und ich wäre der erste, der dem Parteivorsitzenden sagen würde, daß er etwas Falsches tut, wenn er dem Kanzlerkandidaten in der politischen Aussage etwa ins Wort fallen wollte.

Drittens. Ich habe Helmut Kohl — das ist ein weiterer Grund, warum ich hier spreche — ermutigt, für dieses Amt zu kandidieren. Ich würde es als eine grobe Illoyalität empfinden — und ich hoffe, Sie verstehen das —, wenn ich heute nun nichts gesagt hätte. Ich stehe zu dieser Ermutigung, auch heute noch und auch jetzt noch. Ich habe ihm gesagt, daß er wissen muß, daß diese Kandidatur für ihn ihre Probleme hat. Ich bin immer der Meinung gewesen: ein Kanzler der CDU muß zugleich Vorsitzender der CDU sein. Und das heißt für Helmut Kohl, daß er, wenn er dieses schwere Amt übertragen bekäme, damit rechnen muß, daß er bei dem Sieg der CDU 1973, von dem wir überzeugt sind, auch vor die Situation gestellt wird, daß er dieses Amt abgeben muß,

(Vereinzelt Widerspruch)

— daß er dieses Amt abgeben muß, wenn der neue Kanzler zugleich Parteivorsitzender sein müßte.

(Einzelne Zurufe)

— Ich bitte Sie, diese sehr wohlüberlegte Meinung mit anzuhören! — Andernfalls hätte ich es Helmut Kohl nicht geraten, und Helmut Kohl hat heute, wie Sie gehört haben, ausdrücklich diesen meinen Rat akzeptiert. Das heißt also, er

verstünde sein Amt durchaus als ein Amt auf Zeit. Ich meine, da er dies so *offen gesagt hat, sollten wir es auch respektieren.*

Dies habe ich gesagt, meine Damen und Herren, um zu dem zu stehen, was ich vor diesem Parteitag in der Öffentlichkeit und ihm und anderen Parteifreunden gesagt habe.

Die Argumente will ich nicht wiederholen. Ich stehe etwa zu den Argumenten, die Professor Biedenkopf hier vorgetragen hat.

Im übrigen wiederhole ich, was ich heute früh sagte: Dies ist eine Entscheidung, die jeder nach bestem Wissen und Gewissen treffen muß. Das gilt für jeden von Ihnen, das gilt auch für mich. Welche Entscheidung dieser Parteitag auch treffen mag, wir werden dann alle loyal zu ihr stehen.

(Beifall)

Franz Amrehn, Tagungspräsidium: Herr Präsident! Meine Freunde! Zu Beginn der heutigen Diskussion hat ein Redner gemeint, dieser Parteitag sei einer der entscheidungsreichsten in der Geschichte der CDU. Das kann niemand bestreiten. Aber der Parteitag kann sich doch wohl nicht in einer Personalentscheidung erschöpfen, sondern ist auch verpflichtet, eine Sachaussage zu machen und Sachentscheidungen zu treffen.

(Beifall)

Dazu, meine Freunde, möchte ich einen Sachbeitrag leisten.

Keine Koalition hat bisher so wenig sozial gehandelt wie die sozialliberale Koalition; denn mit ihrer Ausgabenwirtschaft und ihrer Politik der davonlaufenden Preise hat sie einen großen Teil von Sparern, Rentnern und auch Arbeitern um einen wesentlichen Teil ihres Lohnes gebracht. Schon deswegen muß diese Regierung weg!

(Beifall)

Keine Koalition hat bisher so wenig liberal gehandelt wie die sozialliberale Koalition. Diese Regierung ist die erste Regierung, die auf demokratische Kritik hin mit der Einschränkung demokratischer Rechte droht und von Mißbrauch spricht und von Schreibtischtäterschaft. Die Demokratie ist in der Zeit der sozialliberalen Koalition nicht gewachsen, sondern man versucht, die Demokratie zurechtzubiegen, wie man sie braucht. Auch deswegen muß diese Regierung weg!

(Beifall)

Vor allen Dingen aber, meine Freunde, hat keine Koalition so wenig für die

Einheit der Nation getan wie die sozialliberale Koalition. Denn mit ihren Unterschriften unter die Verträge will sie aus eigenem Entschluß festschreiben, was uns durch fremden Willen an Teilung aufgezwungen worden ist, und dies vielleicht mit nur einer Stimme Mehrheit.

Meine Freunde, noch ehe dies geschehen ist, geht diese Regierung neue Verträge ein und unterschreibt sie Krim-Kommuniqués. Sie tut so, als ob die Ratifizierung der Verträge schon längst erledigt und überholt sei. Das darf nicht sein!

Ich stelle die Frage: Was tut in dieser Lage die CDU und dieser Parteitag?

(Beifall)

Wir protestieren, wir opponieren, aber wir gehen vielleicht lieber auseinander, ohne uns dazu hier bekannt zu haben, was dieser Parteitag zu den Lebensfragen, die mit diesen Verträgen verbunden sind, zu sagen hat.

(Beifall)

Deshalb, meine Freunde, bin ich der Meinung, daß der Parteivorsitzende recht hat, der heute in seiner Rede sagte: Die politische Landschaft in Deutschland verlangt von uns klare Entscheidungen. Ich bin der Meinung, wir sind vor uns selbst, vor unserem Volk, aber auch vor den Regierungen anderer Länder heute als Parteitag verpflichtet, zu sagen, daß wir zwar für Verständigung sind, aber gegen Verträge, die eine solche Verständigung auf Dauer unmöglich machen.

(Beifall)

Dies, meine Freunde, ist der letzte Parteitag vor der Ratifizierungsdebatte im Bundestag. Ich finde, hier ist die Partei in ihren Delegierten in der Tat berufen, noch morgen dazu Stellung zu beziehen, was diese Partei zu den Verträgen zu sagen hat.

Deswegen schlage ich Ihnen vor, daß morgen bei der Abwicklung der Anträge eine Resolution erörtert wird, die die folgenden fünf kurzen Punkte umfaßt:

1. Die CDU will einen soliden Frieden Deutschlands mit der Sowjetunion und einen dauerhaften Ausgleich mit den Ostblockstaaten.
2. Dieses Ziel ist auf die Dauer nur erreichbar, wenn unserem ganzen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückgegeben wird.

(Beifall)

3. Durch die Verträge von Moskau und Warschau wird dieser Anspruch ernstlich gefährdet.

4. Deshalb lehnt der Bundesparteitag der CDU die Verträge, wie sie zur Zeit vorliegen, ab.

(Beifall)

5. Fest im freien Europa und im westlichen Bündnis verankert erstreben wir neue Verhandlungen. Ihre Ergebnisse sollen unser Recht auf Selbstbestimmung, auch wenn es heute nicht verwirklicht werden kann, für die Zukunft eindeutig wahren und eine breite Zustimmung in Parlament und Volk finden können. Nur so kann die geplante Konferenz über die Sicherheit und die Zusammenarbeit in Europa für die Deutschen einen annehmbaren Sinn erlangen.

Meine Freunde, diese Resolution ist noch nicht eingebracht, weil ihr die 30 Unterschriften fehlen. Ich fordere Sie auf, Unterschriften hierzu zu leisten, damit wir morgen über diese Resolution abstimmen können.

(Beifall)

Dr. Günter Rinsche, Tagungspräsidium: Unser Freund Jäger hat für heute seine Wortmeldung zurückgezogen.

(Beifall)

Es wird vorgeschlagen, die Tagesordnungspunkte 15 und 16 — Beitragsstaffel und Beitragsanteil der Bundespartei — auf morgen zu vertagen.

(Beifall)

Ich frage Sie, ob Sie einverstanden sind. Wir müssen aber noch die Tagesordnungspunkte 13 und 14 — Bericht der Rechnungsprüfung und Entlastung des Bundesvorstandes — erledigen. — Da Sie einverstanden sind, rufe ich jetzt Punkt 13 der Tagesordnung auf:

Bericht der Rechnungsprüfer.

Den Bericht erstattet Herr Blumenfeld.

Erik Blumenfeld: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Die Unnachgiebigkeit des Präsidiums und der Tagesordnungspunkt veranlassen mich, nach dieser hochinteressanten Debatte und in Erwartung der Wahl noch einmal das Wort zu ergreifen. Ich bitte um Ihre Rücksichtnahme.

Die Institution der Rechnungsprüfer wird im Statut, in der Finanz- und Beitragsordnung sowie der Geschäftsordnung des Bundesschatzmeisters behandelt. Im § 19 des Statuts heißt es:

Die Rechnungsprüfer untersuchen, ob die Ausgabenwirtschaft sinnvoll vorgenommen worden ist. Diese Ausgabenwirtschaft daraufhin zu untersuchen, ob

sie sinnvoll vorgenommen worden ist, stellt also nicht mehr eine Untersuchung nach herkömmlicher Art dar, sondern sie ist mehr eine politische Aufgabe, meine sehr verehrten Freunde.

Im Einvernehmen mit meinem Kollegen, Herrn Horten — wir sind als Rechnungsprüfer vom Parteitag bestellt worden —, möchte ich Ihnen mitteilen, daß sämtliche Berichte über die Bundesgeschäftsstelle, über die Bundespartei seit dem Jahre 1960 und laut Parteiengesetz seit 1968 von vereidigten Wirtschaftsprüfern geprüft worden sind. Es wäre völlig sinnwidrig, wenn nunmehr die Rechnungsprüfer die Arbeit der vereidigten Wirtschaftsprüfer nachvollziehen wollten. Allerdings — ich muß das hinzufügen — geben die Bestimmungen der Finanz- und Beitragsordnungen keine genaue Handhabe dafür, wie die Rechnungsprüfer die ihnen gestellte Aufgabe erfüllen sollen. Wir — Kollege Horten und ich — maßen uns nicht an, nachträglich für die materielle Prüfung der einzelnen Ausgabepositionen eine politische Kontrolle des Bundesvorstandes und seines Präsidiums zu vollziehen.

Daher, meine verehrten Damen und Herren, beschränke ich mich darauf, hier und heute dem Parteitag mitzuteilen, daß, soweit Prüfungsberichte vorliegen, die Kassengeschäfte ordentlich geführt sind und zu keinerlei Beanstandungen Anlaß gegeben haben. Fragen, die wir gemeinsam mit der Bundesgeschäftsstelle noch in den letzten Jahren aufgeworfen haben, sowie Beanstandungen, die wir ausgesprochen haben, sind — soweit sie 1968 und 1969 noch nicht geregelt worden sind — inzwischen in Ordnung gebracht worden. Die Prüfungsvermerke, die vom Gesetz vorgeschriebenen Unbedenklichkeitserklärungen der vereidigten Wirtschaftsprüfer für die Rechnungsjahre 1968, 1969 und 1970 einschließlich der vom Bundesschatzmeister unmittelbar verwalteten Bausteine- und Spendenkonten sind erteilt.

Wenn ich, meine sehr verehrten Damen und Herren und Herr Präsident, für den Kollegen Horten und mich noch eine ganz kurze Schlußbemerkung machen muß, dann wegen des außerordentlichen Ernstes unserer Finanzlage. Wir haben uns zum erstenmal, seit dem wir als Rechnungsprüfer tätig sind, veranlaßt gesehen, an den Bundesvorstand einen vertraulichen schriftlichen Bericht zu geben, in dem wir konkrete Hinweise, Beanstandungen und Vorschläge entwickelt haben. Unter dem Vorbehalt, daß in einer der allerersten Sitzungen des neugewählten Bundesvorstandes die unter anderem von uns — aber auch aus der vom Parteitag in Mainz beschlossenen Finanzordnung — vorgelegten Probleme unverzüglich angefaßt und gelöst werden, schlagen wir vor, die Entlastung des Bundesvorstandes zu beschließen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Partei wie die unsere, die sich anschickt, in kurzer Zeit, wie wir alle hoffen, die Regierungsgeschäfte wieder

zu übernehmen, die die amtierende Bundesregierung an ihrer schwächsten Stelle, nämlich Ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik mit Erfolg ständig angreift, hat die Verpflichtung, ihr eigenes Haus und ihre eigene Finanzlage in Ordnung zu bringen, und zwar hier und heute und ohne Wenn und Aber. Die Parteimitglieder sind aufgefordert, für diese Aufgabe zur Unterstützung des neuzuwählenden Vorsitzenden und des neuzuwählenden Bundesschatzmeisters die notwendigen Opfer zu erbringen. Vielen Dank!

(Beifall)

Dr. Günter Rinsche, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben den Bericht der Rechnungsprüfer gehört. Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Ich rufe Punkt 14 auf:

Entlastung des Bundesvorstandes.

Hier ist Entlastung beantragt worden. Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Wer für die Entlastung des Bundesvorstandes ist, den bitte ich um Erheben der Stimmzahlen. Danke schön. Wer ist dagegen? — Keine Gegenstimmen. Wer Enthält sich der Stimme? — Bei einigen Enthaltungen ist damit Entlastung erteilt.

Ich rufe Punkt 17 auf:

Wahl des Vorsitzenden.

Präsident Dr. Franz Josef Röder: Meine Damen und Herren, dies ist der Tagesordnungspunkt, zu dem ich bitte, daß Sie Ihre Plätze einnehmen und daß wir ihn in guter Ordnung durchführen. Anderenfalls wird — da wir in Kabinen wählen wollen — ein unübersichtliches Gedränge in diesem Saal nicht zu vermeiden sein. Ich bitte dafür um Verständnis.

Bei der Wichtigkeit des Vorganges erlaube ich mir, die einschlägigen Bestimmungen des Statuts und der Satzung Ihnen noch einmal ins Gedächtnis zu rufen.

Es liegen zwei Kandidatenvorschläge vor.

Der Parteitag wählt als Mitglieder des Bundesvorstandes in getrennten Wahlgängen den Vorsitzenden und auf Vorschlag des Vorsitzenden den Generalsekretär, fünf stellvertretende Vorsitzende, den Bundesschatzmeister und weitere Mitglieder. Die Mitglieder des Bundesvorstandes werden in jedem zweiten Kalenderjahr gewählt. Der General-

sekretär wird in jedem vierten Kalenderjahr gewählt. Er kann jedoch auf Vorschlag des Vorsitzenden durch den Bundesausschuß vorzeitig von den Pflichten seines Amtes entbunden werden.

§ 43 unseres Statuts besagt:

Die Wahlen der Mitglieder des Bundesvorstandes erfolgen geheim und durch Stimmzettel. Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen zählen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mit, jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit.

§ 11 der Verfahrensordnung für den 19. Bundesparteitag lautet:

Bei Wahlen zählen Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mit; jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

Meine Damen und Herren, für die Wahl zum Vorsitzenden rufe ich die Nr. 1 aus dem mit der Stimmkarte zusammengeleimten Stimmzettelblock in weißer Farbe auf. Das Ausfüllen der Stimmzettel erfolgt in den von mir ausgesehenen auf der rechten Seite des Tagungspräsidiums eingerichteten Kabinen. Auf den Stimmzetteln wird der Name eines der beiden Kandidaten — also Barzel oder Kohl — oder Enthaltung geschrieben. Stimmzettel, die andere Namen als die der beiden Kandidaten tragen, sind ungültig.

Nach den Feststellungen der Mandatsprüfungskommission sind 522 Delegierte wahlberechtigt. Die Delegierten der Exil-CDU haben nach § 38 des Statuts kein Wahlrecht.

Die Delegierten werden von mir landesverbandsweise in einer Reihenfolge zur Abgabe ihrer Stimmen an den Wahlkabinen aufgerufen, die sicherstellt, daß das unvermeidbare Gedränge im Saal, von dem ich eben sprach, möglichst gering bleibt. Das geschieht am besten dadurch, daß ich wechselweise die Landesverbände aufrufe, die jeweils ihren Platz auf der rechten bzw. auf der linken Seite des Plenums haben. Die Mitglieder der Stimmzählkommission wollen bitte inzwischen ihre Plätze an den Wahlkabinen einnehmen.

Ich habe eine herzliche Bitte an die hier anwesenden Vertreter von Presse, Fernseh- und Rundfunkanstalten, Bildagenturen, an die Photoreporter, denen im Laufe des Tages hier vorne im Saal eine große Bewegungsfreiheit eingeräumt worden ist. Ich glaube, das kann man anerkennen.

Ich bitte, während des Wahlgangs, bei dem es ja nichts zu photographieren gibt, hier vorne den Durchgang für die Delegierten freizugeben. Ich verspreche

Ihnen, daß Sie dann, wenn der Wahlgang beendet ist, volles und ungehinder-tes Schußfeld bekommen werden. Aber nunmehr wollen Sie bitte den Platz freimachen, damit die Delegierten freien Durchgang haben. Ich bitte, dafür Verständnis zu haben und diesem meinem Wunsche Rechnung zu tragen. Ich bitte die Ordner, dafür zu sorgen, daß meinem Wunsch etwas Nachdruck ver-liehen wird.

Ich mache alle Delegierten ausdrücklich darauf aufmerksam, daß sie den bei den Wahlkabinen sitzenden Mitgliedern der Stimmzählkommission ihren Dele-giertenausweis vorzeigen müssen, ehe sie ihre Kabinen zum Ausfüllen des Stimmzettels in weißer Farbe — ich wiederhole es — aufsuchen und ihre Stimmzettel in die dort aufgestellten Wahlurnen werfen können.

Auch die Delegierten ersuche ich dringend, nach der Abgabe ihres Stimm-zettels unverzüglich, d. h. ohne jeden unnötigen Aufenthalt, für die nachkom-menden Delegierten den Weg wieder freizugeben.

Ich habe mir erlaubt, diese Bitte auszusprechen, weil ich meine, daß wir dann mit dem etwas umständlichen, aber notwendigen Wahlvorgang schneller und reibungsloser fertig werden.

Außerdem werde ich soeben darauf aufmerksam gemacht, daß die Möglichkeit besteht, die Zellen von der Seite und von oben einzusehen. Ich wäre dank-bar, wenn die Plätze während der Zeit des Wahlgangs geräumt würden, damit eine absolute Geheimhaltung gewährleistet ist.

Hier vorne vor dem Präsidium muß auch Platz geschaffen werden; vorher eröffne ich den Wahlgang nicht.

(Beifall. — Folgt Aufruf der einzelnen Landesverbände und Stimmabgabe der Delegierten)

Präsident Dr. Franz Josef Röder: Meine Damen und Herren, sind noch wahl-berechtigte Delegierte im Saal, die ihre Stimme noch nicht abgegeben haben?

(Zurufe: Ja!)

— Dann muß ich noch einen Augenblick warten.

Meine Damen und Herren, ich darf nun zum letztenmal fragen, ob noch ein Delegerter oder eine Delegierte im Saal sind, die ihre Stimme noch nicht abgegeben haben. — Das ist ganz offensichtlich nicht der Fall.

Dann erkläre ich den Wahlgang für geschlossen und unterbreche die Sitzung bis zur Bekanntgabe des Stimmergebnisses.

(Unterbrechung: 19.50 Uhr)

(Wiederbeginn: 20.12 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Wahlergebnis bekannt.

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 521. Ungültige Stimmen: 1. Gültige Stimmen: 520. Enthaltungen: 2. Erforderliche Mehrheit: 260 Stimmen. Herr Dr. Rainer Barzel erhielt 344 Stimmen.

(Beifall)

Herr Dr. Helmut Kohl erhielt 174 Stimmen.

(Beifall)

Damit ist Herr Dr. Rainer Barzel gewählt. Ich gehe davon aus, daß er die Wahl annehmen wird, und spreche ihm unsere herzlichen Glückwünsche aus.

(Beifall)

Ich wünsche ihm und uns, daß er eine glückliche Hand haben möge.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, ich erteile nunmehr dem neugewählten Vorsitzenden, unserem Parteifreund Dr. Rainer Barzel, das Wort.

(Beifall — Auf dem Weg zum Rednerpult muß Dr. Rainer Barzel zahlreiche Glückwünsche entgegennehmen)

Dr. Rainer Barzel: Meine liebe Freunde! Ich nehme diese Wahl an.

Ich danke für das besonders große Vertrauen. Ich weiß, daß schwere Arbeit vor uns allen liegt, und ich spüre die Erwartungen, die wir aneinander haben; denn keiner wird es allein schaffen. Ich weiß, daß alle mitmachen. Ich weiß dies insbesondere von Helmut Kohl, mit dem ich am Freitag die Schlußversammlung zum Bremer Wahlkampf gemeinsam bestreiten werde.

(Lebhafter Beifall)

Und dies, lieber Herr Kohl, ist erst der Anfang, wie ich denke.

Ich möchte auch gleich meinen Kollegen Gerhard Schröder sehr herzlich bitten, sich zu entschließen, hier in der gleichen Weise mitzumachen, wie wir es in diesem Team brauchen; denn wir brauchen die beste Mannschaft für Deutschland, um diese Regierung zu schlagen.

(Beifall)

und dazu brauchen wir Gerhard Schröder.

(Beifall)

Meine Freunde, wir alle zusammen, Sie im Saal, unsere Mitglieder und unsere Freunde draußen, unsere Freunde in den Stadtparlamenten, in den Kreistagen, in den Landtagen, unsere Mitglieder, die delegiert sind, Sie alle an diesem Tisch — ich nenne da jetzt keinen —, wir alle haben die Pflicht, nun nicht nur an die Änderung in Bonn zu denken und dafür zu kämpfen, sondern dieser Partei das Gesicht zu erhalten, das sie sich hier heute mühsam für uns alle gegeben hat, — und das hat keine andere Partei in Deutschland aufzuweisen, meine Freunde.

(Beifall)

Mein Dank gilt Ihnen, Herr Ehrenvorsitzender Kurt Georg Kiesinger. Dies ist kein politischer Abschluß, dies ist kein Abschied — wir haben uns heute morgen darüber verständigt —, sondern wir alle und ich zuerst bitten Sie um Mitarbeit und Rat, wie ich es seit Jahren selbstverständlich mit Ludwig Erhard pflege.

Meine Damen und Herren, in dieser Stunde sollte unvergessen sein — ich sage dies mit Bedacht —, daß Kurt Georg Kiesinger einer der Architekten der deutschen Außenpolitik war und daß er die Fundamente unserer Außenpolitik unzerstört durch die Zeit der Großen Koalition erhalten hat. Dies muß hier festgehalten werden.

(Lebhafter Beifall)

Es ist sein bleibendes Verdienst, uns im Jahre 1966 aus einer schweren Lage — ich sage dies freimütig — befreit und eine sehr schwierige Koalition erfolgreich geführt zu haben.

Wenn wir morgen ausführlich und konkret — diese Stunde ist dafür nicht geeignet; sie soll nur ein kurzes Wort beinhalten — unsere Sorgen um Staat und Sicherheit und Zukunft und Europa hier formulieren werden, muß auch unsere Alternative klar sein. Als Kurt Georg Kiesinger diesen Staat in andere Hände in der Regierungsverantwortung übergab, war dieser Staat in Ordnung, meine Freunde!

(Beifall)

Ich danke unserem Generalsekretär Bruno Heck, einem Mann — viele von Ihnen wissen das —, mit dem mich persönliche Freundschaft ebenso verbindet wie die Tatsache, daß wir nicht immer in allem einer Meinung waren. Aber das, meine Freunde, zeichnet diese Partei aus. Ich meine, wir sollten

hier einmal sagen: Wir, die wir es wissen, sind uns darüber klar, was Bruno Heck für diese Partei getan und was er erfolgreich geleistet hat. Denn, meine Freunde, die Wahlkämpfe haben wir immer gewonnen, und ganz unbeteiligt kann er daran nicht gewesen sein, wie heute manch einer meinen möchte.

(Beifall)

Ich bitte deshalb auch Bruno Heck, sich weiter zur Mitarbeit und zu kritischem Rat hier zur Verfügung zu halten.

Ich danke noch einmal — ich tat es schon vorher — unserem Freund Kurt Schmücker, den, meine Freunde, persönliche Gründe, die er Ihnen heute mitgeteilt hat, dazu bewogen haben, sein Amt als Bundesschatzmeister zur Verfügung zu stellen. Es sind Gründe, die wir seit langem konkreter kennen. Er hat seine Arbeit im Dienst an dieser Partei und dieser schwierigen Aufgabe unter Hintansetzung seiner Gesundheit wirklich mit aller Kraft betrieben. Lieber Kurt Schmücker, ich möchte hier heute einmal sagen: Es ist in dieser Partei unvergessen, daß Du der Mann bist, der Mittelstandspolitik in Deutschland zum erstenmal formuliert und dann durchgesetzt hat. Dies muß hier heute einmal gesagt werden.

(Beifall)

Es muß gesagt werden, daß nicht nur der Schatzmeister, sondern auch der langjährige Bundesminister Kurt Schmücker unser aller bleibenden Dank verdient.

Zu den praktischen Dingen habe ich vorher gesprochen. Meine Freunde, morgen wird mehr zur Politik zu sagen sein. Ich möchte deshalb heute am Schluß ein Wort nur — ein ganz kurzes — an uns alle richten. Ich sagte in der Rede, die ich heute nachmittag hier halten durfte: Die Partei, das sind wir alle. Ich möchte jetzt hinzufügen: Darum wollen wir einander helfen und einander beistehen, und dazu gehört, daß wir dem anderen den kritischen Rat in Freundschaft nie vorenthalten.

Darum bitte ich, und darum soll es unsere Maxime sein, einander zu sagen, was uns beschwert, nicht aber anderen dies zuerst und gar laut und mit Schlagzeilen zu sagen.

(Beifall)

Meine Freunde, wir sollten uns bemühen, zuerst immer selbst für unsere Sache das Notwendige zu tun, bevor wir von anderen etwas verlangen. Ich verspreche, nur in diesem Sinne den Dienst zu leisten, den Sie mir — freilich nicht gegen meinen Willen — heute aufgetragen haben. Ich danke Ihnen und

sehe der politischen Debatte morgen, wo wir viele andere Dinge mehr werden auszuführen haben, mit Genugtuung entgegen.

Ich habe nur eine Bitte, weil ich morgen während der Wahl zum Präsidium und zum Vorstand natürlich nicht das Wort nehmen kann: Meine Freunde, wählen wir die homogene Führungsmannschaft, die dem Charakter der Union auch und gerade dann und dort entspricht, wo das Zahlengewicht von Gruppen vielleicht noch nicht so entwickelt ist, wie wir es für die Politik für morgen brauchen. Ich danke Ihnen.

(Starker Beifall)

Präsident Dr. Franz Josef Röder: Meine Damen und Herren, ich darf bitten, auch noch ein kurzes Wort von Herrn Dr. Helmut Kohl anzuhören. Bitte schön, Herr Kollege Kohl, Sie haben das Wort.

Dr. Helmut Kohl:

(Mit starkem Beifall begrüßt)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde und vor allem lieber Rainer Barzel! Ich darf Ihnen noch einmal sehr herzlich zu Ihrer Wahl gratulieren. Dies war eine faire Entscheidung. Ich hoffe, dies war für die Union auch ein großer Tag in der Geschichte unserer Parteitage.

Wenn zwei kandidieren, kann wirklich nur einer gewinnen. Es gilt, was ich vorhin am Nachmittag hier sagte, daß ich ganz selbstverständlich dem neugewählten Bundesvorsitzenden der CDU zur Seite stehen werde.

(Beifall)

Wir, die wir — gleich welchen Alters — in dieser oder jener wichtigen Funktion der Partei oder des Staates stehen, werden oft von den ganz Jungen gefragt: Was ist eigentlich die Idee eures Staates? Was ist die Idee eurer Partei? Da kann man viel reden. Wir haben jetzt eine gute Gelegenheit, zusammen vorzuleben, was wir meinen.

(Anhaltender Beifall)

Präsident Dr. Franz Josef Röder: Meine Damen und Herren, ich glaube, ich spreche in Ihrer aller Namen, wenn ich Herrn Dr. Kohl sehr herzlich für diesen Ausdruck der Loyalität danke.

Ich darf noch bekanntgeben, daß für die Delegierten und Gäste des Parteitage die Busse um 21.00 Uhr vor der Halle bereitstehen. Die Antragskommission tagt morgen nicht, wie früher angegeben, im Haus Berlin, sondern um 8.15 Uhr hier in der Saarländhalle. Ich schließe die Sitzung.

(Ende: 20.25 Uhr)

Dienstag, 5. Oktober 1971

III. Plenarsitzung, Beginn 9.30 Uhr

Adolf Müller, Remscheid, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Verhandlungen am zweiten Tage des Bundesparteitages und begrüße Sie im Namen des Präsidiums sehr herzlich.

Meine Damen und Herren, zum Ablauf des heutigen Vormittages schlägt Ihnen das Präsidium folgendes vor. Aus der gestrigen Tagesordnung sind noch die Punkte 15 und 16 zu behandeln: Beschlußfassung über die Beitragsstaffel und Beschlußfassung über den Beitragsanteil der Bundespartei. Wir schlagen Ihnen vor, diese beiden Punkte in den Pausen zwischen den Wahlen zu behandeln, um möglichst rationell zu arbeiten. Ist der Parteitag damit einverstanden?

(Beifall)

— Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Wir würden dann mit der Wahl des Generalsekretärs beginnen. Dazu ist aber folgendes zu sagen. Ihnen liegt der Antrag 24.10 der Jungen Union vor. Außerdem liegen Ihnen — ausgedruckt in dem Antragsheft — die Anträge 24.04, 24.05 und 24.06 des Kreisverbandes Bonn vor. In diesen Anträgen geht es auch um den Generalsekretär. Ich würde es für richtiger halten, wenn wir zunächst diese satzungsändernden Anträge behandelten, weil es in ihnen, wie gesagt, um die Frage des Generalsekretärs geht. Ist der Parteitag auch damit einverstanden? — Ich höre keinen Widerspruch.

Dann möchte ich Sie noch über folgendes informieren. Die Verfahrensordnung sieht vor, daß für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden und der Mitglieder des Bundesvorstandes beim Präsidium schriftliche Vorschläge einzureichen sind. Damit die Wahlvorschläge auch abgezogen werden können, wäre ich Ihnen dankbar, wenn wir beschließen könnten, daß diese schriftlichen Personalvorschläge hier beim Präsidium bis 10.15 Uhr abgegeben werden müssen — natürlich nur, soweit die Namen nicht schon auf der Liste der vorgeschlagenen Kandidaten stehen. Ist der Parteitag damit einverstanden?

(Beifall)

— Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich schlage weiter vor, auch für die Einreichung der Sachanträge einen Zeit-

punkt zu setzen, damit die Antragskommission überhaupt noch beraten kann. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn wir beschließen könnten, den Zeitpunkt für die Einreichung irgendwelcher Initiativanträge auf 10.30 Uhr festzulegen. Ich frage, ob der Parteitag damit einverstanden ist. — Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist auch das so beschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach der Verfahrensordnung müssen dann zunächst die Anträge des Kreisverbandes Bonn und der Jungen Union begründet werden. Wer gibt die Begründung für den Kreisverband Bonn ab? — Bitte, Herr Rosorius!

Jürgen Rosorius: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Auftrag des Kreisverbandes Bonn möchte ich einige Bemerkungen zu unserem Antrag machen, gleichzeitig aber vorausschicken, daß wir der Ansicht sind, daß alle Überlegungen zu einer neuen Struktur der Partei aus einer aktuellen personalpolitischen Diskussion herausgehalten werden sollten, daß diese Überlegungen am besten gemeinsam mit dem neugewählten Bundesvorstand in einer Kommission angestellt werden sollten, die möglichst bald eingesetzt werden sollte und die auch prüfen sollte, wie sich die Vorstellungen, die Herr Dr. Barzel hier hier im Hinblick auf die neue Struktur der Partei geäußert hat, vielleicht auch in einem Organisationsstatut niederschlagen könnten.

Zusammenfassend möchte ich sagen! Wir legen nicht unbedingt Wert darauf, daß dieser Antrag des Kreisverbandes Bonn inhaltlich so verabschiedet wird, daß es heute zu konkreten Satzungsänderungen kommt. Wir sind vielmehr der Meinung, daß diese gesamten Probleme einer Kommission zur Überarbeitung überwiesen werden sollten. Wir glauben, daß sich diese Kommission sehr intensiv mit dem Problem des Dualismus zwischen politischem Management und politischer Führung auseinandersetzen sollte. Wir sind auch der Meinung, daß es Aufgabe des Präsidiums ist, die Verantwortung für alle Geschäfte der Partei voll zu übernehmen, und daß es nicht sinnvoll sein kann, daß der Generalsekretär in diesem Bereich eine sehr weite, zum Teil politische Funktion hat. Wir glauben, daß es insgesamt für die Partei besser wäre, zu einer klaren Trennung zwischen politischem Management auf der einen Seite und politischer Führung auf der anderen Seite zu kommen. Aber diese Diskussion sollte in Ruhe geführt werden, und wir glauben, daß das am ehesten in einer Kommission geschehen kann, die den konkreten Auftrag bekommt, bis zum nächsten Bundesparteitag Änderungen des Parteistatuts vorzulegen und vielleicht auch uns ein Organisationsstatut hier vorzulegen. Soviel zum Bonner Antrag.

(Beifall)

Adolf Müller, Remscheid, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Zur Begründung des Antrags der Jungen Union hat das Wort der Delegierte Bernd Neumann, der Stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Union.

Bernd Neumann: Meine Damen und Herren! Ich kann meinem Vorredner insofern zustimmen, als es sicherlich sinnvoll ist, die gesamten Satzungsfragen nicht unbedingt heute und hier zu lösen. Anders stellt sich die Problematik aber in Verbindung mit der Funktion des Generalsekretärs. Wir sind der Auffassung: Wenn wir der Meinung sind, daß die Funktion des Generalsekretärs nicht so optimal genutzt ist, wie es notwendig wäre, dann ist es auch sinnvoll, hier und heute eine Änderung zu treffen, da der Generalsekretär für vier Jahre gewählt wird, und daß die zukünftige Arbeit entscheidend festgelegt werden könnte. Lassen Sie mich hierzu einige Bemerkungen machen:

Die Junge Union ist der Auffassung, daß die Schlagkraft und Leistungsfähigkeit der Partei nicht nur abhängt von Personen, sondern ebenfalls von der Struktur der Führungsspitze. Wenn wir bedenken, daß aufgrund der gestern getroffenen Personalentscheidung die Ämter des Fraktionsvorsitzenden, des Parteivorsitzenden und des Kanzlerkandidaten zusammengelegt sind, so ergibt sich daraus, daß es notwendig ist, den Parteivorsitzenden in vielen Arbeiten entscheidend zu entlasten. In diesem Zusammenhang hat die Funktion des Generalsekretärs eine besondere Bedeutung. Wir sind nicht der Auffassung, daß es richtig war, wie bisher den Generalsekretär einmal zu verstehen als politischen Repräsentanten, ihn gleichzeitig aber zu belasten mit den Aufgaben des Parteimanagements. Wir folgern daher — und stellen einen dementsprechenden Antrag —, daß hier eine ganz klare Kompetenzzuteilung vorgenommen werden soll. Nach unserer Auffassung soll es so sein, daß der Geschäftsführende Vorsitzende — das ist unser Vorschlag — zuständig ist für die politischen Angelegenheiten in Vertretung des Bundesvorsitzenden, daß unabhängig davon aber der Bundesgeschäftsführer die Verantwortung trägt für die Organisationsfragen der Partei, der verantwortlich ist für das Management in dieser Partei.

Wenn Sie diesem Vorschlag folgen und über ihn heute und hier entscheiden, dann ist sicherlich gewährleistet, daß wir in den nächsten vier Jahren eine Führungsstruktur haben, die den Notwendigkeiten der Aufgaben, die auf uns zukommen, gerecht wird. Ich bitte Sie daher, diesem Vorschlag der Jungen Union Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall)

Adolf Müller, Remscheid, Tagungspräsidium: Danke sehr. Für die Antragskommission hat Herr Benda das Wort.

Ernst Benda: Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Die Antragskommission hat sich heute morgen mit allen die Satzung betreffenden Anträgen beschäftigt; das sind die Anträge 24.01 bis 24.10. Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, alle diese Anträge, auch den Antrag 24.10, zu dem Herr Neumann eben gesprochen hat, dem neuen Bundesvorstand zu überweisen und diesen um eine Prüfung dieser Anträge und geeignete Vorschläge an einen künftigen Bundesparteitag zu bitten. Zur Begründung dazu möchte ich noch folgendes sagen:

Es besteht zwischen meinen Herren Vorrednern, Herrn Rosorius und Herrn Neumann, sowie der Antragskommission Einstimmigkeit im Prinzip über alle Satzungsfragen, nämlich darüber, daß sie jetzt nicht behandelt werden können, sondern im neuen Bundesvorstand behandelt werden müssen. Das gilt nach Auffassung der Antragskommission aber auch und gerade für den Antrag der Jungen Union, der eben noch einmal begründet worden ist.

Die Antragskommission ist der Meinung, daß wir gestern bei der Wahl des neuen Bundesparteivorsitzenden eine Entscheidung getroffen haben in Kenntnis seiner Vorstellung, in Kenntnis seiner personellen Vorschläge und in Kenntnis der durch die geltende Satzung vorgegebenen Struktur. Ob diese Struktur die optimale der Partei ist, darüber wird sehr ernsthaft nachzudenken sein. Im gegenwärtigen Zeitpunkt sind wir aber der Auffassung, daß wir gehalten sind, auf der Basis der gestern vorgelegten Konzeption unsere Entscheidung über die weiteren personellen Vorschläge zu treffen. Es sollte einem neuen Bundesvorstand vorbehalten bleiben, die aufgeworfenen Fragen zu prüfen und es dann der Entscheidung eines künftigen Bundesparteitages zu überlassen.

Ich wiederhole also: Die Antragskommission empfiehlt, alle Anträge, einschließlich des Antrages der Jungen Union 24.10, dem neuen Bundesvorstand zur Überprüfung und zur Ausarbeitung geeigneter Vorschläge zu überweisen.

(Beifall)

Adolf Müller, Remscheid, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Benda. Ich habe eine Wortmeldung hier, wobei ich den Parteitag bitten möchte — ich glaube, die Positionen sind gestern schon klar geworden —, daß wir uns sehr bald dann auch auf die weitere Arbeit konzentrieren.

Herr Stanitzek, Hessen, hat das Wort.

Reinhold Stanitzek: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob wir hier auseinandergehen und dem Vorschlag von Herrn Benda als dem Vorsitzenden der Antragskommission mit vollem Herzen zustimmen können.

Sie haben gestern sicher den Vorsitzenden, den ersten Mann dieser Partei,

gewählt. Aber wir sind uns alle einig, daß die Entscheidung für den Parteivorsitzenden allein doch noch nicht ausreicht, um die Bundestagswahl 1973 mit allen Mitteln zu gewinnen. Ich frage Sie, ob wir hier auseinandergehen können, ohne geklärt zu haben, wie die Kompetenzbegrenzung zwischen Generalsekretär und dem Bundesgeschäftsführer sein wird. Der Vorschlag, der hier vom Herrn Parteivorsitzenden Rainer Barzel vorgebracht wird, scheint doch so zu sein, als wenn hier aufgrund der früheren Stellung des Herrn Kraske sich Schwierigkeiten zwischen dem Bundesgeschäftsführer und dem Generalsekretär ergeben könnten. Deswegen meine ich, daß wir eine Strukturfrage klären sollten in dem Sinne, daß wir klare Verantwortlichkeiten schaffen, den Antrag der Jungen Union annehmen und einen Geschäftsführenden Bundesvorsitzenden schaffen. Es ist doch wohl nicht zuviel gesagt, wenn man betont, daß Rainer Barzel als ein Mann nur eine beschränkte Arbeitskraft hat, den Vorsitzenden bei dieser schwierigen Frage, der Gewinnung der Wahl 1973, unterstützt.

(Beifall)

Adolf Müller, Remscheid, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, die Anträge sind begründet. Die Antragskommission hat Stellung genommen. Es hat noch jemand für den Antrag gesprochen. Für den Bundesvorstand spricht nun noch Herr Windelen.

Heinrich Windelen: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Namens des Bundesvorstandes und der Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe darf ich Sie bitten, entsprechend dem Vorschlag der Antragskommission die Anträge an den Vorstand zu überweisen. Es gibt keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß das Parteistatut aktualisiert werden muß. Es gibt keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß die Zuständigkeiten in der Bundesspitze klarer abgegrenzt werden müssen. Es gibt auch keine Meinungsverschiedenheiten über die Notwendigkeit einer Verbesserung der Führungsstruktur, und wir sind uns einig darüber, daß die Aufgabenverteilung im Vorstand besser abgegrenzt werden muß.

Meine Damen und Herren, sowohl der Bundesvorstand als auch die antragstellenden Landesverbände messen diesen Entscheidungen besondere Bedeutung bei. Sie sind deswegen der Auffassung, daß diese Änderungen sehr sorgfältig formuliert werden müssen. Sie befürchten, daß, wenn diese sorgfältige Vorarbeit nicht geleistet wird, das Statut auf dem nächsten Parteitag wieder geändert werden müßte.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie namens des Bundesvorstandes und namens der Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe, die Anträge 24.01 bis 24.10 an den Bundesvorstand mit folgendem Auftrag zu überweisen: erstens

unverzüglich die notwendige klare Abgrenzung der Funktionen in der Führung der Bundespartei sicherzustellen, zweitens die damit verbundenen Statutenänderungen zu formulieren, drittens diese Änderungsvorschläge den Landesverbänden zuzuleiten mit dem Ziel, diese Änderungen auf dem nächsten Bundesparteitag zu verabschieden.

(Beifall)

Adolf Müller, Remscheid, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Bundespartei-vorsitzende.

Dr. Rainer Barzel (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine lieben Freunde! Ich möchte eine persönliche Bemerkung zu dieser wichtigen Frage machen. Ich fürchte, daß, wenn wir jetzt eine nicht ganz überlegte Entscheidung trafen, wir in Widerspruch zu dem geraten könnten, was uns gestern alle, egal wie wir in anderen Fragen gedacht haben, verbunden hat.

Wir waren gestern miteinander recht stolz darauf, daß dies eine Partei ist, die sorgfältig von unten nach oben diskutiert und die sich dann auch bemüht, auf einem Parteitag alle anstehenden Fragen breit zu erörtern. Wenn wir jetzt diesen Antrag, der den meisten Delegierten erst wenige Stunden bekannt ist, plötzlich zur Entscheidung stellten, dann fürchte ich, würde er schon deshalb nicht das Ziel erreichen, das die Antragsteller wünschen, weil die Zeit zum Überlegen, zum Diskutieren zu kurz ist, mit anderen Worten: wir würden ein Stück des innerparteilichen Gewinns, den wir uns gestern durch breite Diskussion gegenseitig bescheinigt haben, heute in dieser Frage wieder verlieren.

Zur Sache: Ich habe vor, für nächsten Montag das nachher zu wählende Präsidium einzuladen und alsbald darauf den Bundesvorstand. In diesen beiden ersten Sitzungen wird die Abgrenzung der Fragen, um die es hier geht — und niemand bestreitet, daß Fragen zu lösen sind — zunächst durch einen Beschluß dieser Gremien, so hoffe ich zuversichtlich, erfolgen. Alle anderen Satzungsanträge werden, wie das für die Antragskommission Herr Benda beschrieben hat, auf dem Wege zu entscheiden sein.

Ich wäre deshalb dankbar, wenn wir in der Konsequenz der Linie erst überlegen, breit diskutieren und dann entscheiden — wie wir das gestern auch hatten — wie wir uns in dieser Frage verhalten können.

(Beifall)

Adolf Müller, Remscheid, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Hauser aus dem Rheinland.

Dr. Alo Hauser: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Drei der hier zur Debatte stehenden Anträge zum Statut sind vom Kreisverband Bonn gestellt worden. Wir sind bei der Antragstellung von vornherein davon ausgegangen, daß das Forum dieses Parteitages zur Stunde der Behandlung der Anträge mit einer intensiven Diskussion nicht mehr befaßt werden könnte.

Wir nehmen mit Befriedigung Kenntnis von dem, was der Bundesvorstand und die Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe durch Herrn Windelen vorgeschlagen haben. Wir würden es aber für sinnvoll halten — das gilt dann nicht nur für die Anträge des Kreisverbandes Bonn, sondern auch für die anderen Anträge zum Statut —, daß, wenn hier heute morgen eine Diskussion mit einer ausführlichen Einzelbegründung nicht möglich ist, den jeweiligen Antragstellern, die sich ja Gedanken gemacht haben, Gelegenheit gegeben wird, im Rahmen der Beratungen, die der Bundesvorstand vornimmt, dort einmal vorzutragen, was sie zu ihren Überlegungen veranlaßt hat. Es sollte nach unserer Auffassung die Möglichkeit einer Anhörung geschaffen werden.

(Beifall)

Adolf Müller, Remscheid, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dieter Weirich aus Hessen.

Dieter Weirich: Herr Präsident! Meine lieben Freunde! Ich möchte in diesem Augenblick davor warnen, diesen Antrag zu überweisen und hier nicht zu behandeln. Ich möchte dafür einige politische Gesichtspunkte aufzeigen.

Wir haben gestern Dr. Rainer Barzel mit großer Mehrheit zum neuen Parteivorsitzenden gewählt und sind sicherlich froh über diese Entscheidung. Der Parteitag sollte aber nun bemüht sein, Rainer Barzel eine ausgewogen besetzte und schlagkräftige Führungsmannschaft der besten Unionspolitiker an die Seite zu geben. Das ist unsere heutige Aufgabe.

Der Parteivorsitzende hat das Recht, einen Generalsekretär vorzuschlagen. Der Parteitag hat aber auch das Recht — wenn er die Einsicht gewinnt, der Partei mit anderen Lösungen besser gedient zu haben, sogar die Pflicht —, einem solchen Vorschlag nicht nur zu akklamieren, sondern nach kritischer Prüfung eine vielleicht bessere Entscheidung zu treffen. Der Deutschlandtag der Jungen Union und die große Mehrzahl der Delegierten der Jungen Union auf diesem Parteitag waren sowohl mit dem personalpolitischen Vorschlag von Helmut Kohl, der sich auf die Fortsetzung der Amtszeit von Bruno Heck festlegte, als auch mit der Entscheidung von Dr. Rainer Barzel, der den früheren Bundesgeschäftsführer Dr. Kraske auf diesem Posten sehen will, nicht zufrieden.

(Beifall)

Nun wird es manche Stimmen geben, die in falscher Besorgtheit und unnötiger Aufgeregtheit annehmen, es handle sich bei einer solchen ablehnenden Haltung um einen leisen oder auch weniger leisen Affront gegen den neuen Bundesvorsitzenden Dr. Rainer Barzel. Der neue Parteichef, der das Vertrauen von uns allen genießt, soll eine starke Mannschaft bekommen. Deswegen sind wir der Meinung, daß mit den bekanntgewordenen Nominierungen bereits einige falsche Schritte zur Bildung eines solchen schlagkräftigen Teams unternommen worden sind.

In der Satzung steht ganz bewußt, der Parteitag habe den Generalsekretär zu wählen und gestehe dem Parteivorsitzenden ein Vorschlagsrecht zu, weil dieser Mann ein besonderes Vertrauensverhältnis, eine besonders ausgeprägte Loyalität zu seinem Vorsitzenden haben muß. Die Satzung sieht aber gleichsam nicht eine Ernennung des Generalsekretärs vor; denn sie will, daß der Parteitag über dieses bedeutsame Spitzenamt in der Partei ein Urteil fällt und den Mann an der Spitze des Managements der Partei sorgfältig auswählt. So auch geschehen auf dem CDU-Bundesparteitag vor vier Jahren in Braunschweig, als Bruno Heck die rechte Hand des damaligen Bundeskanzlers Dr. Kurt Georg Kiesinger wurde.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß kommen. Wir alle schätzen die seit langen Jahren bekannten Qualitäten von Herrn Dr. Kraske, der über ein Jahrzehnt lang für die Organisation der Partei verantwortlich zeichnete und im Bundestag wichtige Arbeit leistet. Doch wir wollen vor allem angesichts der nahenden bundespolitischen Entscheidungen mit ihren vielen Selbstdarstellungsmöglichkeiten der Union in der Öffentlichkeit einen Mann mit überragender politischer Qualität, Ausstrahlungskraft und einem hohen Popularitätsgrad an der unmittelbaren Seite unseres Bundesvorsitzenden in einer besonders herausgehobenen Position.

Das wird die Position von Dr. Barzel nicht schwächen, sondern ihm in dem Präsidium das Gefühl von Verlässlichkeit und Stärke geben. Sie alle wissen, daß der Generalsekretär, der zumeist in erster Parteilinie stehende Repräsentant der Union ist. Ohne Herrn Dr. Kraske verletzen zu wollen: Für dieses Amt will insbesondere die jüngere Generation einen Politiker der augenblicklich ersten Garnitur, den das Publikum kennt, einzuschätzen weiß und der bereits Vertrauenskapital für die Union in der Vergangenheit in großem Maße gewonnen hat.

Hinzukommt, daß Herr Dr. Kraske, dessen Loyalität und Einsatzbereitschaft von Herrn Dr. Barzel bereits gerühmt worden ist, nach einem Bundestagswahlkampf, der zwar gewonnen wurde, uns aber aus der Regierungsverantwortung drängte, aus dem Management der Partei ausstieg. Ein Comeback wäre auch

unter dem psychologischen Blickwinkel nicht unbedingt als günstig anzusehen. Darum wurde der Vorschlag in diesem Antrag gemacht, aus dem Präsidium einen besonders herausgehobenen stellvertretenden Vorsitzenden zu benennen, der dem mit Kanzlerkandidatur, Parteivorsitz und Oppositionsführung schwer belasteten künftigen Regierungschef zur Seite stehen soll. Voraussetzung ist, daß dieser Mann das absolute Vertrauen des Bundesvorsitzenden Dr. Barzel genießt. Wir wollen hiermit keine neue Plattform für eventuelle Rivalitäten schaffen, sondern eine bessere Ausgangsposition für unsere Partei für den Bundestagswahlkampf.

Für die Organisation in der Bundesgeschäftsstelle sollte der Bundesgeschäftsführer voll verantwortlich sein, wobei wir zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen würden, denn die bisher unklaren Kompetenzabgrenzungen haben die Schlagkraft des Apparats nicht gestärkt, sondern in erheblichem Maße gemindert. Wir würden damit auch den augenblicklichen Vorstellungen unseres Bundesgeschäftsführers Dr. Göb in gewissem Maße entgegenkommen.

Wir sehen diesen unseren Beitrag als ein sinnvolles Gestaltungsmoment für eine neugegliederte Partei, die künftig — in zwei Jahren — die Regierungspartei in der Bundesrepublik Deutschland sein soll.

(Vereinzelt Belfall)

Adolf Müller, Remscheid, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Punkt vorliegen und möchte wie folgt verfahren. Zunächst möchte ich den Antrag des Bundesvorstandes, der durch die Antragskommission voll abgedeckt wird, hier zur Abstimmung stellen. Es geht dabei darum, den Bundesvorstand zu beauftragen, eine Kommission einzusetzen, die die gesamte Struktursituation erörtert und für den nächsten Parteitag die Satzungsänderung vorbereitet. Würde diesem Antrag entsprochen, wären damit alle Satzungsänderungsanträge überwiesen, und wir könnten anschließend in der Tagesordnung fortfahren. Wird dem Antrag nicht entsprochen, müssen wir in die Sachberatung eintreten.

Ist der Parteitag damit einverstanden? — Dann lasse ich also über den Vorschlag abstimmen, alle satzungsändernden Anträge an den Bundesvorstand zu überweisen mit der Maßgabe, daß der Bundesvorstand eine Kommission einsetzt, die die Strukturänderungen vorbereitet. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke sehr. Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Das erste war die überwiegende Mehrheit; es ist so beschlossen.

(Belfall und vereinzelt Widerspruch)

Wir kommen nun zur Wahl des Generalsekretärs. Das Wort hat der Parteivorsitzende, Herr Dr. Barzel.

Dr. Rainer Barzel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wiederhole meinen Vorschlag einschließlich der Begründung, die ich gestern gegeben habe. Ich schlage Ihnen vor, zum Generalsekretär unseren Kollegen Dr. Konrad Kraske zu wählen.

(Beifall und Widerspruch)

Ich will von der Begründung nichts wiederholen und werde auch in dieser Stunde denen, die hier eine Sorge haben, die ich kenne, leider noch nicht ganz entgegenkommen können, und zwar aus folgendem Grunde. Es gehört zu dem Stil, in dem ich zu arbeiten pflege, daß ich bei Entscheidungen, die ein Gremium zu treffen hat, wie z. B. bei der Entscheidung über die Frage des Vorsitzes in dem von mir gestern genannten Grundsatzausschuß — worüber ich eine ganz konkrete Vorstellung habe, eine Vorstellung, von der ich weiß, daß sie Ihnen allen wahrscheinlich sehr gefallen würde —, nicht bereit bin, dem hierzu notwendigen Beschluß des noch zu wählenden Präsidiums und des Vorstandes öffentlich vorzugreifen, wie ich ebenso nicht bereit bin — dies ist die andere Maxime der Arbeit, und nur so kann ich arbeiten —, einem Kollegen, der einen Auftrag oder eine Delegation bekommt, zu sagen, wie er dies konkret durchzuführen habe. Das wollen wir dann miteinander diskutieren.

Ich bitte aus diesem Grunde um Verständnis dafür, daß ich einfach bei dem bleibe, was ich gestern sagte. Ich schlage Ihnen unseren Freund Dr. Konrad Kraske vor, und ich habe gestern zur Begründung dieses Vorschlages das gesagt, was auch heute hier noch gilt.

(Beifall)

Adolf Müller, Remscheid, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Sie haben, meine Damen und Herren, den Vorschlag gehört, daß der Parteivorsitzende gemäß der Satzung Herrn Dr. Kraske als Generalsekretär vorschlägt. An und für sich ist hier nun keine Aussprache vorgesehen. Einige Delegierte sind aber an das Parteitagspräsidium mit dem Wunsch herangetreten, daß Herr Dr. Kraske die Möglichkeit haben sollte, hier in fünf oder zehn Minuten seine Vorstellungen vorzutragen. Ich frage den Parteitag, ob sich dagegen Widerspruch erhebt? — Ich höre keinen Widerspruch. Dann darf ich feststellen, daß Sie damit einverstanden sind, daß Herr Dr. Kraske jetzt für fünf oder zehn Minuten das Wort erhält. Bitte sehr, Herr Dr. Kraske!

Dr. Konrad Kraske: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Lassen Sie mich zunächst sagen, daß ich mich für alle kritischen

Worte, die gestern und heute hier gefallen sind, bedanke. Ich weiß, daß sie nur ein Ansporn und eine neue, zusätzliche Aufgabenstellung sein können. Und so werde ich sie verstehen.

Meine Damen und Herren, Bruno Heck und ich haben fast ein ganzes Jahrzehnt freundschaftlich zusammengearbeitet. Deswegen werden Sie es verstehen, daß es mich bewegt, hier nun zum zweitenmal — das erstmal ist es vor fast vierzehn Jahren, als es um das Amt des Bundesgeschäftsführers der CDU ging, so gewesen — als Kandidat für seine Nachfolge vor Ihnen zu stehen. Was ich Bruno Heck aus dieser Zeit heraus persönlich zu danken habe, das mag zwischen uns beiden abgemacht werden. In diesem Augenblick geht es auch und gerade nach den kritischen Worten, die hier gefallen sind, um das, was wir alle, was die Union Bruno Heck zu danken hat. Und das wird kaum einer besser beurteilen können als der, der seine Arbeit jahrelang aus nächster Nähe hat verfolgen können, der die Riesenlast der Aufgabe, zugleich aber auch die Mühen und Widrigkeiten kennt, mit denen es der Generalsekretär unserer Partei zu tun hat.

Deswegen wird ihm — lassen Sie mich das als erstes sagen —, wenn Sie mir seine Nachfolge anvertrauen, zu aller Zeit meine Anerkennung, mein Respekt, meine Dankbarkeit und meine Freundschaft gehören.

(Beifall)

Aber, meine Freunde, weil dies für mich keine höfliche Floskel ist, werden Sie von mir nicht hören, daß nun nach seinem Rücktritt in der Union alles ganz anders werden müßte. Wer das erwartet, kennt diese Partei nicht; er weiß nicht, wie viele fruchtbare Ansätze es gibt, die mit Geduld, Klugheit und Beharrlichkeit weiterentwickelt werden müssen; und er weiß auch nicht, daß die vielen Unzulänglichkeiten und Mängel, die es zu beseitigen gilt, nicht erst durch den Scharfsinn einer neuen Parteiführung entdeckt zu werden brauchen.

Die Aufgaben, die vor uns liegen, sind so groß — es ist wahrhaftig, wie gesagt wurde, eine Herkulesarbeit —, daß man fast beklommen werden könnte. Aber auch für eine neue Parteiführung wird es keine Patentrezepte geben. Unser neuer Vorsitzender Rainer Barzel, dem ich für sein Vertrauen und für die freundschaftlichen Worte, die er gestern hier gefunden hat, danke, schlägt Ihnen als Generalsekretär einen Mann vor, der Ihnen verspricht, seine ganze ungeteilte Arbeitskraft und alle seine Erfahrungen in den Dienst der Partei zu stellen, der aber zugleich ehrlich genug ist, Sie vor jeder Art von Wunderglauben zu warnen, und der Ihnen in diesem Augenblick offen sagt, daß unsere Partei auch in zwei und auch in vier Jahren noch offene Probleme haben wird.

Nun ist in den vergangenen Wochen, gestern und heute so viel über die Aufgaben des Generalsekretärs, über ihre Definition und über ihre Abgrenzung gesprochen worden, daß Sie von mir dazu ein Wort erwarten können. Meine Freunde, ich verfechte seit Jahren — auch schon in der Zeit, als ich selbst Bundesgeschäftsführer war — die These von der unersetzbaren Notwendigkeit aller drei Funktionen: der des Vorsitzenden, der des Generalsekretärs und der des Bundesgeschäftsführers. Eine Abgrenzung ihrer Aufgaben und Zuständigkeiten ist notwendig und möglich. Ich warne allerdings nach meinen Erfahrungen davor, sein ganzes Vertrauen in starre und schematische Satzungsbestimmungen zu setzen, — die Praxis, die konkrete Alltagserfahrung wird hier allemal wichtiger sein.

Der Generalsekretär in unserer Partei hat — ich sage das, ohne den Beratungen der Organisationskommission oder eines ähnlichen Gremiums, die auch ich für nötig halte, vorgreifen zu wollen — eine politische Funktion. Aber in dieser Funktion trägt er zugleich ein erhebliches Stück Verantwortung für die praktische Arbeit der Partei. Wer daran zweifelt, mag die Debatten in Braunschweig von 1967 nachlesen, als es darum ging, dieses Amt in unserem Statut zu verankern. Er mag aber auch nur an gestrige und heutige Äußerungen denken.

Aber, meine Freunde, sowenig sich ein Generalsekretär auf politische Repräsentationspflichten beschränken kann, so wenig wird er eine Art Oberbundesgeschäftsführer sein dürfen. Im Gegenteil, je mehr fähige Mitarbeiter, an ihrer Spitze der Bundesgeschäftsführer, in ihrem Bereich Verantwortung tragen, selbständig handeln, sich frei entfalten können, desto besser wird die Arbeit gelingen.

Ich habe in diesen Tagen irgendwo gelesen, unter mir als Generalsekretär werde kein Bundesgeschäftsführer seines Lebens froh werden können, weil ich selbst viel zu eingefuchst sei und ihm ständig in seine Arbeit hineinreden würde. Meine Freunde, die Leute, die das im Ernst glauben, irren sich gewaltig. Sie übersehen nämlich, daß gerade jemand wie ich, der selber 12 Jahre lang Bundesgeschäftsführer gewesen ist, ziemlich genau weiß, wie einem solchen Mann zumute ist, und erst recht, wie ihm zumute wäre, wenn jemand versuchte, ihm in seine Arbeit und seinen Verantwortungsbereich hineinzureden. An mir — ich glaube sagen zu können: gerade mir — wird also die enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Bundesgeschäftsführer ganz gewiß nicht scheitern.

(Belfall)

Daraus, meine Freunde, ergibt sich die Frage nach dem Arbeitsprogramm eines neugewählten Generalsekretärs. Sie werden in diesem Augenblick kein

ausgefeiltes Konzept von mir erwarten. Dazu fehlt an diesem Morgen nicht nur die Zeit, dazu wäre vor allem eine gründliche Bestandsaufnahme erforderlich, die niemand vor seiner Wahl durchführen kann.

Lassen Sie mich daher für heute nur soviel sagen:

Was wir von heute bis Herbst 1973 tun, hat Tag für Tag und Stunde für Stunde vor allem unter einer Frage zu stehen: Was muß, was kann geschehen, um der Union bei der nächsten Bundestagswahl die Mehrheit zu sichern? Das sagen, heißt wahrhaftig nicht, in der Partei nichts anderes als eine Wahlvorbereitungsorganisation zu sehen. Denn, meine Freunde, langfristige Wahlkampfzubereitung ist kein Widerspruch zu der Forderung nach aktiver, moderner Parteiarbeit.

(Beifall)

Im Gegenteil, das eine bedingt das andere. Eine Regierungspartei mag vielleicht in die Gefahr geraten, zur bloßen Wahlmaschine zu werden, eine Partei in der Opposition dagegen kann eine erfolgreiche Wahlkampforganisation nur sein, wenn sie zuvor und zugleich eine erfolgreiche Partei ist. Deshalb braucht niemand zu befürchten, die Partei komme bei mir zu kurz, wenn ich für die nächsten zwei Jahre zuallererst an den Wahlkampf denken werde. Auch hier sind in der Diskussion vor dem Parteitag gelegentlich Gegensätze konstruiert worden, die, wie mir scheint, an der Praxis ziemlich weit vorbeigehen.

Im übrigen ist Wahlkampfzubereitung für die CDU in der Opposition wahrhaftig mehr als eine organisatorische, technische, taktische Aufgabe für Manager. Wenn wir die Wahl 1973 gewinnen wollen, dann muß unsere Organisation weiter verbessert, dann müssen unsere Mitglieder aktiviert, dann müssen unsere Finanzen in Ordnung gebracht und es muß eine erstklassige Wahlwerbung vorbereitet werden. Ganz gewiß! Aber noch wichtiger ist, daß wir so bald wie möglich unseren Spitzenkandidaten nominieren, daß wir neben und mit ihm eine Mannschaft präsentieren, zu der die Besten der Union gehören, daß wir auf der Basis unseres Programms eine Wahlkampfplattform erarbeiten, die mit einfachen, verständlichen Worten klarmacht, was die Union tun wird, um unser Land aus der Krise herauszuführen, in die es die Außen- und Innenpolitik der Linkskoalition gestürzt hat.

Wichtig ist schließlich, daß wir im Parlament und draußen im Land noch deutlicher und noch überzeugender als bisher klarmachen, daß die Union, so oft sie gezwungen ist, zu einer verfehlten Politik nein zu sagen, keine Neinsagerpartei ist, sondern daß sie unserem Lande die positive, die konstruktive, die bessere Alternative bietet.

(Beifall)

Meine Freunde, lassen Sie mich ein letztes sagen, obwohl es nicht überall Zustimmung finden wird. Manchmal finde ich, daß es die Union reichlich schwer mit sich selbst hat oder, besser gesagt, daß sie es sich selbst oft ganz unnötig schwer macht. Keine andere Partei in diesem Land hat so erfolgreiche Wahlkämpfe durchgeföhrt wie sie. Keine andere Partei hat in einer zweifachen Programmdiskussion so viel Offenheit und innere Demokratie bewiesen. Erst der gestrige Tag hat für uns alle ein neues Beispiel gesetzt. Und keine andere Partei in unserem Land ist in so exemplarischer Weise Volkspartei wie sie, deren Mitgliederzahl mit der Jungen Union inzwischen auf eine halbe Million zugeht. Das ist für eine Volkspartei eine Zahl, wie sie in unserem Land vorher nie erreicht worden ist.

Dennoch, meine Freunde, gibt es keine Partei, die so öffentlich an sich selbst zweifelt. Es gibt keine Partei, in der so viel über den Wahlverein räsoniert wird, der man ja eigentlich nur sei, in der so viel über den Mangel an Parteiform geklagt wird, in der so viel über die miserable Organisation geschimpft wird.

Meine Damen und Herren, ich will es mir und uns wahrhaftig nicht leicht machen. Es gibt wohl kaum einen, der so gut weiß wie ich, wie vieles noch im argen liegt und wie unendlich viel Arbeit zu leisten bleibt. Aber wir sind, wie ich sicher glaube, auf dem richtigen Weg. Darum sollten wir, meine Freunde, endlich aufhören, uns in eine permanente Parteikrise hineinzureden.

(Beifall)

Wenn Sie, meine Parteifreunde, mithelfen wollen, auf diesem Weg weiter voranzugehen, dann werde ich dieser Partei mit all meiner Kraft und Hingabe zur Verfügung stehen, wie ich es seit fast 20 Jahren versucht habe.

Jede Entscheidung ist ein Wagnis, und das gilt auch heute für Sie. Wenn Sie dieses Wagnis eingehen, wenn Sie es mir übertragen wollen, dann wählen Sie einen Mann, der nüchtern genug ist, das Ausmaß der Aufgabe und der Verantwortung zu sehen, der Ihnen aber verspricht, in jedem Augenblick sein Bestes zu geben, für Sie, für die Union und damit für die Zukunft unseres Landes.

(Beifall)

Adolf Müller, Remscheid, Tagungspräsidium: Danke sehr, Herr. Dr. Kraske.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Ihre Stimmkarten zur Hand zu nehmen. Wir wählen geheim, und zwar auf dem Stimmzettel Nr. 2. Das ist der Stimmzettel in der modernen roten Farbe, der an die Stimmkarte angeklebt ist.

Die Stimmzähler werden mit den Urnen durch die Reihen der Delegierten gehen und dann die Stimmzettel einsammeln. Der Stimmzettel ist entweder mit „Ja“ oder „Nein“ oder „Enthaltung“ auszufüllen. Sie werden also von den Ordnern im Saal in den Urnen eingesammelt. Wenn der Wahlgang geschlossen ist, wird die Stimmzählkommission wieder in Erscheinung treten. Ich erlaube mir dann, für die weiteren Wahlen schon einige Vorschläge zu machen.

Ich eröffne jetzt die Wahlhandlung zur Wahl des Generalsekretärs. Zur Wahl steht auf Vorschlag des Bundesparteivorsitzenden Herr Dr. Kraske. Der Wahlgang ist eröffnet.

(Folgt Stimmabgabe der Delegierten)

Die Mitglieder der Stimmzählkommission werden gebeten, sich sofort im Fechtsaal einzufinden.

Meine Damen und Herren, ich darf fragen, ob alle Delegierten ihre Stimmkarte abgegeben haben. — Ich höre keinen Widerspruch. Dann schließe ich die Wahlhandlung und bitte die Zählkommission, zu beginnen.

Zur Vorbereitung der weiteren Wahlen darf ich Ihnen sagen, daß der Zeitpunkt für die Benennung weiterer Kandidaten für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden und der Mitglieder des Bundesvorstandes abgelaufen ist. Für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden sind vorgeschlagen: Herr Katzer, Herr Kohl, Herr Schröder, Herr Stoltenberg und Frau Wex.

Ich darf die Landesgeschäftsführer bitten, wenn dieser Stimmzettel vorbereitet ist, ihn für ihre Delegierten in Empfang zu nehmen, weil wir nachher die Wahl durch Ankreuzen der Namen durchführen wollen.

Ich verlese jetzt die eingegangenen Vorschläge für die Wahl des Bundesvorstandes. Sie haben im übrigen zum größten Teil gestern morgen diese Vorschläge auf Ihren Plätzen vorgefunden: Herr Adorno, Herr Amrehm, Herr Dr. Blüm, Frau Brauksiepe, Herr Dr. Dregger, Herr Echternach, Herr Dr. Filbinger, Herr Dr. Götz, Herr Dr. Gradl, Herr Prof. Hahn, Herr Hasselmann, Herr Dr. Kraske, Herr Köppler, Herr Langguth, Herr Lampersbach, Herr Dr. Lemke, Herr Lorenz, Herr Dr. Müller-Hermann, Frau Pieser, Herr Pürsten, Herr Rummeler, Herr Seiters, Herr Dr. Schäfer, Herr Dr. Scheufelen, Herr Dr. Schwarz-Schilling, Herr Stingl, Herr Vogel, Herr von Weizsäcker, Herr Windelen, Herr Wohlrabe und als Vorschlag des Bundesparteivorsitzenden Herr Dr. Heck.

Ich darf diejenigen Parteifreunde, die auf dieser Liste stehen und nicht zu kandidieren beabsichtigen, das doch möglichst bis 10.50 Uhr hier beim Präsidium anzumelden, damit ein gültiger Stimmzettel erstellt werden kann. Ich

habe korrekterweise zunächst alle Vorschläge vorgetragen. Herr Dr. Heck hat mich wissen lassen, daß er für eine Wahl nicht zur Verfügung steht.

Ich möchte also bitten, daß diejenigen Parteifreunde von der vorgeschlagenen und vorgelesenen Liste, die nicht für eine Wahl zur Verfügung stehen, das bis 10.50 Uhr beim Präsidium bekannt geben, damit auch dieser Wahlvorschlag erstellt werden kann und wir uns insgesamt die Wahlhandlung erleichtern.

Bis das Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs vorliegt, können wir schon mit den Tagesordnungspunkten 15 — Beschlußfassung über die Beitragsstaffel — und 16 — Beschlußfassung über den Beitragsanteil der Bundespartei — beginnen. Dafür übergebe ich das Präsidium an Herrn Pfeiffer.

Anton Pfeiffer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe zunächst den Antrag 15.01 auf. Dazu ist der Antrag 15.02 eingegangen. Darf ich zunächst fragen, ob der Antrag 15.01 des Bundesvorstandes begründet werden soll? — Herr Schmücker, bitte.

Dr. Kurt Schmücker: Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Nach dem Parteiengesetz ist der Parteitag zuständig für die Festsetzung der Beiträge. Unsere bisherige Beitragsstaffel ist vom Bundesausschuß beschlossen worden. Wir sind also gehalten, dem Parteiengesetz zu entsprechen und hier einen Beschluß zu fassen.

Der Finanzausschuß hat die Beitragsstaffel eingehend beraten, und er ist davon abgegangen, Ihnen eine Progression vorzuschlagen. Er hat sich vielmehr darauf beschränkt, den Grundbeitrag und die Steigerungssätze zu nennen.

Es hat eine Debatte darüber gegeben, ob man den Grundbeitrag nicht *Mindestbeitrag* nennen sollte. Nun, das könnte ein müßiger Streit sein, aber er ist es keineswegs. Der Finanzausschuß und der Vorstand haben sich dem angeschlossen und sind der Meinung, daß Grundbeitrag und Steigerungsbetrag jeweils den Mindestbeitrag darstellen. Es gibt Anregungen, den Grundbeitrag niedriger anzusetzen. Ich möchte Sie herzlich bitten, das nicht zu tun. Die Finanzlage unserer Partei ist so schwierig, daß wir als Parteimitglieder meiner Meinung nach mindestens einen solchen Beitrag bezahlen müssen, wie er in anderen Organisationen ähnlich üblich ist. Meistens ist er in anderen Organisationen erheblich höher.

Diese Beitragsstaffel, die wir hier vorlegen, ist wichtig, vor allen Dingen für die Arbeit in den Kreisparteien.

Noch ein letztes Wort. Natürlich ist es möglich — das sehen Sie auch in dem

Text —, den festgesetzten Grundbeitrag zu unterschreiten, wenn dies aus sozialen, familiären und anderen triftigen Gründen erforderlich erscheint. Damit haben Sie also die notwendige Bewegungsmöglichkeit, haben aber auch einen Anhaltspunkt in den Kreisparteien, dafür zu sorgen, daß eine bessere Finanzierung als bisher erfolgt.

Ich darf Sie daher namens des bis gestern amtierenden Vorstands bitten, diesem Antrag unverändert zuzustimmen.

Anton Pfeiffer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Darf ich Sie bitten, auch bei diesen Tagesordnungspunkten die Gespräche im Saal nach draußen zu verlegen. Es ist für den Redner unzumutbar, daß er in diesem Saal seine Anträge begründet, wenn vor dem Präsidium eine Reihe von Gesprächsgruppen stehen. Ich bitte deshalb, die Gespräche nach draußen zu verlagern.

(Beifall)

Ich darf nochmals darum bitten, daß vor allem diese Gruppen vor dem Präsidium sich auflösen, und ich bitte darum, daß auch die Gespräche rechts und links eingestellt werden. Ich bitte die Delegierten, sich darum zu kümmern, daß die Gesprächsgruppen den Raum verlassen.

Dann rufe ich den Antrag Nr. 15.02 auf. Soll dieser Antrag begründet werden? — Bitte.

Alfred Wilhelm: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Landesverband Saar hat Ihnen zwei Abänderungsanträge vorgelegt. Sie betreffen die Anträge 15.01 und 16.01. Sie sind Ihnen als Drucksachen 15.02 und 16.02 vorgelegt worden. Die Initiativanträge sind von Delegierten der beiden Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Saar unterschrieben.

Gestatten Sie mir, Herr Präsident, um das Verfahren abzukürzen, daß ich Ihnen beide Anträge jetzt vortrage und auch in einem Zuge begründe.

Der Antrag 15.02 lautet:

Der Landesverband Saar beantragt, den Antrag des Bundesvorstandes wie folgt zu ändern:

Ziffer 2: Der Mitgliederbeitrag beträgt bei einem Einkommen bis 500,— DM 2,— DM, bei einem Einkommen bis 1000,— DM 3,— monatlich.

Ziffer 3: Bei Einkommen über 1000,— DM erhöht sich der Beitrag jeweils um 5,— DM für jede angefangenen 500,— DM Monatseinkommen.

Der Antrag 16.02 lautet:

Der Landesverband Saar schließt sich dem Antrag des Präsidiums der Christlich Demokratischen Union Nordrhein-Westfalens vom 9. September 1971 an, mit Rücksicht auf die noch nicht abgeschlossene Sonderumlage von 10,— DM je Mitglied und die Bausteinaktion die Erhöhung des Anteils der Bundespartei an den Beiträgen der Mitglieder erst mit Wirkung vom 1. Januar 1973 in Kraft zu setzen.

Der Antrag des Bundesvorstandes könnte wie folgt ergänzt werden — das wäre dieselbe Regelung —: „Diese Regelung tritt ab 1. Januar 1973 in Kraft“.

Beide Anträge möchte ich wie folgt begründen: Die Anträge des Vorstands auf Einführung eines Grundbeitrags und Erhöhung des Anteils der Bundespartei sind gerechtfertigt und verdienen die Unterstützung aller Delegierten. Es ist keine Frage, daß die gestiegenen Einkommen schon seit Jahren eine erhebliche Verbesserung des Beitragsaufkommens rechtfertigen und daß die Bundespartei an den erhöhten Beiträgen partizipieren soll.

Die beiden Anträge des Bundesvorstands bedürfen jedoch im Hinblick auf zwei Punkte sorgfältiger Überlegung und möglicherweise einer Differenzierung und Ergänzung. Zum Antrag 15.01: Nach dem Antrag des Bundesvorstandes beträgt der zukünftige Mindestbeitrag für Bezieher von Einkommen bis 1000,— DM im Monat 3,— DM. Der Vorschlag des Bundesvorstandes ist bei den Einkommen unter 1000,— DM nicht genügend differenziert.

Es ist durchaus im Sinn einer Volkspartei, Mitglieder mit kleinem Einkommen besonders zu berücksichtigen und aus diesem Grunde eine stärkere Differenzierung der Beitragsstaffel für die unteren Einkommen vorzunehmen.

Aus diesem Grunde wird vorgeschlagen, den Antrag des Bundesvorstands dahingehend abzuändern, daß Mitglieder mit einem Einkommen bis zu 500,— DM einen ermäßigten Grundbeitrag von 2,— DM bezahlen. Diese Regelung würde vor allem der finanziellen Situation der Hausfrauen und Familienangehörigen ohne Einkommen, der Lage der Schüler und Studenten, der dienstpflichtigen Soldaten und der Rentner und Rentnerinnen in besonderer Weise Rechnung tragen.

(Beifall)

Auch an dieser Stelle möchte ich auf den vorliegenden und noch zu entscheidenden Antrag verweisen, das Eintrittsalter auf 16 Jahre herabzusetzen.

Bei Festsetzung eines ermäßigten Grundbeitrags von 2,— DM würde für die Bezieher kleiner Einkommen eine verbindliche, sozial gerechtfertigte Rege-

lung getroffen, so wie dies unter Ziffer 4 des Antrags 15.01 im Ermessensfall möglich ist.

Ich komme zum Antrag 16.01. Die Einführung eines höheren Beitragsanteils für die Bundespartei ist gerechtfertigt, erfordert jedoch einen gewissen zeitlichen Spielraum für die Landesverbände. Dies ist um so notwendiger, wenn man berücksichtigt, daß zur Zeit die Aktion zur Erlangung einer einmaligen Sonderumlage von 10,— DM pro Mitglied in den Landesverbänden noch im Gange ist.

Anton Pfeiffer, Tagungspräsidium: Darf ich einen Moment unterbrechen? Ich möchte nochmals darum bitten, daß Sie die Gespräche im Raum nicht weiterführen, sondern sich nach draußen begeben. Es ist für einen Redner einfach nicht mehr möglich, sich durchzusetzen, wenn überall im Raum Gespräche stattfinden.

(Beifall)

Alfred Wilhelm: Ich beginne noch einmal mit der Begründung zum Antrag 16.01. Die Einführung eines höheren Beitragsanteils für die Bundespartei ist gerechtfertigt, erfordert jedoch einen gewissen zeitlichen Spielraum für die Landesverbände. Dies ist um so notwendiger, wenn man berücksichtigt, daß zur Zeit die Aktion zur Erlangung einer einmaligen Sonderumlage von 10,— DM pro Mitglied in den Landesverbänden noch im Gange ist. Der sich abzeichnende Erfolg dieser Aktion kann nur endgültig gesichert werden, wenn der zeitliche Ablauf nicht durch neue finanzielle Maßnahmen gestört wird. Die vorgesehene Einführung eines Grundbeitrages wird außerdem in nächster Zeit die Geschäftsstellen der Landes- und Kreisverbände in einem erheblichen Umfang beanspruchen. Es muß vermieden werden, daß durch überhastetes Vorgehen Substanzverluste entstehen.

Meine Damen und Herren, ich weise darauf hin, daß der Landesverband Saar im weitesten Sinne viele der Bedingungen erfüllt — sowohl in organisatorischer als auch in personeller Hinsicht —, die an eine moderne Volkspartei gestellt werden müssen. Trotzdem oder gerade deswegen müssen wir darauf hinweisen, daß die Durchführung der vom Bundesvorstand vorgelegten Anträge auch in der modifizierten Form, wie sie durch unsere Änderungsanträge angestrebt wird, einen beträchtlichen Einsatz und die beharrliche Mitarbeit aller Kräfte in den Landesverbänden verlangt, wenn der Erfolg sichergestellt werden soll. Ich verweise unter anderem auch auf die Ausführungen von Herrn Generalsekretär Heck am gestrigen Vormittag. Durch eine sorgfältige, auf allen Ebenen vorbereitete Aktion zur Gewinnung neuer Mitglieder werden die finanziellen Maßnahmen, die heute hier beschlossen werden, wirkungsvoll unterstützt. Dieses Vorhaben sollte mit den übrigen Maßnahmen synchronisiert

werden, und dazu bedarf es einer gewissen Zeit. Auch aus diesem Grunde bitte ich Sie, unserem Vorschlag zuzustimmen und den Beginn der Maßnahme der Erhöhung des Anteils der Bundespartei auf den 1. Januar 1973 festzusetzen. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, den beiden Anträgen Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall)

Anton Pfeiffer, Tagungspräsidium: Damit sind die Anträge 15.02 und 16.02 begründet. Ich schlage vor, daß in der weiteren Diskussion die Anträge 15.01, 15.02, 16.01 und 16.02 miteinander verbunden werden.

Für die Antragskommission hat jetzt Herr Lorenz das Wort.

Peter Lorenz: Liebe Freunde! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den Anträgen des Bundesvorstandes zu folgen und die Änderungsanträge des Landesverbandes Saar abzulehnen.

Ich begründe das wie folgt. In Antrag 15.02 ist vorgesehen, bei dem Mindestbeitrag unterhalb des Betrages von 3,— DM noch einmal zu differenzieren. Es ist richtig, daß es sicher eine Reihe von Mitgliedern gibt — hier sind Studenten, Sozialrentner und Leute mit kleinen Einkommen genannt worden —, denen es schwerfallen würde, die 3 DM aufzubringen. Wir glauben aber, daß dieser Sachverhalt hier in der Beitragsordnung nun nicht noch gesondert festgehalten werden muß, sondern daß die im Antrag des Bundesvorstandes vorgesehene Formulierung „Bei der Festsetzung des Monatsbeitrages kann sozialen Gesichtspunkten und dem Familienstand Rechnung getragen werden“ genügend Spielraum läßt, im Einzelfall Beitragssätze zu ermäßigen. Wir glauben, daß es einfach notwendig ist, daß die Partei sich insgesamt — mehr, als das in der Vergangenheit der Fall war — auf einen höheren Mindestbeitrag einrichtet.

Nun zu dem Antrag 16.02. Wir haben volles Verständnis dafür, daß die Preissteigerungen und die Notwendigkeiten einer modernen Werbung auch den Orts-, Kreis- und Landesverbänden immer mehr Geld abnötigen. Meine Freunde, es gilt hier aber, wie wir glauben, einfach abzuwägen, was im Moment nötiger ist. Wir stehen — das ist gestern in der Debatte mehrfach gesagt worden — wahrscheinlich vor dem härtesten Bundestagswahlkampf, den es bisher gegeben hat. Wir müssen alle Vorbereitungen treffen, damit die Bundespartei in der Lage ist, ihn zu führen. Würden wir dem Änderungsantrag des Saarlandes folgen, so würde das für die Bundespartei eine Einbuße von 2 Millionen DM im Jahr bedeuten. Das können wir uns im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mehr leisten.

(Beifall)

Wir müssen alle Anstrengungen machen, um unsere Bundespartei starkzumachen, fähig zu machen, diesen Wahlkampf vorzubereiten. Deshalb sollten wir dem Antrag des Bundesvorstandes zustimmen.

(Beifall)

Anton Pfeiffer, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Hüniken aus Oldenburg.

Manfred Hüniken: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben die Begründungen zu dem Antrag des Bundesvorstandes und zu dem Änderungsantrag gehört. Wir haben gestern den Bericht des bisherigen Bundesschatzmeisters gehört. Wir haben leider auch eine beschämende Interessenlosigkeit bei dem Rechenschaftsbericht feststellen müssen. Nun muß ich feststellen: Bei dieser Diskussion ist es keineswegs anders. Mich bedrückt das, und mit mir sind sicher noch einige andere im Saal,

(Beifall)

die es bedrückt, daß, wenn es um die Fragen der Finanzen unserer Partei geht, dies für einige Delegierte und andere Funktionäre offensichtlich von keiner großen politischen Bedeutung zu sein scheint.

Ich möchte mich keinesfalls der Begründung meines Vorredners anschließen. Was soll das? Wir wissen alle leider nur zu gut, wie notwendig es ist, die Finanzen unserer Partei in Ordnung zu bringen. Ich kann dafür kein Verständnis aufbringen — manche von Ihnen sicher auch nicht —: Wenn wir mit der Umlage von 1 DM bis 1973 warten, tritt ein Verlust von 2 Millionen DM ein. Das können wir uns meiner Auffassung nach nicht leisten. Es ist für mich auch beschämend gewesen, hier auf dem Parteitag zu hören bzw. in dem Bericht des Bundesschatzmeisters zu lesen, daß erst 600 000 DM Umlage hereingekommen sind. Ich halte das schlichtweg für eine unmögliche Sache.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin selbst Vorsitzender eines CDU-Kreisverbandes und weiß deshalb sehr wohl, was dazu gehört, um Gelder hereinzubekommen, und was dazu gehört, die Mitgliedsbeiträge um mindestens 3 DM anzuheben. Wer sich darum bemüht, wer hinterherläuft, kann das alles durchsetzen. Wenn wir alle das nicht mehr wollen, lohnt unsere ganze politische Tätigkeit nicht mehr. Wir haben von Herrn Barzel gestern gehört, daß wir bei unserer Tätigkeit gelegentlich auch Dreckspritzer abbekommen werden. Wir, die wir draußen an der Front stehen, wissen das alle gut genug. Aber das ist nun einmal nicht zu vermeiden.

Ich plädiere ganz eindringlich dafür, daß der Parteitag heute den Vorschlägen des Bundesvorstandes und damit auch der Antragskommission folgt, d. h. daß

wir die beiden Beschlüsse heute so fassen, wie sie vom Bundesvorstand hier vorgeschlagen worden sind. Ich bin der Auffassung, daß es sich dieser Parteitag und unsere CDU gar nicht leisten können, in den Fragen der Finanzen hier so nachlässig, ich möchte beinahe sagen, fahrlässig zu verfahren. Ich bitte Sie herzlich um Unterstützung der Anträge des Bundesvorstandes.

(Beifall)

Anton Pfeiffer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie nochmals darum, bei dieser wichtigen Diskussion die Gespräche im Saal einzustellen. Jedesmal, wenn man das hier sagt, ist es für einen Moment ruhiger im Saal. Aber spätestens nach einem Redner ist der alte Zustand, daß jeder an jedem Ort spricht, wieder zu beklagen. Ich bitte Sie jetzt nochmals, die Gespräche nach draußen zu verlegen, denn es gibt eine große Zahl von Delegierten, die dieser Debatte folgen wollen, weil es eine wichtige Debatte ist.

(Beifall)

Das Wort hat jetzt Herr Horten, Rheinland.

Alphons Horten: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Als einer der beiden Bundesrechnungsprüfer, der die Lage der Finanzen der Partei genau kennt, möchte ich dringend dafür eintreten, dem Antrag des Bundesvorstandes zu entsprechen.

(Beifall)

Die Lage der Finanzen ist sehr ernst. Aber bei energischem Zusammenwirken und der Ausnutzung aller gegebenen Möglichkeiten ist sie nach meiner festen Überzeugung zu bewältigen.

Dazu gehört aber zweierlei:

1. daß nun wirklich alle Möglichkeiten ausgenützt werden, und dazu gehört auch die Beitragszahlung an die Bundespartei. Das ist selbstverständlich im Einzelfall eine gewisse Härte, wie wir alle aus der Praxis wissen. Aber an sich kann natürlich die Kreispartei — auch der Schatzmeister einer Kreispartei — auch durch Ausnutzung anderer Möglichkeiten diese Schwierigkeiten überwinden. Ich möchte vor allem auf eine sehr viel energischere Ausnutzung der Spendenfreiheit der 600 DM — bzw. bei Verheirateten 1200 DM — hinweisen.

2. Das Wichtigste, das nach meiner Meinung Entscheidende ist aber, daß die Partei nach außen ein sehr klares Signal gibt für ihre Entschlossenheit, selbst dazu beizutragen, die Schwierigkeiten zu beheben. Dazu gehört eine sofortige,

sichtbare Bereitschaft, nun ab Beginn des neuen Jahres trotz der vorhergehenden Sonderbelastungen zusätzlich noch etwas zu tun. Das sind 2 Millionen DM, ein sehr erheblicher Betrag, der bei der Bewältigung der Schwierigkeiten bestimmt sehr vorteilhaft und notwendig ist.

(Beifall)

Anton Pfeiffer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen jetzt das Stimmergebnis der Wahl des Generalsekretärs bekanntgeben.

Es sind abgegeben worden	492 Stimmen
Gültig	492 Stimmen
Die erforderliche Mehrheit	225 Stimmen
Mit Ja haben gestimmt	305 Delegierte
Mit Nein haben gestimmt	144 Delegierte
Enthaltungen	43 Delegierte

Damit ist Herr Dr. Kraske zum Generalsekretär unserer Partei gewählt.

(Beifall)

Herr Dr. Kraske, ich darf Sie fragen, ob Sie diese Wahl annehmen.

Dr. Konrad Kraske: Ich nehme die Wahl mit Dank für Ihr Vertrauen an.

(Beifall)

Adolf Müller, Remscheid, Tagungspräsidium: Herr Dr. Kraske, recht herzlichen Glückwunsch zu diesem verantwortlichen Amt. Wir wünschen Ihnen im Amt und in der Person alles Gute.

Meine Damen und Herren, wir fahren nun in der Wahlhandlung fort, und zwar kommt jetzt die Wahl der fünf Stellvertretenden Vorsitzenden. Die Landesgeschäftsführer haben die Stimmzettel für die Delegierten ihres Landesverbandes erhalten. Es ist der Stimmzettel auf rosa Papier zum Tagesordnungspunkt 19, Wahl der Stellvertretenden Vorsitzenden, erster Wahlgang. Dieser Stimmzettel enthält die fünf Namen Katzer, Dr. Kohl, Dr. Schröder, Dr. Stoltenberg und Frau Dr. Wex. Es müssen mindestens die Namen von vier Kandidaten angestrichen werden, sonst ist nach der Satzung der Stimmzettel ungültig.

Ich darf zunächst einmal fragen, ob die Landesgeschäftsführer die Stimmzettel an ihre Delegierten verteilt haben.

(Lebhafte Zurufe: Nein!)

— Ich darf bitten, daß die Landesgeschäftsführer das umgehend nachholen. —

Meine Damen und Herren, ich höre, daß einige Landesgeschäftsführer der Aufforderung noch nicht gefolgt sind. Ich schlage daher vor, daß wir zunächst die Wahl der Stellvertretenden Vorsitzenden noch etwas zurückstellen und in der Diskussion um die Beitragsordnung fortfahren.

Anton Pfeiffer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich möchte das Wort jetzt nicht erteilen, bevor nicht in diesem Durchgang hinter den Delegierten die Gespräche abgebrochen und nach draußen verlegt worden sind.

(Beifall)

Ich darf also nochmals bitten, daß der Durchgang hinter den Delegierten jetzt freigemacht wird.

Meine Damen und Herren, wir fahren jetzt in der Debatte über die Beitrags- und Finanzordnung fort. Das Wort hat Frau Limbach, danach Herr Dr. Wulff.

Edlitha Limbach: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe bei der Wortmeldung gesagt, ich wollte gegen den Antrag zur Beitragsstaffelung sprechen. Ganz so kraß, wie es sich anhört, hatte ich mir das nicht vorgestellt. Aber ich wollte doch zu bedenken geben, ob wir, wenn wir jetzt eine neue Beitragsstaffel beschließen, nicht eventuell dasselbe tun, was wir seinerzeit mit einer Beitragsstaffel, die wir beschlossen haben, gemacht haben: Wir beschließen sie und bekohlen uns in die eigene Tasche, weil wir nämlich in den Kreisverbänden nicht dafür sorgen, daß diese Beitragsstaffel auch realisiert wird.

(Beifall)

Mir scheint, der Bundespartei, den Landespartei und auch den Kreispartei ist nicht damit gedient, wenn die Delegierten hier sehr sinnvolle Beschlüsse fassen und dann zuhause diese Beschlüsse nicht verwirklichen. Ich frage mich deshalb, ob wir überhaupt, da wir die letzte Beitragsstaffel — ob sie realistisch war oder nicht, ob sie gut war oder nicht — nicht realisiert haben, jetzt eine andere beschließen sollen, ohne daß wir uns darüber im klaren sind, daß das nur einen Effekt hat, wenn wir nach Hause gehen und auch dafür sorgen, daß so etwas realistisch durchgeführt wird. Mir scheint, alle Worte, die wir hier vor dem Mikrofon oder unter den Delegierten zur Lage der Finanzen in der Partei sprechen, haben nur dann einen Sinn, wenn wir nach Hause gehen und auch dafür sorgen, daß in den Kreispartei und darüber hinaus in den Parteien dafür gesorgt wird, daß das, was hier mit Worten gesagt wurde, auch realisiert wird.

(Beifall)

Anton Pfeiffer, Tagungspräsidium: Herr Dr. Wulff bitte.

Dr. Otto Wulff: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich möchte zum Antrag 16.02 sprechen und empfehlen, daß die Erhöhung des Bundesbeitrags um 50 Pfennig auf den 1. Januar 1973 zurückgestellt wird.

Ich darf hier einmal folgendes sagen: Es geht nicht darum, daß wir uns dagegen wehren, daß der Bund nicht die Finanzierung bekommt, die ihm zusteht. Aber wer in den Kreisverbänden tätig ist, wer nicht nur die Kassen der Kreisverbände, sondern auch die der Ortsverbände kennt, der weiß, daß es immer sehr schwierig ist, zumindest in einer Situation, wo ohnehin schon 20 DM jetzt aufgebracht werden müssen, noch einmal pro Mitglied weitere 50 Pfennig an den Bund abzuführen. Ich darf noch einmal sagen: Es geht nicht darum, daß wir uns sperren, sondern es geht uns darum, aus einer realistischen Betrachtungsweise der Finanzen auf Kreis- und Ortsebene heraus eine Verschiebung zu befürworten.

Das scheint mir auch sinnvoll zu sein, wenn man den Antrag 25.09 von Baden-Württemberg liest, wonach das Präsidium beauftragt werden soll, daß mindestens vierteljährlich zusammen mit den Landesschatzmeistern Beratungen über die Finanzlage geführt werden sollen und daß mit Unterstützung des Bundesschatzmeisters ein Beirat aus geeigneten Persönlichkeiten nach Anhörung der Landesschatzmeister zu bilden ist. Ich meine, daß es sinnvoll wäre, daß sich die Landesschatzmeister im Einvernehmen mit dem neuen Bundesschatzmeister darüber beraten, wie jetzt vorgegangen werden soll, nachdem ja über die 20 DM Einhelligkeit besteht.

Wenn wir dann festgestellt haben, daß die 50 Pfennig notwendig sind, und wenn wir vielleicht auch festgestellt haben, daß eine Verschiebung möglich ist, ich glaube, dann sollten wir zu einem abschließenden Urteil kommen.

Ich meine aber, daß alle diejenigen, die die finanziellen Möglichkeiten unserer Partei auf unterster Ebene richtig einschätzen und kennen, dafür Verständnis haben, wenn wir eine Vertagung des Antrages, den Anteil der Bundespartei um 50 Pfennig zu erhöhen, auf den 1. Januar 1973 beschließen.

(Beifall)

Anton Pfeiffer, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dr. Frerichs.

Dr. Göke Frerichs: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich spreche zum Antrag 16.02. Ich kann aus der Erfahrung eines Schatzmeisters des Kreisverbandes Bonn mit fast 5000 Mitgliedern sprechen. Das ist der größte Kreisverband der CDU Deutschlands.

Wir sperren uns nicht gegen die Erhöhung um 50 Pfennig auf 1 Mark. Aber ich muß das gleiche sagen wie mein verehrter Herr Vorredner. Wir können in der Kürze der Zeit die Erhöhung zum 1. Januar 1972 nicht durchführen, wenn wir die Dinge realistisch sehen und ehrlich vor uns selbst sein wollen.

(Beifall)

Wir brauchen für die Arbeit an der Basis mindestens 12 Monate, um neben der Sonderumlage, neben der Erhöhung der monatlichen Beiträge auch — sagen wir einmal — die Stimmung für die zusätzliche Abführung des Geldes an die Bundespartei zu schaffen.

Wir wollen alle gemeinsam helfen. Aber ich bitte Sie, dem Antrag 16.02 mit Verschiebung auf den 1. Januar 1973 Ihre Stimme zu geben, weil wir auf diesem Parteitag, der uns in die Zukunft hineinführt, mit einer neuen Mannschaft Anträge und Beschlüsse fassen wollen, die realistisch sind. Darum geht es uns heute.

(Beifall)

Anton Pfeffer, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dr. Kohl.

Dr. Helmut Kohl: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem bisher vom Bundesvorstand kaum zu dieser Vorlage mit der Entscheidung, wie ich das jedenfalls empfinde, gesprochen wurde, möchte ich doch einige Gedanken vortragen.

Meine Damen und Herren, wer die Bundestagswahl 1973 gewinnen will, wer sich als Partei selbst ernst nimmt, muß sich darüber im klaren sein, daß der jetzige Zustand der Finanzen der Bundespartei alles andere als attraktiv auf den Wähler in der Bundesrepublik Deutschland ist.

(Beifall)

Ich finde, wenn wir fortfahren, die Bundespartei finanziell so schlecht auszustatten, wie wir das jetzt beobachten können, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn die Attraktivität dieser Partei nicht besonders ist. Wer von uns, meine Damen und Herren, würde es in seinem privaten Bereich als attraktiv empfinden, wenn er Schulden hätte und nicht die letzten Anstrengungen unternähme, diese Schulden zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu tilgen?

(Beifall)

Ich selbst bin, wie Sie wissen, Landesvorsitzender. Wir haben in diesem Jahre Landtagswahlen gehabt. Wir haben in ganz kurzer Zeit, bedingt durch

die Verwaltungsreform, mehrere Kommunalwahlen gehabt, und wir werden noch in wenigen Wochen in einigen Bereichen von Rheinland-Pfalz Kommunalwahlen haben. Wir sind ein Land, das auf Grund seiner wirtschaftlichen Struktur wahrlich nicht in Geld schwimmt. Aber ich bin dennoch der Meinung, daß es ein unerhörter Zustand ist — ich verwende bewußt dieses Wort —, wenn wir so tun, als seien wir in der Lage, die Finanzmisere der Bundespartei in das Jahr 1973 zu vertagen.

(Beifall)

Wer immer Schatzmeister wird — und Sie haben gestern den neuen Bundesvorsitzenden gewählt, und soeben den Generalsekretär; gleich wird auch die Wahl des Präsidiums laufen —, wer immer zu irgendeinem Amte kandidiert, kann dieses Amt nicht gut im Sinne der Union führen, wenn die Partei die Bundespartei nicht mit mehr Solidarität unterstützt.

(Beifall)

Es hat überhaupt keine Erfolgchancen, wenn wir uns gegenseitig bestätigen, wie sehr wir bereit sind, in 1973 zu kämpfen, wenn wir die Grundvoraussetzungen jetzt nicht schaffen. Meine Damen und Herren, der Bundestagswahlkampf 1973 kostet nach heutigen Preisen schätzungsweise 40 Millionen DM. Wenn Sie in unsere Bilanz sehen, was wir jetzt für die wissenschaftliche Vorbereitung der Wahl an Geld ausgeben können, wenn Sie umgekehrt sehen, was die Sozialdemokraten schon 1971 ausgeben, dann kann ich Sie nur beschwören, diese Frage nicht zu vertagen, sondern alle Anstrengungen zu unternehmen, sie jetzt und heute mit einem radikalen Beschluß zu entscheiden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, auch das sei hier gesagt. In Art. 21 des Grundgesetzes steht klipp und klar — und wir sind eine der verfassungstragenden Parteien der Bundesrepublik —, daß die Parteien im demokratischen Staat eine besondere Funktion als Katalysator der politischen Meinungsbildung haben. Meine Freunde, es macht keinen guten Eindruck, schon gar nicht auf die heranwachsende jüngere Generation, wenn die großen demokratischen Parteien, wenn die größte politische Kraft der Bundesrepublik, die CDU/CSU, in ihrer Finanzgebarung — das ist kein Geheimnis; das kann man ruhig ansprechen — weit überwiegend von Staatsgeldern und von Spenden leben muß und wenn sich das Aufkommen aus dem eigenen Mitgliedsbereich, gemessen an den anderen Leistungen, relativ bescheiden ausnimmt.

Ich glaube, wenn wir wirklich Volkspartei werden wollen, werden wir auch mehr Opfer von uns und unseren eigenen Freunden verlangen müssen, Opfer

von denen, die durch den Willen und das Vertrauen der Partei ein Amt bekommen haben, Opfer von denen, die Mitglied in dieser Partei sind und die sich zu dieser Partei auch ernsthaft bekennen. Ich halte nichts von der Vorstellung, meine Damen und Herren, daß wir etwa bei der Ehrung altgedienter Mitglieder große Zahlen haben, daß aber in der Bilanz der Kreisverbände ein großes Erschrecken herrscht, wenn finanziell abgerechnet wird. Wir sollten doch wenigstens auf diesem heutigen Parteitag einmal kurz darüber nachdenken, daß wir uns an den Sozialdemokraten, seit sie die Regierung in Bonn übernommen haben, was Mitgliedszuwachsraten und was die Zuwachsrate am Beitragsaufkommen betrifft, ein Beispiel nehmen können und daß wir aus diesem Beispiel heraus — darum bitte ich Sie herzlich — die Vorlage des Bundesvorstandes unterstützen.

Ich bin der Meinung, daß der Bundesvorstand mit jenen Landesverbänden, die etwa in einer ganz besonders schwierigen Lage wegen des Termins stehen, eine Absprache treffen kann. Aber ich bin dafür, daß der Bundesvorstand das per Beschluß tut und daß wir es auf diesem Parteitag nicht von vorneherein vertagen. Ich kann Sie nur noch einmal beschwören, bitten und auffordern, diese Frage nicht zu vertagen. Die Lage ist für die CDU bitter ernst. Wenn wir die Frage jetzt entscheiden, haben wir zugegebenermaßen Ärger. Wir haben viel Verdruß. Die Kreisverbände nehmen eine große Last auf sich. Aber, meine Damen und Herren, es ist besser, den Verdruß zu Ende des Jahres 1971 zu haben, als zu Beginn des Wahljahres 1973.

(Beifall)

Wer für sich in Anspruch nimmt, dieses Land in einer kritischen Phase zu neuen Ufern zu führen, muß auch als Partei gegenüber sich selbst den Anspruch erheben, alle nur denkbaren Möglichkeiten auszuschöpfen, diese Partei so schnell wie möglich zu stabilisieren und in Angriffsformation zu bringen. Ohne Geld geht das nicht. Man kann nicht sagen, man will die Wahl gewinnen, und bei den eigenen Opfern vertagt man den Beschluß.

Ich bitte Sie dringend und herzlich: Unterstützen Sie die Vorlage des Bundesvorstandes.

(Beifall)

Anton Pfelffer, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Broll.

Werner Broll: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteiliebhaber! Auch ich möchte Sie bitten, den Antrag 16.02 nicht zu unterstützen, sondern zu beschließen, daß die Abführung an die Bundespartei ab 1. 1. 1972 auf 1 DM erhöht wird. Wenn all die großen Worte, die wir gestern hier über die

Verbesserung der Parteiarbeit gehört haben, mehr gewesen sein sollen als nur der Versuch, anderen Sand in die Augen zu streuen und die eigentlichen — persönlichen — Motive zu verbergen, dann müssen wir die Partei auch in den Stand setzen, finanziell ihren Forderungen entsprechend arbeiten zu können.

50 Pfennige, meine Damen und Herren, sind aufgrund der großartigen Wirtschaftspolitik der jetzigen Regierung weit weniger wert, als sie es waren, als wir den Betrag beschlossen haben. Und wenn diese Regierung so weiter macht, dann wird es im Jahre 1973 für 50 Pfennige möglicherweise nicht einmal mehr eine Briefmarke für einen einzigen Brief geben. Mit anderen Worten: wir müssen — ich glaube wir kommen nicht darum herum — den Beschluß fassen, daß der Betrag ab 1. 1. 1972 auf 1 DM erhöht wird. Und ich als Kreisverbandsvorsitzender kann sagen, daß ich das durchaus für absolut möglich halte.

(Beifall — Zuruf: Wieviele Mitglieder haben Sie?)

Anton Pfeiffer, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Parteivorsitzende, Herr Dr. Barzel.

Dr. Rainer Barzel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich mache es ganz kurz, weil es so wichtig ist. Wir haben alle möglichen Pläne, wir haben alle möglichen Notwendigkeiten, und wir haben Schulden. Diese Schulden werden wir nur tilgen können, und wir werden nur in eine bessere finanzielle Landschaft kommen und glaubhaft mit unseren Freunden sowie — ich spreche es aus — mit unseren Gönnern reden können, wenn wir sichtbar und überzeugend das tun, was uns selbst zumutbar ist. Deshalb bitte ich sehr herzlich, daß wir unser eigenes Prestige auch dadurch aufwerten, daß wir das tun, was in unseren Möglichkeiten liegt, und jetzt diesen Antrag, wie ihn der alte Bundesvorstand vorgelegt hat, annehmen. Meine Damen und Herren, dies ist dringend notwendig, denn nur, wenn wir selbst uns in dieser Richtung bemühen, werden wir glaubhaft in anderer Richtung sein können.

Soweit ich mich erinnere, ist dies das zweite Mal, daß ich überhaupt zu solchen Fragen spreche. Ich habe einmal auf dem Parteitag in Hannover dazu geredet. Das war, bevor überhaupt damit angefangen wurde, ein Minimum öffentlicher Parteifinanzierung zu ermöglichen. Ich habe Ihnen damals gesagt, dies würden wir nur bei einer Anstrengung durchsetzen können, und wir haben uns damals hinsichtlich der Mitgliederbeiträge angestrengt.

Ich bitte Sie heute, den Beschluß so zu fassen, wie ihn der Bundesvorstand vorlegt, weil dies auch eine Dokumentation unseres Willens ist, unsere Dinge

so weit wie möglich aus eigener Kraft von der Basis her in Ordnung zu bringen.

(Beifall)

Anton Pfeiffer, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Aussprache, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu möchte ich vorschlagen, daß wir zunächst über den Antrag 15.02, der einen Änderungsantrag zum Antrag 15.01 beinhaltet, abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt hier die Ablehnung des Antrages. — Wer dem Antrag 15.02 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Vielen Dank. Die Gegenprobe! — Danke. Enthaltungen? — Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich komme dann zur Abstimmung über den Antrag 15.01. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke sehr. Die Gegenprobe! — Vielen Dank. Enthaltungen? — Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Anträge 16.01 und 16.02. Hier möchte ich vorschlagen, daß wir zunächst über den Antrag 16.01 abstimmen und erst danach über den Antrag 16.02, weil der letztere Antrag lediglich einen Termin für das Inkrafttreten des Antrages 16.01 beinhaltet. Sind Sie damit einverstanden? — Dann werden wir so verfahren.

Wer dem Antrag 16.01 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe bitte! — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen somit zur Abstimmung über den Antrag 16.02. Auch hier empfiehlt die Antragskommission die Ablehnung. — Wer dem Antrag 16.02 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Vielen Dank. Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

(Vereinzelt Widerspruch)

— Das Präsidium ist einmütig der Ansicht,

(Zurufe vom Präsidium: Völlig eindeutig! — Weitere Zurufe: Ein Drittel!)

daß der Antrag mit Mehrheit abgelehnt ist. Es mag sein, daß man das von der rechten Seite nicht so gut sieht, weil zum Teil die Fernsehkameras im Wege stehen. — Der Antrag ist also abgelehnt.

Ich würde nun, nachdem mir mitgeteilt worden ist, die Stimmzettel seien jetzt in jedem Landesverband ausgeteilt worden, vorschlagen, daß wir mit der

Wahl fortfahren. — Herr Müller, ich darf Sie bitten, das Präsidium wieder zu übernehmen.

Adolf Müller, Remscheid, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden. Ich hatte dazu vorhin schon einmal aufgerufen, als die Stimmzettel noch nicht vollständig verteilt waren. — Der rosa Stimmzettel zum Tagesordnungspunkt 19 enthält die Namen; mindestens vier davon müssen angestrichen werden. Ich darf zunächst fragen, ob irgendein Delegierter noch keinen Stimmzettel hat. — Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann bitte ich Sie, mit dem Ausfüllen zu beginnen, und bitte die Stimmzähler, die Zettel einzusammeln. Die Wahlhandlung ist eröffnet.

Ich bitte diejenigen, die den Stimmzettel noch nicht abgegeben haben, die Hand zu heben. — Ich sehe niemanden. Eine letzte Frage: Sind alle Stimmzettel abgegeben? — Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich die Wahlhandlung zur Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden. Die Stimmzähler gehen bitte wieder in den Fechtsaal.

Ich möchte den Parteitag bitten, damit einverstanden zu sein, daß wir nunmehr die Wahl des Bundesschatzmeisters gleich anschließen. Weil beides nicht miteinander kollidiert. Ich bitte also die Stimmzähler, die Wahlurnen zu entleeren und dann wieder hierher zu kommen.

Zur Wahl zum Bundesschatzmeister ist der Delegierte Kiep aus dem Landesverband Hessen schriftlich vorgeschlagen worden. Es ist ein Vorschlag des Parteivorsitzenden. Weitere Vorschläge sind nicht eingegangen. Ich darf Sie bitten, für diese Wahl den grünen Stimmzettel Nr. 3 zur Hand zu nehmen und darauf entweder ja, nein oder Enthaltung zu schreiben. Wir warten einen Augenblick, bis die Stimmzähler die Urnen entleert haben und die grünen Stimmzettel einsammeln können.

Die Damen mit den Urnen kommen wieder in den Saal. Ich eröffne die Wahlhandlung zur Wahl des Bundesschatzmeisters. Ich bitte, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Ich bitte diejenigen, die die Hand zu erheben, die ihre Stimmkarte noch nicht abgegeben haben. — Ich frage ein letztes Mal: Haben alle Delegierten ihre Stimmkarte zur Wahl des Bundesschatzmeisters abgegeben? — Ich höre keinen Widerspruch; dann schließe ich die Wahlhandlung.

Zur Vorbereitung der Wahl des Bundesvorstands bitte ich die Landesgeschäftsführer oder ihre Stellvertreter, im Tagungsbüro die Stimmzettel hierfür abzuholen, damit wir, wenn die Ergebnisse der Wahlen der stellvertre-

tenden Vorsitzenden und des Schatzmeisters bekannt sind, gleich mit der Wahl des Bundesvorstands beginnen können, wobei ja die Möglichkeit besteht, daß wir in späteren Wahlgängen noch Stichwahlen durchführen. Ich bitte, sich darauf einzurichten. Ich bitte also die Landesgeschäftsführer oder deren Stellvertreter, die Stimmlisten für die Wahl des Bundesvorstands abzuholen und an die stimmberechtigten Delegierten zu verteilen.

Entsprechend dem Beschluß von heute morgen werden wir die Pause nunmehr ausnutzen, um in der Beratung der Anträge fortzufahren. Ich übergebe das Präsidium Herrn Seiters.

Rudolf Selters, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich rufe gemäß Ihrer bereits erfolgten Zustimmung nunmehr den Tagesordnungspunkt 25 auf:

Anträge

Zunächst kommen wir zu dem Antrag Nr. 25.01 des CDU-Landesverbandes Berlin. Wird der Antrag von seiten des Landesverbandes begründet? — Das Wort hat Herr Lummer.

Heinrich Lummer: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich darf diesen Antrag des Landesverbandes Berlin mit wenigen Worten begründen. Diese Begründung muß sich wohl nicht darauf erstrecken, den Inhalt des Antrags im einzelnen zu erläutern, sondern hier geht es vielleicht mehr darum zu sagen, warum, wir einige Dinge, die wir in diesem Hause gewiß für selbstverständlich erachten, noch einmal unterstreichen müssen.

Wir haben in der letzten Zeit erfahren, daß eine Reihe von Gemeinsamkeiten in der gesamten deutschen Politik von der gegenwärtigen Regierung in Frage gestellt worden sind. Wir müssen bei der Auseinandersetzung um die Deutschland- und Berlinpolitik nicht nur die Furcht haben, daß die Gegner unsere Positionen in Frage stellen und bekämpfen, sondern wir müssen gelegentlich die Furcht haben, daß unsere eigene Regierung Positionen ohne Not und entgegen unseren früheren Gemeinsamkeiten aufgibt. Das ist der Grund, weshalb wir hier zwei Dinge unterstreichen.

Das eine ist die Frage der Rolle Berlins in der deutschen Politik. Diese Rolle Berlins ist festgelegt in Entscheidungen des Deutschen Bundestages, im Grundgesetz und in den Beschlüssen aller Parteien. Wenn die gegenwärtige Ostpolitik zu ihrer Konsequenz der Ratifizierung der Ostverträge kommt, dann, so glaube ich, gibt es keinen Zweifel, daß die Anerkennung zweier deutscher Staaten als Völkerrechtssubjekte notwendige Konsequenz ist. Es gibt auf

seiten der Bundesregierung gelegentlich noch Rückzugsgefechte, die hier Zweifel verbreiten wollen. Aber die Verbündeten im Westen, die Gegner im Osten und die öffentliche Meinung bei uns sind der Auffassung, daß die Politik dieser Regierung darauf gerichtet ist, die Anerkennung Ostberlins als zweiten deutschen Staat zumindest in der Qualität des Völkerrechtssubjekts nicht auszuschließen. Darum ist nach unserer Auffassung die Unterstreichung notwendig, daß Berlin die Hauptstadt Deutschlands sein soll, daß dieser Anspruch aufrechterhalten wird, so wie es der Deutsche Bundestag beschlossen hat.

Der zweite Punkt, um den es hier geht, ist die Frage der deutschen Verhandlungen in Ausfüllung des Alliierten-Vertrages. Es soll hier nicht darum gehen, ein Ja oder Nein zu sagen, eine endgültige Beurteilung der Alliierten-Vereinbarung vorzunehmen, sondern es soll lediglich aus gebotennem und begründetem Mißtrauen klargestellt werden, was die deutschen Verhandlungen erreichen müssen. Was nicht erreicht werden darf, was nicht zustande kommen darf, ist die Aushöhlung, die inhaltliche Verfälschung der Alliierten-Berlin-Vereinbarung. Vor dieser Gefahr hat auch der amerikanische Außenminister Rogers gestern noch gewarnt.

Wir müssen das deshalb so deutlich sagen, weil die deutschen Verhandlungsführer uns gelegentlich — offenbar bewußt — hinters Licht geführt haben. Dies trifft etwa zu, um ein Beispiel zu sagen, auf die Frage des Gewaltverzichtsvertrages mit der Sowjetunion. Erst nach der Publikation der Inhalte, nach dem Bekanntwerden des Bahr-Papiers durch Indiskretion, wurde jedem in Deutschland klar: Hier handelte es sich der Sache nach nicht um einen Gewaltverzichtsvertrag, sondern um einen Grenzanerkennungsvertrag.

Einen weiteren Punkt der Täuschung haben wir gerade in den letzten Tagen erlebt, wo die Bundesregierung durch einen bestimmten Trick den Versuch gemacht hat, die Übersetzungsfrage auszuklammern aus den deutschen Verhandlungen, wo sie in einem bemerkenswerten Bedürfnis, das Prestige der anderen Seite zu schonen, einen Trick in den Postverhandlungen glaubte finden zu müssen, um das Gesicht und das Ansehen der anderen Seite nicht zu verletzen. Auch hier handelt es sich um eine Verfälschung des Sachverhalts, darum, daß die Öffentlichkeit hinters Licht geführt worden ist; denn eine solche Formel, wie sie in den Postverhandlungen vorhanden ist, daß Ost-Berlin Geld für den Senat von West-Berlin entgegennimmt, ist nicht neu. Das hat es schon früher gegeben. Das kann also die Frage der Übersetzungsprobleme im Zusammenhang mit den Bindungen Berlins an den Bund nicht ausklammern.

Das ist der Grund, weshalb wir hier einige Punkte in dem Antrag verdeutlichen möchten.

Dieser Antrag des Landesverbandes Berlin liegt Ihnen in einer durch die Antragskommission veränderten Fassung vor. Der Landesverband Berlin hat diese veränderte Fassung übernommen. Diese Resolution steht hier zur Abstimmung. Ich glaube, es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß dieser Antrag hier eine Mehrheit findet. Wir wären dankbar, wenn die Übereinstimmung so weit ginge, daß es ein einstimmiger Antrag dieses Parteitages wäre. Vielen Dank.

(Beifall)

Rudolf Seitzers, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, die Antragskommission empfiehlt die Annahme dieses Antrags. Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich allerdings Herr Jäger aus Baden-Württemberg gemeldet. Das Wort hat Herr Jäger.

Klaus Jäger: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte mich ausdrücklich für den Antrag des Landesverbandes Berlin aussprechen. Ich möchte nur eines hinzufügen. Wenn wir heute in einer so praktischen Weise zum Berlin-Rahmenabkommen Stellung nehmen — und das darf man von einem Parteitag hoffen und erwarten —, dann darf doch auf der anderen Seite nicht verschwiegen werden, daß wir nicht die Illusion erwecken dürfen, nicht bei der deutschen Öffentlichkeit und insbesondere nicht bei der Bundesregierung, daß wir mit einer solchen Resolution etwa das unterstützen, was die Bundesregierung heute schon vorbereitet, nämlich aus diesem Berlin-Rahmenabkommen herzuleiten, nunmehr seien die Voraussetzungen für eine Ratifikation der Ostverträge geschaffen und wir hätten nun keine Bedenken mehr zu haben, dazu unser Ja zu sagen.

Ich möchte den Bundesparteivorstand bitten, dazu ein klares und klärendes Wort zu sagen, um jede Mißdeutung zu diesem Punkt zu vermeiden.

Lassen Sie mich aber ein zweites daran anschließen. Gerade wenn wir unsere Stellungnahme zum Berlin-Rahmenabkommen auf der einen Seite und die Debatte über die Ostverträge, die ja in geraumer Zeit auf uns zukommen wird, auf der anderen Seite nebeneinander stellen und miteinander in Zusammenhang bringen, müssen wir wissen und davon ausgehen, daß diese Partei für diese Debatte, die auf uns zukommen wird, fit sein muß.

Das bedeutet, das wir draußen in den Landesverbänden, in den Bezirks-, Kreis- und Ortsverbänden Parteifreunde haben müssen, die sich in dieser Diskussion entschieden und klar und vor allem auf Grund solider Kenntnisse unseren politischen Gegnern in der Auseinandersetzung stellen können. Das können wir nur, wenn wir die Parteifreunde haben, die das machen.

Ich möchte hier die herzliche Bitte und den Appell an den neugewählten Bundesvorstand richten, dafür zu sorgen, daß der Beschluß vom Mainzer Parteitag, wo wir beschlossen haben, in allen Landes- und Kreisverbänden deutschlandpolitische Arbeitskreise und Ausschüsse gerade für diese Auseinandersetzung einzurichten, nun endlich realisiert wird. Wir haben das nämlich bitter notwendig, wenn wir die Auseinandersetzung der kommenden Monate mit Erfolg bestehen wollen. Daß wir sie mit Erfolg bestehen, ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß wir die Wahlen 1973 gewinnen. Danke schön.

(Beifall)

Rudolf Selters, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es scheint das Los aller amtierenden Tagungspräsidenten zu sein, auf die Unruhe im Saale hinzuweisen. Ich darf Sie doch auch bei dieser Thematik sehr herzlich bitten, die Unterhaltung im Saal einzustellen und den Rednern Gehör zu schenken.

(Beifall)

Das Wort hat nunmehr Herr Dr. Barzel.

Dr. Rainer Barzel: Auf die Intervention meines verehrten Kollegen, der eben hier gesprochen hat, möchte ich jetzt nur wenige Sätze sagen. Die Debatte dieses Parteitages, soweit sie bundespolitische Fragen, die aktuell sind, betrifft, leidet unter der aus anderen Gründen notwendig gewesenen Verschiebung der Reihenfolge. Der Bericht der Fraktion ist noch nicht erstattet. Ich bin ganz sicher, daß sonst diese Frage nicht mehr hätte gestellt zu werden brauchen. Ich werde nachher, wenn wir die Regularien erledigt haben und wenn ich meine Rede zu halten habe, in einer unmißverständlichen Weise dazu Stellung nehmen.

Ich bin für den Antrag, den Herr Lummer vorgetragen hat.

Ich möchte nur schon jetzt noch einmal wiederholen: Nie und an keiner Stelle hat diese Partei, hat die CSU oder die gemeinsame Bundestagsfraktion auch nur den Eindruck erweckt, daß für den Fall einer befriedigenden Berlinlösung für uns die Verträge, so wie sie daliegen, ratifizierbar seien.

(Beifall)

Dies, meine Freunde, wird nachher in einer Argumentation geschehen, von der ich hoffe, daß Sie ihr zustimmen werden; denn wir müssen nicht nur daran denken, daß wir jetzt das Richtige tun, indem wir das Falsche ablehnen, sondern dies muß so geschehen, daß eine Regierung der Union morgen auf dieser Position aufbauen kann.

Deshalb muß es eine differenzierte Position sein. Ich habe die Absicht, sie nachher zu beziehen.

(Beifall)

Rudolf Seiters, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag des Landesverbandes Berlin in der geänderten Fassung. Die Antragskommission empfiehlt Zustimmung.

Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltung? — Der Antrag ist bei wenigen Enthaltungen angenommen.

(Beifall)

Bevor wir zum Antrag 25.02 kommen, darf ich noch darauf hinweisen, daß die anberaumte Konferenz der Fraktionsvorsitzenden um 14 Uhr im Konferenzsaal 2 des Hotels Berlin stattfindet.

Der Antrag 25.02 ist von der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge gestellt. Ich darf fragen, ob das Wort gewünscht wird. — Das ist nicht der Fall. Möchte die Antragskommission dazu sprechen? — Das ist offensichtlich auch nicht der Fall.

Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer dem Antrag 25.02 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Antrag 25.03 des Kreisverbandes Bonn. Wer möchte diesen Antrag begründen? — Bitte.

Jürgen Wahl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Motiv des Kreisverbandes Bonn für die Errichtung eines Europa-Büros und die Bestellung eines Europa-Beauftragten ist, daß zur Zeit im Bereich der Union — dabei sind die Parteien wie die Bundestagsfraktion gemeint — zu viele einander überschneidende Funktionen verteilt sind.

Wenn die Europa-Politik der Union immer wieder überzeugend in die Parteiarbeit einbezogen werden soll, so bedarf es einer kontinuierlichen Behandlung. Die Prärogative soll unserer Meinung nach dabei bei einer Behandlung durch die CDU liegen, und deshalb ist der Kreisverband auch damit einverstanden, daß zunächst eine Überweisung an den Bundesvorstand erfolgt, um die sachlichen und personellen Folgen dieses Antrags zu überprüfen.

Wir haben bewußt ein Datum in den Antrag eingesetzt, damit diese Behandlung noch rechtzeitig vor der Bundestagswahl möglich ist.

Rudolf Selters, Tagungspräsidium: Die Antragskommission möchte zu diesem Antrag Stellung nehmen. Das Wort hat Herr Lorenz.

Peter Lorenz: Liebe Freunde! Es geht ganz kurz. Der antragstellende Kreisverband hat sich ja schon selbst damit einverstanden erklärt, daß die Sache zunächst dem Bundesvorstand zur Prüfung der personellen und sachlichen Voraussetzungen überwiesen wird.

Das ist schon deshalb erforderlich, weil wir hier nicht darüber beschließen können, was die CSU tun oder lassen soll, sondern wir müssen uns erst mit unseren Freunden aus Bayern darüber verständigen.

So schlägt Ihnen auch die Antragskommission vor, den Antrag dem Bundesvorstand zur weiteren Veranlassung zu überweisen.

Rudolf Selters, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Antragskommission auf Überweisung an den Bundesvorstand. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe bitte. — Enthaltung? — Dann ist der Antrag angenommen.

Bevor wir zum nächsten Antrag kommen, darf ich darauf hinweisen, daß die Stimmzettel für die Wahl der Beisitzer in den Bundesvorstand erstellt sind. Die Landesgeschäftsführer werden gebeten, nunmehr diese Stimmzettel abzuholen.

Damit kommen wir zum Antrag 25.04 des CDU-Kreisverbandes Dinslaken. Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist offensichtlich nicht der Fall. — Dann gebe ich das Wort für die Antragskommission Herrn Dr. Kraske.

Dr. Konrad Kraske: Meine lieben Freunde! Ich freue mich, daß meine erste offizielle Amtshandlung darin besteht, Ihnen einen Antrag des Kreisverbandes Dinslaken zur Annahme zu empfehlen. Die Antragskommission versteht die Absätze 1 bis 5 dieses Antrags und den Schluß des Antrags als Begründung. Sie schlägt Ihnen vor, die Ziffern 1 bis 5, eingeleitet durch die Worte: „Wir fordern deshalb . . .“, zustimmend an unsere Fraktionen in Bund, Ländern und Gemeinden zu überweisen.

Außerdem hat die Antragskommission in diesem Zusammenhang davon Kenntnis genommen und gibt Ihnen Kenntnis, daß sich der Bundesvorstand im Rahmen der gesamten Problematik, die mit diesem Antrag angesprochen wird, mit der Frage beschäftigen wird, wie wir den Gastarbeitern, die politisch daran interessiert sind, die politisch auf dem Boden der christlichen Demokratie stehen, die Möglichkeit einer Mitarbeit auch in unserer Partei geben können.

Ich empfehle Ihnen also die Punkte 1 bis 5 zur Annahme und zur Überweisung an unsere Fraktionen.

Rudolf Selters, Tagungspräsidium: Das Wort wird zu diesem Antrag nicht weiter gewünscht. Dann stelle ich den Antrag der Antragskommission zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Enthaltung? — Der Antrag ist bei wenigen Enthaltungen angenommen.

Wir kommen dann zum Antrag 25.05 des Kreisverbandes Bonn. In Abstimmung mit dem Kreisverband gebe ich zunächst Herrn Benda für die Antragskommission das Wort.

Ernst Benda: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Antragskommission empfiehlt, dem Antrag 25.05 des Kreisverbandes Bonn, der sich mit dem Thema der Auseinandersetzung mit dem Radikalismus in unserem Land beschäftigt, zuzustimmen.

Im Einverständnis mit den Antragstellern und mit der Antragskommission erlauben Sie mir einige kurze Bemerkungen zu diesem, wie Sie wissen, auch in der Auseinandersetzung im Deutschen Bundestag sehr aktuellen Thema. Das, was der Kreisverband Bonn mit Recht fordert, nämlich die regelmäßige, ausreichende und jedermann zugängliche Unterrichtung über demokratiefeindliche Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, wird nicht nur der deutschen Öffentlichkeit, sondern auch dem Deutschen Bundestag von der gegenwärtigen Bundesregierung und dem gegenwärtigen Bundesinnenminister verweigert.

Die Christlich Demokratische Union sollte daher nach unserer Meinung verurteilen, daß die Bundesregierung der deutschen Öffentlichkeit die Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden, die zu diesem Thema ganz klar und eindeutig sind, seit ihrer Amtsübernahme vorenthält und eine Stellungnahme zur Aktivität vor allem der DKP und der von ihr gesteuerten Organisationen gegenüber dem Deutschen Bundestag aus angeblichen Gründen der Staatssicherheit verweigert — zu einer Zeit, da gleichzeitig der Bundeskanzler dem Parteichef der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Herrn Breschnew, gegenüber sich dahin äußert, daß, wie er sich ausdrückt, diese DKP legal sei.

Wir haben den Eindruck, daß die Bundesregierung die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Aktivität in der Bundesrepublik Deutschland offensichtlich nicht ernsthaft führen kann oder will, obwohl sie vielfach das Gegenteil verbal beteuert hat und noch beteuert. Meine Damen und Herren, wir meinen, daß die Christlich Demokratische Union in dieser Situation auch von dieser Stelle aus an die anderen demokratischen Parteien, Sozialdemokraten und Freie Demokraten, appellieren sollte, die Auseinandersetzung mit

dem Radikalismus nun gemeinsam und entschieden zu führen und den Worten der Bundesregierung endlich Taten folgen zu lassen.

(Beifall)

Wir erinnern daher die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien nachdrücklich an die gemeinsame Verpflichtung, die sich aus dem Auftrag des Grundgesetzes und dem Bekenntnis zu einer wahrhaften Demokratie ergibt.

Zu dem, was konkret zu geschehen hat, gehört neben anderem gegenwärtig in erster Linie folgendes.

1. Nach unserer Auffassung ist die Tätigkeit im öffentlichen Dienst mit der Mitgliedschaft in einer Partei oder Organisation, deren Ziel es ist, die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Landes zu zerstören, unvereinbar.

(Beifall)

2. Es ist notwendig, daß verfassungsfeindliche Parteien oder Organisationen von jedem Einfluß auf öffentliche Angelegenheiten und erst recht von der Möglichkeit, auf die Vergabe öffentlicher Mittel Einfluß zu nehmen, ferngehalten werden.

(Beifall)

3. Es ist notwendig, daß alle demokratischen Parteien sich klar von den Kommunisten in allen Bereichen abgrenzen. Dies gilt auch und in erster Linie, aber nicht nur für die deutschen Hochschulen.

4. Die deutsche Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf, über den Radikalismus von rechts und links endlich umfassend informiert zu werden, so wie dies bei früheren Bundesregierungen geschehen ist. Sie hat schließlich Anspruch auf eine klare Stellungnahme der Bundesregierung dazu, wie sie die radikalen Aktivitäten dieser Organisationen und Parteien beurteilt und was sie auf diesem Gebiet endlich zu tun gedenkt. In diesem Sinne verstehen wir den Antrag des Kreisverbandes Bonn. Dieser Antrag ist vor allem für die Tätigkeit des Bundesvorstandes, aber auch für die der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine nachdrückliche Unterstützung. Wir begrüßen diesen Antrag daher. Namens der Antragskommission bitte ich Sie, diesen Antrag anzunehmen.

(Beifall)

Rudolf Selters, Tagungspräsidium: Zu diesem Antrag wird das Wort nicht weiter gewünscht. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe, bitte! — Enthaltungen? — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Antrag 25.06 des Kreisverbandes Fulda-Land. Soll der Antrag begründet werden? — Das Wort hat Herr Nolte.

Hans Nolte: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe die Aufgabe, den Antrag des CDU-Kreisverbandes Fulda-Land auf Errichtung einer Kommission für Zukunftsfragen zu begründen. Mit diesem Antrag soll eine noch stärkere und bewußtere Hinwendung unserer Partei zu Fragen der Zukunft erreicht werden. Wir lassen uns von den Massenmedien — von Fernsehen, Rundfunk und Presse — sowie von unseren politischen Gegnern als konservativ abstempeln, wobei das Wort „konservativ“ in dem bössartigen Sinne von „rückschrittlich und unmodern“ gebraucht wird. Auf der anderen Seite steht dann die sozial-liberale Koalition, die aus lauter Fortschritt besteht und die allein in der Lage ist, die Aufgaben der Zukunft zu meistern. Meine Damen und Herren, wir wissen, daß diese Koalition nicht in der Lage ist und auch nicht in der Lage sein wird, die Aufgaben der Zukunft zu erkennen, geschweige denn, sie zu meistern. Sie ist schöpferisch in neuen Worten, und sie hat noch das Glück, daß die Mehrheit der Massenmedien — übrigens im Gegensatz zu den Bürgern im Lande — dieser Regierung sogar die Wurmkur eines Ministers als innere Reform abnimmt.

Es ist aber müßig, nur auf die anderen zu schauen. Auch wir müssen uns stärker auf die Bewältigung der Zukunftsaufgaben ausrichten. Auch wir müssen nun in aller Offenheit sagen, daß wir bisher vorzugsweise auf die Veränderung der Gesellschaft, auf die ständigen technischen Evolutionen — oder sind es in Wahrheit schon Revolutionen? — lediglich reagiert haben. Aber wir müssen als Politiker, als Partei vom Reagieren wieder zum Handeln kommen. Daß dies in einer Zeit, in der uns die Veränderungen mit der Geschwindigkeit einer Mondrakete überfallen, schwer ist, ist klar. Daß hierzu der Mut gehört, mit dem der erste Mensch den Fuß auf den Mond setzte, ist einleuchtend.

Meine Damen und Herren, wir brauchen aber diesen Mut. Wir dürfen uns von der Geschwindigkeit nicht beeindruckt lassen, denn das Ziel, dieses Deutschland zu einem auf die Zukunft gerichteten und vorbereiteten Staat zu machen, lohnt jede Mühe und jedes Opfer. Natürlich gehört Mut dazu, z. B. die Probleme der Wegwerfgesellschaft anzugehen. Es gehört noch mehr Mut dazu, die Eigentumsfrage aus der Sicht des modernen Nomadentums zu überprüfen. Wir brauchen ein neues Bildungssystem. Kurzum: Wir haben uns auf ein neues Zeitalter vorzubereiten, ein Zeitalter, das von ständigen politischen Unruhen als Folge einer Kette von wissenschaftlichen Revolutionen geprägt sein wird. Wer aber kann diese Aufgabe bewältigen? Jene, die dauernd von Fortschritt reden, deren Zukunftsbrücke aber auf den Sandfundamenten von zwei

Irrlehren des vorigen Jahrhunderts aufgebaut ist? Sind wir es nicht vielmehr, die in den ewigen Werten unseres gemeinsamen Glaubens die soliden Fundamente besitzen, um auch die kühnsten Brückenkonstruktionen zu tragen? Wir sind als christliche Politiker aufgerufen, eine stärker zukunftsbezogene Arbeit zu leisten.

Um dieses Ziel zu erreichen — so meint der Kreisverband Fulda-Land —, benötigen wir eine ständige Kommission unter der Leitung eines Präsidialmitgliedes, die für die Gestaltung unserer Programme und deren ständige Überprüfung von ausschlaggebender Bedeutung sein wird. Aus der Arbeit einer solchen Kommission müssen die Impulse fließen, die die Zukunft deutscher Politik über die Tagesfragen hinweg bestimmen werden. Meine Damen und Herren, daher bitte ich Sie herzlich, dem Antrag des CDU-Kreisverbandes Fulda ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall)

Rudolf Selters, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Herr Dr. Göb das Wort.

Dr. Rüdiger Göb: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, diesen Antrag als erledigt anzusehen. Der Bundesvorstand hat vor einiger Zeit einen Bundesfachausschuß für Strukturfragen eingerichtet, der sich mit diesen Fragen, mit Fragen der Regionalpolitik, der Infrastrukturpolitik, des Wohnens, des Städtebaus, des Umweltschutzes usw. beschäftigt. Dieser Fachausschuß hat Kommissionen gebildet. Die Kommissionen und auch der Bundesfachausschuß haben ihre Arbeit aufgenommen. Die ersten Ergebnisse werden schon sehr bald vorliegen. Die Antragskommission ist der Meinung, daß dieser Antrag, der inhaltlich berechtigt ist, durch diese Maßnahme des Bundesvorstandes erledigt ist.

Rudolf Selters, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir haben über den Antrag der Antragskommission, den Antrag des Kreisverbandes Fulda-Land, wie der Bundesgeschäftsführer eben erklärt hat, für erledigt zu erklären, abzustimmen. Ich lasse darüber abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen ist der Antrag der Antragskommission angenommen.

Ich gebe nunmehr meinem Kollegen im Tagungspräsidium, Herrn Müller, das Wort.

Adolf Müller, Remscheid, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Heute morgen ist rationell gearbeitet worden. Ich gebe Ihnen nunmehr das Ergebnis

der Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden bekannt. Abgegebene Stimmzettel: 506, ungültige Stimmzettel: 4, somit gültige Stimmzettel: 502. Die erforderliche Mehrheit beträgt nach der Satzung 252 Stimmen. Herr Kollege Katzer erhielt 455 Stimmen,

(Beifall)

Herr Kollege Dr. Kohl 470 Stimmen,

(Beifall)

Herr Kollege Dr. Schröder 358 Stimmen,

(Beifall)

Herr Kollege Dr. Stoltenberg 456 Stimmen,

(Beifall)

Frau Kollegin Dr. Wex 459 Stimmen.

(Beifall)

Damit sind alle fünf Kandidaten zu Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt; sie haben die erforderliche Mehrheit. Ich frage jetzt die Kandidaten nacheinander, ob sie das Amt annehmen. Herr Kollege Katzer?

(Hans Katzer: Ich nehme die Wahl an!)

Herr Kollege Dr. Kohl?

(Dr. Helmut Kohl: Ich nehme die Wahl an!)

Herr Kollege Dr. Schröder?

(Dr. Gerhard Schröder: Ich nehme die Wahl an!)

Herr Kollege Dr. Stoltenberg?

(Dr. Gerhard Stoltenberg: Ich nehme die Wahl an!)

Frau Kollegin Dr. Wex?

(Dr. Helga Wex: Ich nehme die Wahl an!)

Sehr geehrte Frau Dr. Wex, sehr geehrte Herren! Der Parteitag gratuliert Ihnen zu dieser überzeugenden Wiederwahl.

(Beifall)

Wir alle haben die feste Hoffnung, daß das so zusammengesetzte Präsidium mit dem neu gewählten Vorsitzenden zum Wohl unserer Partei insbesondere im Hinblick auf 1973 eine wertvolle Aufgabe erfüllen wird.

Ich darf Ihnen nunmehr das Ergebnis der Wahl des Bundesschatzmeisters bekanntgeben:

Abgegebene Stimmen	443
Ungültige Stimmzettel	1
Enthaltungen	9
Gültige Stimmzettel	442
Erforderliche Mehrheit	217
Ja-Stimmen	401
Nein-Stimmen	32

Gewählt ist Herr Walther Leisler Kiep.

(Beifall)

Ich frage Herrn Kiep, ob er die Wahl annimmt.

(Walther Leisler Kiep: Ich nehme die Wahl an!)

Herr Kiep, auch Ihnen unseren herzlichen Glückwunsch zu dieser Wahl

(Beifall)

und zu dieser schweren Bürde, die Sie übernommen haben. Auch Ihnen eine gute Zusammenarbeit im neu gewählten Parteipräsidium!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen nun zur Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstands. Ich möchte Sie vorher bitten, mit folgender weiterer Abwicklung der Tagesordnung einverstanden zu sein: Nach Schließung des Wahlganges zur Wahl des Bundesvorstands möchten wir gern Herrn Dr. Barzel das Wort geben zu seinem politischen Bericht. Wir könnten dann die Zeit der Stimmzählung mit diesem bedeutsamen politischen Bericht ausnutzen und dann erst die Anträge weiterberaten. Wir müssen dabei auch etwas an die Öffentlichkeitswirkung und an die Presse denken. Im Anschluß daran können wir dann unter Umständen auch noch Stichwahlen durchführen, falls das erforderlich ist. Ist der Parteitag mit diesem Vorschlag einverstanden? — Ich höre keinen Widerspruch.

Dann kommen wir nun zur Wahl weiterer Mitglieder des Bundesvorstands. Lassen Sie mich zunächst noch einmal die entsprechenden Bestimmungen der Satzung aus § 43 verlesen:

„Der jeweilige Stimmzettel muß die Namen aller vorgeschlagenen Kandidaten enthalten. Stimmzettel, auf denen nicht mindestens drei Viertel der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt sind, sind ungültig. Stimmzettel, auf denen mehr Namen angekreuzt sind, als der Zahl der Stellvertretenden Vorsitzenden bzw. der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes entspricht, sind ebenfalls ungültig. Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich.“

Es sind 21 weitere Mitglieder des Bundesvorstandes zu wählen, das heißt also nach den Satzungsbestimmungen, daß jeder Stimmzettel, um gültig zu sein, mindestens 16 angekreuzte Namen enthalten muß. Die Zahl 21 kommt dadurch zustande, daß der Fraktionsvorsitzende, Herr Dr. Barzel, nunmehr gleichzeitig der Parteivorsitzende ist, so daß ein weiteres Mitglied mehr gewählt werden kann als auf dem vorigen Bundesparteitag. Darf ich zunächst fragen, ob die Landesgeschäftsführer ihren stimmberechtigten Delegierten diesen blaßgrünen Stimmzettel zum Tagesordnungspunkt 21 mit den Namen der Kandidaten ausgehändigt haben?

(Zustimmung)

Darf ich fragen, ob ein stimmberechtigter Delegierter im Saal ist, der keinen Stimmzettel hat? — Ich höre keinen Widerspruch. Dann darf ich Sie bitten, mit der Ausfüllung zu beginnen und darf die Stimmzähler bitten, die Stimmzettel einzusammeln. Die Wahlhandlung ist eröffnet.

Adolf Müller, Remscheid, Tagungspräsidium: Ist ein Delegierter im Saal, der seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben hat? — Das ist nicht der Fall. Damit schließe ich die Wahlhandlung und bitte die Stimmzähler, ihres Amtes zu walten.

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, die Wahl der Rechnungsprüfer nunmehr gleich anzuschließen. Diese Wahl braucht nicht unbedingt geheim stattzufinden, wenn der Parteitag mit einer offenen Abstimmung einverstanden ist. Ich darf Sie zunächst einmal fragen, ob Sie mit einer offenen Abstimmung einverstanden sind? — Ich höre keinen Widerspruch.

Es wird vorgeschlagen die Wiederwahl der Herren Horten und Blumenfeld. Weitere Vorschläge sind nicht eingegangen. Ich lasse über die Wahl der beiden Rechnungsprüfer Horten und Blumenfeld gemeinsam abstimmen. Wer für die Wahl ist, den bitte ich um das Zeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Bei Enthaltung der Betroffenen sind die beiden Rechnungsprüfer wiedergewählt.

Melne Damen und Herren, folgendes Problem hat sich noch ergeben. Herr Ministerpräsident Dr. Röder hat uns mitgeteilt, daß er zur Rede von Herrn

Dr. Barzel für 14 Uhr aus dem Saarland noch eine ganze Reihe von Parteifreunden eingeladen hat. Wir möchten Ihnen daher vorschlagen, daß wir zunächst in der Beratung der Anträge fortfahren und pünktlich um 14 Uhr mit der Rede von Herrn Dr. Barzel beginnen.

(Beifall)

Wie ich aus Ihrem Beifall entnehme, ist der Parteitag damit einverstanden.

Ich darf das Präsidium für die weitere Beratung der Anträge an Dr. Geißler übergeben.

Dr. Heinrich Geißler, Tagungspräsidium: Wir kommen zur Beratung des Antrages 25.07. Dazu hat das Wort Herr Schwarz, Rheinland-Pfalz.

Heinz Schwarz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die augenblickliche Krise der Europapolitik erfordert unseres Erachtens, die wir Antragsteller sind, die Notwendigkeit, daß dieser Parteitag zu dieser Situation Stellung nimmt.

Es ist gestern gesagt worden, daß die Union das Fundament der Politik gelegt hat, auf dem wir heute noch politisch zu arbeiten haben. Zweifellos ist die Europapolitik eines der wesentlichen Fundamente unserer Politik gewesen. Wir können deshalb unseres Erachtens auf eine Initiative zur Europapolitik auf diesem Parteitag nicht verzichten.

Ich darf meinerseits auf den Antrag 25.12 verweisen und darauf verzichten — auch wegen des Ablaufs des Parteitags —, weiter auf den Antrag selbst einzugehen, weil ich glaube, daß das, was ausgesagt werden muß, in dem Antrag 25.12 dargelegt ist. Ich empfehle dem Parteitag die Annahme des Antrags.

Dr. Heinrich Geißler: Tagungspräsidium: Ich darf Herrn Vogel bitten, für die Antragskommission zu sprechen.

Friedrich Vogel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann es ganz kurz machen. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrages.

Dr. Heinrich Geißler, Tagungspräsidium: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag. Wer für die Annahme des Antrages ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen zum Antrag 25.08 des Kreisverbandes Köln-Stadt.

Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Für die Antragskommission erhält das Wort Herr Göb.

Dr. Rüdiger Göb: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den ersten Absatz des Antrages anzunehmen und die Ausführungen unter den Ziffern 1 bis 3 als Material an den Vorstand zu überweisen.

Es handelt sich zum Teil um technisch, finanziell und organisatorisch schwierige Probleme, zum Teil um Dinge, die bereits in Arbeit sind, wie etwa eine Liste der zentralen Services, die die Bundesgeschäftsstelle anbietet. Wir sind auch dabei, unseren Nachrichtendienst „Union in Deutschland“ in der Form, wie das hier vorgeschlagen wird, weiter zu entwickeln, so daß es gerechtfertigt scheint, diese drei Punkte als Material an den Vorstand zu überweisen.

Dr. Heinrich Gelbier, Tagungspräsidium: Wir stimmen über den Antrag ab. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Damit ist der Antrag der Antragskommission angenommen.

Wir kommen nunmehr zum Antrag 25.09 der Delegierten Filbinger, Adorno und Neuhaus. Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrages.

Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen zum Antrag 25.10 der Delegierten Frau Dr. Wex, Pieser und Blohm. Zur Begründung hat das Wort Frau Dr. Wex.

Dr. Helga Wex: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe gehört, daß der Antrag 25.10 nicht überall verteilt worden ist. Ich lese deshalb das Petitum vor.

Der 19. Bundesparteitag möge beschließen:

Beim Bundesvorstand der CDU wird eine Kommission Massenmedien gebildet.

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß in der gesellschaftlichen Entwicklung und in der politischen Diskussion die Zukunft der Massenmedien eine immer wichtigere Rolle spielt. Wir brauchen dringend diesen Ausschuß, um alle Aktivitäten auf diesem Gebiet zu koordinieren und eine von den obersten Organen der Partei getragene Aussage über die Zukunft der Massenmedien zu bekommen.

Die Bundesfrauenvereinigung — das sage ich hier nicht ohne Bedacht — hat schon im Februar 1971 einen Ausschuß „Medienerziehung“ eingesetzt. Das

soll nicht so aussehen, als sei damit „Erziehung durch Medien“ gemeint, sondern das heißt: Erziehung im Umgang mit den Massenmedien.

(Vereinzelt Beifall)

Und wir haben da entschiedene Vorarbeiten geleistet.

Die Tatsache, daß sich in der vorigen Woche ein Arbeitskreis Rundfunk der CDU/CSU konstituiert hat, ist an sich begrüßenswert. Das Faktum aber, daß dies geschah, ohne daß die von mir erwähnten Vorarbeiten der Bundesfrauenvereinigung von Anfang an mit einbezogen worden wären, zeigt, wie dringend wir eine solche koordinierende und effektiv arbeitende Kommission brauchen, damit nicht erst wieder unökonomisch gearbeitet wird. Und wir lehnen es in bezug auf die Sachaussagen, die die Frauenvereinigung auf diesem Gebiet zu machen hat, ab, daß die Ökonomie vielleicht auf Kosten dieser Vorarbeiten der Frauenvereinigung geht.

Dies soll keine Kommission sein, die Personaldebatten führt. Von uns ist keiner so wenig informiert, daß er nicht wüßte, wie wichtig diese Personaldebatten sind. Aber es soll dies ein Gremium sein, daß ein Medienkonzept der CDU entwickelt. Wir kennen die Diskussion über die Probleme der Pressekonzentration und der inhaltlichen Gestaltung der Fernsehprogramme, kennen den Streit über politische Sendungen sowie die fehlenden Kontaktmöglichkeiten zwischen Programmgestaltern und Programmkonsumenten. Wir wissen auch um die technologischen Neuerungen und die Funktion des Fernsehens im Bereich von Bildung und Erziehung.

Wenn wir die gegenwärtige Landschaft im Hinblick auf die Auswirkungen der Massenmedien betrachten, so sehen wir, daß weder Fernsehproduzenten noch Fernsehkonsumenten die entscheidende Wirkung, die das Medium Fernsehen auf die gesellschaftliche Entwicklung ausübt, auch nur annähernd verarbeitet haben. So fehlt es in der Bundesrepublik an einer intensiven, grundlegenden Medienforschung sowie an Kontaktstellen zwischen Produzenten und Konsumenten. Und so haben wir diesen Ausschuß Medienerziehung der Frauenvereinigung verstanden: die Einbahnstraße der Sendungen auf die Zuschauer hin muß endlich einmal verlassen werden,

(Beifall)

und zwischen Produzenten und Konsumenten muß ein Kontakt möglich sein.

Hier ergeben sich eine Unmenge von Fragen, auf die eine politische Antwort gefunden werden muß. Fachgespräche allein, so wichtig sie sind, reichen nicht aus. Die von uns hier vorgeschlagene Kommission soll diese politischen

Antworten erarbeiten und — mit dem notwendigen Rückhalt der Gesamtpartei — vertreten. Sie soll ein Medienkonzept der CDU vorlegen.

Die Diskussion auf diesem Gebiet wird in absehbarer Zeit stärker und stärker werden, und sie wird entscheidender sein, als es die Öffentlichkeit bisher wahrgenommen hat. Die CDU muß in dieser Diskussion eigene Akzente setzen. Gegenüber Schlagworten wie „Innere Demokratisierung der Massenmedien“, so zu finden in dem Papier, das dem SPD-Parteitag im November 1971 als eine Grundlage für eine Aussage zur Medienpolitik vorgelegt wird, sind sachlich fundierte Aussagen nötig.

Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen, auch — und gerade — unter Berücksichtigung der Tatsache, daß wir schon einen rundfunkpolitischen Ausschuß der CDU/CSU haben. Ich bin der Meinung, daß wir eine koordinierte Aussage: ein Medienkonzept der CDU haben müssen. — Ich bitte Sie sehr, aus diesen Gründen dem Antrag zuzustimmen.

(Befall)

Dr. Heinrich Geißler, Tagungspräsidium: Vielen Dank! — Für die Antragskommission Herr Vogel, bitte!

Friedrich Vogel: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der neugewählten stellvertretenden Parteivorsitzenden widerspricht die Antragskommission nicht gern; sie bittet dennoch darum, diesen Antrag dem Bundesausschuß zur weiteren Behandlung und zur Beschlußfassung zu überweisen.

Zur Begründung folgendes: Frau Kollegin Dr. Wex hat bereits darauf hingewiesen, daß wir gemeinsam mit der CSU einen Arbeitskreis Rundfunk haben. Dieser Arbeitskreis hat sich nicht erst jetzt konstituiert, sondern besteht seit über zwei Jahren. Er ist vor einer Woche neu konstituiert worden. Dieser Arbeitskreis hat zwei Unterarbeitskreise; in einem von ihnen wird das sehr wichtige Thema „Medienkonzept“ behandelt.

Die Antragskommission unterstützt, Frau Kollegin Wex, das Anliegen, das hier verfolgt wird. Es geht nur darum, daß sehr sorgfältig überlegt wird, daß es hier nicht ein unkoordiniertes Nebeneinander von Gremien gibt, und es geht darum, im Bundesausschuß nach entsprechender Vorbereitung einen Beschluß zu fassen, der eben das erreicht, was Sie mit Ihrem Anliegen erreichen wollen. Hier ist das ad hoc nicht möglich. Vielen Dank.

Dr. Heinrich Geißler, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! — Es haben sich einige Damen zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Limbach.

Editha Limbach: Ich möchte Ihnen kurz ein Wort ins Gedächtnis zurückrufen, das Herr Dr. Barzel gestern gesagt hat. Er hat gesagt, Entscheidungen zu vertagen oder aufzuschieben bedeute Schwäche.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte Sie bitten, im Falle des Antrages 25.10 einmal dieser Anregung von Herrrn Dr. Barzel zu folgen, also keine Schwäche zu zeigen und sich dafür zu entscheiden, diesen Antrag anzunehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Heinrich Gelbier, Tagungspräsidium: Schönen Dank! — Nun Frau Dr. Wex!

Dr. Helga Wex: Wenn es, meine Damen und Herren, noch eines Beweises bedurft hätte, daß wir den Antrag hier annehmen müssen, dann ist er durch die Tatsache erbracht, daß dieser rundfunkpolitische Ausschuß schon seit zwei Jahren eingesetzt ist, bisher aber in dieser Richtung noch nichts geschehen ist,

(Beifall und Zurufe: Sehr richtig!)

was zu einem einheitlichen Konzept hätte führen können.

Ich habe doch — wenn auch nicht mit großer Betonung, so doch mit aller Absicht — darauf hingewiesen, daß wir uns auch terminlich in einer bestimmten politischen Landschaft bewegen. Ich habe nicht ohne Absicht gesagt, daß im November 1971 auf dem SPD-Parteitag ein Medienkonzept vorliegen wird. Muß ich denn heute noch einmal sagen, daß wir hier zu einer personellen Konzentration und zum schnellen Abschluß der Arbeit einer Kommission, also zu einem Beschluß auf diesem Gebiet kommen müssen? Es sind doch genug Leute da, die wissen, um was es sich handelt. Das ist doch eine Sache, die wir sofort in der ersten Sitzung des Bundesvorstandes beschließen können; da können wir die Leute benennen, und dann haben wir die Aussicht, bis zum Ende des Jahres einen Entwurf zu einem Medienkonzept vorzulegen. Wie lange wollen wir sonst in dieser Frage noch warten?

Ich bitte trotz aller Argumente der Antragskommission, die ich würdige, dem Antrag hier und heute zuzustimmen.

(Beifall)

Dr. Heinrich Gelbier, Tagungspräsidium: Vielen Dank! — Herr Dr. Pohl!

Dr. Otmar Pohl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! In der Sache sind wir, glaube ich, alle der gleichen Meinung. Wir brauchen ein Grundkonzept zur Medienpolitik. Wir brauchen dieses Grundkonzept,

nachdem wir zur Rundfunkpolitik durch die Fraktionsvorsitzenden 1965 schon einmal Leitsätze ausgearbeitet haben. Wir brauchen nunmehr ein umfassendes Konzept für die gesamte Problematik, also unter Einbezug des Themas „Presse“.

Aber, meine lieben Freunde, nachdem nun der rundfunkpolitische Arbeitskreis die Unterkommission unter unserem Freund Radke eingesetzt hat, die nun dieses Konzept erarbeiten soll, bitte ich doch, der Antragskommission dahin zu folgen, daß wir hier keine Doppelgremien einsetzen. Das Grundanliegen wird ja auch von der Antragskommission bejaht. Aber wenn wir nun auf einmal zwei Gremien haben, dann führt das doch zu Doppelarbeit. Und deshalb bitte ich Sie, wenn Sie dem Grundanliegen zustimmen, der Antragskommission zu folgen.

Dr. Heinrich Geißler, Tagungspräsidium: Bevor ich das Wort weitergebe, bitte ich diejenigen Delegierten, die sich unterhalten wollen und sonst nichts Vernünftiges in diesem Saal zu tun haben, den Raum zu verlassen und die Beratungen nicht zu stören. — Ich darf herzlich bitten, entweder Platz zu nehmen oder aus dem Saal zu gehen, weil den Debatten sonst nicht mit der notwendigen Aufmerksamkeit gefolgt werden kann, weder hier oben noch von den diskutierwilligen Delegierten.

Ich gebe Herrn Stratmann das Wort.

Dietrich Stratmann: Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie herzlich bitten, dem Antrag von Frau Wex zu folgen und nicht der Antragskommission.

Nur eine kurze Begründung: Es spricht Bände, daß wir bereits zwei Jahre eine Kommission haben. Gestern hat sie sich erneut konstituiert. Ich meine, das ist eine Aussage, die ganz klar dafür spricht, daß wir heute eine Entscheidung treffen. Möglicherweise kann sich Herr Dr. Kraske mit seiner Kommission und dieser von uns jetzt einzusetzenden Kommission einigen.

(Beifall)

Dr. Heinrich Geißler, Tagungspräsidium: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Antragskommission hat bereits zweimal Stellung genommen.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Antragskommission abstimmen: Überweisung an den Bundesausschuß unter Hinweis auf den schon bestehenden Arbeitskreis Rundfunk und Massenmedien. Wer dem Antrag der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. —

Ich darf darum bitten, daß wir die Abstimmung wiederholen. Ich möchte aber vorher bitten, daß sich die Delegierten auf ihre Plätze begeben. Es ist hier

nicht mehr übersichtlich genug, um ein Ergebnis feststellen zu können. Wir wiederholen also jetzt die Abstimmung. Wer dem Antrag der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön.

Gegenprobe! —

Danke schön. —

Ich muß die Abstimmung noch einmal wiederholen; das Ergebnis ist nicht eindeutig.

Ich bitte diejenigen, die dem Antrag der Antragskommission zustimmen wollen, sich zu erheben, während diejenigen, die nicht mitstimmen wollen, sich jetzt hinsetzen sollen. —

Danke schön. Die Gegenprobe! Das letztere ist die Mehrheit.

(Beifall)

Damit ist der Antrag der Antragskommission abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag 25.10 der Delegierten Dr. Wex, Pieser, Blohm und von 42 weiteren Delegierten abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Damit ist der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Ich komme zum Antrag 25.11 der Delegierten Windelen, Friedrich Vogel, Laipold und 36 weiterer Delegierter. Dazu hat das Wort Herr Pürsten.

Albert Pürsten: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach den Ausführungen, die gestern von dieser Stelle aus gemacht worden sind, kann ich hier die Begründung unseres Antrags, nämlich der Parteitag möge beschließen, daß CDU und CSU eine gemeinsame Wahlkampfaussage erarbeiten, sehr kurz machen.

Ich glaube, gestern ist deutlich geworden, und zwar durch die Aussagen sowohl unseres neuen Bundesvorsitzenden wie auch des Vorsitzenden der CSU, daß es eine erfolgreiche Wahlkampfführung und einen schnellen Beginn der Arbeit im Bundestag und, wie wir hoffen, in der Regierung nur geben kann, wenn der Wahlkampf auf einer gemeinsamen Grundlage geführt wird.

Hier geht es nicht darum, unsere Freunde der CSU etwa zu präjudizieren. Aber wenn ich gestern gehört habe, wie der Herr Vorsitzende der CSU hier ausgeführt hat, wir müßten gemeinsam denken, wir müßten gemeinsam arbeiten, wir müßten gemeinsam kämpfen und wir müßten gemeinsam siegen, dann meine ich, daß es bei der Aussage nicht bleiben dürfte. Der Parteitag sollte vielmehr den konkreten Auftrag geben, nun auch im politischen Alltag das,

was hier als Aussage gemacht worden ist, durch ein konkretes Wahlkampfprogramm zu untermauern. Ich bitte deshalb um Annahme des Antrags.

(Beifall)

Dr. Heinrich Geißler, Tagungspräsidium: Die Antragskommission empfiehlt Annahme mit folgender redaktioneller Änderung:

Der Bundesparteitag der CDU möge beschließen, daß der Bundesvorstand beauftragt wird, darauf hinzuwirken, daß CDU und CSU für die Bundestagswahl 1973 eine gemeinsame Wahlkampfaussage erarbeiten und verabschieden.

Ich muß zuerst diesen Antrag auf redaktionelle Änderung der Fassung der Antragskommission zur Abstimmung bringen. Wer diesem Antrag der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Das war die Mehrheit; damit ist der Antrag mit der redaktionellen Änderung angenommen.

Ich rufe den Antrag 25.12 auf. Mir ist vorhin ein Irrtum unterlaufen. Ich hatte dem Herrn Innenminister Schwarz von Rheinland-Pfalz zu früh das Wort gegeben. Er wollte das Wort an sich bei der Behandlung des Antrags 25.12 ergreifen. Ich nehme an, daß er seinen Beitrag nach wie vor aufrechterhält und für diesen Antrag gelten läßt.

Zur Begründung für die Antragskommission hat Herr Vogel das Wort.

Friedrich Vogel: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag spricht nach Auffassung der Antragskommission für sich. Er liegt in der Linie der von der CDU in über 20 Jahren verfolgten Europapolitik. Deshalb empfiehlt die Antragskommission die Annahme dieses Antrags.

Dr. Heinrich Geißler: Dann darf ich diesen Antrag zur Abstimmung bringen. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen zu Antrag 25.13 der Delegierten Echternach, Rosorius, Rommel und 30 weiterer Delegierter. Möchte jemand zur Begründung das Wort ergreifen? — Ich bitte, Wortmeldungen hier schriftlich abzugeben. Herr Echternach!

Jürgen Echternach: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag 25.13 bedarf wohl keiner großen Begründung. Der jüngste Fall Kalinowski/Kun in Nordrhein-Westfalen hat ein besonderes Problem unserer parlamentarischen Ordnung bloßgelegt, nämlich das der Unabhängigkeit des einzelnen Abgeordneten im Bundestag und in den Landtagen gegenüber wirtschaftlichen Ein-

flüssen. Wir wollen dazu beitragen, daß die Abgeordneten aus dem Halbdunkel von Beraterverträgen und sonstigen einseitigen wirtschaftlichen Bindungen herausgeholt werden. Wir wollen vor allem, daß damit der Wind aus den Segeln jener genommen wird, die zwar von Mißständen unserer parlamentarischen Demokratie sprechen, tatsächlich aber die ganze parlamentarische Ordnung meinen.

Ich bitte Sie aus diesem Grunde, unseren Antrag anzunehmen.

(Beifall)

Dr. Heinrich Geißler, Tagungspräsidium: Herr Vogel zur Begründung!

Friedrich Vogel: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Echternach hat das Anliegen dieses Antrags angesprochen. Ich möchte im Namen der Antragskommission ausdrücklich erklären, daß dieses Anliegen von der Antragskommission positiv gesehen wird. Dennoch bittet die Antragskommission, hier heute nicht Beschluß zu fassen, sondern den Antrag dem Bundesausschuß zur weiteren Beratung und zur Beschlußfassung zu überweisen.

Zur Begründung einige wenige Worte.

Sie wissen, daß dieses Thema Gegenstand konkreter Erörterungen im Bundestag ist, hier insbesondere unter der aktiven Förderung des Bundestagspräsidenten persönlich. Es sind konkrete Vorschläge vorgelegt worden, zu denen die Bundestagsfraktionen bis Anfang des Jahres 1972 Stellung nehmen sollen. Wir sind in der Antragskommission der Auffassung gewesen, daß die Überlegungen in der Bundestagsfraktion, die zu einer Konkretisierung führen sollen, durch Beratungen innerhalb der dafür zuständigen Parteigremien begleitet sein sollen, damit wir hinterher ein von Bundesausschuß, Bundesvorstand und Bundestagsfraktion gemeinsam getragenes Konzept in dieser Frage haben.

Dr. Heinrich Geißler, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Liegen weitere Wortmeldungen vor? — Das Wort hat Herr Rosorius.

Jürgen Rosorius: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, dieser Parteitag sollte kein Verschiebebahnhof in Fragen werden, die auch dieser Parteitag entscheiden kann. Ich meine, daß der Wunsch, der in diesem Antrag zum Ausdruck kommt, berechtigt ist. Angesichts der Dinge, die wir im SPD-Bereich erleben müssen, sollte gerade die Christlich Demokratische Union mit gutem Beispiel vorangehen und durch diesen Antrag ihre Abgeordneten in den Kommunen, in den Ländern und im Bund auffordern, freiwillig diese Dinge offenzulegen. Ich glaube, daß wir einen solchen Antrag hier in diesem

Sinne beschließen können. Wir können auch einen anderen Satz dieses Antrags, eine wesentliche Aussage hier heute als politische Forderung aufstellen, nämlich daß dieser Parteitag fordert, daß die Beraterverträge und ähnliche Abmachungen aller Bundes- und Landtagsabgeordneten offengelegt werden. Wie dieses konkret zu realisieren ist, das mag dann die Fraktion und der Bundesvorstand entscheiden. Aber es geht hier, meine ich, um die politische Demonstration, daß die CDU/CSU bereit ist, diese Dinge vor der Öffentlichkeit klarzulegen und den Extremisten in diesem Lande nicht unnötige Munition zu liefern.

Wir haben uns schon einmal erfolgreich gegen die Antragskommission durchgesetzt. Wir sollten das auch in dieser Frage tun und diesen Antrag hier und heute positiv beschließen.

Dr. Heinrich Gelbter, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Das Wort hat jetzt Herr Bundestagspräsident von Hassel.

Kai-Uwe von Hassel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Blickrichtung dieses Antrags wird fraglos von allen Delegierten verstanden, gebilligt, *geteilt*. Man möchte nicht Beraterverträge verbieten oder sie irgendwie für nicht moralisch erklären, sondern man möchte nur wissen, wer wen wo vertritt. Man will im Grunde auch gar nicht wissen, wieviel er dabei verdient. Man will nur Klarheit schaffen.

Auf der anderen Seite ist es so — das zeigt die Diskussion in den Gremien des Deutschen Bundestages —, daß das Ganze an einem höchst bedauerlichen Fall aufgehängt wurde; man möchte aber diese Grundsatzprinzipien nicht gern mit diesem einen Fall gekoppelt sehen.

Ferner stellt sich bei längerem Nachdenken heraus, daß hierin naturgemäß auch eine Reihe von Schwierigkeiten enthalten sind. Auf der einen Seite freue ich mich darüber, daß ein Parteitag wie dieser mit der Blickrichtung des Antrags zu erkennen gibt, was er geregelt sehen möchte. Auf der anderen Seite verschweige ich nicht, daß das Detail leider nachher hinsichtlich der Lösung selbst sehr kompliziert ist. Ich hätte es daher begrüßt, daß die Antragskommission sagt, man möge mit der Blickrichtung dieses Antrags im Bundesvorstand nachher und dann gemeinsam mit der Bundestagsfraktion bestmögliche Regelungen etwa im Sinne der Formulierungen finden.

Ich glaube, daß das die bessere Lösung sein und nachher auch leichter zu einem Erfolg führen wird, als wenn wir heute hier voll entscheiden. Ich darf noch einmal darum bitten, diesen Antrag zur Erleichterung unserer eigenen mühsamen Bestrebungen so an den Bundesvorstand zu überweisen, wie es die Antragskommission erbeten hat. Ich danke Ihnen.

Dr. Heinrich Geißler, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Das Wort hat jetzt Herr Lauk.

Kurt Lauk: Ich meine, wir könnten — gerade im Anschluß an das, was Herr Bundestagspräsident von Hassel gesagt hat — dem Antrag hier zustimmen. Wenn sich Bundestagsfraktion und Bundesvorstand eh damit befassen, meine ich, daß einem Beschluß dieses Parteitages nichts entgegensteht.

(Beifall)

Zum anderen: Es geht gerade darum, diese Dinge durchsichtig zu machen. Dieser Antrag der Jungen Union hat das Ziel, Durchsichtigkeit zu schaffen. Ich meine, wenn Durchsichtigkeit zu schaffen ist, hat auch dieser Parteitag das Recht, dies zu verlangen und dies zu tun. Wenn Sie also für Durchsichtigkeit dieser Entscheidung, für Offenlegung sind, geben Sie dem mit Ihrem Ja zu diesem Antrag Ausdruck.

Dr. Heinrich Geißler, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Ich sehe im Moment keine weiteren Wortmeldungen. Ich darf darum bitten, daß wir wieder zu dem üblichen Verfahren zurückfinden und die Wortmeldungen hier oben abgeben.

Ich darf dann den Antrag der Antragskommission zur Abstimmung bringen. Es handelt sich um den Antrag 25.13, der folgendes zum Inhalt hat: Der Bundesparteitag der CDU fordert, daß die Beraterverträge und ähnliche Abmachungen aller Bundes- und Landtagsabgeordneten offengelegt werden — mit weiterem Inhalt.

Die Antragskommission empfiehlt Überweisung. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen.

(Zurufe: Es ist unklar!)

— Was ist unklar?

(Weitere Zurufe)

— Ja, sicher. Ich habe aber die Gegenprobe noch gar nicht machen lassen. Ich darf jetzt um die Gegenprobe bitten.

(Zuruf: Noch einmal formulieren!)

Das Präsidium ist sich nicht im klaren darüber, was die Mehrheit war. Ich darf die Abstimmung wiederholen.

Zur Geschäftsordnung, bitte schön!

Dr. Otto Wulff: Herr Vorsitzender, würden Sie bitte die Frage noch einmal wiederholen, die hier nicht verstanden worden ist. Ich habe den Eindruck,

daß viele Delegierte im Moment nicht gewußt haben, wie die Frage gelautet hat. Würden Sie sie bitte wiederholen!

Dr. Heinrich Geißler, Tagungspräsidium: Ja. Es liegt hier der Antrag 25.13 vor. Dieser Antrag 25.13 der Delegierten Echternach, Rosorius, Rommel und 30 weiterer Delegierter hat folgendes zum Inhalt — ich nenne hier jetzt sozusagen nur die Überschrift —: Der Bundesparteitag der CDU fordert, daß die Beraterverträge und ähnliche Abmachungen aller Bundes- und Landtagsabgeordneten offengelegt werden sollen. Dann kommen noch weitere Anträge, die aber inhaltlich damit zusammenhängen.

Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag an den Bundesausschuß der Partei zu überweisen. Dieser Antrag der Antragskommission auf Überweisung steht jetzt zur Debatte. Wird dieser Antrag abgelehnt, kommen wir anschließend zur Abstimmung über die Sache selbst, so wie wir es bisher immer gehandhabt haben; es war nie anders.

Ich darf jetzt über den Antrag der Antragskommission, diesen Antrag an den Bundesparteiausschuß zu überweisen, zur Abstimmung stellen und diejenigen um ein Handzeichen bitten, die dem Antrag der Antragskommission zustimmen wollen. — Danke schön! Die Gegenprobe! — Das ist sehr unklar. Ich kann beim besten Willen nicht sagen, welches die Mehrheit war.

Ich darf die Abstimmung noch einmal wiederholen lassen. Diejenigen, die der Überweisung zustimmen, bitte ich, sich von ihren Plätzen zu erheben. — Herzlichen Dank! Die Gegenprobe! Also: Wer ist gegen die Überweisung? — Das letztere ist ganz eindeutig die Mehrheit.

(Beifall)

Ich komme jetzt zur Abstimmung über den Antrag selbst, und zwar über den Antrag 25.13 mit dem von mir eben skizzierten Inhalt. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Damit ist dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

(Beifall)

Wir kommen zum Antrag 25.14 der Delegierten Limbach, Dr. Pfeiler, Rosorius und anderer Delegierter. Dazu hat Herr Echternach um das Wort gebeten.

Jürgen Echternach: Meine Damen und Herren! Auch dieser Antrag bedarf keiner großen Begründung; er spricht für sich selbst. Wir haben gestern mit überzeugender Mehrheit den neuen Parteivorsitzenden gewählt und sind uns dabei alle darüber einig gewesen, daß dabei nicht nur eine Entscheidung

über den neuen Parteivorsitzenden, sondern auch eine wichtige Vorentscheidung über den neuen Kanzlerkandidaten der Union getroffen wurde. Wir wollen, daß nunmehr mit den vielen Spekulationen ein Ende gemacht wird. Wir wollen, daß jetzt schnell die Entscheidung für den Kanzlerkandidaten fällt.

Deshalb unsere Aufforderung, bis zum Ende dieses Jahres durch ein gemeinsames Gremium von CDU und CSU nunmehr auch den Kanzlerkandidaten zu wählen. In diesem Sinne ist unsere Aufforderung zu verstehen. Wir wissen, daß wir hierfür nicht nur die Gemeinsamkeit mit der CSU brauchen, sondern auch eine gemeinsame Durchführung des Wahlkampfes. In die ähnliche Zielrichtung ging der Antrag von Westfalen, der vorhin angenommen wurde.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieser Intention unseres Antrags folgten und ihm Ihre Stimme gäben.

Dr. Heinrich Gelbter, Tagungspräsidium: Danke schön. Für die Antragskommission hat Herr Benda das Wort.

Ernst Benda: Die Antragskommission empfiehlt hinsichtlich der Ziffer 1 des Antrags 25.14 die Annahme. Die Begründung ergibt sich aus dem, was Herr Echternach eben vortrug.

Hinsichtlich der Ziffer 2 schlagen wir vor, diesen Vorschlag dem Bundesvorstand zu überweisen, und zwar deswegen, weil der Parteivorsitzende gestern zu diesem Punkt seine konkreten Vorstellungen entwickelt hat, die von den Vorstellungen des Antrags — soweit ich es beurteilen kann — nicht wesentlich abweichen. Wir glauben, daß beide Überlegungen, die gestern vorgebrachten und die in dem Antrag enthaltenen, in eine Beratung im Bundesvorstand, wohin sie gehören, einfließen sollen. Dort wird man sicherlich zu den zweckmäßigsten Ergebnissen kommen.

Dr. Heinrich Gelbter, Tagungspräsidium: Ich bin eben darauf aufmerksam gemacht worden, daß auf der — von mir aus gesehenen — rechten Seite des Saales dieser Antrag offenbar nicht verteilt worden ist. Deshalb lese ich ihn vor.

(Folgt Verlesung des Antrags 25.14)

Soweit der Wortlaut des Antrags. Dazu hat jetzt Herr Jäger aus Baden-Württemberg das Wort.

Klaus Jäger: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Dieser Antrag, der hier vorgelegt worden ist, scheint mir gut zu sein, aber im Inhalt unvoll-

endet. Ich möchte folgendes wissen und dazu gern die Meinung der Antragsteller und des Vorstandes hören.

Wie ist denn dieses Gremium zusammengesetzt? Von wem bekommt es seinen Auftrag? Woher nimmt es seine Autorität, ohne vom Bundesparteitag bestellt und autorisiert zu sein, eine der entscheidendsten und wichtigsten Personalentscheidungen unserer Partei zu treffen, die im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl gefällt werden müssen?

Es gibt nach meiner Auffassung nur zwei Möglichkeiten: Entweder ist die Bundestagsfraktion dieses gemeinsame Gremium — denn ihre Abgeordneten haben ihren Auftrag direkt vom Wähler —, oder es ist ein Gremium, das seinen Auftrag und sein Mandat von den beiden Parteitagen der CDU und der CSU hat, daß also Delegierte anteilig gewählt werden. Ich sehe keine andere Möglichkeit, diese wichtige Entscheidung zu treffen. Dazu möchte ich gern die Auffassung der Antragsteller und des Bundesvorstandes hören.

Dr. Heinrich Geißler, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Es ist der Wunsch geäußert worden, daß Antragskommission und Bundesvorstand zu diesem Antrag Stellung nehmen. Ich darf fragen, ob ein Mitglied der Antragskommission dazu Stellung nehmen möchte. Möchte ein Mitglied des Bundesvorstandes dazu Stellung nehmen? — Das Wort hat zunächst Herr Katzer.

Hans Katzer: Ich höre von Herrn Kollegen Echternach, daß er mit dem Vorschlag, den die Antragskommission gemacht hat, einverstanden ist, nämlich Ziffer 1 anzunehmen und Ziffer 2 dem Vorstand zu überweisen, damit dort ein entsprechendes ausgewogenes Verhältnis — sowohl was die Fraktion als auch die Partei angeht — geschaffen werden kann. Ich würde deshalb empfehlen, dem Vorschlag der Antragskommission zu folgen.

(Klaus Jäger: Damit ist meine Frage nicht beantwortet!)

Dr. Heinrich Geißler, Tagungspräsidium: Wollen Sie sich noch zu Wort melden, Herr Jäger? — Dann hat zuerst Herr Benda das Wort.

Ernst Benda: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Freund Jäger! Wenn der Antrag zu Ziffer 1, wie die Antragskommission vorschlägt, angenommen wird, ist damit freilich die von Ihnen mit Recht aufgeworfene Frage noch nicht beantwortet. Aber eines haben wir erreicht, und das scheint mir im Augenblick das Wesentliche zu sein: daß dieser Parteitag für die CDU verbindlich und sicherlich mit einer entsprechenden Wirkung auch auf unsere Schwesterpartei sagt, bis zum Ablauf des Jahres müsse diese Geschichte vom Tisch.

Das wird sicherlich der notwendige Impetus sein, dafür zu sorgen, daß die Modalitäten, die natürlich besprochen werden müssen, in Ordnung gebracht werden. Ich persönlich — ich kann dies nicht für die Antragskommission sagen — habe gar keinen Zweifel: Wenn dieser Parteitag möglichs einmütig diesen Willen bekundet, dann müßte es doch wirklich merkwürdig sein, wenn wir die Verfahrensfrage nicht innerhalb aller kürzester Frist in einer befriedigenden Weise klärten.

Hierzu gibt es ja eine Fülle von Vorüberlegungen von dieser und jener Seite. Ich meine, das, was der Parteitag heute schaffen kann, sollte er durch die Annahme des Antrags zu Ziffer 1 tun.

Zu Ziffer 2 haben Sie sich, wenn ich Sie recht verstanden habe, nicht geäußert. Ich glaube, daß das von der Antragskommission vorgeschlagene Verfahren zweckmäßig ist.

Dr. Heinrich Gelbter, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Wird weiter das Wort gewünscht? — Das ist offenbar nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir müssen beide Absätze getrennt zur Abstimmung bringen. Zunächst stimmen wir über Absatz 1 ab. Hier empfiehlt die Antragskommission die Annahme. Wir können also direkt zur Sache abstimmen.

Wer dem Antrag 25.14 Ziffer 1 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe. — Stimmenthaltung? — Es ist so beschlossen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über Ziffer 2, und zwar zunächst über den Antrag der Antragskommission, diese Ziffer 2 an den Bundesvorstand zu überweisen.

Wer dem Antrag der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. — Die Gegenprobe. — Stimmenthaltung? — Damit ist die Ziffer 2 an den Bundesvorstand überwiesen.

Wir kommen jetzt zum Antrag 25.15. Die Antragskommission hat uns mitgeteilt, daß sie zeitlich noch nicht in der Lage war, zu diesem Antrag Stellung zu nehmen. Im Einverständnis mit den Antragstellern schlage ich daher dem Parteitag vor, daß wir die Behandlung dieses Antrags bis nach dem Bericht des Bundes- und Fraktionsvorsitzenden Dr. Rainer Barzel nach 14 Uhr verschieben. — Ich darf davon ausgehen, daß der Parteitag diesem Vorschlag zustimmt, daß wir diesen Antrag erst nach der Rede von Herrn Dr. Barzel behandeln. Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zum Antrag 26.01 über die Parteigerichtsordnung. Dazu

hat die Antragskommission bestimmte redaktionelle Änderungen vorgeschlagen. Wird von seiten der Antragskommission dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Ich gehe davon aus, daß Ihnen der Antrag 26.01 vorliegt. Die Antragskommission schlägt vor, daß folgende redaktionelle Änderungen vorgenommen werden.

In den §§ 11 bis 14 soll das Wort „Streitigkeiten“ durch „rechtliche Auseinandersetzungen“ ersetzt werden. Das ist die erste Änderung, die hier vorgeschlagen wird.

Zweitens. In § 26 Abs. 1 Satz 2 soll vor den Worten „auf drei Tage“ das Wort „bis“ eingefügt werden.

Drittens. In § 28 Abs. 2 Satz 1 soll nach den Worten „Das Parteigericht hat“ das Wort „möglichst“ eingefügt werden.

Das sind die redaktionellen Änderungen, die die Antragskommission Ihnen vorschlägt.

Wird zu dem Antrag 26.01 des Bundesvorstandes zur Parteigerichtsordnung noch das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Ich schlage vor, daß wir die Parteigerichtsordnung nicht Paragraph für Paragraph, sondern insgesamt zur Abstimmung bringen. Sind Sie damit einverstanden? — Ich höre keinen Widerspruch.

Dann bitte ich diejenigen, die der Parteigerichtsordnung in der Fassung des Antrages des Bundesvorstandes mit den soeben vorgetragenen Änderungen ihre Zustimmung geben wollen, um ein Handzeichen. — Danke schön! Die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Damit ist die Parteigerichtsordnung in dieser Fassung angenommen.

Meine Damen und Herren, wir schlagen Ihnen von seiten des Tagungspräsidiums vor, die Sitzung jetzt zu unterbrechen und uns um 13.45 Uhr hier wieder einzufinden, weil wir zu diesem Zeitpunkt das Ergebnis der Auszählung der Wahlen zum Bundesvorstand erwarten. Wir nehmen an, daß es zu Stichwahlen kommen wird. Wir schlagen Ihnen vor, dann um 13.45 Uhr sofort mit der ersten Stichwahl zu beginnen. Für 14 Uhr ist dann die Rede von Herrn Dr. Barzel vorgesehen. Nach der Rede werden wir dann den Antrag 25.15 behandeln und, falls notwendig, die Wahlhandlung zum Bundesvorstand fortsetzen. Ich nehme an, daß Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind. — Es erhebt sich kein Widerspruch.

Meine Damen und Herren, mir wird eben gesagt, daß die Konferenz der

Fraktionsvorsitzenden, die im „Haus Berlin“ vorgesehen war, um 15 Uhr hier im Hause in Raum 19, 1. Etage, stattfindet.

Ich unterbreche die Sitzung bis 13.45 Uhr.

(Unterbrechung)

Adolf Müller, Remscheid, Tagungspräsidium: Wir setzen die Verhandlungen des Parteitages fort. Ich gebe die Ergebnisse der Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes bekannt und darf Ihnen vorab mitteilen, daß wir keine Stichwahl nötig haben.

(Beifall)

Zahl der abgegebenen Stimmzettel: 518; ungültige Stimmzettel: 3; gültige Stimmzettel: 515; erforderliche Mehrheit: 258 Stimmen.

Es erhielten — nunmehr in der Reihenfolge der Namen auf dem Stimmzettel —:

Herr Adorno:	159 Stimmen,
Herr Amrehn:	293 Stimmen,
Herr Dr. Blüm:	298 Stimmen,

(Beifall)

Frau Brauksiepe:	356 Stimmen,
------------------	--------------

(Beifall)

Herr Dr. Dregger:	373 Stimmen,
-------------------	--------------

(Beifall)

Herr Echternach:	278 Stimmen,
------------------	--------------

(Vereinzelt Beifall)

Herr Dr. Filbinger:	423 Stimmen,
---------------------	--------------

(Beifall)

Herr Dr. Götz:	178 Stimmen,
Herr Dr. Gradl:	235 Stimmen,
Herr Prof. Dr. Hahn:	358 Stimmen,

(Vereinzelt Beifall)

Herr Hasselmann:	417 Stimmen,
------------------	--------------

(Beifall)

Herr Köppler:	459 Stimmen,
(Beifall)	
Herr Langguth:	319 Stimmen,
(Vereinzelt Beifall)	
Herr Lampersbach:	302 Stimmen,
(Vereinzelt Beifall)	
Herr Dr. Lemke:	262 Stimmen,
Herr Lorenz:	351 Stimmen,
Herr Dr. Müller-Hermann:	369 Stimmen,
(Vereinzelt Beifall)	
Frau Pieser:	209 Stimmen,
Herr Pürsten:	225 Stimmen,
Herr Rummeler:	122 Stimmen,
Herr Seiters:	260 Stimmen,
(Vereinzelt Beifall)	
Herr Dr. Schäfer:	351 Stimmen,
(Vereinzelt Beifall)	
Herr Dr. Scheufelen:	191 Stimmen,
Herr Dr. Schwarz-Schilling:	297 Stimmen,
(Vereinzelt Beifall)	
Herr Stingl:	348 Stimmen,
Herr Friedrich Vogel:	304 Stimmen,
(Vereinzelt Beifall)	
Herr Dr. von Weizsäcker:	464 Stimmen,
(Beifall)	
Herr Windelen:	435 Stimmen,
(Beifall)	
und Herr Wohlrabe:	150 Stimmen.

Damit sind die folgenden Parteifreunde in den Bundesvorstand gewählt: Herr Amrehn, Herr Blüm, Frau Brauksiepe, Herr Dregger, Herr Echternach, Herr Filbinger, Herr Hahn, Herr Hasselmann, Herr Köppler, Herr Langguth, Herr Lampersbach, Herr Lemke, Herr Lorenz, Herr Müller-Hermann, Herr Seiters, Herr Dr. Schäfer, Herr Schwarz-Schilling, Herr Stingl, Herr Vogel, Herr von Weizsäcker und Herr Windelen.

(Beifall)

Da ich vor der Wahl die Kandidaten gebeten hatte, dem Präsidium mitzuteilen, ob sie für den Fall ihrer Wahl diese annehmen, sich aber niemand gemeldet hat, bin ich der Meinung: Es erübrigt sich, jetzt jeden einzelnen Kandidaten zu fragen, ob er die Wahl annimmt. Ist der Parteitag damit einverstanden? —

Insgesamt dürfen wir allen Gewählten unseren Glückwunsch aussprechen.

(Beifall)

Der Parteitag hat den Wunsch, daß der neugewählte Vorstand, der nunmehr in seiner Gesamtheit feststeht, zum Wohl der Partei in den nächsten zwei Jahren eine hervorragende Arbeit leistet.

Ich darf das Präsidium nunmehr dem Präsidenten des Präsidiums, Herrn Dr. Röder, übergeben.

Dr. Franz Josef Röder: Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich habe Veranlassung, allen Delegierten zu danken, daß dieser Parteitag so zügig, so geordnet, so wohltuend für uns alle bisher verlaufen ist. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Ich finde aber, man sollte das ruhig auch einmal anerkennend feststellen.

Ich darf Sie nunmehr bitten, meine Damen und Herren, Ihre Plätze einzunehmen, weil ich das Wort unserem neugewählten Parteivorsitzenden, Herrn Dr. Rainer Barzel, erteilen möchte. Bitte schön, Herr Barzel, Sie haben das Wort.

(Beifall)

Dr. Rainer Barzel: Herr Vorsitzender! Verehrte Gäste! Meine lieben Parteifreunde! Unter uns sind noch viele, die 1964 Konrad Adenauer auf dem Parteitag in Hannover gehört haben; und einige von uns hat er damals wissen lassen, daß diese Sätze — er hatte sie handschriftlich konzipiert — sein politisches Testament seien:

„Jedes menschliche Zusammenleben setzt besondere Normen voraus . . .

Unsere Partei . . . geht davon aus, daß jeder einzelne Mensch von Gott stammende Rechte . . . hat. Wir sind des Glaubens, daß die Würde und die Freiheit des einzelnen Menschen geachtet werden müssen und von niemandem verletzt werden dürfen. Nach unserer Überzeugung dürfen auch Freiheit und Würde eines Volkes durch kein anderes Volk angetastet werden. Daraus leiten wir unabdingbare Rechte der Selbstbestimmung für jedes Volk ab. Die Zerstückelung Deutschlands ist ein Verstoß gegen dieses Recht des deutschen Volkes . . . Wenn man das Bestehen solcher Normen nicht anerkennt, dann gleitet ein Volk abwärts in Diktatur und in Gewalt. In einer Zeit wie der unsrigen, die Veränderungen und Entwicklungen jeder Art, zum Guten und zum Schlechten, in rasendem Tempo bringt, braucht jeder einzelne feste, unabdingbare Normen für sein Leben, damit er Herr seiner selbst bleibt und nicht abgeleitet.“

Dieses Vermächtnis Adenauers, meine Freunde, setze ich hier an den Beginn, um mit dem Blick nach vorn unsere Grundsätze zu erneuern.

(Beifall)

Die jungen Menschen — wir müssen uns ihnen erklären, denn sie können unseren Werdegang aus eigenem Miterleben gar nicht kennen — sollen und müssen wissen, daß die Politik dieser Union aus der — *ich scheue mich nicht*, das Wort zu sagen — Position des moralischen Rigorismus lebt und deshalb für Opportunismus in Grundsatzfragen keinen Platz hat.

(Beifall)

Was heißt das praktisch? Wer, meine Freunde, denkt wie wir, kann nicht und wird nie den Rückfall der deutschen Politik in den anti-europäischen Nationalismus zulassen oder etwa den qualitativen Unterschied zwischen der freiheitlichen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland und der kommunistischen Diktatur in der „DDR“ verschweigen. Wer denkt wie wir, kann nicht und wird nie Deutschlandpolitik am Selbstbestimmungsrecht der Deutschen vorbeimachen.

(Beifall)

Wer so denkt, kann auch nicht dem inhumanen politischen Radikalismus den angekündigten Marsch durch die Institutionen gestatten.

(Beifall)

Meine Freunde, wir sind — ich sage es schlicht — Christen und Demokraten, die für die Ausgestaltung des freiheitlichen, sozialen Rechtsstaates politisch arbeiten. Für diese Arbeit gilt: Fortschritt ist da, wo die Menschenrechte und

ihre gesellschaftliche Basis mehr zur Alltagswirklichkeit werden: Für uns ist Rückschritt, wo Menschenrechte nicht gelten, wo sich Strukturen etablieren, welche ihre wirksame Entfaltung hemmen oder unterdrücken. Deshalb ist für uns Kommunismus reaktionär.

(Beifall)

So ist, meine Freunde, nächst der Sicherung der äußeren Freiheit — ich komme darauf — Gesellschaftspolitik der Kern unserer Politik. Wir wissen, daß in diesem Bereich die Basis der Menschenrechte entschieden wird, daß in diesem Bereich der Kampf zwischen Demokratie und linker oder rechter Diktatur ebenso entschieden wird wie Entfaltung und Beständigkeit unserer auf Freiheit und Recht, auf Humanität und Toleranz gegründeten Gesellschaft.

Wir sagen — auch wenn dies nicht jeder gerne hören will, aber wir sind groß geworden durch das, was man nicht gerne hören wollte damals, was nicht in der Demoskopie stand damals —

(Beifall)

deswegen auch heute Ja zur Leistungsgesellschaft. Wir sagen auch jungen Menschen: Ohne Leistung geht es eben nicht. Deshalb dürfen, meine Freunde, weder die Rentenpolitik noch die Steuerpolitik durch Nivellierung die bestrafen, denen die Gesellschaft wegen ihrer Leistung Besonderes verdankt.

(Beifall)

Sie sehen, daß ich mich bemühe, den Zusammenhang — und deshalb nehme ich die Debatte von gestern auf — zwischen unserem Programm und unserer praktischen Politik deutlich zu machen und nur dort die Gegner anzugreifen, wo eben dieses Programm herausgefordert wird.

Deshalb muß ich jetzt sagen, meine Freunde, daß wir für diese Politik — sie kann das anspruchsvolle Wort Reform auch heute noch für sich in Anspruch nehmen — die Prinzipien und die Praxis der Sozialen Marktwirtschaft ebenso wie der Sozialen Partnerschaft entwickelt haben. Beides gehört zusammen, und beides gehört zu den bleibenden Grundentscheidungen der Union, die keiner hier in Frage stellt! Deshalb füge ich hinzu, meine Freunde:

Wer denkt wie wir, der kann nicht und der wird nie gegen Privateigentum, gegen Unternehmerinitiative, gegen Gewinn und Wettbewerb sein; der kann und wird aber ebensowenig je gegen Gewerkschaften oder gegen funktionsgerechte Mitbestimmung sein können. Auch dies gehört zusammen, meine Freunde.

(Beifall)

Nun wissen wir — und wir sind nicht selbstgerecht —, daß unsere Ordnung nur Bestand haben wird, wenn wir in den zwei Bereichen einen besonderen Schwerpunkt setzen, für die wir bereits Markenzeichen geprägt haben, und zwar die Markenzeichen „Eigentum für jeden“ und „Aufstieg durch Bildung“.

Täuschen wir uns nicht! Nur wenn es in den beiden Bereichen weitergeht, werden wir Menschenrechte und ihre soziale Basis — und das heißt: eine freie Gesellschaft und einen freiheitlichen Rechtsstaat — behalten können. Deshalb sind diese beiden Prioritäten nicht zufällig gefunden, nicht der Demoskopie entnommen oder eine Modetorheit, sondern sie entsprechen unserem Programm und der Erkenntnis dessen, was jetzt notwendig ist.

Deshalb sage ich auf die Frage nach unseren Prioritäten — sie heißen, und dies gilt so, Sicherheit, Europa, Bildung, Eigentum; und diese Prioritäten entsprechen unserem Programm, meine Freunde —: Wir glauben nicht — und dies muß gesagt werden, um uns von einer gewissen Kritik abzusetzen —, daß die Grenze des freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates erreicht ist. Wir glauben auch nicht, daß wir schon die beste aller möglichen politischen Wirklichkeiten erreicht hätten.

Wir sind offen für Neues. Wir sind bereit, vieles in Frage zu stellen, weil wir wissen, daß nur so der Weg für das Bessere frei wird. Wir glauben nicht, daß sich Autorität automatisch aus Positionen ergibt, sondern daß sie sich auszuweisen und erst zu bilden und zu bestätigen hat durch die Art, den Inhalt und die Ziele, für die Positionen in Anspruch genommen werden — ob wir nun Minister oder Abgeordnete, ob wir Professor, Lehrer oder Gewerkschaftssekretär sind.

Meine Freunde, dies alles muß gesagt werden, weil es uns in der Debatte, um die es hier geht — und es geht um die Debatte auch im Hinblick auf 1973 —, nicht hilft zu sagen, wie gut wir waren, wie recht wir haben; etwa zu pochen auf unser Alter, auf unsere Erfahrung, dies ist schon im Umgang mit jüngeren Menschen so ungeziemend wie Überlegenheitsdünkel. Aber, meine Freunde, wir müssen hinzufügen, wenn wir dies so sehen, dann ist so legitimierte, so gewonnene und so angewandte Autorität für den freiheitlichen Rechtsstaat und dessen Ordnung ebenso unerläßlich wie die Freiheit selbst. Beides gehört hier zusammen.

(Beifall)

Meine Freunde, freuen wir uns also als Demokraten, wenn junge Menschen kritisch sind. Werden wir nicht ungeduldig, seien wir stolz, daß sie — auch durch unsere Politik — in einer freiheitlichen und sozialen Wirklichkeit her-

anwachsen, welche allen anderen Generationen bisher nicht gegeben war!

Ich spreche von all diesem, meine Freunde, weil ich glaube, daß wir uns hier auf diesem Parteitag ein anspruchsvolles Ziel setzen müssen — nicht nur ein Ziel der Jungen Union, sondern uns allen, nämlich die ganz überwiegende Mehrheit dieser jungen Menschen zu gewinnen zunächst für die Unabdingbarkeit der Grundlagen unseres Staates, und das heißt auch, sie zu gewinnen für den unvermeidlich notwendigen Kampf gegen den politischen Radikalismus.

(Beifall)

Meine Freunde, wenn uns das gelingt — und ich füge hinzu: nur wenn uns das gelingt —, hat unsere Demokratie Zukunft.

Wer anders als wir soll das eigentlich leisten? Bisher hat diese Union immer das Entscheidende zu vollbringen gehabt. In den beiden anderen Parteien ist derzeit, wie gestern betont, der nackte Opportunismus zu Hause.

Wenn wir, meine Freunde, uns so begreifen, wie ich es versuchte, hier kurz zu formulieren, werden wir auch diesen Dienst zu leisten imstande sein. Und wer das schafft, braucht sich um Mehrheit und um Führung nicht mehr zu sorgen! Denn es bleibt wahr, was wir in Mainz gesagt haben: Nur wer die geistige Führung gewinnt, wird die politische dazu bekommen.

(Beifall)

Meine Freunde, wir können getrost von Gesellschaftspolitik sprechen. Wir können dies tun, weil unsere Mitbürger — und dies ist immer der beste Beweis — akzeptiert und gebilligt haben, was wir ihnen anboten.

Ich nenne einige Beispiele zum Beweis: Unsere Politik der Rentenreform — einmalig in der Welt — ist von allen so akzeptiert, daß sich jedes Wort dazu erübrigt. Freilich: Die gegenwärtige Politik ruiniert diese Reform: Mit 41 Prozent haben wir das niedrigste Rentenniveau seit der Rentenreform erreicht! Der Anteil der Renten, die unter dem Niveau der Sozialhilfe liegen, steigt. 1968 brauchte man 29, heute 34 Versicherungsjahre, um eine Rente über der Höhe der Sozialhilfe zu erreichen.

Meine Freunde, ich lasse es offen, ob dies sozialistisch ist, aber sozial ist das nicht — und deshalb unsere Anträge.

(Beifall)

Nehmen wir unsere Politik des Sozialen Wohnungsbaus, die gegen die Sozialisten die Förderung des Baus von Familienheimen einschließt. Unsere

Mitbürger haben diese Reform akzeptiert: mehr als drei Millionen Familienheime wurden durch Anstrengungen der Mitbürger und durch öffentliche Hilfen, die über 32 Milliarden DM ausmachen, gebaut. Die Politik dieser Regierung führt auch das in den Ruin; denn was macht der Bausparer, der auf Stabilität gesetzt hat, nun mit der Höhe seines Bausparvertrages im Anblick der gestiegenen Kosten?

(Beifall)

Meine Freunde, unsere Politik der Sparförderung, der sozialen Privatisierung, der Belegschaftsaktien, der Investment-Zertifikate — alles dies sind unsere Initiativen; es gibt bis zur Stunde keinen Antrag zur Vermögensbildung mit der Unterschrift von Mitgliedern der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion — alle diese Initiativen sind akzeptiert. Wir arbeiten dazu gerade — es war nicht möglich, dies für diese Rede schon zu haben, weil es sehr schwierig ist, wie alle Sachverständigen wissen — das Zahlenwerk aus. Wir werden — dessen bin ich sicher — einen wesentlichen Durchbruch auch in die Richtung einer breiten Beteiligung am Produktivvermögen erreichen, wenn wir unsere Vorlage des Beteiligungslohns werden durchsetzen können. Wer daran kritisiert, soll Besseres vorschlagen.

(Beifall)

Unsere Politik der Arbeits- und Berufsförderung fand eine solche Aufnahme, daß nun die Mittel der Nürnberger Anstalt knapp geworden sind. Dieses reformerische Gesetz — wieder ohne Beispiel — beweist zugleich — und ich lege Wert darauf, dies hier zu sagen —, daß für uns Bildung nicht nur ein Problem der Universität ist.

(Beifall)

Aber selbst in diesem engeren Bereich könnten wir viel weiter sein, wenn die Bundesregierung die 1969 geschaffenen Kompetenzen des Bundes zügiger genutzt, wenn sie ideologiefrei sachgerechte Vorschläge gemacht und wenn sie durch eine inflationsfreie Wirtschaft und eine prioritätenkonsequente Finanzpolitik Reformen, die möglich waren, nicht im Ansatz zerstört hätte.

Warum waren diese Reformen möglich? Man muß heute schon daran erinnern, daß wir, die Opposition, in den Jahren 1969/70 empfohlen hatten, die Steuern nicht zu senken, sondern mit dem größeren Betrag dieser Mittel dem Numerus clausus endgültig und ernsthaft an den Leib zu gehen. Damals war Geld mehr wert als dies heute der Fall ist.

Unsere Mitbürger — weit über die Anhänger der Union hinaus — haben unsere Gesellschaftspolitik akzeptiert. Diese Mehrheit, die ganz überwie-

gende Mehrheit, ist gegen Revolutionen; sie ist gegen Veränderungen der Grundordnung von Staat und Gesellschaft, sie ist gegen Neomarxismus wie gegen sozialistische Experimente. Sie ist wie wir für Reformen in der Richtung unserer Ziele und auf der Basis des Erreichten, das, wie die allermeisten in unserem Lande meinen, erhalten, verteidigt und Schritt für Schritt solide ausgebaut werden sollte. Wir sind, meine Freunde, nicht am Ziel, aber wir sind auf dem richtigen Wege, und wir brauchen die Debatte mit denen nicht zu scheuen, die nun die Reformen ruinieren, die wir geschaffen haben.

(Beifall)

Hier sind zwei Einschübe notwendig: Wenn einer in unserem Lande „Demokratisierung“ sagt, müssen wir genau feststellen, was er meint. Versteht er darunter Kritik, Meinungsfreiheit, Entfaltung des freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates, so können auch wir dazu Ja sagen.

Wer aber „Demokratisierung“ ruft, ohne den Freiheitsraum des Einzelnen, der Familien und der gesellschaftlichen Gruppen erweitern zu wollen, den müssen wir sehr nachdrücklich befragen, ob er etwa in Wirklichkeit die sogenannte Volksdemokratie, also die Diktatur, meint. Dies muß hier abgefragt werden.

Aber, meine Freunde, hüten wir uns vor einem Fehler: Nicht jeder junge Mensch, der vom Sozialismus träumt, ohne genau zu formulieren, was er damit meint, ist deshalb ein Kommunist.

(Beifall)

Vielleicht träumt er vom Prager Frühling und wartet nur darauf, daß wir ihn ansprechen und seinen Bedarf an Humanität und sozialer Gerechtigkeit durch Wort und Tat bekunden! Hier liegt eine Chance, meine Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Der Koalition gegenüber müssen wir festhalten: Sie wollte, so ihre Worte, mit den „besseren Männern das moderne Deutschland“ schaffen. Die Wahrheit ist, daß ein schlechtes Kabinett mehr verwirtschaftet und schneller verwirtschaftet als besser macht.

Ich sprach davon, daß die von uns geschaffene Rentenreform ruiniert wird, und von anderen Dingen. Wir müssen hinzufügen — wir werden uns von dieser Regierung nicht auf andere Kriegsschauplätze abdrängen lassen; deshalb halte ich diese Rede hier und heute so, und ich denke, Sie verstehen mich alle —, daß 1971 die Sparzinsen voll von der Preissteigerung aufge-

zehrt werden, daß bei den Beschäftigten in der Industrie in den letzten ein- einhalb Jahren im Durchschnitt pro Monat rund ein Drittel, bei den Rentnern hingegen rund zwei Drittel des nominalen Einkommenszuwachses der hausge- machten Inflation zum Opfer gefallen sind.

Durch Inflationsschäden drohen weitere frühere Reformen nun zu Ruinen zu werden. Ich brauche den Kommunalpolitikern hier kein Wort dazu zu sagen, aber ich kann uns alle daran erinnern, daß die 2,5 Milliarden DM, die durch die Finanzverfassungsreform der Großen Koalition zusätzlich im Interesse der besseren Infrastruktur an Gemeinden, Kreise und Städte gegeben wurden, daß dieser Betrag und noch ein Geringes mehr voll der Inflation allein im Hochbau zum Opfer gefallen ist. 1970 hatten unsere Gemeinden 2,5 Milliarden DM mehr, und damit konnten sie keinen Dachziegel mehr beschaffen. Das ist die Realität, meine Freunde, und diese Realität muß beim Namen genannt werden.

(Beifall)

Betrachten wir den Straßenbau oder den Bau von Krankenhäusern, so sehen wir, daß in diesen eineinhalb Jahren mit mehr Geld weniger erreicht wurde. Beim Bau von Schulen wurden mehr als die Hälfte und beim Bau von Hoch- schulen und Hochschulkliniken etwa die Hälfte des Ausgabenzuwachses durch die Preissteigerungen absorbiert. So, meine Freunde, gibt es keine Reformen, so gibt es keinen Fortschritt, sondern Rückschritt, so gibt es nicht das moderne, sondern das altmodische Deutschland, unter dieser Führung marschieren wir nicht nach vorn, sondern nach hinten!

(Beifall)

Also wird die nächste — unsere — Bundesregierung zunächst alles das wieder in Ordnung zu bringen haben, wird sie die eingetretenen Rückschritte gegen- über den bereits durch unsere Reformen früher geschaffenen Wirklichkeiten wieder zu überwinden haben.

Wir wollen uns hier nichts vormachen, aber noch mehr ist nötig und möglich.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns auf die Notwendigkeit besinnen — dies ist unpopulär, aber wir kommen überhaupt nur durch, wenn wir den Mut haben, das zu tun, was das Volk will, nämlich das, was manche Politiker für unpopulär halten —, den vergangenheitsbezogenen Subventionen ans Leder zu gehen, wie uns auch auf die mit Erfolg erprobten Möglichkeiten be- sinnen, durch eine Mischung von Privatinitiative, steuerlichem Anreiz und gerechter Hilfe zu finanzieren, dann wird es möglich sein, sich in den drängen- den Fragen nicht nur vor großen Zahlen erschrecken zu müssen. Das haben

wir auch nicht getan, als es um den Wiederaufbau ging. Ich nenne hier die Lage der sozialen Dienste, des Umweltschutzes, der Technologie und der Forschung, der Stadterneuerung, der Gesundheitspolitik und der Energiepolitik. Dies alles wird schrittweise und nach einem Dringlichkeitskatalog, der mit dem Möglichen übereinstimmt, zu lösen sein. Wir werden zu diesen Fragen sehr konkrete und durchgerechnete Konzeptionen vorzulegen haben.

Wenn wir so unseren Weg gehen, dann werden wir auch erneut beweisen, was Soziale Marktwirtschaft zu bewirken vermag. Und wenn das volle Ausnutzen der Chancen der breiteren Vermögensbildung auch in diesen Bereichen, z. B. bei der Stadterneuerung, dazukommt, dann werden wir Kräfte freilegen, die der Sozialismus lähmt und die diese Regierung nicht fördert, weil sie sie aus ideologischen Gründen gar nicht fördern will.

(Beifall)

Ich glaube, nur wenn wir diesen Weg gehen, werden wir uns weiterhin mit Recht, wie wir das immer gerne tun, auf Ludwig Erhard berufen dürfen. Deshalb muß hier folgendes gesagt sein: Die Marksteine unseres zukünftigen Weges heißen nicht Gefälligkeit, sondern Anstrengung, nicht allen alles versprechen, sondern von jedem das Zumutbare fordern. Niemals dürfen wir aus der Furcht vor dem Entweder-Oder in das unverbindliche Sowohl-als-auch flüchten. Nein, meine Freunde; was not tut, sind Klarheit, Entschiedenheit, Offenheit und Prinzipientreue. Nur so wird uns weiter Vertrauen zuwachsen.

(Beifall)

Es genügt nicht — dies sieht man am Anblick der gegenwärtigen Politik —, sich mit Worten zur Sozialen Marktwirtschaft zu bekennen. Man muß sie durch die Tat beweisen. Dazu gehört, die freie Initiative nicht immer durch neue Pläne mit neuen Eingriffen — von den Steuern über die Unternehmensverfassung bis zur außenpolitischen Orientierung — zu blockieren und so Unsicherheit zu produzieren. Meine Freunde, dazu gehört, die Zusammenhänge zwischen Produktivität und Löhnen ebenso zu achten wie die zwischen der Steigerung der öffentlichen Ausgaben und dem realen Anwachsen des Brutto-sozialprodukts. Nur Scharlatane, meine Freunde, schließen vor diesen zwingenden Zusammenhängen die Augen. Ich sage Ihnen als ein Mann, der auch durchs Land kommt — nicht nur bei Wahlkämpfen — folgendes: Wir als Union haben nur diese Nüchternheit zu versprechen. Die Menschen unserer Industriegesellschaft verstehen und billigen heute nichts anderes, denn sie wissen: Nur so, durch diese Nüchternheit, indem sie nicht mit Versprechen gegängelt, sondern mit Niveau regiert werden, kommt man in die neue Wirklichkeit, die man hier versprechen kann.

(Beifall)

Meine Freunde, ich muß uns alle ebenso wie die Öffentlichkeit aber bitten, sich das Bild der innenpolitischen Lage noch illusionsloser klarzumachen, als es schon geschah, denn unsere Wirtschaftskraft wird nicht stärker und unsere Finanzkraft auch nicht. Ich sage hier mit großem Bedacht: In der Mitte der 70er Jahre werden wir für alle jetzt unterlassenen Investitionen ebenso wie für alle jetzt falsch gestellten Weichen teuer zu bezahlen haben. Wir waren gut beraten, daß im Jahre 1969 unser erster Vorwurf an den frisch gewählten Kanzler Brandt hieß, er mache es sich zu billig, denn das, was not täte, seien nicht Geschenke, sondern Anstrengungen. Er tat das Gegenteil. Meine Freunde, deshalb wird uns dieser Satz noch in den Ohren klingen, wenn wir auf der anderen Seite der demokratischen Verantwortung nicht nur die Inflationschäden zu beseitigen, die Ruinen zu reparieren, sondern auch die inzwischen eingetretenen Strukturschäden werden in Ordnung zu bringen haben. Das muß hier heute gesagt werden.

(Beifall)

Die Fakten sind Ihnen bekannt.

1. Keine zwei Jahre nach Amtsantritt einer von Sozialdemokraten geführten Bundesregierung haben wir den höchsten Preisauftrieb seit der Koreakrise zu beklagen.
2. Die öffentlichen Finanzen sind in Unordnung geraten. Der Finanzminister trat zurück und der Nachfolger versucht — mehr schlecht als recht und trickreich, wie er nun einmal ist — über die Runden zu kommen. Die Kasse war in Ordnung, als diese Regierung sie übernahm.
3. Von den versprochenen Reformen — ich sprach davon — ist wenig zu sehen. Die Investitionsquote — nicht nur die private, sondern auch die öffentliche — sinkt. Das ist ein Alarmsignal für den, der an die Zukunft denkt.
4. Zur selben Zeit sehen sich sozial schwache Bevölkerungsgruppen schutzlos einer inflationären Entwicklung und höheren Steuern überlassen. Ihr Einkommensmehr reicht kaum aus, den Kaufkraftschwund auszugleichen. Meine Freunde, natürlich verkennt niemand von uns die internationale Entwicklung. Aber folgen wir hier doch nicht einer falschen Propaganda. Zuerst kam die „hausgemachte Inflation“ — so sagte Bundesbankpräsident Klasen am 11. Mai 1971 — und dann das andere Problem und als Antwort das Floating. Dieses Floating, auf das man so stolz war und das angeblich alles im Innern in Ordnung bringe, dauert nun schon geraume Zeit. Trotzdem trabt die Inflation. Die Arbeitsplätze sind mehr gefährdet; Investitionen werden mehr und mehr unterlassen. Der vereinbarte Weg zur europäischen Wirtschafts- und Währungs-

union ist gestoppt. Die westliche Welt ist durcheinandergeraten, und wir alle, vor allem der kleine Mann, zahlen die Zeche.

Meine Freunde, alle Fragen — dies gehört hierher — der Steuerreform, der Steuererhöhungen und der Steuerverteilung können verantwortlich — und nur so spricht eine Opposition, die christlich-demokratisch ist — erst beantwortet werden, wenn die Koalition ernsthaft und ausreichend eine Politik der Stabilität betreibt und ein realistischer Dringlichkeitskatalog der öffentlichen Aufgaben vorliegt. Beides ist nicht der Fall. Ohne diese beiden objektiven Voraussetzungen hängt alles unseriös in der Luft. Solange dies so ist, sagen wir dazu nein. Meine Freunde, es gibt viele Beobachter, die bei jeder neuen Schwierigkeit, in die sich die Politik dieser Regierung verstrickt, ablenken, indem sie uns eher hämisch nach unseren Alternativen fragen. Diese sind für jedermann in den Protokollen des Bundestages jederzeit nachlesbar. Aber ist nicht die Frage erlaubt, ob nicht eigentlich die Regierung über die Machtmittel und den Apparat verfügt, die Dinge in Ordnung zu bringen? Ist es nicht die Regierung, die ein Führungsamt und eine Führungsaufgabe wahrzunehmen hat? Ist es nicht die Regierung, die zu verantworten hat, was gegen unseren Rat geschah?

Wer ablenkt, indem er nach Patentrezepten der Opposition fragt, der kann dadurch die verfehlte Regierungspolitik nicht rechtfertigen. Wir meinen, auf dem ökonomischen Gebiet kommt es auf ein geschlossenes Gesamtprogramm an, einschließlich konkreter Anträge zum Haushalt. Und dies liegt vor. Aber was soll eigentlich geschehen bei einer Regierung, die bei ihrem Amtsantritt beinahe alles in Frage stellt und zugleich allen alles verspricht? Kann Stabilität erzielt werden, wenn der Staat durch eigenes Beispiel, durch Versprechen von den nicht eingehaltenen Steuersenkungen bis über die Erklärung, das mit den Preissteigerungen sei doch nicht so schlimm, im Grunde selbst direkt und indirekt dazu auffordert, sich möglichst reichlich mit den Früchten des Sozialprodukts zu bedienen? Wie kann unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gestärkt werden, wenn denjenigen Mut gemacht wird, die im Gewinn etwas Anrühiges und in der sozialen Partnerschaft nur eine Einschläferung des Klassenkampfbewußtseins sehen?

Nein. Wer wie diese Bundesregierung antritt, indem er alles für reformbedürftig erklärt, der schafft es vielleicht bei ein paar Gedächtnisschwachen, zu vergessen, was in der Vergangenheit besser war, aber der bewirkt vor allem Unsicherheit und Instabilität, indem die Gewöhnung an Inflation und ein Rausch, alles sofort verbessern und reformieren zu müssen, im Grunde zu nichts anderem führt als zu dem, was wir jetzt haben, nämlich Unsicherheit.

Nun kommen wir an einen Punkt, wo wir, wenn wir verantwortlich und abge-

wogen sprechen, uns fragen müssen: Ist all dies, was wir hier beklagen, eine Summe von Fehlern, von Dummheiten, von zufälligem Zusammentreffen? Ich sage Ihnen dazu: Ich glaube nun nicht mehr an Fehler und Dummheiten, sondern ich glaube daran, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit anderen Wert- und Zielvorstellungen arbeitet als sie uns leiten, daß sie also etwas anderes will als wir, daß in dieser Partei die Sozialdemokraten immer mehr in die Minderheit und die Sozialisten immer mehr in die Mehrheit geraten.

(Starker Beifall)

Wenn es nicht gelingt, Mäßigung, Einsicht und soziales Verantwortungsbewußtsein durch eigenes Beispiel der Regierung und ohne Tricks zu wecken, wenn der drohende Rückfall in nationale Egoismen nicht im Geiste europäischer und atlantischer Partnerschaft bald gebannt wird, dann werden — und dies muß heute nüchtern gesagt werden — Wohlstand und Vollbeschäftigung im Innern wie der freie Handel nach außen endgültig verspielt werden. Dies muß hier am Schluß dazu gesagt werden.

Über die Arbeit unserer Bundestagsfraktion liegt Ihnen ein ausführlicher Bericht vor. Sie wissen — und ich möchte das insbesondere betonen —, daß die Zusammenarbeit mit der CSU ausgezeichnet funktioniert. Es ist das erste Mal, daß unser Freund Richard Stücklen, mein Erster Stellvertreter in der Fraktion, jetzt nicht hier sitzt. Ich wollte ihm dies sagen und danken, aber er konnte im letzten Augenblick nicht, weil er seine Frau ins Krankenhaus bringen mußte. Ich möchte ihm und seiner Frau von hier aus alles Gute wünschen.

(Beifall)

Wir haben uns — und ich kann dies kurz machen, weil dies gestern gewürdigt wurde — im Parlament nicht gescheut, immer wieder zu mahnen und immerzu Klarheit zu schaffen. Wir haben zur Stabilität so weitgehende Vorschläge gemacht — dies muß erinnert werden —, daß wir sogar die eigenen ausgabenwirksamen Gesetze zur gemeinsamen Diskussion gestellt haben. Wir sind überwiegend auf taube Ohren gestoßen. Dagegen ist es uns gelungen — und ich danke herzlich für die konstruktive Zusammenarbeit mit unseren Freunden in den Ländern —, dafür zu sorgen, daß in Sachen Städtebauförderungsgesetz, in Sachen Förderung der Zonenrandgebiete und in einem besonders wichtigen Punkt des Betriebsverfassungsgesetzes die Koalition nicht umhin konnte, unsere Anträge mitzuvollziehen.

Für uns aber ist — und dies muß nun gesagt werden — dies Ganze nicht nur eine Sorge materieller Art. Das alles kann man reparieren. Dies ist eine Sorge

staatspolitischer Art. Denn wenn eine Regierung zugleich erklärt, wie das jetzt der Fall ist, sie habe das modernste wirtschaftspolitische Instrumentarium zur Hand für jede Lage und zugleich zugibt, sie habe eine hausgemachte Inflation, und zugleich den Wählern verspricht, sie werde die Preissteigerung von 3 auf 2 auf 1 Prozent je Jahr senken, um sie dort zu halten, und dann, wenn sie bei 6 Prozent ist, das bagatellisiert, dann muß man doch feststellen: Wer so handelt, der zerstört nicht nur seine Glaubwürdigkeit als Partei — das könnte uns gleich sein —, der zerstört die Glaubwürdigkeit demokratischer verantwortlicher Aussagen, und deshalb ist die Hauptsorge, die wir haben, staatspolitisch, wenn wir uns mit dieser Koalition auseinandersetzen.

(Beifall)

Dazu muß ich nun mit großem Ernst — und ich hoffe, mit großer Ruhe — folgendes sagen:

Es wäre falsch und es wäre unaufrichtig, nicht ganz offen von dem zu sprechen, was viele, wieder über unsere Wähler hinaus, sehr ernsthaft mit Sorgen erfüllt, die ich teile. Ich bin besorgt um unsere Gemeinwesen, weil ich, nicht nur einzeln, Zeichen schwindender staatlicher Autorität und abnehmender Bereitschaft zu Rücksicht und Pflichten in der Gesellschaft sehe. Eine freie Gesellschaft wie die unsere und ein demokratischer Staat wie der unsere haben zum Lebensprinzip die vernünftige Einsicht aller, daß es ohne Rücksicht auf den anderen und das Ganze, daß es ohne Pflichten — und zwar nicht nur materielle —, daß es ohne Herrschaft des Rechts auf die Dauer weder Freiheit noch Rechte des einzelnen gibt.

(Beifall)

An diesen Sorgen über unsere Gemeinwesen ist die gegenwärtige Koalition nicht unschuldig.

Das Gesellschafts- und Wirtschafts- und Finanzpolitische habe ich behandelt. Sie erweckte zu Beginn den Eindruck, nun begänne das Schlaraffenland, indem sie offenbar Politik als die Kunst des Unmöglichen definierte. Dann kamen die Wortbrüche von der Steuer- über die Preis- bis zur Außenpolitik. Dann wurde das Parlament getäuscht: vom Bahr-Papier über Haushaltszahlen bis zum Sowjetrussischen Generalkonsulat in West-Berlin. Dann wurden Journalisten eingeschüchert, und Kritiker heimsten den Kanzlervorwurf des Mißbrauchs der Pressefreiheit und noch Schlimmeres ein. Dann weigerte man sich, uns parlamentarisch Auskunft zu geben über die DKP, während man eben diese Auskunft dem sowjetischen KP-Chef gab, eine Auskunft wider die amtlichen Tatsachen. Schließlich erklärte man, parlamentarische Fragen der Opposition ge-

schäftsordnungswidrig zu erledigen, weil eben die Opposition zuviel, zu zeitraubend und zu detailliert frage.

Und nun ruft der Kanzler die IG Metall gegen die Opposition zur Hilfe, angeblich zum Schutze der Demokratie. Meine Damen und Herren, wer so handelt, schädigt nicht nur seine Partei, sondern schädigt Fundamente, die uns gemeinsam in diesem Staat sein sollten.

(Beifall)

Meine Freunde, ich nehme jede dieser Einzelheiten auch nicht mehr als einen Zufall hier und einen Fehler dort. Ich nehme sie als ein Mosaiksteinchen für ein Ganzes; denn ich habe nicht vergessen — der Parteivorsitzende Kiesinger hat gestern davon mit Recht gesprochen —, wie man die Öffentlichkeit und auch uns ostpolitisch mit einer angeblichen Indiskretion hier, einem Mißverständnis dort, doch in Wirklichkeit scheinbarweise auf die volle Wahrheit vorbereiten wollte.

Hinzu kommt, daß in der Außenpolitik nach Westen Fragezeichen und nach Osten unwiderrufliche Tatsachen produziert werden und so die Basis des europäischen Gleichgewichts wie der internationalen Sicherheit beeinträchtigt wird. Da dies alles so ist, meine Freunde, fühle ich mich nicht nur herausgefordert wegen unseres Programms und nicht nur, weil wir gerade Opposition sind, sondern aus Sorge um die Basis dieses Gemeinwesens.

Meine Freunde, wir können nicht übersehen — ich will noch einen Augenblick bei der Innenpolitik bleiben —, daß die Kriminalität steigt und die Aufklärungsquote sinkt. Sie kennen unser Programm, das wir mit unseren Ländern abgestimmt — zur inneren Sicherheit vorgelegt haben. Sie können nicht übersehen, was sich in der Frage des politischen Radikalismus ereignet. Wenn wir erst einmal durch die Institutionen durch sind, ist es zu spät, meine Freunde.

(Beifall)

Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle auf zwei Vorschläge beschränken; die freilich sind so, daß die anderen Fraktionen und Parteien hier werden Farbe bekennen müssen. Der eine heißt: Wer sich einer Organisation anschließt, die unsere freiheitliche Grundordnung beseitigen will, hat im Öffentlichen Dienst nichts zu suchen.

(Beifall)

Die zweite heißt: Nachdem es den demokratischen Parteien gelungen ist, die NPD durch politischen Kampf zu bezwingen, sollte sich nun die demokratische

Gemeinsamkeit in der öffentlich bekundeten solidarischen Stoßrichtung gegen die DKP bewähren. Das, meine Freunde, ist jetzt notwendig.

(Beifall)

Ein anderes: Es ist unmöglich, meine Freunde, wenn in manchen Schulen — ich sage extra: in manchen — mehr über Griechenland und Vietnam als über das totalitäre kommunistische System in der „DDR“ zu lernen ist.

(Beifall)

Und hierher gehört: Was nützt das Wort des Kanzlers Brandt zugunsten der NATO, der Bundeswehr und der Wehrpflicht, wenn der Parteivorsitzende Brandt die gegenteiligen Bemühungen vieler seiner Parteigänger nicht stoppen kann?

(Beifall)

Meine Freunde, schließlich: Wir können nicht tatenlos bleiben, wenn z. B. das „Deutsche Ärzteblatt“ vom Juni 1971 lakonisch mitteilt — ich zitiere —:

Partiell, eben in Teilbereichen der Universitäten, ist der Rechtsstaat heute nicht mehr voll existent.

und hinzufügt:

Die Situation ähnelt — mit umgekehrten Vorzeichen — der des Jahres 1931, als die nationalsozialistische Durchsetzung der Universitäten die Machtergreifung von 1933 vorzubereiten begann.

Das schreibt das „Deutsche Ärzteblatt“, nicht irgendeine Parteizeitung, etwa der Union.

Meine Freunde, unsere Verfassungsväter, und zwar die aus allen Richtungen, haben uns zur wehrhaften Demokratie verpflichtet. Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit — das war ihre Lehre aus Weimar, und wir, die Jüngeren, müssen uns heute fragen, was die uns sagen würden, die Adenauer und Heuss, die Löbes und wie sie heißen, wenn sie dies sähen, ob sie sagen würden: Ihr verwaltet unser Erbe oder ob sie uns vorwerfen würden: Ihr verspielt das was wir euch gegeben haben.

(Anhaltender Beifall)

In dieser Frage sind die Politiker um so mehr zum Handeln aufgefordert, als wir hier einen über 90prozentigen Konsensus in der Bevölkerung haben. Sie will Demokratie, sie will Toleranz, sie will Meinungsfreiheit. Hier soll jeder ein Kommunist sein können. Aber er soll deshalb nicht der Lehrer der Kinder sein müssen, und Demokratie soll eben nicht schlapper Staat, sondern ge-

rechter Staat auf der Basis der Freiheit, der Rechte und der Pflichten sein. So begreift es unsere Bevölkerung, meine Freunde.

(Beifall)

Kürzlich — Sie merken sicherlich, daß diese ganze erste Rede von einer Linie durchzogen ist — gab sich der Bundeskanzler im Parlament tief beleidigt. Es war, als wir ihm — wie wir meinen begründet — nach seiner Krimreise vorwarfen, sich mehr an der Opportunität der Macht als an den Menschenrechten zu orientieren. Einige Tage später kam er öffentlich darauf zurück und fand dies ungerecht, weil es nicht gut sei, ihm das vorzuwerfen, wo er doch für den Frieden arbeite. Damit, meine Freunde, hat unsere Debatte mit dieser Koalition nicht einen wichtigen, sondern den zentralen Punkt erreicht.

Zunächst, damit das weg ist: Wir alle arbeiten für den Frieden.

(Beifall)

Was anderes haben Adenauer, Erhard und Kiesinger, und zwar mit Erfolg getan? Kiesingers Angebote der Bereitschaft, dafür auch mit Opfern zu zahlen, sind doch nicht vergessen.

Aber, meine Freunde, nach westlichem Verständnis: Welche Schule man immer zu Rate zieht, Frieden und Menschenrechte gehören untrennbar zusammen. John F. Kennedy, auf den sich Bundeskanzler Brandt sonst so gerne beruft, hat diese westliche Position auf die kürzeste, prägnanteste und zutreffendste Formel gebracht. Er sagte: „Frieden ist eine Sache der Menschenrechte“. Dem stimmen wir zu.

(Beifall)

Dies beides kann man nicht trennen, meine Freunde. Friedenspolitik an den Menschenrechten vorbei ist so unmöglich wie Deutschlandpolitik am Selbstbestimmungsrecht vorbei, wenn man Politik moralisch begründet.

(Beifall)

Auch deshalb, meine Damen und Herren, sage ich — und das wieder mit der nötigen Ruhe —: Kein Kanzler der Bundesrepublik Deutschland hat hinsichtlich seiner Pflichten „Freie Auswahl“.

Jeder deutsche Bundeskanzler hat — ob es opportun, bequem oder angenehm ist, steht dabei überhaupt nicht zur Debatte — seiner Verantwortung für alle Deutschen zu entsprechen. So will es der Verfassungsauftrag.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Freunde, ich habe auf dem letzten Parteitag in Düsseldorf – und zwar keineswegs zur Freude aller hier – gesagt, daß der Kampf um die außenpolitische Zuordnung der Bundesrepublik Deutschland ebenso im Gange sei wie der um unsere innere Ordnung. Ich glaube, heute werden dem hier alle zustimmen.

Unsere außenpolitische Alternative ist also grundsätzlich begründet. Und das heißt für die praktische Politik: Erstens: Das westliche Bündnis gibt uns gesicherte Freiheit. Es ist allem voran die Freundschaft mit den USA durch nichts zu ersetzen. Also bedarf sie besonderer Pflege. Ohne die hier anwesenden alliierten Truppen und ohne die Bundeswehr, die einen Verfassungsauftrag hat und kein Exerzierfeld für alle möglichen Dinge ist, meine Freunde, ohne die Bundeswehr, der wir danken, gibt es eben für uns weder Sicherheit noch Bündnis.

(Beifall)

Deshalb können wir der Bundesregierung nicht folgen, wenn sie im Angesicht des verworrenen Bildes, das die westliche Welt zur Stunde bietet, nicht nur auf westliche Initiativen verzichtet, dem Devisenausgleichsproblem mit den USA nicht mit dem Verständnis begegnet, das ihm gebührt, sondern auch noch das Moskauer Projekt der Europäischen Sicherheitskonferenz zu beschleunigen sich verpflichtet. Wir stimmen dem abgewogenen Urteil und dem behutsamen Verfahren der NATO in diesen Fragen zu und verstehen insbesondere sehr gut die bedächtige französische Haltung in Sachen MBFR.

Zweitens. Die politische Vereinigung des freien Europa, gestützt auf die unverzichtbare Freundschaft mit Frankreich und gestärkt durch die erfreuliche britische Bereitschaft, muß erreicht werden. Eine deutsche Initiative dazu ist fällig; sie könnte mit unserer, der Opposition Unterstützung rechnen.

(Beifall)

Leider, meine Freunde, steht das Gegenteil zu erwarten. Die gegenwärtige Bundesregierung verpflichtet sich einerseits, die Europäische Sicherheitskonferenz zu beschleunigen, und erklärt andererseits die politische Vereinigung des freien Europa zur Sache der nächsten Generationen. Meine Freunde, das, was zu beschleunigen ist, ist der Prozeß der Vereinigung des freien Europa! Da liegen unsere Hauptprobleme!

(Beifall)

Und nur dann wird es das geben, wovon wir seit langem sprechen: europäische Friedensordnung.

Meine Freunde, diese Politik, die wir jetzt erleben, lockert nach Westen, sie bindet nach Osten. Und ich spreche dies hier öffentlich aus, denn alle um uns herum müssen wissen, daß der Partner Bundesrepublik Deutschland – ich nehme hier ein Wort von Kurt Georg Kiesinger auf – dann ein guter Partner ist, wenn er ganz gesund ist. Und ganz gesund ist er dann, wenn man mindestens versteht, daß er noch ein Problem hat und unter der Spaltung der Hauptstadt dieses Landes leidet. Dies, meine Freunde, muß man draußen verstehen, und dies muß hier von uns gesagt sein.

Wer aber in Deutschland glaubt, sich etwa auf ein nachlassendes Interesse der USA an Europa gründen zu sollen, der – dies ist meine Meinung – irrt. Aber sollte er so denken, dann müßte er doch nichts anderes tun als ganz schnell, noch schneller und noch entschiedener die politische Vereinigung des freien Europa betreiben. Das ist doch die Alternative und nicht das andere, meine Freunde!

(Beifall)

Zum dritten: Friedenspolitik und Entspannung nach Osten sind keine Sache nur von Worten. Sie sind so unerläßlich – und sie hat es gegeben vor dem Oktober 1969, und sie wird es geben, wenn es wieder eine andere Regierung gibt – wie ihr Inhalt; und der Inhalt heißt: Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen. Das ist die unerläßliche Basis einer europäischen Friedensordnung.

Meine Freunde, leere Versprechungen, Verträge oder Erwartungen ohne diesen Inhalt sind für uns Irrwege, denn Friedensordnung heißt Ordnung des Rechtes, nicht der Gewalt, nicht der Hegemonie, nicht der Rivalität. Friedensordnung heißt, Volksverhetzung unmöglich und Grenzen aufmachen, heißt, wie z. B. zwischen uns und Frankreich geschehen, den Grenzen alles das nehmen, was sie inhuman, unerträglich und deshalb streitig macht.

Meine Freunde, wir kennen die Interessen, die Lage, die Bedeutung, den Rang und die Macht der Sowjetunion. Wir nehmen sie ernst; wir nehmen ernst, was ihre verantwortlichen Führer sagen; und wir suchen den Ausgleich auch mit der Sowjetunion. Aber ich bin mir dessen sicher: gewiß wird man auch in Moskau vorziehen, ein seriöseres Wort zu hören, das zwar nicht ganz gefällt oder vielleicht gar nicht gefällt, auf das aber Verlaß ist. Dies wird man sicher lieber hören als ein Wort, das zwar angenehm klingt, auf das aber kein Verlaß ist, weil es die Mehrdeutigkeit zum Prinzip erhebt.

(Beifall)

Dieses seriöse Wort, das heute im Interesse der Aufrichtigkeit auf der Basis des Friedens gesagt werden muß, heißt: Auch die Deutschen werden nicht

aufhören, sich als ein Volk zu fühlen, um miteinander so leben zu wollen, wie allein sie selbst es entscheiden.

(Beifall)

Und Freizügigkeit für Informationen, Menschen und Meinungen ist hier das aktuelle, ehrliche und unumgängliche Minimum. Wer anderes redet oder glaubt, baut sich, wo immer er lebt, eine Welt neben der Realität und eine Welt neben der Dauerhaftigkeit von Lösungen auf, meine Freunde.

(Beifall)

Nun fragen uns viele – auch Parteifreunde – öffentlich oder privat, ob wir denn eigentlich frei seien, die Verträge dieser Bundesregierung abzulehnen, weil sie unseren Maßstäben nicht entsprechen. Die Antwort heißt – und ich sage dies nicht nur so dahin –: das Bündnis schützt eine Demokratie, nicht nur ein Territorium, und also Meinungs- und Entscheidungsfreiheit sowohl des Parlaments wie des Volks. Und zur Demokratie gehört auch die Chance und die Möglichkeit des Wechsels der Regierungsverantwortung.

(Beifall)

Meine Freunde, man kann uns um so weniger für die Folgen einer Politik heranziehen, als wir immer im Parlament wie draußen unsere Position unmißverständlich klargemacht und rechtzeitig betont haben, daß dieser Politik der nötige parlamentarische Rückhalt fehlt. Wir verantworten heute und morgen, was wir tun, nicht aber das, was gegen uns geschah und geschieht.

(Beifall)

Dies nun noch konkret: Bevor Walter Scheel nach Moskau fuhr, gab es, wie die, die es angeht, wissen, eine ernsthafte Bemühung um Gemeinsamkeit. Wir waren aufgeschlossen, uns an Reise und Verhandlung zu beteiligen, freilich nicht auf der Basis des Bahr-Papiers. Als man uns gleichwohl einlud, als Beobachter, nicht als Teilnehmer, zu Verhandlungen auf der Basis des Bahr-Papiers mitzureisen, nahmen wir dies so, wie es gemeint war: als Ausladung und als Abfuhr für Gemeinsamkeit. Also wird die Bundesregierung allein mit ihrer zweifelhaften Mehrheit für das einzustehen haben, was sie ohne uns und gegen uns wollte. Sie wußte, was sie tat, und soll nun nicht versuchen, uns die Folgen ihrer unverantwortlichen Leichtfertigkeit aufzuladen.

(Beifall)

Bevor Walter Scheel nach Warschau fuhr, gab es, wie die, die es angeht, wissen, einen intensiven mündlichen und schriftlichen Gedankenaustausch.

Als wir nur noch in zwei Punkten auseinander waren und der Koalition deshalb rieten, ihren Standpunkt zu überprüfen, beendete diese schroff den Dialog und schloß einen Vertrag, ohne die Mehrheit hinter sich zu wissen.

Dies alles ist um so bestürzender, als inzwischen die Ergebnisse der Landtagswahlen die Lage der Bundesregierung erheblich geschwächt und die Opposition wesentlich gestärkt hatten.

Schließlich: Bevor der Bundeskanzler Grünes Licht für den Abschluß der Berlin-Verhandlungen gab, wußte er, daß jede Regelung des Verhältnisses Bonn/Berlin, die anders als die des Grundgesetzes und der einseitigen partiellen Auflagen der drei Westmächte sein sowie eine Vermehrung der Präsenz der Sowjetunion bei Verminderung der Präsenz des Bundes in West-Berlin bringen würde, von uns nicht als „befriedigend“ betrachtet werden würde.

Nein, meine Freunde, diese Politik kann uns keiner anlasten. Wenn die, welche dies alles verantworten, nun Schlimmes an die Wand malen für den Fall des Scheiterns ihrer Politik, dann sollen sie doch den Ausweg wählen, der schadensfrei jetzt möglich ist, nämlich zurücktreten und dann einer neuen Mehrheit die Chance für eine klare Politik geben!

(Anhaltender, lebhafter Beifall)

Wie Sie wissen, meine Freunde, wird die immer stärker werdende Regierungspropaganda nicht müde, ihre Außenpolitik mit den Scheinwerfern des Lobes von draußen anzustrahlen. Das macht den einen oder anderen schon deshalb hellhörig, weil doch eigentlich mehr das Lob von drinnen und die glaubhafte Darstellung bestätigter deutscher und gemeinsamer Interessen der Maßstab sein sollte.

Ich möchte hier einmal den jüngsten Vorgang in die Debatte einführen. Die Bundesregierung erteilte sich selbst jüngst eine, wie ich meine, eher peinliche Belobigung, indem sie sehr schnell — und ich finde: wenig fair — Äußerungen des französischen Staatspräsidenten Pompidou für sich zu innerpolitischen Zwecken zu interpretieren versuchte. Was hatte der französische Staatspräsident gesagt? Ich zitiere wörtlich aus seiner Pressekonferenz vom 23. September 1971; denn er hat es nicht verdient, fälschlich in die deutsche Innenpolitik hineingezogen zu werden. Er sagte:

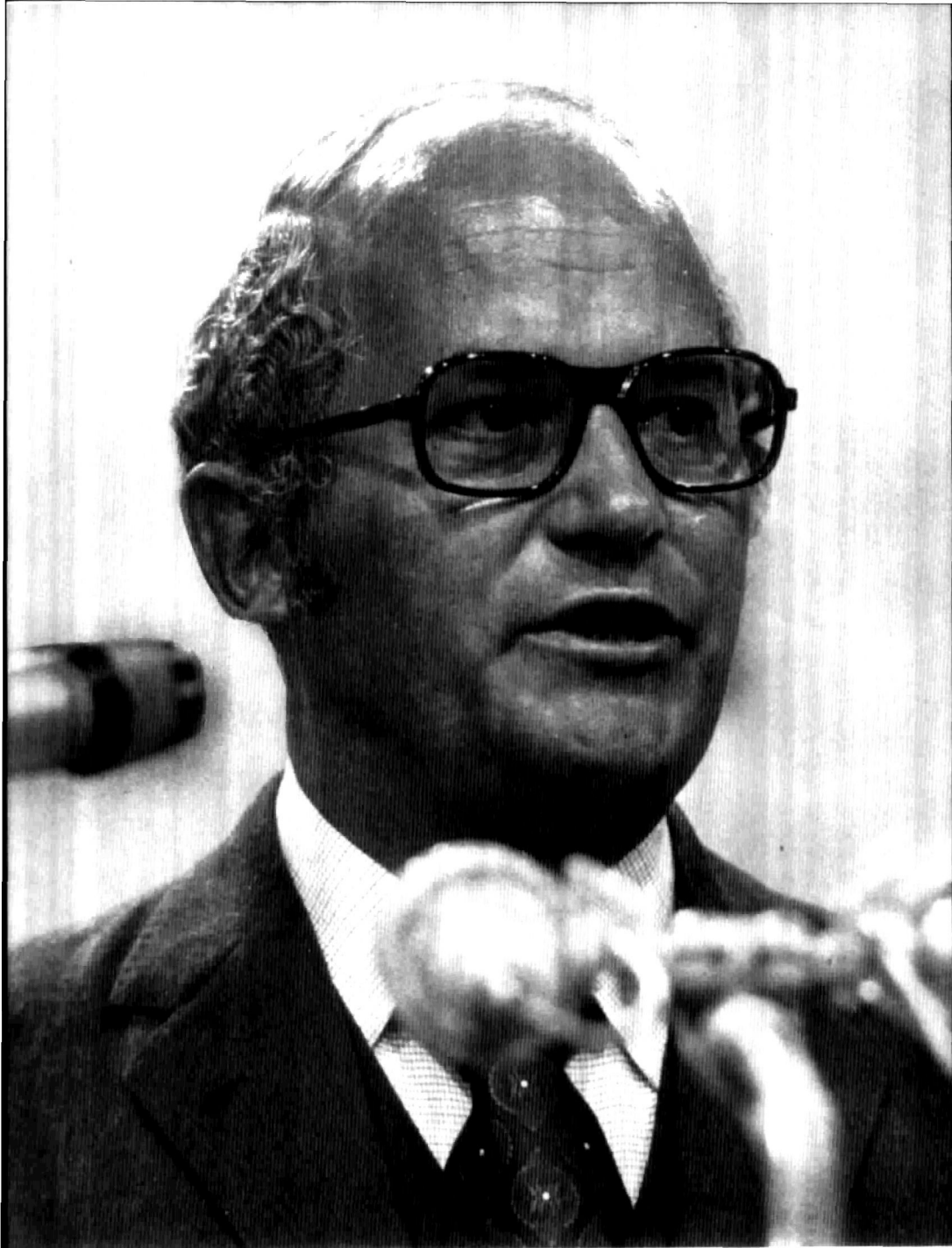
„Man könnte sich natürlich vorstellen, daß der französisch-deutsche Vertrag über Zusammenarbeit . . . etwas mehr vorherige Information hätte rechtfertigen können.“

Er fährt fort:

„Warum sollten wir es ungern sehen, wenn die Bundesrepublik die Oder-



Blick von der Tribüne in den Plenarsaal



Rainer Barzel während seiner Ansprache

Ministerpräsident
Dr. Franz Josef Röder
leitete den
19. Bundesparteitag ▷



Die beiden Ehrenvorsitzenden
Prof. Ludwig Erhard und
Dr. h. c. Kurt Georg Kiesinger





△ Der Präsidiumstisch war stets von Fotografen umlagert

▽ Der neugewählte Vorsitzende zwischen Generalsekretär Dr. Kraske und Bundesschatzmeister Walther Leisler Kiep





△ Helmut Kohl gratuliert dem Fraktionsvorsitzenden zu seinem Sieg

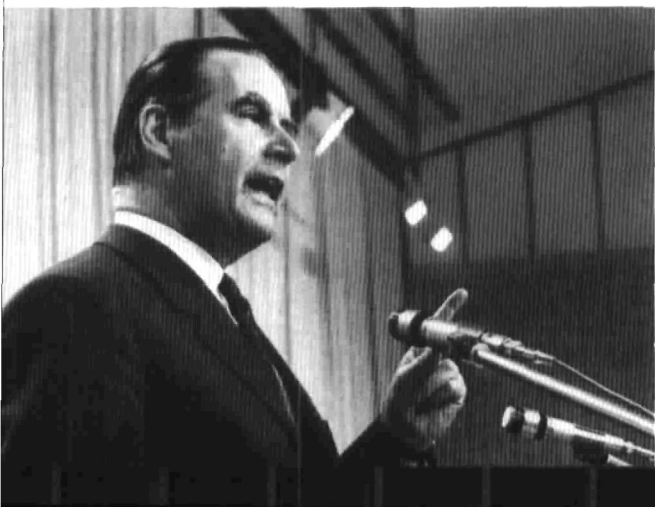


△ Viel Beifall erhielt der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß



▽ Dr. Gerhard Schröder während seiner kurzen Rede

▽ Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl erhielt als stellv. Vorsitzender der CDU die höchste Stimmzahl



▽ Bundestagspräsident Kai Uwe von Hassel bei seinem Diskussionsbeitrag





△ Dr. Alfred Dregger im Gespräch mit Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg



△ Der neue Generalsekretär der CDU, Dr. Konrad Kraske



◁ Dr. Helga Wex wurde als stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU bestätigt



Hans Katzer mit Dr. Rainer Barzel ▷



△ Freiherr Dr. Richard von Weizsäcker im Gespräch mit Bundesgeschäftsführer Dr. Rüdiger Güb



△ Heinrich Köppler, Vorsitzender des Präsidiums von Nordrhein-Westfalen wurde mit überzeugender Mehrheit den Bundesvorstand gewählt

▽ Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger gehörte dem Tagungspräsidium an



▽ Der Landesvorsitzende der CDU-Niedersachsen Wilfried Hasselmann im Gespräch





Heinrich Windelen, Landesvorsitzender der
CDU-Westfalen



△ Der Berliner Landesvorsitzende Peter Lorenz
während eines Diskussionsbeitrages

Ernst Müller-Hermann, Landesvorsitzender
der CDU-Bremen



▽ Dietrich Rollmann, Landesvorsitzender
der Hamburger CDU



„Weiße-Grenze akzeptiert, zu der wir schon vor langer Zeit Stellung bezogen haben? Warum sollten wir es ungern sehen, wenn die Bundesrepublik auf eine Anerkennung der DDR zusteuert — welchen Ausdruck man dafür auch immer verwenden mag —, da wir uns ja bis heute nur aus Freundschaft zur Bundesrepublik . . . zurückgehalten haben?“

Er fährt weiter fort:

„Ich sehe diesbezüglich eigentlich nur einen Auffassungsunterschied zwischen der deutschen Regierung und uns; er betrifft das Problem der sogenannten ausgewogenen Reduzierung der Streitkräfte. Das geht meiner Meinung nach darauf zurück, daß wir in der Allianz eine besondere Position einnehmen und daß wir der Auffassung sind, die Bemühungen um eine Entspannung und der Wille zur Entspannung dürften die Sorge um die Verteidigung und die Fähigkeit zur Verteidigung nicht vermindern.“

Soweit das Zitat. Mit anderen Worten: Es gibt also eine Differenz, und zwar in der Frage der Priorität der Sicherheit. Das muß hier heute gesagt werden!

(Beifall)

Meine Freunde, ich glaube, man muß schon in einer sehr miesen Lage sein, wenn man solch diplomatisch-kritische Worte aus Paris glaubt sich als Lob an den Hut stecken zu können.

Lassen Sie mich hierzu eben noch eines sagen, weil es wichtig ist. Unsere Politik ist weder antirussisch noch antichinesisch. Sie ist, wo nötig, antikomunistisch, so wie die Moskauer, wo sie es für richtig hält, antidemokratisch ist. Aus diesen Gründen kamen von uns, von unseren Regierungen, die Initiativen der Gewaltverzichtsverträge, der ausgewogenen Truppenverminderung, des multilateralen Zahlungsausgleichs, des Jugendaustausches usw. Dazu stehen wir. Wir suchen mehr wirtschaftliche, technologische und kulturelle Zusammenarbeit mit den Ländern des Warschauer Pakts. Auch gilt all das fort über die Möglichkeiten des Modus vivendi, wie wir sie auf dem letzten Parteitag bezeichnet haben. Mit anderen Worten: Wir suchen uns durch praktische Dinge so zu vertragen, daß Lösungen und nicht Formeln möglich werden, uns so zu vertragen, daß Verträge nicht nur sinnvoll, sondern dauerhaft und ausgleichend werden, weil sie eindeutigen Inhalt haben können.

Wir suchen, meine Freunde, Frieden. Und dies haben wir mit niemanden zu scheuen: die Debatte über die Leidenschaft hierzu.

Lassen Sie mich ganz zum Schluß dieser Passage hier eben noch folgendes sagen. Die Bundesregierung wird, wenn sie irgendwann den Zeitpunkt für gekommen halten sollte, die Verträge dem Parlament — also dem Bundesrat

und dem Bundestag — zuleiten, und von sich aus die Verfassungsmäßigkeit ihrer Verträge zu beweisen haben. Ich füge hier hinzu: Sie wird im Parlament auch zu belegen haben, — wenn nicht von sich aus, dann deshalb, weil wir ihr dazu Gelegenheit geben werden —, ob und wie die „DDR“ den Menschenrechtskatalog der Vereinten Nationen in der Wirklichkeit erfüllt. Dies wird im Parlament zu erörtern sein, bevor hierzu definitive Entscheidungen fallen sollten.

(Belfall)

Meine Freunde, wer Deutschland Hitler vorwirft, darf der Union diese wenn auch unbequeme, an den Menschenrechten orientierte Prinzipientreue nicht anlasten.

So sagen wir noch einmal: Der Kern jeder deutschen Ostpolitik — Selbstbestimmung und Lage der Deutschen in Deutschland — ist noch nicht erreicht. Sollte die Bundesregierung gleichwohl ihr Vertragswerk — einen Torso also — vorlegen, so wird nach allem, was bisher hier gesagt worden ist, eben eine neue Bundesregierung dafür sorgen müssen, daß durch Geduld und Beharrlichkeit ein Vertragswerk entsteht, das nicht dort aufhört, wo das Problem beginnt, ein Vertragswerk also, dem alle Demokraten im freien Deutschland zustimmen können, weil es wirklich Ausgleich, Entspannung und Frieden bringt!

(Belfall)

Meine lieben Freunde! Was ich hier vortrug, war vielleicht etwas mehr als der späten Stunde angemessen. Aber da wir uns nicht dauernd sehen, ist es notwendig, zu sagen, was hier gedacht wird, und verantwortlich sein Wort dem Parteitag vorzulegen. Was ich hier vortrug, ist, so meine ich, eine kritische, demokratische Alternative. Wir verantworten eine Politik des besonnenen Fortschritts, der Mitte und des Augenmaßes, eine Politik, die das Mögliche als Maßstab nicht verketzert, die sich frei weiß von Selbstgerechtigkeit, ebenso von der Ungeduld, schon morgen die Welt verändert haben zu müssen, die sich auch frei weiß von hybridem Sendungsbewußtsein.

Wir, meine Freunde, stützen unsere Politik auf vorurteilslose Analysen, betrachten diese mit kritischer Vernunft, mit unserer Erfahrung und orientieren unseren Beschluß dazu an den bleibenden Maßstäben des Rechtes, der Humanität und des Friedens.

Aber ohne Kampf, meine Freunde, wird nichts in der Politik. Da wir Sieg brauchen, müssen wir doppelt kämpfen — kämpfen nicht für uns, sondern weil es sich in dieser Welt so verhält, wie Professor Heisenberg es sagte:

„Wenn man in dieser westlichen Welt fragt, was gut und was schlecht, was erstrebenswert und was zu verdammen ist, so findet man doch im-

mer wieder den Wertmaßstab des Christentums auch dort, wo man mit den Bildern und Gleichnissen dieser Religion längst nichts mehr anfangen kann. Wenn einmal die magnetische Kraft ganz erloschen ist, die diesen Kompaß gelenkt hat — und die Kraft kann doch nur von der zentralen Ordnung her kommen —, so fürchte ich, daß sehr schreckliche Dinge passieren können, die über die Konzentrationslager und die Atombomben noch hinausgehen.“

Soweit das Zitat dieses Naturwissenschaftlers. Meine Freunde, wir wissen, wo wir stehen; wir wissen, was wir wollen. Wir sind entschlossen, unsere Ziele zu erreichen. Miteinander können wir es schaffen, und miteinander müssen wir es schaffen! Denn so, wie es jetzt in Deutschland geht, darf es nicht weitergehen!

(Starker anhaltender Beifall)

Präsident Dr. Franz Josef Röder: Meine Damen und Herren, ich danke unserem Parteivorsitzenden Rainer Barzel für seine Ausführungen, in denen er mit großer Klarheit deutlich gemacht hat, was wir sind und was wir wollen.

Ich darf zwei Sätze aus seiner Rede wiederholen:

1. Wir sind Christen und Demokraten, die für die Ausgestaltung des freiheitlichen sozialen Rechtsstaates politisch arbeiten, was Opportunismus in Grundsatzzfragen nicht zuläßt.
2. Marksteine unseres künftigen Weges heißen nicht Gefälligkeit, sondern Anstrengung, nicht allen alles versprechen, sondern von jedem das Zumutbare fordern. Was nützt, sind Klarheit, Entschiedenheit, Offenheit und Prinzipientreue.

In der Tat, meine lieben Parteifreunde, wenn wir diese Politik machen, wird uns das Vertrauen der Mehrheit des deutschen Volkes sicher sein. Ich danke dem Vorsitzenden für seine Ausführungen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe eine herzliche Bitte an Sie. Nachdem der Parteitag bisher in so großartiger Geschlossenheit und Ordnung durchgeführt werden konnte, bitte ich Sie, uns noch für ein paar Minuten Ihre Aufmerksamkeit für einen Antrag zu schenken, der noch vorliegt — einen einzigen — und den wir noch erledigen wollen. Dann möchte ich den Parteitag auch noch gern in Ihrer Anwesenheit schließen können.

Es handelt sich um den Antrag Nr. 25.15. Wer möchte von der Antragskommission dazu sprechen? — Niemand? Es muß jemand zu dem Antrag spre-

chen. Wollte nicht Herr Benda dazu sprechen? — Ist Herr Benda nicht mehr da? — Ich höre gerade, daß der Antrag in der Antragskommission nicht mehr behandelt werden konnte. Ich kann ihn daher hier auch nicht mehr zur Abstimmung stellen. Das ist einfach eine Voraussetzung dafür, daß ich ihn hier zur Abstimmung bringe. Ich werde mit Ihrem Einverständnis diesen Antrag dann dem Bundesvorstand überweisen. Findet das Ihre Zustimmung, meine Damen und Herren?

(Beifall)

Ich stelle fest, daß das der Fall ist.

Ich darf dann diesen Parteitag schließen mit dem herzlichen Dank an alle *Ordner*, die in *großartiger* Weise dafür gesorgt haben, daß dieser Parteitag ohne jede Störung ablaufen konnte,

(Beifall)

mit einem ebenso herzlichen Dank an die saarländische Polizei,

(Beifall)

die völlig geräuschlos der schwierigen Aufgaben Herr geworden ist, mit einem ebenso herzlichen Dank an die saarländische Bevölkerung, die — wie ich höre — uns allen mit großer Liebenswürdigkeit entgegengetreten ist und geholfen hat, wo sie konnte,

(Beifall)

mit einem herzlichen Dank an Presse und Funk, die bis zur Stunde in sehr objektiver Weise über den Parteitag berichtet haben.

(Beifall)

mit einem Dank an die Mitglieder des Präsidiums, die mich bei meiner Arbeit — die Sie mir, meine Damen und Herren, leicht gemacht haben — in vorbildlicher Weise unterstützt haben.

Nun mein Wunsch, daß Sie diesen Parteitag, daß Sie die Stadt und Land in guter Erinnerung behalten mögen. Ich schließe den Parteitag.

(Beifall)

(Ende des Parteitages 15.38)

ANHANG

I. Ergebnisse der Wahlen beim 19. Bundesparteitag der CDU 1971

1. Ehrenvorsitzender

Der bisherige Vorsitzende, Dr. h. c. Kurt Georg Kiesinger, wurde in offener Abstimmung einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

2. Der Vorsitzende

Abgegebene Stimmen:	521
Gültige Stimmen:	520
Ungültige Stimmen:	1
Enthaltungen:	2
Erforderliche Mehrheit	260
Dr. Rainer Barzel	344
Dr. Helmut Kohl	174

Damit ist Dr. Rainer Barzel zum Vorsitzenden gewählt.

3. Generalsekretär

Abgegebene Stimmen:	492
Gültige Stimmen:	492
Erforderliche Mehrheit:	225
Ja:	305
Nein:	144
Enthaltungen:	43

Damit ist Dr. Konrad Kraske zum Generalsekretär gewählt.

4. Stellvertretende Vorsitzende

Abgegebene Stimmen:	506
Gültige Stimmen:	502
Ungültige Stimmen:	4
Erforderliche Mehrheit:	252
Gewählt wurden:	
Dr. Helmut Kohl	470
Dr. Helga Wex	459
Dr. Gerhard Stoltenberg	456
Hans Katzer	455
Dr. Gerhard Schröder	358

229

5. Bundesschatzmeister

Abgegebene Stimmen:	443
Gültige Stimmen:	442
Ungültige Stimmen:	1
Enthaltungen:	9
Erforderliche Mehrheit:	217
Ja:	401
Nein:	32
Enthaltungen:	9

Damit wurde Walther Leisler Kiep zum Bundesschatzmeister gewählt.

6. Bundesvorstand

Abgegebene Stimmen:	518
Gültige Stimmen:	515
Ungültige Stimmen:	3
Erforderliche Mehrheit:	258

Gewählt wurden:

Frhr. Dr. Richard von Weizsäcker	464
Heinrich Köppler	459
Heinrich Windelen	435
Dr. Hans Filbinger	423
Wilfried Hasselmann	417
Dr. Alfred Dregger	373
Dr. Ernst Müller-Hermann	369
Prof. D. Dr. Wilhelm Hahn	358
Aenne Brauksiepe	356
Dr. Manfred Schäfer	351
Peter Lorenz	351
Josef Stingl	348
Gerd Langguth	319
Friedrich Vogel	304
Egon Lampersbach	302
Dr. Norbert Blüm	298
Dr. Christian Schwarz-Schilling	297
Franz Amrehn	293
Jürgen Echernach	278
Dr. Helmut Lemke	262
Rudolf Seiters	260

7. Rechnungsprüfer

Erik Blumenfeld und Alphons Horten wurden in ihren Ämtern als Rechnungsprüfer wiedergewählt.

II. Verabschiedete Anträge auf dem 19. Bundesparteitag am 4./5. Oktober 1971 in Saarbrücken

1. Beitragsstaffel

„1. Jedes Mitglied der Partei hat einen regelmäßigen Beitrag zu entrichten.

2. Der Grundbeitrag beträgt DM 3,— monatlich.

3. Der Mitgliederbeitrag richtet sich nach dem Einkommen des Mitgliedes. Für die Festsetzung der Beitragshöhe dienen folgende Richtlinien zur Selbsteinschätzung:

Der Mitgliederbeitrag erhöht sich jeweils um DM 5,— für jede angefangenen DM 500,— über DM 1000,— Monatseinkommen hinaus.

4. Bei der Festsetzung des Monatsbeitrages kann sozialen Gesichtspunkten und dem Familienstand Rechnung getragen werden. Für Mandats- und Amtsträger besteht zusätzlich eine besondere Regelung.“

Antrag des Bundesvorstandes, mit Mehrheit angenommen.

2. Beitragsanteil Bundespartei

„Der Anteil der Bundespartei an den Beiträgen der Mitglieder wird von monatlich DM —,50 auf DM 1,— erhöht.“

Antrag des Bundesvorstandes, mit Mehrheit angenommen.

3. Berlin-Resolution

Resolution

I.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands bekräftigt die einmütigen Beschlüsse des Deutschen Bundestages, die die Aufgaben Berlins als deutsche Hauptstadt bestätigen. Mit der Verpflichtung zur Weiterentwicklung der Bindungen Berlins an den Bund, wie sie auch in dem Alliierten-Rahmenabkommen vom 3. September 1971 vorgesehen ist, sind auch alle Deutschen aufgefordert, daran in solidarischem Bemühen mitzuwirken.

II.

Die mit dem Rahmenabkommen angestrebten praktischen Verbesserungen der Lebensbedingungen der Berliner und die Sicherung der Zukunftschancen Berlins hängen wesentlich von dem Ergebnis der innerdeutschen Verhandlungen ab. Dabei ist zu sichern:

1. Die souveränen Rechte über den Zugang von und nach Berlin bleiben bei den Vier Mächten. Beim Verkehr von und nach Berlin handelt es sich nicht um einen Transit von einem Staat zu einem anderen über das Gebiet eines dritten Staates.

2. Das alliierte Abkommen will den ungehinderten Verkehr von und nach Berlin. Es sieht einen Visazwang nicht vor. Der Begriff „hinreichende Verdachtsmomente!“ im Zusammenhang mit Kontrollen im Personen- und Warenverkehr darf nicht zu neuer Unsicherheit führen und zu Stichproben und dgl. mißbraucht werden. Reisende sollen in Zukunft keinerlei Gebühren zu entrichten haben.
3. Die Häufigkeit der Besuche von West-Berlinern in Ost-Berlin darf nicht beschränkt werden. Bei Besuchen im anderen Teil Deutschlands dürfen die West-Berliner nicht diskriminiert werden.
4. Das Recht der Vertretung Berlins durch den Bund gilt auch für Verkehrs- und Postfragen. Daraus ergibt sich die alleinige Zuständigkeit des Bundes für die Beratung über Zugangsangelegenheiten und Fragen, die in den Zuständigkeitsbereich der Bundespost fallen.

III.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, die innerdeutschen Verhandlungen zügig zu führen, ohne sich einem Zeitdruck und Erfolgszwang auszusetzen. Die Alliierten-Vereinbarungen dürfen durch deutsche Verhandlungen weder verletzt noch ausgehöhlt werden.

Antrag des Landesverbandes Berlin, bei wenigen Enthaltungen angenommen.

4. Ausübung von Bundestagsmandaten

- „1. Die Delegierten der Landesparteitage bzw. der Wahlkreisversammlungen sollten bei der Aufstellung der Kandidaten für den Bundestag nur solche Bewerber berücksichtigen, die die Gewähr dafür bieten, daß sie zur ständigen Ausübung ihres Mandates im Wahlkreis wie im Bundestag bereit und in der Lage sind.
2. Bisherige Mandatsträger, die dieser Anforderung nicht entsprachen, sollten nicht mehr vorgeschlagen werden.
3. Die Führung der Bundestagsfraktion teilt auf Anforderung der Landes- und Kreisverbände mit, welche Abgeordneten in der ersten Hälfte der Legislaturperiode ohne Beurlaubung an wieviel namentlichen Abstimmungen nicht teilgenommen haben.“

Antrag der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, einstimmig angenommen.

5. Förderung ausländischer Arbeitnehmer

„In einer Reihe von Städten der Bundesrepublik sind heute schon 10 Prozent der Bevölkerung Ausländer. Eine kürzlich erfolgte Untersuchung der Ruhruniversität Bochum hat ergeben, daß in NRW 607 000 ausländische Arbeitnehmer leben, wovon ca. 250 000 ihre Familien nachgezogen haben. Erschreckend ist das Ergebnis der Untersuchung hinsichtlich des sozialen Standards der ausländischen Familien. 40 Prozent dieser Familien verfügen über eine eigene

Küche, 32 Prozent können eine eigene Toilette benutzen und nur 16 Prozent haben ein eigenes Bad. Dafür zahlen diese Familien jedoch im Durchschnitt 31 Prozent mehr an Miete als ihre deutschen Arbeitskollegen.

Es ist uns unverständlich, daß die Öffentlichkeit und ein Teil der hierfür zuständigen Institutionen an diesen Tatsachen vorbeigehen oder sie nicht sehen wollen.

Die Hauptversammlung der CDA des Rheinlandes hat sich am 6. März 1971 erneut mit den Problemen der Gastarbeiter befaßt. Auf der 14. Bundestagung der Sozialausschüsse der CDA in der Zeit vom 2. Juli bis 4. Juli 1971 in Koblenz wurden Anträge eingebracht und verabschiedet, die sich ebenfalls mit der sozialen Besserstellung der ausländischen Kollegen und ihrer Familien befaßten.

Wir glauben, es ist an der Zeit, daß sich der Bund, die Länderregierungen, die Kommunen, die Gewerkschaften und nicht zuletzt die politischen Parteien an ihre Verpflichtungen diesen Menschen gegenüber erinnern. Viele von ihnen sind keine „Gast“arbeiter mehr, denn über 20 Prozent der ausländischen Arbeitnehmer sind schon mehr als sieben Jahre in der Bundesrepublik. Für diesen Personenkreis nehmen die Rückkehrmöglichkeiten und die Rückkehrwilligkeit immer mehr ab.

Nach unserer Meinung und der vorherrschenden ethischen Auffassung hat am Anfang aller Überlegungen der Mensch zu stehen. Die Wirtschaft hat im Ausland Produktionsfaktoren angeworben, um mit ihrer Arbeitskraft unser Sozialprodukt ansteigen zu lassen und nimmt hierbei vieles in Kauf, was nicht in Ordnung ist.

Wir fordern deshalb:

1. Förderung der Eingliederung der bei uns sesshaft gewordenen Ausländer, d. h. insbesondere Integration in der Wohnungsfrage, im Schulwesen sowie in der Bildungs- und Berufsförderung und Erleichterung bei der Einbürgerung.
2. Mehr Mittel der öffentlichen Hand und der Bundesanstalt für Arbeit zur Förderung guter Wohnheime und eine strengere Kontrolle dieser Einrichtungen.
3. Mehr Rechte für die ausländischen Arbeitnehmer bei der Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes.
4. Berufung parlamentarischer Beauftragter für ausländische Arbeitnehmer im Bundestag, in den Landtagen sowie bei den Kreistagen und Stadträten.
5. Mehr Begegnungsstätten für ausländische und deutsche Arbeitnehmer.

Wir wissen, daß diese Forderungen ein Mehr an Ausgaben bedeuten. Doch wissen wir auch, daß die ausländischen Arbeitnehmer die gleiche Steuerlast

tragen wie wir. Sie entrichten ihre Beiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung, obwohl die Mehrheit nie in den Genuß dieser Einrichtungen kommen wird.

Ganze Wirtschaftszweige wären heute nicht mehr in der Lage, ihre Produktion aufrechtzuerhalten, ohne die ausländischen Arbeitnehmer. Ohne sie wären eine Reihe von öffentlichen Diensten nicht mehr denkbar, denn wir wissen alle, daß es Städte gibt, in denen die Müllabfuhr, die Straßenreinigung etc. fast ausschließlich von Ausländern betrieben werden.

Wir alle sind aufgerufen, unseren ausländischen Arbeitskollegen und ihren Familien dabei zu helfen, daß ihr sozialer Status dem des unseren endlich angepaßt wird. Die politischen Parteien sollten sich bei ihren Maßnahmen nicht davon leiten lassen, daß die Ausländer ihnen bei der nächsten Wahl nicht zur Mehrheit verhelfen können.“

Antrag des Kreisverbandes Dinslaken; bei wenigen Enthaltungen folgende Empfehlung der Antragskommission angenommen:

Ziffern 1. – 5. werden den Fraktionen in Bund, Ländern und Gemeinden befürwortend überwiesen. Bundesvorstand wird Mitarbeit von Ausländern in der CDU überprüfen.

6. Demokratiefindliche Bestrebungen

„Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, unverzüglich eine Initiative gegenüber der Bundesregierung zu ergreifen, damit diese, wie ihre Vorgängerinnen, regelmäßig, ausreichend und jedermann zugänglich über demokratiefindliche Bestrebungen informiert.“

Antrag des Kreisverbandes Bonn, einstimmig ohne Enthaltungen angenommen.

7. Bundesarbeitskreis Polizei

„Der Bundesvorstand wird beauftragt, einen Bundesarbeitskreis der Polizei zu gründen.“

Antrag des Landesverbandes Berlin, mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen angenommen.

8. Öffentlichkeitsarbeit der Landes- und Kreisverbände

„Der Bundesvorstand wird beauftragt, unverzüglich Maßnahmen einzuleiten, die die Bundesgeschäftsstelle in die Lage versetzen, die Landes- und Kreisverbände bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit mehr als bisher zu unterstützen.

Im einzelnen ist anzustreben, daß

1. alle Parteimitglieder in politisch bedeutenden Situationen schneller als bisher u. U. schriftlich, über die Entscheidungen der Führungsgremien der Bundespartei informiert werden;

2. den Landes- bzw. Kreisverbänden von Zeit zu Zeit gestaltete Entwürfe für Flugblattaktionen angeboten werden, deren Bestellung die nachgeordneten Verbände auf eigene Kosten vornehmen können;
3. den Kreisverbänden zur Gestaltung deren Informationsdienste an die Mitglieder etwa monatlich bundespolitische Kurznachrichten in Form eines Nachrichtendienstes angeboten werden."

Antrag des Kreisverbandes Köln-Stadt;

Absatz 1 angenommen

Absatz 2 für erledigt erklärt.

9. Beratungen mit den Landesschatzmeistern

„Das Präsidium wird beauftragt, mindestens vierteljährlich zusammen mit den Landesschatzmeistern Beratungen über die Finanzlage zu führen.

Das Präsidium wird beauftragt, zur Unterstützung des Bundesschatzmeisters einen Beirat aus geeigneten Persönlichkeiten nach Anhörung der Landesschatzmeister zu bilden.“

Antragsteller: Filbinger, Adorno, Neuhaus und 32 weitere Delegierte; angenommen.

10. Massenmedien

„Beim Bundesvorstand der CDU wird eine Kommission Massenmedien gebildet.“

Antragsteller: Dr. Wex, Pieser, Blohm und 42 weitere Delegierte; mit großer Mehrheit angenommen.

11. Gemeinsame Wahlkampfaussage von CDU und CSU

„Der Bundesparteitag der CDU möge beschließen, daß der Bundesvorstand aufgefordert wird, darauf hinzuwirken, daß CDU und CSU für die Bundestagswahl 1973 eine gemeinsame Wahlkampfaussage erarbeiten und verabschieden.“

Antragsteller: Windelen, Friedrich Vogel, Laipold und 36 weitere Delegierte; angenommen.

12. Europa-Politik

„Die Christlich Demokratische Union Deutschlands nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß nach der Vollendung der Übergangszeit der Europäischen Gemeinschaften das Ziel der Erweiterung der Gemeinschaften in greifbare Nähe gerückt ist; hofft, daß mit Beginn des Jahres 1973 die Erweiterung vollzogen und die Beziehungen der Gemeinschaften zu den nicht beitretenden europäischen Staaten der EFTA ohne Aufbau neuer Handelshemmnisse in Europa geregelt sein werden; stellt fest, daß demgegenüber die innere Stärkung der

Gemeinschaften mit dem Ziel der baldigen Errichtung eines europäischen Bundesstaates in einen gefährlichen Rückstand geraten ist; fordert die europäischen Regierungen und insbesondere die Bundesregierung sowie alle anderen verantwortlichen Kräfte in Europa daher auf,

- die Gemeinschaften auf der Grundlage eines verbindlichen und befristeten Stufenplanes zu einer Wirtschafts- und Währungsunion weiterzuentwickeln, die sich in ein neugeordnetes internationales Währungssystem harmonisch einfügt;
- darüber hinaus die sachlichen und institutionellen Voraussetzungen für eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik im Rahmen der Gemeinschaften zu schaffen;

beschließt, die parlamentarischen Kräfte der Union zu verpflichten, sich für die Verwirklichung dieser Forderungen einzusetzen und insbesondere die Initiative zur Direktwahl der deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Rahmen der nächsten Bundestagswahlen zu ergreifen.

Antragsteller: Schwarz, Windelen, Biedenkopf und 40 weitere Delegierte; angenommen.

13. Beraterverträge von Bundes- und Landtagsabgeordneten

„Der Bundesparteitag der CDU fordert, daß die Beraterverträge und ähnliche Abmachungen aller Bundes- und Landtagsabgeordneten offengelegt werden. Hierfür sind in Bund und Ländern entsprechende bindende Regelungen zu treffen. Der CDU-Bundesvorstand wird alle Bundes- und Landtagsabgeordneten auffordern, schon jetzt dem Bundes- bzw. Landtagspräsidenten freiwillig mitzuteilen,

- a) welche Beraterverträge und ähnliche Abmachungen sie geschlossen haben, und
- b) daß sie ihn unverzüglich und unaufgefordert über neue Abmachungen dieser Art informieren würden.

Der Bundes- bzw. die Landtagspräsidenten sollen diese Mitteilungen veröffentlichen.“

Antragsteller: Echternach, Rosorius, Rommel und 30 weitere Delegierte; mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen angenommen.

14. Kanzlerkandidat

„Im Hinblick auf die besondere Bedeutung der Bundestagswahl 1973 für die Zukunft Deutschlands und auch für die Entwicklung der CDU/CSU ersucht der Parteitag den Bundesvorstand darauf hinzuwirken, daß

1. der Kanzlerkandidat der CDU und CSU für die Bundestagswahl 1973 bis spätestens Ende 1971 durch ein gemeinsames Gremium beider Parteien aufgestellt wird;

2. von CDU und CSU bis spätestens Ende 1971 eine gemeinsame Kommission zur organisatorischen und werbewirksamen Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes eingesetzt wird. Dieser Kommission sollten insbesondere Fachleute aus den Landesverbänden angehören, die bereits an den Vorbereitungen zur jeweiligen Landtagswahl mitgewirkt haben.“

Antragsteller: Limbach, Dr. Pfeiler, Rosorius und 30 weitere Delegierte;

Ziffer 1 angenommen

Ziffer 2 an den Bundesvorstand überwiesen.

15. Parteigerichtsordnung (PGO) vom 5. Oktober 1971

TEIL I: GERICHTSVERFASSUNG

1. Abschnitt: Parteigerichte

§ 1

Die Parteigerichte der CDU sind Schiedsgerichte nach dem Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 24. Juli 1967 (BGBl. I S. 773—781). Sie nehmen die ihnen durch dieses Gesetz sowie durch das Statut der CDU und die Satzungen der Landesverbände und der Vereinigungen der CDU übertragenen Aufgaben wahr.

§ 2

(1) Als Parteigerichte bestehen:

1. die Kreisparteigerichte,
2. die Landesparteigerichte,
3. das Bundesparteigericht.

(2) Parteigerichte sind in allen Kreis- und Landesverbänden einzurichten.

(3) Die Landesverbände können durch Beschluß des Landesparteitages bestimmen, daß für mehrere Kreisverbände ein gemeinsames Parteigericht errichtet wird.

Durch Beschluß der jeweiligen Landesparteitage kann in Berlin, Bremen und Hamburg davon abgesehen werden, Kreisparteigerichte einzurichten.

(4) Die Parteigerichte leisten sich gegenseitig Amts- und Rechtshilfe. Auf Antrag leisten sie auch den Schiedsgerichten der CSU Amts- und Rechtshilfe.

2. Abschnitt: Kreisparteigerichte

§ 3

(1) Die Kreisparteigerichte bestehen aus drei ordentlichen und mindestens drei stellvertretenden Mitgliedern.

(2) Sie treten in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern zusammen. Der Vorsitzende muß die Befähigung zum Richteramt haben.

3. Abschnitt: Landesparteiengerichte

§ 4

- (1) Die Landesparteiengerichte bestehen aus drei ordentlichen und mindestens fünf stellvertretenden Mitgliedern.
- (2) Sie treten in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern zusammen. Der Vorsitzende und ein Beisitzer müssen die Befähigung zum Richteramt haben.

4. Abschnitt: Bundesparteiengericht

§ 5

- (1) Das Bundesparteiengericht besteht aus fünf ordentlichen und fünf stellvertretenden Mitgliedern.
- (2) Es tritt in der Besetzung mit dem Vorsitzenden und vier Beisitzern zusammen. Der Vorsitzende und zwei Beisitzer müssen die Befähigung zum Richteramt haben.

5. Abschnitt: Gemeinsame Vorschriften

§ 6

- (1) Die ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder der Parteiengerichte werden von den Parteitagern ihrer jeweiligen Organisationsstufe für mindestens zwei und höchstens vier Jahre gewählt. Die Wahlperiode für das Bundesparteiengericht beträgt vier Jahre.
- (2) Das Wahlverfahren wird durch die jeweilige Satzung geregelt.

§ 7

- (1) Alle Mitglieder der Parteiengerichte sind unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Sie müssen Mitglieder der CDU sein.
- (2) Mit der Annahme der Wahl verpflichten sich die Mitglieder der Parteiengerichte zur vertraulichen Behandlung aller Vorgänge, die ihnen in dieser Eigenschaft bekanntgeworden sind.

§ 8

Die Mitglieder der Parteiengerichte erhalten für ihre Tätigkeit keine Entschädigung. Ihre notwendigen Auslagen sowie die Reisekosten werden ihnen auf Antrag von der CDU-Geschäftsstelle ihrer Organisationsstufe erstattet.

§ 9

- (1) Die Vorsitzenden der Parteiengerichte werden im Falle der Verhinderung durch das ordentliche Mitglied mit Befähigung zum Richteramt vertreten, das dem Parteiengericht am längsten angehört. Bei gleicher Dauer der Zugehörigkeit entscheidet das Lebensalter.

- (2) Die anderen ordentlichen Mitglieder werden durch die stellvertretenden Mitglieder im Verhinderungsfalle vertreten. Die Reihenfolge dieser Vertreter in den Sitzungen richtet sich nach dem Alphabet.
- (3) Scheidet ein ordentliches Mitglied auf Dauer aus, so übernimmt das jeweils dem Parteigericht am längsten angehörende und bei gleicher Dauer der Zugehörigkeit das jeweils älteste stellvertretende Mitglied bis zur Nachwahl des Nachfolgers seine Stellvertretung.

§ 10

- (1) Die Geschäftsstelle der Parteigerichte befindet sich in der jeweils entsprechenden CDU-Geschäftsstelle, die insoweit den Weisungen des Vorsitzenden unterstellt ist. Der Vorsitzende bestimmt einen geeigneten Protokollführer.
- (2) Die Geschäftsstelle hat die Akten der Parteigerichte nach rechtskräftiger Erledigung der Sache mindestens fünf Jahre aufzubewahren. Von der Vernichtung von Akten nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist sind in jedem Falle die Entscheidungen der Parteigerichte auszunehmen.
- (3) Alle Vorgänge, insbesondere Verhandlungen und Akten der Parteigerichte, sind vertraulich zu behandeln. Über Ausnahmen entscheidet der Vorsitzende oder sein Stellvertreter.

TEIL II: VERFAHREN

1. Abschnitt: Zuständigkeiten

§ 11

- (1) Die **Kreisparteiengerichte** sind zuständig zur Entscheidung in folgenden Fällen:
 1. Ausschluß von Mitgliedern aus der CDU, mit Ausnahme der Mitglieder des Landes- und Bundesvorstandes sowie von Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der Landtage (Bürgerschaften),
 2. Widersprüche von Mitgliedern gegen die vorläufige Untersagung der Ausübung von Mitgliedschaftsrechten bis zur rechtskräftigen Entscheidung der zuständigen Parteigerichte in Ausschlußfällen, ausgenommen in den Fällen des § 13 Abs. 1 Ziffer 2,
 3. Widersprüche von Mitgliedern gegen Ordnungsmaßnahmen, die der Kreis- oder Ortsverbandsvorstand gegen sie verhängt hat,
 4. Rehabilitationsverfahren auf Antrag eines Mitglieds, ausgenommen Mitglieder des Landes- und Bundesvorstandes, gegen sich selbst, wenn ihm von anderen Mitgliedern der Vorwurf parteischädigenden oder ehrenrührigen Verhaltens gemacht worden ist,
 5. rechtliche Auseinandersetzungen über Auslegung und Anwendung der Satzung des Kreisverbandes,

6. rechtliche Auseinandersetzungen zwischen dem Kreisverband und Kreisvereinigungen sowie zwischen Kreisvereinigungen untereinander,
 7. Widersprüche von Ortsverbänden und Vereinigungen gegen Ordnungsmaßnahmen des Kreisverbandes gegenüber Ortsverbänden oder Vereinigungen oder gegen Amtsenthebung ihrer Organe (§ 16 Parteiengesetz),
 8. Anfechtung von Wahlen im Zuständigkeitsbereich des Kreisverbandes,
 9. rechtliche Auseinandersetzungen, die weder zur Zuständigkeit der Landesparteigerichte noch zur Zuständigkeit des Bundesparteigerichts gehören.
- (2) Nach Anhörung der Beteiligten kann das Kreisparteigericht Verfahren an das Landesparteigericht abgeben, falls dessen Vorsitzender zustimmt.

§ 12

Die Kreisparteigerichte können auch rechtliche Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern schlichten, die aus ihrer parteipolitischen Betätigung entstanden sind, sofern sie das Parteiinteresse in erheblichem Umfang berühren.

§ 13

(1) Die **Landesparteigerichte** sind zur Entscheidung in erster Instanz zuständig in folgenden Fällen:

1. Ausschluß von Mitgliedern des Bundes- oder Landesvorstandes sowie von Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der Landtage (Bürgerschaften) aus der CDU,
2. Widersprüche von Mitgliedern des Bundes- oder Landesvorstandes sowie von Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der Landtage (Bürgerschaften) gegen die vorläufige Untersagung der Ausübung von Mitgliedschaftsrechten bis zur rechtskräftigen Entscheidung der zuständigen Parteigerichte in Ausschlußfällen,
3. Widersprüche von Mitgliedern des Landesvorstandes gegen Ordnungsmaßnahmen, die der Landes- oder Bundesvorstand gegen sie verhängt hat,
4. Rehabilitationsverfahren auf Antrag eines Mitglieds des Landes- und Bundesvorstandes gegen sich selbst, wenn ihm von anderen Mitgliedern der Vorwurf parteischädigenden oder ehrenrührigen Verhaltens gemacht worden ist,
5. Widersprüche gegen Ordnungsmaßnahmen eines Landes- oder des Bundesvorstandes,
6. rechtliche Auseinandersetzungen über Auslegung und Anwendung der Satzung und des sonstigen Rechtes des Landesverbandes,

7. rechtliche Auseinandersetzungen zwischen einem oder mehreren Kreisverbänden und dem Landesverband,
 8. rechtliche Auseinandersetzungen zwischen Kreisverbänden,
 9. rechtliche Auseinandersetzungen zwischen Landesvereinigungen untereinander oder zwischen Landesvereinigungen und dem Landesverband,
 10. Widersprüche von Kreisverbänden und Landesvereinigungen gegen Ordnungsmaßnahmen des Landesverbandes gegenüber Kreisverbänden oder Landesvereinigungen sowie Widersprüche gegen die Amtsenthebung ihrer Organe,
 11. Anfechtung von Wahlen im Zuständigkeitsbereich des Landesverbandes, soweit nicht ein Kreisparteigericht zuständig ist,
 12. Anfechtung von Wahlen und Entscheidungen von Landespräsidium, Landesvorstand, Landesausschuß und Landesparteitag,
 13. Zuständigkeitsstreit zwischen Kreisparteigerichten.
- (2) Die Landesparteigerichte können auch rechtliche Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern des Landesvorstandes schlichten, die aus ihrer parteipolitischen Betätigung entstanden sind, sofern sie das Parteiinteresse in erheblichem Umfang berühren. Dies gilt auch, wenn solche rechtlichen Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern verschiedener Kreisvorstände desselben Landesverbandes bestehen.
- (3) Die Landesparteigerichte entscheiden ferner über die Beschwerde gegen Entscheidungen der Kreisparteigerichte.

§ 14

- (1) Das **Bundesparteigericht** entscheidet in folgenden Fällen:
1. rechtliche Auseinandersetzungen zwischen einem oder mehreren Landesverbänden und der Bundespartei,
 2. rechtliche Auseinandersetzungen zwischen Landesverbänden,
 3. rechtliche Auseinandersetzungen zwischen Vereinigungen auf Bundesebene (Bundesvereinigungen) untereinander oder zwischen Bundesvereinigungen und der Bundespartei,
 4. Widersprüche von Landesverbänden und Bundesvereinigungen gegen Ordnungsmaßnahmen der Bundespartei gegenüber Landesverbänden oder Bundesvereinigungen sowie Widersprüche gegen die Amtsenthebung ihrer Organe,
 5. Anfechtung von Wahlen und Entscheidungen von Präsidium, Bundesvorstand, Bundesausschuß und Bundesparteitag,
 6. Zuständigkeitsstreit zwischen Landesparteigerichten oder Kreisparteigerichten verschiedener Landesverbände.

- (2) Das Bundesparteigericht kann auch rechtliche Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern des Bundesvorstandes schlichten, die aus ihrer parteipolitischen Betätigung entstanden sind, sofern sie das Parteiinteresse in erheblichem Umfang berühren. Dies gilt auch, wenn solche rechtlichen Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern verschiedener Landesvorstände bestehen.
- (3) Das Bundesparteigericht entscheidet ferner über die Beschwerde und die Rechtsbeschwerde gegen die Entscheidungen der Landesparteigerichte.

2. Abschnitt: Verfahrensvorschriften

§ 15

Für die Ausschließung und Ablehnung von Mitgliedern der Parteigerichte gelten die §§ 41 bis 49 ZPO entsprechend.

§ 16

Verfahrensbeteiligte sind:

1. Antragsteller,
2. Antragsgegner,
3. Beigeladene, die dem Verfahren beigetreten sind.

§ 17

- (1) Die Parteigerichte können von Amts wegen oder auf begründeten schriftlichen Antrag Dritte beiladen, deren Interesse durch das Verfahren berührt wird. Durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Parteigericht werden sie Verfahrensbeteiligte.
- (2) In allen Verfahren sind die übergeordneten Vorstände auf ihr Verlangen beizuladen.
- (3) Der Beiladungsbeschluß ist allen Beteiligten zuzustellen. Der Beiladungsbeschluß ist unanfechtbar.

§ 18

- (1) Die Verfahrensbeteiligten können sich in jeder Lage des Verfahrens eines Beistandes oder eines Verfahrensbevollmächtigten bedienen; diese müssen dem Parteigericht eine schriftliche Vollmacht vorlegen.
- (2) Beistände und Verfahrensbevollmächtigte müssen Mitglied der CDU oder CSU sein; das Parteigericht kann Ausnahmen zulassen.

§ 19

Alle Zustellungen des Parteigerichts erfolgen durch eingeschriebenen Brief. Dies gilt insbesondere für alle Anordnungen, die nicht in Anwesenheit der Beteiligten ergehen. Die Zustellung gilt als am dritten Tage nach Auflieferung des Einschreibebriefes bei der Post erfolgt.

§ 20

- (1) Die Widerspruchsfrist (§§ 11, 13 und 14 PGO) beträgt einen Monat.
- (2) Wahlanfechtungen müssen innerhalb einer Woche erfolgen. Sie können auch beim zuständigen Parteivorstand schriftlich erklärt werden, der diese Erklärung unverzüglich an das zuständige Parteigericht weiterzuleiten hat.

§ 21

Anträge und Rechtsmittel können in jeder Lage des Verfahrens schriftlich oder zu Protokoll zurückgenommen werden.

§ 22

Das Verfahren wird vor dem Parteigericht durch Einreichung eines Schriftsatzes anhängig. Dieser Schriftsatz muß die Beteiligten und den Streitgegenstand bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden. Der Antragsschrift sind drei Kopien beizufügen. Urkunden, auf die Bezug genommen wird, sind in Fotokopie in der erforderlichen Stückzahl beizufügen.

§ 23

- (1) Der Vorsitzende oder ein von ihm zu bestimmendes Mitglied des Parteigerichts hat nach Eingang der Antragsschrift alle Anordnungen zu treffen, die notwendig sind, um das Verfahren im ersten Rechtszug möglichst in einer mündlichen Verhandlung abzuschließen.
- (2) Zum Zwecke der gütlichen Einigung vor der ersten mündlichen Verhandlung kann auf Anordnung des Vorsitzenden vor einem Mitglied des Parteigerichts ein Erörterungstermin stattfinden. In diesem Termin soll das gesamte Streitverhältnis unter den Beteiligten erörtert werden; dabei sind auch deren Anträge festzustellen.
- (3) Das Parteigericht erforscht den Sachverhalt von Amts wegen. Es ist an das Vorbringen und an die Beweisanträge der Beteiligten nicht gebunden.

§ 24

- (1) Erweist sich der Antrag auf Einleitung eines parteigerichtlichen Verfahrens als unzulässig oder als offenbar unbegründet, so kann das Gericht den Antrag ohne Anberaumung einer mündlichen Verhandlung durch einen Vorbescheid mit Gründen abweisen.
- (2) Die Beteiligten können binnen eines Monats nach Zustellung des Vorbescheides mündliche Verhandlung beantragen. Wird der Antrag rechtzeitig gestellt, so gilt der Vorbescheid als nicht ergangen; sonst wirkt er als rechtskräftige Entscheidung. In dem Vorbescheid sind die Beteiligten über den zulässigen Rechtsbehelf zu belehren.

§ 25

- (1) Die Parteigerichte entscheiden aufgrund mündlicher Verhandlung, jedoch kann im Einvernehmen aller Beteiligten auch im schriftlichen Verfahren entschieden werden.
- (2) Der Vorsitzende bestimmt Ort und Zeit zur mündlichen Verhandlung. Er kann ein Mitglied des Parteigerichts zum Berichterstatter ernennen.

§ 26

- (1) Die Ladungsfrist beträgt zwei Wochen. In dringenden Fällen kann diese Frist durch den Vorsitzenden bis auf drei Tage abgekürzt werden.
- (2) Das Parteigericht kann das persönliche Erscheinen der Beteiligten anordnen.
- (3) Das Parteigericht kann auch ohne Anwesenheit der Beteiligten verhandeln und entscheiden; die Beteiligten sind darauf in der Ladung hinzuweisen.

§ 27

Die Sitzungen der Parteigerichte sind nicht öffentlich. Das Parteigericht kann außer den Beteiligten andere Personen zulassen. Alle Teilnehmer an einem Verfahren einschließlich der zu der Verhandlung zugelassenen Personen sind zur vertraulichen Behandlung der Vorgänge verpflichtet.

§ 28

- (1) Der Vorsitzende leitet die Verhandlung. Nach Aufruf der Sache trägt der Vorsitzende oder der Berichterstatter den wesentlichen Inhalt der Akten vor. *Hierauf erhalten die Beteiligten das Wort, um ihre Anträge zu stellen und zu begründen.*
- (2) Das Parteigericht hat möglichst auf eine gütliche Beilegung der Streitigkeiten hinzuwirken. Nach Erörterung und Abschluß einer Beweisaufnahme erklärt der Vorsitzende die mündliche Verhandlung für geschlossen. Das Parteigericht kann die Wiedereröffnung beschließen.

§ 29

- (1) Die Beweisaufnahme findet in der Regel innerhalb der mündlichen Verhandlung statt.
- (2) Findet aufgrund eines Parteigerichtsbeschlusses die Beweisaufnahme vor einem Mitglied des Parteigerichts oder einem ersuchten Parteigericht außerhalb der mündlichen Verhandlung statt, so ist das Protokoll über diese Beweisaufnahme in der mündlichen Verhandlung zu verlesen. Es wird damit Gegenstand der Verhandlung.

- (3) Über alle Verhandlungen der Parteigerichte sind Niederschriften zu fertigen, die deren wesentlichen Inhalt wiedergeben müssen. Die Niederschriften sind von dem Vorsitzenden und dem Protokollführer zu unterschreiben.
- (4) Parteimitglieder sind verpflichtet, vor dem Parteigericht auszusagen, sofern ihnen nicht ein Zeugnisverweigerungsrecht zusteht. Personen, die nicht Mitglieder der CDU oder der CSU sind, sollen nur in Ausnahmefällen gehört werden.

§ 30

Die Parteigerichte entscheiden nach ihrer freien, aus dem Inhalt der Verhandlung geschöpften Überzeugung. Der Entscheidung dürfen nur solche Tatsachen und Beweisergebnisse zugrundegelegt werden, über die den Beteiligten Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde.

§ 31

- (1) Die Parteigerichte können Beschlüsse und Entscheidungen der Partelorgane nur aufheben, wenn sie rechtswidrig sind.
- (2) Ordnungsmaßnahmen sind in vollem Umfange nachprüfbar. Das Parteigericht kann jedoch nach seinem Ermessen anstelle einer angefochtenen Maßnahme eine mildere Maßnahme festsetzen.
- (3) In Ausschlußverfahren ist das Parteigericht nicht an die Anträge der Beteiligten gebunden. Es kann nach seinem Ermessen anstelle des Ausschlusses aus der CDU eine Ordnungsmaßnahme festsetzen.

§ 32

- (1) Nach Schluß der mündlichen Verhandlung ist in geheimer Sitzung zu beraten und mit einfacher Mehrheit zu beschließen. Der Beschluß ist schriftlich abzusetzen, zu begründen und von allen Mitgliedern des Parteigerichts, die an ihm mitgewirkt haben, zu unterschreiben. Der Beschluß ist den Beteiligten in Abschrift zuzustellen.
- (2) Alle durch Rechtsmittel anfechtbaren Beschlüsse müssen eine schriftliche Rechtsmittelbelehrung enthalten. Die Frist für ein Rechtsmittel beginnt nur dann zu laufen, wenn die Beteiligten über das Rechtsmittel, seine Form, die einzuhaltende Frist und über das weiterhin zuständige Parteigericht mit Angabe der Anschrift belehrt worden sind. Nach Ablauf eines Jahres seit Zustellung der anfechtbaren Entscheidung oder ihrer sonstigen Bekanntmachung sind Rechtsmittel nicht mehr zulässig.

§ 33

Für das Verfahren in der zweiten und dritten Instanz sind die vorstehenden Verfahrensvorschriften anzuwenden, soweit nicht die besondere Eigenart des Beschwerde- oder Rechtsbeschwerdeverfahrens dem entgegensteht.

§ 34

In den Fällen von § 11 Abs. 1 Ziffer 2) und § 13 Abs. 1 Ziffer 2) PGO kann der Vorsitzende allein darüber entscheiden, ob die vorläufige Untersagung der Ausübung von Mitgliedschaftsrechten bis zur rechtskräftigen Entscheidung der zuständigen Parteigerichte in Ausschlussfällen bestehen bleiben soll. Gegen die Entscheidung des Vorsitzenden kann innerhalb einer Woche nach Zustellung die Entscheidung des Parteigerichts angerufen werden.

3. Abschnitt: Einstweilige Anordnung

§ 35

Auf Antrag kann das Parteigericht, auch schon vor Einleitung eines Verfahrens, eine einstweilige Anordnung in bezug auf den Streitgegenstand treffen, wenn die Gefahr besteht, daß durch eine Veränderung des bestehenden Zustandes die Verwirklichung eines Rechts des Antragstellers vereitelt oder wesentlich erschwert werden könnte. Einstweilige Anordnungen sind auch zur Regelung eines vorläufigen Zustandes in bezug auf ein streitiges Rechtsverhältnis zulässig, wenn diese Regelung, vor allem bei dauernden Rechtsverhältnissen, um wesentliche Nachteile abzuwenden oder drohende Gewalt zu verhindern oder aus anderen Gründen nötig erscheint.

§ 36

- (1) Für den Erlaß einstweiliger Anordnungen ist das Parteigericht der Hauptsache zuständig. Dies ist das Gericht des ersten Rechtszuges und, wenn die Hauptsache im Beschwerdeverfahren anhängig ist, das Beschwerdegericht.
- (2) In dringenden Fällen kann der Vorsitzende allein entscheiden. Gegen seine Entscheidung kann innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe der einstweiligen Anordnung an die Beteiligten das Parteigericht von ihnen angerufen werden. Gegen die einstweilige Anordnung kann Antrag auf mündliche Verhandlung gestellt werden.
- (3) Im übrigen gelten für den Erlaß einstweiliger Anordnungen die Vorschriften der §§ 920 bis 936 ZPO entsprechend, soweit dem nicht die besondere Eigenart des parteigerichtlichen Verfahrens entgegensteht.

TEIL III: RECHTSMITTEL

1. Abschnitt: Beschwerde

§ 37

- (1) Gegen die Beschlüsse der Kreisparteigerichte können die Beteiligten Beschwerde beim Landesparteigericht einlegen. Verfügungen des Vorsitzen-

den des Kreisparteigerichts oder des Parteigerichts selbst, die der Entscheidung in der Sache vorausgehen, unterliegen nicht der Beschwerde.

- (2) Gegen Beschlüsse der Landesparteigerichte in erster Instanz können die Beteiligten Beschwerde beim Bundesparteigericht einlegen. Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 38

- (1) Die Beschwerde ist schriftlich innerhalb von einem Monat nach Zustellung der angefochtenen Entscheidung bei dem örtlich zuständigen Landesparteigericht, in den Fällen von § 37 Abs. 2 PGO beim Bundesparteigericht, einzulegen. Die Geschäftsstelle des Beschwerdegerichts setzt das Parteigericht, dessen Entscheidung durch die Beschwerde angefochten wurde, vom Eingang der Beschwerde in Kenntnis. Auf Anforderung sind die Parteigerichtsakten unverzüglich dem Beschwerdegericht zuzusenden.
- (2) Die Beschwerdeschrift ist in vierfacher Ausfertigung beim Beschwerdegericht einzureichen. Sie muß die angefochtene Entscheidung bezeichnen und einen bestimmten Antrag enthalten. Alle zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel müssen angegeben werden. Späteres Vorbringen kann vom Parteigericht unberücksichtigt bleiben. Der Vorsitzende des Beschwerdegerichts kann auf Antrag die Frist zur Begründung der Beschwerde verlängern. Die Ablehnung eines Verlängerungsantrages bedarf keiner Begründung.

§ 39

- (1) Hält das Beschwerdegericht die Beschwerde für unzulässig oder offenbar unbegründet, so kann es die Beschwerde ohne Anberaumung der mündlichen Verhandlung durch einen mit Gründen versehenen schriftlichen Vorbescheid zurückweisen.
- (2) § 24 Abs. 2 PGO findet Anwendung.

§ 40

Das Beschwerdegericht prüft den Streitfall im gleichen Umfang wie das Parteigericht erster Instanz. Alle rechtzeitig vorgebrachten neuen Tatsachen und Beweismittel sind zu berücksichtigen.

§ 41

Die Zurückverweisung einer Sache an das Parteigericht erster Instanz ist nur zulässig, wenn

1. das Parteigericht einen Antrag abgewiesen hatte, ohne in der Sache selbst zu entscheiden,
2. das Verfahren vor dem Parteigericht erster Instanz an einem wesentlichen Mangel leidet,

3. neue Tatsachen oder Beweismittel bekannt werden, die das Parteigericht erster Instanz nicht berücksichtigen konnte, die jedoch für die Entscheidung des Streitfalles wesentlich sind.

2. Abschnitt: Rechtsbeschwerde

§ 42

- (1) Gegen die Beschlüsse der Landesparteigerichte in zweiter Instanz können die Beteiligten die Rechtsbeschwerde beim Bundesparteigericht einlegen. Sie kann nur darauf gestützt werden, daß das Landesparteigericht eine Norm des allgemeinen Rechts oder des Satzungsrechts nicht oder nicht richtig angewendet habe.
- (2) Auf die Rechtsbeschwerde finden die Vorschriften der §§ 38 und 39 PGO Anwendung.

TEIL IV: SCHLUSSVORSCHRIFTEN

§ 43

- (1) Die Verfahren vor den Parteigerichten sind gebührenfrei.
- (2) Außergerichtliche Kosten und Auslagen sind von den Verfahrensbeteiligten grundsätzlich selbst zu tragen. Das Parteigericht kann nach billigem Ermessen der Parteilasse seiner Organisationsstufe jedoch die völlige oder teilweise Erstattung der Auslagen auferlegen.
- (3) Das Parteigericht kann die Durchführung einer Beweisaufnahme von der Zahlung eines angemessenen Kostenvorschusses abhängig machen.

§ 44

Zur Ergänzung dieser Parteigerichtsordnung sind die Vorschriften der Verwaltungsgerichtsordnung vom 21. 1. 1960, des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. 1. 1877 und der Zivilprozeßordnung vom 30. 1. 1877 in ihren jeweils geltenden Fassungen entsprechend anzuwenden, sofern dem nicht die Besonderheit des parteigerichtlichen Verfahrens sowie gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.

§ 45

- (1) Diese Parteigerichtsordnung tritt am 1. 1. 1972 in Kraft.
- (2) Mit Ablauf des 31. 12. 1971 treten außer Kraft:
 1. die Parteigerichtsordnung vom 28. 9. 1959,
 2. die Geschäftsordnung des Bundesparteigerichts der CDU,
 3. alle von den Landes- und Kreisverbänden sowie von den Vereinigungen der Partei inzwischen beschlossenen eigenen Partei- oder Schiedsgerichtsordnungen.

- (3) Die Landes- und Kreisverbände sowie die Vereinigungen der Partei haben die dieser Parteigerichtsordnung entgegenstehenden Satzungsbestimmungen bis zum 30. 6. 1972 den Vorschriften dieser PGO anzupassen.
- (4) Ab 1. 1. 1972 sind auf alle zu diesem Zeitpunkt noch schwebenden Parteigerichtsverfahren die Vorschriften der vorstehenden PGO anzuwenden, falls nicht das frühere Verfahrensrecht für die Antragsteller günstiger war.

Antrag des Bundesvorstandes; bei wenigen Enthaltungen unter Berücksichtigung einiger redaktioneller Änderungen angenommen.

Alle satzungsändernden Anträge an den 19. Bundesparteitag sind an den Bundesvorstand zur weiteren Behandlung überwiesen worden.

Namenverzeichnis

- Adorno 101—102
Amberley 12—13
Amrehn (Tagungspräsidium) 32, 35, 44,
132—144
Barzel 75—81, 139—142, 148, 152, 171—172,
177—178, 205—227
Beckmann (Tagungspräsidium) 85, 87—89,
93, 95, 99, 101—103, 105
Benda 146, 180—181, 199—201
Blank 89—93
Blumenfeld 134—136
Biedenkopf 95—99
Broll 170—171
Dichgans 88—89
Dübel (Tagungspräsidium) 83—84, 108, 109,
111, 114—115, 118, 120—122
Echternach 105—108, 194—195, 198—199
Filbinger (Tagungspräsidium) 15—16,
31—32
Frerichs 118, 167—168
Geißler (Tagungspräsidium) 111—114, 187,
188, 190—203
Göb 183, 188
Hassel, von 115—118
Hauser 149
Heck 32—44
Herbst 114—115
Horten 164—165
Hüniken 163—164
Jäger 176—177, 199—200
Katzner 125, 200
Kiesinger 5—6, 16—31, 130—132
Köppler 93—95
Kohl 69—75, 142, 168—170
Kraske 152—156, 165, 179
Langguth 87—88, 121—122
Lauk 197
Laurien 129—130
Lemke (Tagungspräsidium) 7, 11, 69, 75,
81, 83
Limbach 166, 191
Lorenz 85—86, 162—163, 179
Lummer 174—176
Mahler 120—121
Mick 102
Müller, A. (Tagungspräsidium) 143—149,
151—152, 156—158, 165—166, 173—174,
183—187, 203—205
Müller-Hermann (Tagungspräsidium) 45,
49, 58—59, 61, 68—69
Neumann 145
Nolte 182—183
Obermüller-Kochs 125—126
Pfeffer (Tagungspräsidium) 158—168,
170—173
Pohl 191—192
Pürsten 193—194
Rinsche (Tagungspräsidium) 124—126,
129, 130, 134, 136
Röder (Tagungspräsidium) 6—15, 136—139,
142, 205, 227—228
Rosorius 144, 195—196
Rumor 45—49
Schmöle 103—105
Schmücker 59—68, 158—159
Schröder 81—83
Schuster 11—12
Schwarz 187
Selters (Tagungspräsidium) 174, 176—183
Semprich 109—111
Stanitzek 146—147
Stoltenberg 122—124
Stratmann 192
Strauß 50—58
Vogel, B. 118—120
Vogel, F. 187, 190, 194, 195
Wahl 178
Weinert 99—101
Weirich 149—151
Wex 188—190, 191
Wilhelm 159—162
Windelen 147—148
Wissmann 102—103
Wörner 126—128
Wulff 167, 197—198
Zeltel 121
Zeyer 108—109

Inhaltsverzeichnis

Montag, 4. Oktober 1971, 1. Plenarsitzung	5
Eröffnung Dr. h. c. Kurt Georg Kiesinger	5
Wahl des Tagungspräsidiums	5
Totenehrung	6
Begrüßung durch den Landesvorsitzenden	7
Begrüßungsrede Oberbürgermeister Schuster	11
Begrüßungsrede Lady Emmet of Amberley	12
Beschlußfassung über Verfahrensordnung	15
Wahl der Antragskommission	16
Wahl der Mandatsprüfungs- und Stimmzählkommission	16
Rede des Parteivorsitzenden Dr. h. c. Kurt Georg Kiesinger	16
Wahl Dr. Kiesingers zum Ehrenvorsitzenden	31
Rede des Generalsekretärs, Dr. Bruno Heck	32
Montag, 4. Oktober 1971, 2. Plenarsitzung	45
Begrüßung weiterer Ehrengäste	45
Begrüßungsrede Mariano Rumor	45
Begrüßungsrede Dr. Franz-Josef Strauß	50
Bericht der Mandatsprüfungskommission	59
Rede des Schatzmeisters, Dr. h. c. Schmücker	59
Diskussionsbeitrag Dr. Helmut Kohl	69
Diskussionsbeitrag Dr. Rainer Barzel	75
Diskussionsbeitrag Dr. Gerhard Schröder	81
Beginn der allgemeinen Aussprache	83
Bericht der Rechnungsprüfer	134
Entlastung des Vorstandes und Wahl des 1. Vorsitzenden	136
Dankworte des neuen Vorsitzenden, Dr. Barzel	139
Dankworte Dr. Helmut Kohl	142
Dienstag, 5. Oktober 1971, 3. Plenarsitzung	143
Behandlung satzungsändernder Anträge	143
Wahl des Generalsekretärs	152
Diskussionsbeitrag Dr. Konrad Kraske	152
Diskussion von Anträgen zur Beitragsregelung	158
Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs	165

Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden und des Bundesschatzmeisters	173
Diskussion weiterer Anträge	174
Ergebnis der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden	184
Ergebnis der Wahl des Bundesschatzmeisters	185
Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes	185
Wahl der Rechnungsprüfer	186
Diskussion weiterer Anträge	187
Ergebnis der Wahl der weiteren Vorstandsmitglieder	203
Rede des neuen Parteivorsitzenden, Dr. Barzel	205
Behandlung eines weiteren Antrages	227
Anhang	229
Wahlergebnisse	229
Verabschiedete Anträge	231
1. Beitragsstaffel	231
2. Beitragsanteil Bundespartei	231
3. Berlin-Resolution	231
4. Ausübung von Bundestagsmandaten	232
5. Förderung ausländischer Arbeitnehmer	232
6. Demokratiefeindliche Bestrebungen	234
7. Bundesarbeitskreis Polizei	234
8. Öffentlichkeitsarbeit	234
9. Beratungen mit den Landesschatzmeistern	235
10. Massenmedien	235
11. Wahlkampfaußsage CDU/CSU	235
12. Europa-Politik	235
13. Beraterverträge	236
14. Kanzlerkandidat	236
15. Parteigerichtsordnung	237
Namensregister	251

